



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

74. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 13. Dezember 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

	Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)		
Mitteilungen des Präsidenten	4755	– Drucksache 3/2469 –	4775
		B e s c h l u s s	4775
Genehmigung der Tagesordnung	4755		
B e s c h l u s s	4755	Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ)	4775
		Unterrichtung durch die Landesregierung:	
		Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ)	
Gesetzentwurf der Landesregierung:		– Drucksache 3/2451 –	4775
Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern – Einführung der „Regionalen Schule“ und des Abiturs nach 12 Schuljahren – (Erste Lesung)		B e s c h l u s s	4775, 4832
– Drucksache 3/2458 –	4755		
Minister Dr. Peter Kauffold	4755	Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:	
Steffie Schnoor, CDU	4759	Touristische Infrastrukturvorhaben	
Andreas Bluhm, PDS	4766	– Drucksache 3/2462 –	4776
Heike Polzin, SPD	4772	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
B e s c h l u s s	4775	– Drucksache 3/2562 –	4776
		Detlef Müller, SPD	4776, 4786

Minister Dr. Otto Ebnet	4777	Antrag der Fraktion der CDU:	
Rainer Prachtl, CDU.....	4779, 4782	Bericht der Landesregierung zur Wieder-	
Nils Albrecht, CDU.....	4782	einrichtung des Studienganges Zahnmedizin	
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	4782	an der Universität Rostock gemäß Beschluss	
Lieselotte Prehn, PDS.....	4784	des Landtages zur Drucksache 3/2208	
B e s c h l u s s	4788	– Drucksache 3/2459 –	4809
		Eckhardt Rehberg, CDU	4809
		Minister Dr. Peter Kauffold	4811
		Dr. Gerhard Bartels, PDS.....	4813
		Steffie Schnoor, CDU	4815
		Dr. Manfred Reißmann, SPD	4817
		B e s c h l u s s	4818
Antrag der Fraktion der CDU:		Antrag der Fraktion der CDU:	
Prozessverschleppung bei dem Landgericht		Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge	
Schwerin wegen Krawallen in Lichtenhagen		– Drucksache 3/2461 –	4818
– Drucksache 3/2460 –	4788	Nils Albrecht, CDU.....	4818, 4824
Reinhardt Thomas, CDU.....	4788	Ministerin Dr. Martina Bunge.....	4819
Minister Erwin Selling	4791, 4798, 4801	Dr. Margret Seemann, SPD	4822
Peter Ritter, PDS.....	4793	Torsten Koplín, PDS	4828
Herbert Helmrich, CDU.....	4795, 4802, 4803	B e s c h l u s s	4831
Wolfgang Riemann, CDU.....	4801		
Bodo Krumbholz, SPD.....	4801	Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:	
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS.....	4802, 4803	Bestimmung des besonderen Ausschusses	
B e s c h l u s s	4804	gemäß Artikel 52 Absatz 3 Verfassung	
		des Landes Mecklenburg-Vorpommern	
		– Drucksache 3/2560 –	4831
		B e s c h l u s s	4831
Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:		Nächste Sitzung	
Entwicklung des Kleingartenwesens		Mittwoch, 30. Januar 2002	4831
in Mecklenburg-Vorpommern			
– Drucksache 3/2463 –	4804		
Birgit Schwabs, PDS	4804, 4807		
Minister Till Backhaus.....	4805		
Friedbert Grams, CDU	4806		
Detlef Müller, SPD	4808		
B e s c h l u s s	4809		

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 74. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Meine Damen und Herren! Von den Fraktionen der SPD, CDU und PDS liegt Ihnen auf Drucksache 3/2560 ein Antrag zum Thema „Bestimmung des besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ vor. Aufgrund der Dringlichkeit durch die gesetzlichen Fristen für die Nachwahl eines Mitglieds des Landesverfassungsgerichtes soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Nach Paragraph 40 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss über die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen, dass wir die Tagesordnung um diesen Punkt erweitern.

Ich gehe davon aus, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Sitzung behandeln. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern – Einführung der „Regionalen Schule“ und des Abiturs nach 12 Schuljahren –, auf Drucksache 3/2458.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Fünften Gesetzes zur
Änderung des Schulgesetzes für das
Land Mecklenburg-Vorpommern
– Einführung der „Regionalen Schule“
und des Abiturs nach 12 Schuljahren –
(Erste Lesung)
– Drucksache 3/2458 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Kauffold. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe heute die angenehme Aufgabe, den Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern mit dem Untertitel „Einführung der ‚Regionalen Schule‘ und des Abiturs nach 12 Schuljahren“ in das Haus einzubringen.

Dieser Gesetzentwurf betrifft aber noch andere Regelungsgegenstände, so zum Beispiel kooperative Erziehungs- und Bildungsangebote, Schüler- und Elternratsangelegenheiten, Schulprogramme, Bewirtschaftung von Schulgebäuden, also eine Reihe von Materien, die bei der Gelegenheit mitgeregelt werden sollen. Nun sind die Probleme, die Maßnahmen, die Ziele in der Vorlage auf der Drucksache 3/2458 eingehend beschrieben. Der Begründungstext ist gründlich, so dass ich mir etliche Ausführungen ersparen kann.

Am Gesetzentwurf haben Bildungspolitiker, Praktiker, Wissenschaftler, Gewerkschafter, Angehörige von Ver-

bänden und Interessenvertretungen sowie der Landeschulbeirat intensiv mitgewirkt. Alle haben mitgearbeitet und allen, die sich hier eingebracht haben, möchte ich schon an dieser Stelle ganz herzlich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Auch die Opposition meldet bei bestimmten Regelungen Urheberrechte an. Ich kann damit ganz gut leben, mich stört das nicht. Entscheidend ist, dass in diesem Falle der gesellschaftliche Konsens zu den Regelungen des Gesetzes breiter wird.

Nun geschieht die Einbringung dieses Gesetzentwurfes nur wenige Tage nach der Veröffentlichung und heftig einsetzenden öffentlichen Diskussionen der internationalen Vergleichsuntersuchung zu den Leistungen 15-jähriger Schülerinnen und Schüler in 32 Staaten. Ich nehme an, dass die Ergebnisse unsere Debatte etwas breiter gestalten werden, und möchte mich auch darauf beziehen. Wir wissen nun im Ergebnis einer wirklich repräsentativen Untersuchung, dass sich die Leistungen deutscher Schüler und Schülerinnen – Schüler sind hier zuerst zu nennen, weil die schlechter sind als die Schülerinnen – im unteren Drittel der verglichenen Länder befinden im Lesen, in Mathematik, in Computerkenntnissen, in Naturwissenschaften, bei Verständnisaufgaben.

In Deutschland ist der Anteil besonders schwacher Schüler am größten. Es gibt Überlappungen zwischen den Bildungsgängen und einen überaus starken Bezug zur sozialen Herkunft. Länder mit deutlich integrativen Schulsystemen liegen weit vorn. Wie der Vergleich der Bundesländer ausfällt, werden wir in absehbarer Zeit erfahren können. Das wird dann sicher sehr interessant, aber auch dieser Teil des internationalen Vergleiches ist sehr interessant. Woran liegt es denn nun wohl, dass die Schüler in Deutschland schlechter sind? Wer bekommt denn nun die schlechten Noten,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Die Landesregierung.)

wenn man davon ausgeht, dass die in Deutschland geborenen Kinder nicht dümmer sind als anderswo?

Herr Born, zum Beispiel Landesregierungen, die Politiker. Aber die können ja hier mit Beispiel vorangehen in der Namensnennung, allerdings bitte dann auch über mehrjährige Legislaturperioden – auch Lehrer, auch Hochschulen, auch Schulträger, auch Familien,

(Harry Glawe, CDU: Jetzt ist der Wähler schuld.)

auch andere Dinge wie zum Beispiel die Spaß- und Konsumgesellschaft, auch soziale Kälte, auch manche Medien. Wir haben – und das will ich eigentlich damit nur deutlich machen – es nötig, einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu führen, eine gesamtgesellschaftliche Diskussion und wir haben eine Menge zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber nur dann erfolgreich sein, wenn sich die Debatte nicht in Schuldzuweisungen erschöpft, sondern wenn die Beteiligten bereit sind, mit sich selbst ins Gericht zu gehen und gemeinsam zu handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Barbara Borchardt, PDS, und
Angelika Gramkow, PDS)

Wir dürften eigentlich nicht völlig überrascht sein von PISA, weil die Ergebnisse der TIMSS-Studie von 1998 in die gleiche Richtung weisen. Das ist hier eine Vertiefung. Die TIMSS-Studie war der Kritik ausgesetzt, dass die Methodik möglicherweise nicht ausreichend sei, die Ergebnisse nicht repräsentativ. Das kann man hier nun wirklich nicht sagen.

Für uns ist natürlich interessant und wichtig einzuschätzen vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse sowohl von TIMSS als auch von PISA, ob wir uns auf den richtigen Weg begeben haben, sowohl was die Ziele anbelangt als auch was die Umsetzung betrifft, ob wir einen Weg richtig beschritten haben, der sicher lang sein wird und der in Etappen gegangen werden muss. Und das betrifft sowohl die Ziele als auch die Umsetzung der Ziele durch Maßnahmen in dieser Legislaturperiode.

Natürlich steht der Schüler im Vordergrund. Natürlich soll die Schule den Schüler befähigen, das Beste aus sich zu machen, wobei das schon ein neues Paradigma ist, möchte ich meinen. Das ist nämlich ein Paradigma, was eine neue, eine besondere Lernkultur erfordert, nicht frontal, sondern der Schüler wird befähigt, das Beste aus sich zu machen. Zu unseren Zielen gehören Chancengleichheit und Leistungsorientierung, Leistungsorientierung sowohl was die Leistungen der Schülerinnen und Schüler unmittelbar persönlich betrifft, aber auch als Ergebnisorientierung, also die Anforderungen der aufnehmenden Wirtschaft und der aufnehmenden Hochschulen berücksichtigt.

Zu unseren Zielen gehört, zu fördern und zu fordern. Im Mittelpunkt steht das ständige Bemühen um die Sicherung und Entwicklung von Qualität, Sicherung von Qualität zum Beispiel durch obligatorische Vergleichsarbeiten, Entwicklung zum Beispiel durch Schulprogramme und Schulprofile. Zu unseren Zielen gehört es auch, die Messlatte höher zu legen durch untergesetzliche und gesetzliche Regelungen. Und da möchte ich auch gleich etwas dazu sagen, was auf dem Weg und schon getan ist, zum Beispiel die strengere Fassung von Versetzungsordnungen, die Neufassung der Zeugnisverordnung, stärkere Leistungsorientierung bei der Entscheidung über den Bildungsgang. Eltern, Schüler und Schulen entscheiden gemeinsam über den Bildungsgang, den die Schüler einschlagen werden. Und natürlich gehören dazu auch

(Dr. Ulrich Born, CDU: Kopfnoten.)

die zentralen Abschlussprüfungen im Realschulbereich und bei den Gymnasien, die wir weiter fortführen wollen, die nicht in dieser Legislaturperiode eingeführt sind, aber das ist ein gutes Instrument. Ich genieße mich gar nicht, mich unbeliebt zu machen,

(Harry Glawe, CDU: Was?)

auch in der Kultusministerkonferenz, indem ich sage, dass es vielleicht in Deutschland ganz gut wäre, wenn wir insgesamt ein Zentralabitur hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Gesine Skrzepski, CDU: Richtig.)

Aber diese Einschätzung teilen wenige. Wir werden uns im Ergebnis der Gesetzesnovelle auch auf Wirkungen orientieren, die ein gestörtes Verhältnis zwischen Integration und Differenzierung ausbalancieren. Wir setzen auf Kontinuitäten, wo sie möglich, und auf Veränderungen, wo sie

notwendig sind. Und wir arbeiten an der Umsetzung dieser Ziele bereits seit 1998 unter objektiv schwierigen Bedingungen, die sich aus dem dramatischen Geburtenrückgang ergeben. Dabei sind auch schmerzhaft Eingriffe und Unzulänglichkeiten unvermeidbar. Wir arbeiten gemeinsam mit den Kreisen und kreisfreien Städten an einem zukunftsfähigen Schulnetz und ich habe die begründete Hoffnung, dass die entscheidenden Arbeiten zum Ende des kommenden Frühjahrs abgeschlossen sein werden.

(Harry Glawe, CDU: Das wird doch nichts!)

Na, wollen wir mal sehen, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Ach, die Hoffnung ist doch irrelevant! Ein Jahr im Verzug und das wird nächstes Frühjahr auch noch nichts. – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Schauen wir mal.

Entscheidend sind die Beschlüsse durch die Kreistage und durch die Stadtparlamente. Wir müssen die Lehrerbefähigung an die Schülerzahlen anpassen, das ist die andere erschwerende Bedingung. Unter Bezug auf PISA und die heutige Landtagsdebatte hat Ihr Fraktionsvorsitzender, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, in der Zeitung vorgestern, glaube ich, geäußert, dass es für die Lehrer nicht sehr motivierend sei, sie in Teilzeitarbeit zu zwingen. Was die CDU immer vergisst, ist, dass sie nicht sagt, wohin sie dann andernfalls gezwungen werden würden, nämlich in die Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass der drohende Verlust der Arbeitsstelle motivierender ist als ein sicherer Arbeitsplatz. Das kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Volker Schlotmann, SPD: Die traut sich, hier solche Forderungen zu stellen? Das ist ja! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Der Mehraufwand an Lehrerstellen mit allen Auswüchsen, den wir auch im Ergebnis der Schulgesetzesnovelle bis zum Jahre 2010 für die schulische Bildung verfügbar machen, liegt um 1.000 Stellen höher – das sind mehr als 50 Millionen Euro – als die Ansätze der vorherigen Landesregierung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Das bedeutet sowohl Schulqualität als auch Lehrerbefähigung. Ich meine, das soll uns erst mal einer nachmachen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die PISA-Studie benennt auch Unzulänglichkeiten, denen die Koalitionsregierung mit Maßnahmen gegensteuert, die seit langem beschlossen sind und eingeleitet wurden. Dazu gehört die Aufbesserung der Stundentafel im Grundschulbereich aber ganz erheblich. 1991/92 gab es in Mecklenburg-Vorpommern noch 98 Unterrichtsstunden in der Grundschule, Jah-

reswochenstunden, 1992/93 waren es 86, 1999/2000 haben wir das wieder angehoben, 2001/2002 sind es 93 und 2003/2004 werden es 94 sein. Die PISA-Studie lokalisiert die Entstehung der Defizite hauptsächlich im Grundschulbereich.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die PISA-Studie piesackt Sie aber ganz schön.)

Wie bitte, was meinen Sie, Herr Born?

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Die PISA-Studie piesackt Sie aber ganz schön, die PISA-Studie.)

Ja, die piesackt nicht wenig, das muss ich sagen.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Und die sollte uns alle recht lange beschäftigen.

Mit diesen 94 Jahreswochenstunden, die wir im Grundschulbereich im nächsten Schuljahr erreichen, liegen wir gleich hinter Baden-Württemberg. Baden-Württemberg hat 98 Stunden, die Hessen haben 88 Stunden, Nordrhein-Westfalen 87 Stunden, in Sachsen-Anhalt sind es 93 und bei uns werden es 94 Stunden sein.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir haben den höchsten Stundenanteil in Deutsch und Mathematik im Vergleich mit allen anderen Vergleichspartnern, die ich hier erwähnt habe.

Ich darf noch ein anderes Vorhaben erwähnen, was seit 1998 in die Schulen, in das Schulsystem eingeführt wird, das sind die Ganztagschulen. Auch die Ganztagschulen sind von hervorragender Bedeutung für einen ganzheitlichen schulischen Ansatz, der geeignet ist, Defizite abzubauen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die in der genannten Untersuchung ausgewiesen sind. Bisher haben wir 50 Ganztagschulen,

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

14 kommen jetzt hinzu und wir werden dieses System systematisch und kontinuierlich ausbauen.

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie auch die Mittel dazu geben.)

Ja, diese Mittel werden bereitgestellt, aber schrittweise.

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist ja auch noch nicht so lange, dass die CDU für Ganztagschulen ist. Das ist ja auch was Neues. – Volker Schlotmann, SPD: Wir vernehmen, dass die CDU dafür ist. Das ist ein Ansatzpunkt.)

Ich möchte noch etwas anderes erwähnen. Medienkompetenz ist eine Grundlagenkompetenz. Medienerziehung ist ein Aufgabengebiet, zu dem die Fächer in allen Schulstufen und Schularten beizutragen haben. Der Einsatz neuer Medien im Unterricht ist ein Schwerpunkt unserer Bildungspolitik. Es liegt in der Verantwortung der Schule, die Chancengleichheit auch dahin gehend für unsere Kinder weitestgehend zu gewährleisten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir beschleunigt die Lehrer in der Medienkompetenz ausbilden, und zwar in den verschiedensten Modulen bis hin zu dem Einsatz von Computern im Fachunterricht und bei der Nutzung des Internets, so dass wir zum Ende dieser Legislaturperiode auch davon ausgehen können, dass wir alle Lehrer durch die verstärkten Anstrengungen, die unternommen wer-

den, auf diesen Gebieten fortgebildet haben. Sie wissen, dass wir für die allgemein bildenden Schulen von 2001 bis 2005 für die Ausstattung und Projektförderung mehr als 54 Millionen DM zur Verfügung stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Orientierungsstufe ist ein Regelungsgegenstand im Schulgesetz. Die Orientierungsstufe ist das Bindeglied zwischen der Grundschule und den weiterführenden Bildungsgängen. Sie wird mit der Schulgesetznovelle inhaltlich reformiert. Alle Schüler der Klassen 5 und 6 werden nach den gleichen Rahmenplänen und Stundentafeln unterrichtet. Wir vergrößern die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen. Auch das ist PISA-konform. In der Jahrgangsstufe 5 und 6 werden zusätzlich eine Wochenstunde Deutsch beziehungsweise eine Wochenstunde Physik geboten.

(Beifall Heike Polzin, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Zusätzlich erhalten die bildungsgangübergreifenden Klassen erheblich mehr Förderstunden, um auf die unterschiedlichen Begabungen der einzelnen Schüler eingehen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das geht alles nicht zum Nulltarif. Eine Stunde Deutsch in Klasse 5 kostet 3,7 Millionen DM. Gleichzeitig verändern wir die Leistungsförderung auch in dieser Schulstufe. Von Klasse 5 nach Klasse 6 wird auf der Grundlage der erbrachten Leistungen versetzt und am Ende der Orientierungsstufe sollen die Schülerleistungen eine vorrangige Rolle bei der Wahl des weiteren Bildungsganges spielen. Das sind alles Änderungen, die stark reformerisch sind.

Meine Damen und Herren, die Einführung der Regionalen Schule und die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges unter den Maßgaben der Kultusministerkonferenz sind zentrale schulpolitische Anliegen der Koalitionsregierung. Beides verträgt sich sehr gut mit den Schlussfolgerungen aus der viel zitierten Studie. Warum greifen wir nun diese Reform jetzt auf? Wir tun es, meine Damen und Herren, weil die Qualität des bisherigen Haupt- und Realschulbildungsganges verbessert werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es muss etwas geschehen, um die Absolventen besser auf die Anforderungen der Gesellschaft vorzubereiten. Das war schon lange unsere Position, bevor diese Studie ihre Ergebnisse hervorgebracht hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist der inhaltliche Punkt und diesen setzen wir jetzt um, weil die jetzt schon bestehenden Verbundsysteme mit integrierten Klassen im kommenden Schuljahr durch den massiven Rückgang der Schülerzahlen in der Jahrgangsstufe 5 explosionsartig ansteigen werden. Wir werden sehr viel einzügige Schulen und sehr viel kleine zweizügige Schulen haben.

Im laufenden Schuljahr gibt es im dreigliedrigen Schulsystem in Mecklenburg-Vorpommern 9 Hauptschulen, 68 Realschulen, 250 verbundene Haupt- und Realschulen, 16 integrierte Gesamtschulen, 5 kooperative Gesamtschulen und 84 Gymnasien. Wir erwarten einen Schülerrückgang in der Sekundarstufe I von derzeit

26.000 Schülern auf 9.000 Schüler im Schuljahr 2005/2006. Das wird also zu diesen einzügigen und kleinen zwei-zügigen Schulen führen und der Anteil dieser Schulen mit integrierten Klassen wird sprunghaft anwachsen. Das sind Fakten. Darauf muss Bildungspolitik eine Antwort geben.

(Harry Glawe, CDU: Genau, Steigerung der Qualität.)

Die Regionale Schule ist eine geeignete Antwort darauf, denn sie trägt den Realitäten Rechnung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Jaja, jaja.)

sie verbessert das Unterrichtsangebot für mehr Schüler und ist dabei auch bezahlbar.

Die Hauptschule findet in unserem Land nicht die Akzeptanz bei den Eltern, Schülern, Lehrern und der Wirtschaft, die bei ihrer Gründung, bei der Einführung dieses Systems sicher erwartet worden war.

(Heidemarie Beyer, SPD: Das war doch aber von Anfang an bekannt.)

Insbesondere die Ausbildungsbetriebe und die beruflichen Schulen klagen über die schwachen Leistungen der Auszubildenden im Lesen, Rechnen und Schreiben sowie im Umgang mit dem Computer und bei der Lernfähigkeit bei neuen Aufgaben über unzureichende Ergebnisse. Dabei will ich hier, meine Damen und Herren, nicht den Erfolg einzelner guter Schulen in Frage stellen, die Bemühungen aufopferungsvoller und sehr talentierter, hochgradig engagierter Lehrkräfte, die ich kennen gelernt habe.

Wir haben auch gute Hauptschulen. Aber in der Gesamtschau war das Ergebnis nicht befriedigend und dies lag nicht an der mangelnden Förderung der Hauptschüler. Zum Beispiel was die Klassenstärken anbelangt – durchschnittlich 16 Schüler –, gibt es bundesweit hervorragende Bedingungen. Die Eltern und Schüler haben mit den Füßen abgestimmt. Die Hauptschule wurde nicht anerkannt und nicht angenommen. Auch das nehmen wir zur Kenntnis und ziehen daraus unsere Schlussfolgerungen. Bei dieser Weiterentwicklung der Haupt- und Realschule zielen wir besonders auf eine inhaltliche Verbesserung des Unterrichts ab. Der Unterricht ist das Wesentliche und hier liegen die überzeugenden Argumente für die Regionale Schule. Diese Schule wird durch Stärkung der Grundlagenbildung in den Kernfächern, durch Verbesserung der Berufsorientierung, durch Stärkung der sozialen Kompetenzen der Schüler auf eine Berufsausbildung vorbereiten. Sie wird von ihren Inhalten und Möglichkeiten mit dem Gymnasium gleichwertig, in der Zielrichtung aber anders sein. Das Gymnasium soll auf ein Studium, die Regionale Schule auf eine Berufsausbildung vorbereiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dennoch steht den Absolventen der Regionalen Schulen jede Möglichkeit offen, vor allem an der Fachoberschule oder am Fachgymnasium das Abitur zu erreichen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Jeder anschließende Bildungsgang wird so weit wie möglich offen bleiben. Die Schüler der Regionalen Schule werden deutlich mehr Unterricht als an den bisherigen Hauptschulen, Realschulen und verbundenen Haupt- und Realschulen erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir bieten mehr Unterricht in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 in den Stundentafeln an und dieser Unterricht erreicht viel mehr Schüler im Pflichtunterricht, als es zuvor in der Haupt- und Realschule der Fall war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Andreas Bluhm, PDS: So ist es.)

In der Gesamtsumme bieten wir in der Regionalen Schule von Klasse 5 bis 10 190 Unterrichtsstunden an, im Vergleich zu 181 Stunden im Realschulbildungsgang. Der Unterricht in den Kernfächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Arbeit-Wirtschaft-Technik, in den Naturwissenschaften und in Geschichte wird gestärkt. Das erfordert auch Umverteilungen innerhalb des Curriculums.

Mit unserem Unterrichtsangebot können wir uns bundesweit sehen lassen. Wir unterrichten mehr Mathematik als in den vergleichbaren Schulen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen oder Rheinland-Pfalz. Wir liegen an der Spitze im Fach Deutsch, der ersten Fremdsprache. Im gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich bietet nur Sachsen mehr Unterricht in Geschichte, Geographie und Sozialkunde an. Natürlich erfüllen wir dabei alle KMK-Vorgaben. Unsere Schule und unsere Abschlüsse sind selbstverständlich bundesweit anerkannt. Die KMK erfordert für die Jahrgänge 5 bis 10 in der Summe einen Mindestrahmen, den wir mehr als erfüllen. In Deutsch gefordert sind 22 Wochenstunden, wir unterrichten 26. In Mathematik gefordert sind 22, wir unterrichten 27 Wochenstunden. In der ersten Fremdsprache gefordert sind 22, wir haben 25 Wochenstunden. In den Naturwissenschaften sind gefordert 16, wir unterrichten 26 Wochenstunden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das sind ja alles Bienchen.)

Meine Damen und Herren, ich hatte anfangs gesagt, dass Integration eine wichtige Leitlinie unserer Bildungspolitik ist. Genauso wichtig ist mir die individuelle Förderung der unterschiedlichen Schülerbegabungen. Diesen Zielen kommen wir mit einer Differenzierung in der Regionalen Schule nach. Wir bieten von der Jahrgangsstufe 7 bis 9 auf zwei unterschiedlichen Anforderungsebenen Mathematik, Englisch, Deutsch und eine Naturwissenschaft an. Je nach Leistungsfähigkeit werden die Schüler diesen Kursen zugeordnet und erhalten eine differenzierte Förderung.

(Harry Glawe, CDU: Ja, genau.)

In den übrigen Fächern wird integriert unterrichtet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Der Unterricht wird inhaltlich durch neue Rahmenpläne auf die genannten Hauptziele ausgerichtet. Die Lehrkräfte erhalten gezielte Fortbildungsangebote zur Vorbereitung auf diesen Unterricht.

Die Regionale Schule soll schrittweise eingeführt werden und mit der Jahrgangsstufe 5 des Schuljahres 2002/03 beginnen. In den folgenden Schuljahren soll dann jeweils von unten nachfolgend eine Jahrgangsstufe hinzukommen. Die Regionale Schule wird als Angebot eingeführt. Bestehende, selbstständig geführte Hauptschulen, Realschulen und verbundene Haupt- und Realschulen können bestehen bleiben, wenn eigenständige Klassen nach den

bestehenden Vorgaben gebildet werden können, wenn ihr Bestand dem Schulentwicklungsplan entspricht und wenn eine wohnortnahe Beschulung in dem jeweils anderen Bildungsgang gesichert ist. Das ist jedenfalls mein Ansatz. Ich möchte Veränderungen nicht mit der Brechstange einführen. Ich bin überzeugt davon, dass die Regionale Schule als Angebot für sich werben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun zum Abitur nach 12 Schuljahren: Wir beginnen parallel damit, die Verkürzung der Schulzeit im gymnasialen Bildungsgang einzuleiten. In der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe ist nach den Regeln der Kultusministerkonferenz mindestens ein Gesamtstundenvolumen von 265 Wochenstunden nachzuweisen. Wir müssen nun die Unterrichtsstunden einer ganzen Jahrgangsstufe der gymnasialen Oberstufe auf die Klassen 5 bis 12 verteilen. Mit Beginn des Schuljahres 2001/02 erfolgte bereits in den Jahrgangsstufen 5 und 6 eine Erhöhung der Zahl der Unterrichtsstunden. Sie sehen, wir haben Wort gehalten.

Ich bin mal von einer Abgeordneten aus der Oppositionsfraktion gefragt worden, wie ich zu dem Abitur nach 12 Schuljahren stehe. Ich habe gesagt, sehr positiv. Und es macht mir kein Vergnügen, das Abitur nach einer Schulzeit von 13 Schuljahren einzuführen. Am Ende des Schuljahres 2007/08 wird dann erstmals das Abitur nach 12 Schuljahren mit 265 Schülerwochenstunden abgelegt werden. Gleichzeitig wird letztmalig das Abitur nach 13 Schuljahren abgelegt.

Die Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtszeit hat unausweichlich zur Folge, dass vermehrt Unterricht am Nachmittag stattfinden muss. Das ist natürlich im ländlichen Raum nicht unproblematisch. Mit der Erhöhung der Stundenzahl um 23 Wochenstunden werden vor allem die Kernfächer Deutsch und Mathematik, die Naturwissenschaften sowie das Fach Arbeit-Wirtschaft-Technik in einer neuen Gewandung und Geschichte gestärkt.

Die Schüler aus Mecklenburg-Vorpommern erhalten mit einem Abitur nach 12 Schuljahren sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch auf dem internationalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eine bessere Startposition. Wir befinden uns mit dieser Entscheidung in der Gesellschaft von Sachsen und Thüringen. Das Saarland hat als erstes der alten Bundesländer vor einigen Monaten den Einstieg in das achtjährige Gymnasium beschlossen. Die Saarländer werden 2009 erstmals das Abitur nach 12 Schuljahren ablegen können. Wir haben also bereits jetzt den Vorlauf so weit, dass wir ein Jahr früher damit zurande kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Harry Glawe, CDU: Erst haben wir
es eingeführt und dann sind wir
schneller als die Saarländer nachher.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf wird den Rahmen für eine notwendige Qualitätsentwicklung unserer Schulen setzen. Es gibt weiterhin viel zu tun. Jetzt gilt es, diesen Rahmen mit Inhalten zu füllen. Zu diesen Inhalten gehört auch eine neue Lernkultur. Was ist das? Eine neue Lernkultur vermittelt anwendungsbereite Inhalte. Die Inhalte müssen mit der Lebens- und Erfahrungswelt junger Menschen verbunden werden, sie müssen einen Weltbezug erhalten. Im Unterricht werden handlungsorientierte Methoden angewendet – Abwendung von der ausschließlichen Faktenvermittlung, Hinwendung zum problemorientierten Arbeiten in der Schule.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Margret Seemann, SPD: Jawohl.)

Ziel des Unterrichts muss es auch sein, dass alle Schüler, wirklich alle Schüler die Grundlagen eines Faches beherrschen. Das Lernen muss erlernt werden, um es ein Leben lang situationsangemessen ausüben zu können.

(Harry Glawe, CDU: Das ist wohl richtig.)

Lernen ist ein aktiver Prozess. Durch diesen aktiven Prozess werden Informationen und Fakten zum verstehenden Wissen. Unterricht darf nicht nur durch die Instruktion des Lehrers Fakten vermitteln, sondern muss die Konstruktion des Schülers ermöglichen.

Diese Grundsätze, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir schon vor längerer Zeit im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Regionalen Schule vertreten. Diese Grundsätze wollen wir über eine leistungs- und ergebnisorientierte Schule erreichen. Das müssen vor allem die Lehrerinnen und Lehrer leisten, die eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe haben. Ich bin mir sicher, dass in den Kollegien die Ergebnisse der PISA-Untersuchung gründlich ausgewertet werden. Ich bin mir sicher, dass die Lehrerinnen und Lehrer sich auch auf die Anforderungen der Regionalen Schule einstellen werden. Wir müssen ihnen die Möglichkeiten bieten für Fortbildung, Weiterbildung und für eine an diesen Maßstäben orientierte Hochschulausbildung.

Die Landesregierung setzt verlässlich und kontinuierlich auf die Qualitätsentwicklung an den Schulen. Wir setzen auf realistische und langfristige Lösungen, weil nämlich das, was wir heute säen, erst in 15 Jahren geerntet wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schnoor von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schnoor.

(Andreas Bluhm, PDS:
Dann wollen wir mal hören.)

Steffie Schnoor, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der Ergebnisse der in der vergangenen Woche bekannt gewordenen PISA-Studie müssten eigentlich alle Fraktionen in diesem Hohen Haus einen Moment innehalten. Betrachten wir den Gesetzentwurf der Landesregierung, betrachten wir den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion vom Juni, dann müssen wir der Ehrlichkeit halber feststellen, dass keiner der beiden Entwürfe dazu geeignet ist, den durch PISA erhobenen Ansprüchen an Bildung gerecht zu werden. Können wir uns zu dieser Einsicht durchringen? Diese Einsicht müsste zur Folge haben, dass wir beide Gesetzentwürfe zurückstellen, intensiv in die Analyse gehen, intensiv die nationalen Ergebnisse analysieren und dann an PISA orientiert unser Bildungssystem – jedenfalls was den gesetzlichen Rahmen anbelangt – reformieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Genau so ist
das. – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Ich bin sicher, meine Damen und Herren, das ist die Botschaft, die die Menschen in diesem Land von uns hören wollen. Meine Damen und Herren, es bringt nichts, mit PISA den vorliegenden Gesetzentwurf zu rechtfertigen und dabei die offensichtlichen Fehler – wie zum Beispiel die Versetzungsentscheidung nach der 5. Klasse – geflissentlich unter den Tisch fallen zu lassen. Mein Appell heute Morgen ist die Aufforderung, zur Besinnung zu kommen und beide Gesetzentwürfe noch einmal einer grundsätzlichen Neubewertung zu unterziehen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nein, wie rührend!)

Wir tun den jungen Menschen im Land keinen Gefallen, wenn wir nunmehr mit offensichtlich unreifen Änderungsvorschlägen – der Begriff „Reform“ scheint mir hier unangebracht zu sein –

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Strukturänderungen in Bewegung setzen, die sich mit PISA II wieder als falsch erweisen.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, Frau Schnoor, das ärgert Sie ja wirklich, was wir vorgelegt haben. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Hier fordere ich vor allem Frau Keler zu mehr Realismus auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie hat als eine von 16 Finanzministern dazu beigetragen, dass die Finanzministerkonferenz weitere, das heißt mehr Investitionen in Bildung für nicht notwendig erachtet.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Hört, hört!)

Angesichts von PISA muss dieses Votum wohl grundsätzlich revidiert werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das will sie jetzt wieder nicht wahrhaben. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Nicht nur das, meine Damen und Herren, auch die Einstellung der Finanzministerin Keler muss revidiert werden, die ihren Kollegen Kauffold immer am Nasenring durch das Land führt, wenn er für die Bildung etwas Gutes tun will

(Dr. Margret Seemann, SPD: Hat Frau Kleedehn das immer mit Ihnen gemacht oder wie kommen Sie darauf?)

oder zumindest den Anschein erweckt, etwas Gutes tun zu wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Angelika Gramkow, PDS: Frau Schnoor, waren Sie bei den Haushaltsberatungen nicht da? Ach nee, Sie waren nicht da. –

Barbara Borchardt, PDS: Sie reist immer durchs Land.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen dennoch den vorliegenden Gesetzentwurf einer Bewertung unterziehen. Die Kritik will ich Ihnen nicht ersparen, auch wenn ich davon ausgehe, dass zumindest bei der SPD mein Appell wenig Resonanz finden wird.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dann halten Sie doch inne! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eigentlich wollte ich die Koalitionsfraktionen zu diesem Gesetzent-

wurf beglückwünschen, denn die SPD ist in der Bildungspolitik einen gewaltigen Schritt auf die CDU zugegangen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Aber nicht nur deswegen fallen meine Glückwünsche etwas verhaltener aus. Viele Lehrer und Eltern werden sich fragen, warum dieses Aufeinanderzugehen nicht vor fünf Jahren möglich war. Sie haben fünf Jahre gebraucht, meine Damen und Herren von der SPD,

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

um in wesentlichen Fragen des Sinns von Schule wieder zu den Realitäten zurückzukehren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig! Genau so ist das.)

Mit Sinn meine ich, meinen wir den Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule. Drei Beispiele machen dies besonders deutlich:

1. der ausschließliche Elternwille nach der Grundschule und nach der Orientierungsstufe, 1996 von der SPD ausdrücklich ins Gesetz gebracht, 2001 nach dem Beispiel der CDU – siehe Gesetzentwurf vom Juni des Jahres – mit der Begründung der CDU wieder gekippt.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD und Peter Ritter, PDS)

2. das Abitur nach 12 Jahren, 1996 ausdrücklich durch die SPD abgeschafft, obwohl schon 1996 die Alternativen durchgerechnet vorlagen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sich seit Anfang der 90er Jahre nicht kümmern, Frau Schnoor!)

2001 durch die SPD wieder eingebracht, obwohl die CDU in der Zwischenzeit bereits zwei Gesetzentwürfe dazu vorlegte.

(Heike Polzin, SPD: Gute Frage.)

265 Wochenstunden sind auf einmal möglich. Meine Damen und Herren, warum jetzt und nicht vor fünf Jahren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

3. die Einführung von Abschlussprüfungen zum Erreichen eines Realschulabschlusses am Gymnasium beim vorzeitigen Verlassen des Bildungsganges,

(Harry Glawe, CDU: Frau Keler hat den Klingelbeutel aufgemacht.)

von der CDU 1993 eingeführt, von der SPD 1995 abgeschafft, 1996 abgelehnt, 2001 wieder eingeführt.

Meine Damen und Herren, das sind nur drei Beispiele der bildungspolitischen Metamorphose der SPD,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Gott sei Dank haben wir die Tradition von Stundenplankürzungen nicht fortgesetzt.)

mit einem bitteren Beigeschmack.

(Harry Glawe, CDU: Das ist Achterbahnfahren.)

Fünf Jahre der Irrungen und Wirrungen mecklenburg-vorpommerscher Bildungspolitik hätten Lehrern, Eltern und Schülern erspart werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie hätten erspart werden können, wenn die SPD diese Einsichten bereits 1996 gehabt hätte.

(Peter Ritter, PDS: Es hätte manches erspart bleiben können.)

Einmal mehr wird mit diesem Schulgesetz deutlich, dass es Harald Ringstorff 1996 nicht um die Qualität von Schule ging. Es war purer Machtopportunismus auf Kosten der Qualität von Bildung, auf Kosten der Zukunft mehrerer Schülergenerationen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ja, meine Damen und Herren, angesichts der Geschichte des 96er Schulgesetzes muss man dem Bildungsminister und seinem Sprecher Recht geben, wenn sie in der „Schweriner Volkszeitung“ vom 04.12. dieses Jahres

(Volker Schlotmann, SPD: Das funktioniert nicht, was Sie da vorhaben. Das können Sie vergessen. Vergebene Liebesmühe!)

nach der PISA-Studie feststellten: „Die Defizite ... waren absehbar.“ Meine Damen und Herren, es ist immer gut, wenn die eigene Arbeit entsprechend eingeschätzt wird, man dies nicht nur der Opposition überlässt.

(Volker Schlotmann, SPD: Sehen Sie! Das ist der Unterschied zur damaligen Koalition. Wir haben keinen Gedächtnisschwund.)

Aber mit dieser Aussage haben Sie sich, sehr geehrter Herr Minister, Ihrer Vorgängerin Regine Marquardt, Ihrer Finanzministerin Sigrid Keler und nicht zuletzt auch Ihrem Ministerpräsidenten ein Armutszeugnis ausgestellt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Auch wenn es von Ihnen keiner hören mag, nur um einer kollektiven Amnesie vorzubeugen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

auch für Sie, Herr Bluhm, noch einmal ganz ausdrücklich: Die SPD, Ihr heutiger Koalitionspartner, Herr Bluhm, hat seit 1994 die politische Verantwortung für die Bildungspolitik,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Wer war denn hier eigentlich die stärkste Partei?)

seit 1996 die politische Verantwortung für die Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Genau so! –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie, Herr Bluhm, haben von 1994 bis 1998

(Zurufe von Angelika Gramkow, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

im Bildungsausschuss selbst miterleben können, wer welche Initiativen verhinderte.

(Reinhard Dankert, SPD: Seit '98 sind Sie raus.)

Sie wissen auch, dass die Stundentafelerhöhungen in der Grundschule auf das Konto von PDS und CDU gehen, die heute von Professor Kauffold als Erfolg dieser Koalition verkauft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Meine Damen und Herren, mir ist keine bildungspolitische Initiative von Sigrid Keler und Regine Marquardt bekannt, die von 1994 bis 1998 eine qualitative Verbesserung von Schule und Ausbildung zum Inhalt gehabt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Genau so sieht es aus. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Am Nichtstun von Regine Marquardt in der Frage des Berufsschullehrermangels haben wir heute noch zu leiden. Und nicht nur daran. Aber auch darauf reagiert diese Landesregierung nicht. Wozu das führt, beweist eindringlich ein Brief der Schüler der Berufsschule für Gewerbe und Technik in Schwerin, die beispielhaft dem Bildungsminister ihren Stundenplan zusandten,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

der zu einem großen Teil aus Stillbeschäftigung und Ausfall besteht. Haben Sie den Schülern schon geantwortet, sehr geehrter Herr Minister? Haben Sie diesen jungen Menschen gesagt, wie sie ihre Zwischenprüfung im Fach Gestaltung absolvieren sollen? Oder haben Sie diesen jungen Menschen, die sich ernsthaft um ihre Ausbildung bemühen, vorgerechnet, dass in zehn Jahren dieser Lehrermangel nicht mehr besteht und Sie daher kein Problem in dem sehen, was diese Schüler beschrieben haben?

Meine Damen und Herren, gut, Sie wollten mit dem heutigen Gesetzentwurf das Schulgesetz ändern, ohne damit aber die wirklichen Probleme unserer Schullandschaft zu lösen.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Viele der heutigen Probleme resultieren nicht ausschließlich aus den Strukturentscheidungen der CDU von 1990 bis 1994,

(Heike Polzin, SPD: Aber doch auch!)

auch nicht die Kürzung der Stundentafel.

(Heike Polzin, SPD: Aber doch auch! –
Angelika Gramkow, PDS: Ach, das kann nicht sein! – Dr. Margret Seemann, SPD:
Um welche Schüler geht's denn jetzt?)

Denn es geht nicht primär um das Wieviel, sondern um das Wie. Nicht Quantität, sondern Qualität ist hier die Frage.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD:
Ach, auf einmal, Frau Schnoor?)

Auch das zeigt die PISA-Studie. Es geht nicht um die Zahl der absolvierten Schulstunden, sondern es geht um die Lernkultur, um die Bildungskultur in Deutschland schlechthin.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das sind ja ganz neue Töne. – Angelika Gramkow, PDS:
Sind Sie nicht Pädagogin?!)

Der internationale Vergleich ist die eine Seite der PISA-Studie.

(Angelika Gramkow, PDS: Schon mal was von Wissenserwerb, Üben und so weiter gehört? – Barbara Borchardt, PDS: Überfordere sie nicht! Du kannst sie nicht überfordern.)

Ich erwähnte es bereits, für Deutschland wird der nationale Vergleich interessant, es wird interessant, welche Regionen in Deutschland mit welchen Schulsystemen das Land so extrem nach unten gezogen haben. Auf jeden Fall, sehr geehrter Herr Bluhm, lässt die differenzierte Kenntnissnahme der ersten nationalen Auswertung durch das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung noch nicht den Schluss zu, dass die integrierten Systeme für Deutschland – und ich betone, für Deutschland – das Allheilmittel sind.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Internationale Vergleiche bringen uns letztendlich wenig – damit will ich nicht sagen, dass wir sie nicht beachten sollten –, sie bringen uns wenig, weil die Lernkulturen, also das gesellschaftliche Bildungsverständnis, extrem unterschiedlich sind, weil das Verhältnis der verschiedenen sozialen Gruppen zur Bildungsfrage so extrem unterschiedlich ist.

(Andreas Bluhm, PDS: Ja, das ist doch aber ein Produkt. Das ist doch ein Produkt! – Angelika Gramkow, PDS: Aber wenn sie dazu Ergebnisse bringt. – Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist schwach, was Sie hier erzählen.)

In der DDR, sehr geehrter Herr Bluhm, haben Sie es auf dem Weg der staatlich verordneten Sozial- und Bildungsnivellierung geschafft,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist eine Katastrophe, was Sie hier erzählen!)

niederen sozialen Gruppen den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen, aber auch nur, indem Sie zeitweise Kindern höher gebildeter Schichten den Zugang zu höherer Bildung erschwerten. Aber das nur so nebenbei.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heidemarie Beyer, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD: Ach! – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

PISA sagt auch, dass nicht nur extern differenzierende Schulsysteme in Deutschland für den hohen Anteil lernschwacher Schüler verantwortlich sind. Selbstverständlich, und das werden Sie mir bestätigen, werden die Entscheidungen über Bildungsverläufe vor der Schulzeit beziehungsweise in der Grundschulzeit getroffen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

können nur schwer in der weiteren Schullaufbahn durch Einwirkungen der Schule korrigiert werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Sie können es, meine Damen und Herren, wenn die lernschwachen Schüler überproportional gut gefördert werden, ja, auch gefordert werden. Das war schon immer Ziel unserer Bildungspolitik.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Eckhardt Rehberg, CDU)

Diese Schüler sind nicht nur förderbedürftig, das hat so etwas Mitleiderregendes an sich. In ihnen muss der Ehrgeiz geweckt werden zu lernen und sie müssen Lernerfolge verspüren.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, was wurde denn seit 1994 in Mecklenburg-Vorpommern vernachlässigt? Herr Minister Kauffold, Herr Bluhm, ich frage Sie das. Die SPD hat seit 1994, Sie, Herr Bluhm, seit 1998 die Förderung der Lernschwachen extrem vernachlässigt. Den Förderschulen mangelt es an ausgebildeten Sonderschullehrern und Pädagogen mit sozialpädagogischer Ausbildung. Sie drängen durch die Stigmatisierung der Hauptschule die Hauptschüler in die Förderschulen ab, wo diese überhaupt nicht hingehören. Und es ist bemerkenswert, gerade an den Förderschulen ist trotz der demographischen Entwicklung kein dramatischer Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen. Es gibt einen Schulamtsbezirk, da steigen die Schülerzahlen wieder an. Was machen Sie mit diesen Schülern im Rahmen der Regionalen Schule? Darauf gibt Ihr Konzept keine Antwort. Sie haben die potentiellen Hauptschüler, die Förderschüler nie ernst genommen. Und das hat auch die Anhörung zum CDU-Antrag zur Integration behinderter Kinder in den Schulen eindeutig unter Beweis gestellt. Ihre Bereitschaft, positive Veränderungen herbeizuführen, tendierte gegen null.

Meine Damen und Herren, wir werden im nationalen Vergleich sehen, wo die Südländer stehen und wo wir stehen. Wir werden sehen, wo Nordrhein-Westfalen steht, wo Hamburg steht. Und wir werden dann deutlich sehen, an welcher Stelle Mecklenburg-Vorpommern rangiert. Das werden die für uns relevanten Aussagen sein. Der internationale Vergleich belehrt uns darüber, dass es in Deutschland über die Jahre hinweg gelungen ist, über Beliebigkeit, über Leistungsverteufelung, über Verteufelung von Leistungseliten eine Lern- und Leistungskultur in der Gesellschaft zu erzeugen, die diese Ergebnisse erst hervorbringt.

Gefährdet sind doch die sozialen Gruppen, die nicht mit ihren Kindern im Kindergartenalter Bücher lesen.

(Angelika Gramkow, PDS: Eine Penetranz legen Sie hier an den Tag! Wer ist eigentlich für das Kita-Gesetz, für die Abschaffung des Erziehungsauftrages zuständig?)

Diese Kinder werden mit dem Fernseher groß. Unsere Kinder sind Weltmeister im Gameboy-Spielen. Und die Eltern, meine Damen und Herren? Wir alle kennen die Sprüche der Väter, die ihren Kindern anraten, schnell die Schule hinter sich zu bringen,

(Angelika Gramkow, PDS: Es ist wirklich eine Frechheit!)

einen vernünftigen Beruf zu erlernen und Geld zu verdienen. Und dann gibt es die Eltern, die es vermeintlich gut mit ihren Kindern meinen und sie überfordern, indem sie sie gleich auf dem Gymnasium anmelden.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das sind jetzt persönliche Erfahrungen.)

Und dann haben sie natürlich die Eltern, die von Anfang an mit ihren Kindern arbeiten, die ein ausgeprägtes Bildungsbewusstsein haben. Und auch diese Eltern wählen für ihre Kinder den Weg auf das Gymnasium oder verstärkt, wo denn das Angebot da ist, in die Privatschulen. Von denen haben wir übrigens zu wenig. Das haben wir an anderer Stelle hier schon deutlich diskutiert. Die pädagogischen Möglichkeiten, die Privatschulen bieten, übertref-

fen bei weitem die der staatlichen Schulen. Erinnert sei wieder an die Niederlande mit einem Privatschulanteil von 75 Prozent, wobei diese Schulen alle durchweg staatlich finanziert werden und effizienter arbeiten. Aber Privatschulen sind in Mecklenburg-Vorpommern politisch nicht gewollt, weil damit das Lehrpersonalkonzept gefährdet wird

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist unwahr! Das ist unwahr, Frau Schnoor.)

oder besser das dort verankerte Solidarprinzip. Meine Damen und Herren, zu welchem Preis?

Den Trend hin zum Gymnasium werden Sie mit der Regionalen Schule verstärken, trotz der Übergangsentcheidung nach der 6. Klasse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Solange in Deutschland Ihren Vorstellungen von integrierter Schulbildung das Gymnasium gegenübersteht, so lange werden die integrierten Formen die Verlierer sein, weil ihnen nämlich die Leistungsspitzen fehlen.

Herr Bluhm, Sie werden mit einem integrierten Modell wie dem japanischen in Deutschland nicht die gleichen Ergebnisse erreichen. Ich möchte auch nicht das japanische Schulsystem in Mecklenburg-Vorpommern haben,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nee? – Eckhardt Rehberg, CDU: Wieso? Möchten Sie das, Frau Seemann?)

denn, auch das wissen Sie, die Japaner, auch die Koreaner erzeugen aufgrund eines hohen, quasi schichtenunabhängigen Bildungsbewusstseins, das tiefe historische Wurzeln hat und kein Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts ist, einen derartig hohen Druck auf ihre Kinder,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

dass Japan unter den Schülern eine der höchsten Selbstmordraten weltweit hat,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau so ist das.)

dass die Japaner weltweit das meiste Geld für Nachhilfeunterricht ausgeben und Japan einen sehr hohen Privatschulanteil hat. Meine Damen und Herren, das sind Wahrheiten, die zu solchen Ergebnissen wie bei PISA beitragen,

(Barbara Borchardt, PDS: Ja, ja, so, wie das mit den Wahrheiten ist.)

leider dort aber keine Erwähnung finden.

(Barbara Borchardt, PDS: Steht alles hier.)

Nein, wir können die Systeme nicht unkritisch übertragen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Warum haben Sie es dann Anfang der 90er Jahre gemacht?)

Und vergessen wir es bitte nicht, auch PISA ist nur eine empirische Studie, die nichts über die Vergleichbarkeit der Systeme aussagt, sich nicht mit Kausalitäten auseinander setzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bleiben wir bei der Ursachenforschung. Was hat die SPD, Herr Bluhm, für die Grundschulen bis heute getan? Das haben uns die Vergleichsarbeiten in den 5. Klassen des Schuljahres 1998/99

gezeigt. Und schon da haben wir die Ergebnisse präsentiert bekommen, die uns PISA heute im internationalen Vergleich vorhält. Wenn in der Grundschule Sprachkompetenzen über Lückentexte erworben werden, meine Damen und Herren, dann brauchen wir uns nicht über die Leistungen der 15-Jährigen zu wundern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. Genau so ist das.)

Die Motivation der Lehrer, hier etwas anderes zu praktizieren, ist durch das Lehrpersonalkonzept und die Gleichmacherei denkbar gering. Und auch dies wollten wir an dieser Stelle einmal beiseite lassen.

Aber wie geht es nun mit den weiterführenden Schulen weiter? Dort wurde Bildung durch Sozialutopie ersetzt. Der Kabarettist Mike Krüger überspitzte dies am Freitag vergangener Woche in folgender Art und Weise, ich zitiere: „Früher hieß die Aufgabe: Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 50 DM. Der Erzeugerpreis beträgt 40 DM. Wie hoch ist der Gewinn? In der Gesamtschule heute heißt die Aufgabe: Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 50 DM. Der Erzeugerpreis beträgt 40 DM. Der Gewinn beträgt 10 DM. Unterstreiche das Wort Kartoffeln und diskutiere mit deinem Nachbarn!“

(Dr. Margret Seemann, SPD: So haben Sie die Rahmenpläne erarbeiten lassen. – Minister Till Backhaus: Für wie blöd halten Sie eigentlich die Bauern?)

Meine Damen und Herren, das Hin und Her in der Bildungspolitik nimmt den Lehrern die Möglichkeit, ihrer Arbeit ihrem Berufsethos entsprechend nachzugehen. Versetzungsverordnungen, Erlasse zur Unterrichtsversorgung, fehlende Förder- und Teilungsstunden, Lehrpersonalkonzept, Schulentwicklungsplanung – die vielen alltäglichen kleinen Nadelstiche tragen wesentlich dazu bei, dass weder die Regionale Schule noch ein vielfach gegliedertes Schulsystem dazu führen werden, in den künftigen Studien andere Plätze einzunehmen. So lange können Sie das Schulgesetz nahezu täglich ändern, Sie werden nie Ergebnisse Schwedens oder Finnlands erreichen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Und, meine Damen und Herren, Sie haben wieder einmal vier wertvolle Jahre vergeudet. Für die SPD sind es inzwischen acht wertvolle Jahre in der Bildungspolitik, in der sie nahezu nichts Entscheidendes, Grundlegendes zur Verbesserung der Situation beigetragen hat,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

nichts, um die Parameter zu verbessern, die bei PISA eine Rolle spielen.

Und wie wird nun auf PISA reagiert?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Vorhin haben Sie doch gesagt, man sollte das nicht so ernst nehmen.)

Der Sprecher des Bildungsministeriums verweist darauf, dass seit 1998/99 ein Netz, ich betone, ein Netz von 55 Ganztagschulen in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen wurde. Meine Damen und Herren, machen Sie sich bitte nicht lächerlich!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nee, hier macht sich jemand anderes lächerlich.)

Herr Minister, nur weil PISA feststellt, dass in Ländern mit einem hohen Ganztagsangebot bessere Ergebnisse erzielt werden, müssen Sie doch nicht gleich mit Ihrem Minimalismus den Eindruck erwecken, als wenn Sie da mithalten könnten.

(Heike Polzin, SPD: Nein, das ignorieren wir. – Siegfried Friese, SPD: Was haben Sie denn gegen Ganztagschulen?)

Wie sind denn die Zahlen tatsächlich? In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 792 allgemein bildende Schulen.

(Siegfried Friese, SPD: Sie hat was gegen Ganztagschulen.)

Also sind gerade mal 6,9 Prozent aller Schulen Ganztagschulen. Da reden Sie von einem Netz! Analysieren wir das einmal genauer, dann ergibt sich folgendes Bild: Wir haben 22 Gesamtschulen im Land. Von denen sind 14 Ganztagschulen, das ist ein Anteil von 66 Prozent. Bei den verbundenen Haupt- und Realschulen verzeichnen wir einen Anteil von 6 Prozent, bei den Förderschulen von 7,2 Prozent, bei den Gymnasien von 7,1 Prozent. Zugegeben, das sind die Zahlen vom vergangenen Schuljahr, aber die 14 neuen Ganztagschulen verändern das Verhältnis nicht maßgeblich.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wenn wir nicht aufgepasst hätten, hätten Sie 1990 einfach die Horte abgeschafft.)

Wenn Sie von einem Netz von Ganztagschulen bei den Gesamtschulen gesprochen hätten, dann hätten wir Ihnen beipflichten können. Aber so? Ja, meine Damen und Herren, diese Zahlen sagen, die Defizite waren absehbar.

Und ich will an dieser Stelle nicht darauf verzichten, Sie, Herr Minister, und Ihre Fraktionskollegen mit der Tatsache zu konfrontieren, dass Sie einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion während der Haushaltsberatungen zum diesjährigen Haushalt, also den 2001er, ablehnten, der einen Prüfauftrag beziehungsweise einen Entschließungsantrag der SPD und PDS insoweit abänderte, dass die CDU bis 2004/05 die flächendeckende Einführung der Ganztagschulen forderte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Sie lehnten genau dies im vergangenen Jahr ab.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Parallel zur Schulentwicklungsplanung wäre das die einzig vernünftige Maßnahme gewesen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

um Eltern das Schließen von Schulstandorten plausibel zu machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was machen Sie stattdessen? Und damit wären wir dann wieder beim Ihrem Schulgesetzentwurf. Sie geben 85 Millionen DM für die Einführung einer neuen Schulart aus. Es wäre interessant zu erfahren, wie viele Ganztagschulen im bestehenden System mit diesem Geld hätten finanziert werden können. Sagen uns PISA und die Reaktion des Bildungsministers vielleicht, dass diese Landesregierung falsche Prioritäten in der Bildungspolitik gesetzt hat?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Die Erhöhung der Stundentafel ist falsch, Frau Schnoor?)

Wundern würde es mich nicht, denn der SPD-Bundesvorstand war von Anfang an der Meinung und ist es wohl immer noch, dass der bundesdeutsche Ländervergleich unter den Tisch gekehrt werden muss. Denn nur so lässt sich einmal mehr die Aussage des Bildungsministers verstehen, dass die Defizite unserer Schulbildung absehbar waren. Angesichts des heute zu beratenden Gesetzes wäre dieser Ländervergleich sehr interessant und würde das Land vielleicht vor einem weiteren bildungspolitischen Irrtum – nach der Integrierten Gesamtschule – bewahren können. Und, sehr verehrter Herr Kauffold, Sie wollen uns doch wohl heute nicht glaubhaft machen, dass über die 155 Millionen DM hinaus, die Sie für 12 Jahre Abitur und Regionale Schule von der Finanzministerin bewilligt bekommen haben, weitere Mittel zur Einrichtung von Ganztagschulen freigesetzt werden?

(Minister Dr. Peter Kauffold: Doch, doch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir waren natürlich alle gespannt auf den nationalen Bildungsvergleich innerhalb von PISA. Ich bin mir da sehr sicher, dass Sie, sehr verehrter Herr Bluhm, dann widerlegt werden. Es ist ein gepflegter Irrtum Ihrerseits, dass die integrierten Systeme per se zu mehr Leistung und Gerechtigkeit führen, jedenfalls auf dem Weg, wie diese integrierten Systeme in Deutschland praktiziert werden.

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist genau der Punkt. Ja.)

Denn das müssen Sie zugeben: Die integrierten Schulsysteme sind in Deutschland gescheitert. Schon die TIMSS und die BIJU haben nachgewiesen, dass das gegliederte Schulsystem in Bayern gegenüber dem integrierten System in Nordrhein-Westfalen jeweils ein Schuljahr voraus ist. Die Südländer verfolgen seit Jahrzehnten kontinuierlich eine bildungspolitische Linie, sind damit sowohl wirtschaftspolitisch als auch sozialpolitisch deutschlandweit führend. In diesen Ländern spielt die Diskussion um gegliedertes Schulsystem oder integriertes keine Rolle. Die ideologischen Barrieren gibt es da nämlich nicht.

(Andreas Bluhm, PDS: Also ich erzähle Ihnen nachher was aus der PISA-Studie.)

Sie arbeiten im System und nicht am System wie die SPD hier und mittlerweile auch die PDS.

Bayern hat wieder einmal in der Bildungsdiskussion die Führung übernommen und investiert 600 Millionen DM in ein zusätzliches Programm, das zu der ohnehin guten Förderung lernschwacher Jugendlicher einen noch größeren Beitrag leisten wird. Bayern und Baden-Württemberg waren Sprachführer in der KMK, um in einem 7-Punkte-Sofortprogramm die Herausforderungen an die Bildungspolitik zu formulieren. Von Mecklenburg-Vorpommern habe ich auf diesen Katalog bisher keine einzige Reaktion vernommen. Warum wohl? In die Lehrerfortbildung investiert Bayern 24 Millionen DM, Mecklenburg-Vorpommern gerade einmal 400.000 DM. Gemessen an der Zahl der Lehrer bedeutet dies ein Verhältnis von 277 DM in Bayern zu ganzen 25 DM pro Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine Damen und Herren, das sind die Dimensionen! Die jungen Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern ziehen nach Bayern und Baden-Württemberg und der Ruf der Schulen dort hält sie nicht ab, sondern, ganz im Gegenteil, er zieht sie an. Dagegen ändert Mecklenburg-Vor-

pommern in elf Jahren zum dritten Mal seine Schulstrukturen.

(Heiterkeit bei Dr. Berndt Seite, CDU)

An dieser Diskontinuität ist immer die SPD führend beteiligt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einigen Punkten verwirklichen SPD und PDS die Bildungspolitik der CDU.

(Andreas Bluhm, PDS: Oh! Ich dachte, es geht um die Kinder und nicht um Parteiinteressen.)

Das ist gut so. Die entscheidenden Punkte nannte ich ja bereits. Die Leistungsbilanz von Schule ist nach wie vor so erschreckend – auch im vergangenen Schuljahr 2000/01 absolvierten fast 50 Prozent der Realschüler in Mecklenburg-Vorpommern die Mathematikprüfung mit der Note 4 und schlechter –, dass diese Landesregierung um korrigierende Maßnahmen im Sinne christdemokratischer Schulpolitik nicht mehr herumkam.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir müssen die Kopfnote einführen bei der Regierung. – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. Und besonders bei Fleiß.)

Das Konzept der Regionalen Schule soll den Eindruck erwecken, dass es überhaupt noch sozialdemokratische Schulpolitik gibt. Ob es die gibt, das müssen sich die Autoren des Leitantrages auf dem SPD-Bildungsparteitag Ende Oktober in Güstrow fragen lassen. Dieser Leitantrag wurde mit über 200 Änderungsanträgen geradezu verrissen, die Finanzministerin raufte sich die Haare, geneigte Gäste und Parteitagsdelegierte verließen genervt das Plenum, um dann zum wirklich spannenden Teil des Parteitages zurückzukehren, der Afghanistan-Debatte. Und all dies, meine Damen und Herren, bei einem Leitantrag, der lediglich die gegenwärtig praktizierte Bildungspolitik sanktionieren sollte!

Wo können die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern denn die bildungspolitische Linie der SPD erkennen? Gibt es sie überhaupt? Von Kontinuität kann jedenfalls nicht die Rede sein.

Ein Lehrbeispiel für die äußerst konsequente sozialdemokratische Linienführung ist die Versetzungsordnung des Landes nach Paragraph 69 Schulgesetz. 1996 führte die SPD-Bildungsministerin Regine Marquardt in Mecklenburg-Vorpommern eine Versetzungsordnung ein, die ein Sitzenbleiben nahezu unmöglich machte. Notenausgleich und Nachprüfungen in den Ferien gaben auch dem letzten Lernunwilligen die Möglichkeit, wie in der integrierten Gesamtschule ohne große Anstrengung an das Ende der Schullaufbahn zu gelangen. Nach und nach wurde dieser Sozialutopismus relativiert und gipfelt nun in der Versetzungsordnung von Minister Kauffold, die so auch von der CDU stammen könnte.

Wenn Sie unsere Pressemitteilungen, Reden und Anmerkungen von 1996 nachschlagen, dann werden Sie feststellen, diese Versetzungsordnung hätte es schon 1996 geben können. Meine Damen und Herren, Minister Kauffold macht 2001 genau das Gegenteil von dem, was seine Parteigenossen Marquardt und Bretschneider 1996 für sozialdemokratische Bildungspolitik hielten. Dieser fünfjährige Workshop der SPD in Regierungsverantwortung

war ein unverantwortlicher Selbstfindungsprozess auf Kosten von mehreren Schüलगenerationen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben mit einem bildungspolitischen Selbstfindungsprozess von Sylvia Bretschneider, eines Professor Kauffold und einer Heike Polzin Schülern in Mecklenburg-Vorpommern Bildung vorenthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. Genau so ist es! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Haben Sie es nicht eine Nummer kleiner?! Mein Gott! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Dieser Gesetzentwurf ist der persönliche bildungspolitische Offenbarungseid der Generation von Bildungspolitikern der SPD des Jahres 1996, zu denen auch Harald Ringstorff zählte.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regionale Schule ist nachweislich nur politische Selbstverwirklichung, das ist Wahlkampf, das ist Torschlusspanik vor dem 22. September 2002, denn ohne dieses Gesetz würde die bildungspolitische Bilanz von Professor Kauffold und der SPD noch katastrophaler aussehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich wiederhole dies gern noch einmal: Die SPD ist seit 1994 in bildungspolitischer Verantwortung.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Mit einem ach so schwachen Ministerpräsidenten Seite. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrter Herr Minister, wenn Sie es 1999/2000 mit Ihrem Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung ernst gemeint hätten, dann hätten Sie erstens eine Gesetzesnovelle, an den bereits erwähnten Qualitätsaspekten orientiert, spätestens Anfang vergangenen Jahres vorlegen können und zweitens dieses Konzept ernsthafter verfolgt und zum Schwerpunkt Ihrer Arbeit erklären sollen. Ich habe in Ihrer Rede sehr die Qualitätsmerkmale vermisst. Stattdessen haben Sie sich qualifiziert für einen Volkshochschuldozenten für Statistik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, Sie praktizieren etwas, was für die Öffentlichkeit scheinbar greifbar ist. Sie versuchen, über Strukturveränderungen den Eindruck von Reformen zu erwecken, Sie kleben neue Etiketten auf alte Hüte und wollen sie als den neuesten Schrei auf dem bildungspolitischen Catwalk in Mecklenburg-Vorpommern verkaufen. Wenn Sie wenigstens sicher wären, sehr geehrter Herr Bluhm, dass Ihr Konzept aufgeht, dann könnten wir sicher auch über das eine oder andere noch debattieren. Sie sind es aber offensichtlich nicht, denn erklären Sie mir bitte, wo die Unsicherheiten bei der Zielstellung der Regionalen Schule herrühren, wenn Sie dort sagen: „Die Verhaltensauffälligkeiten der Schüler und die daraus resultierenden Lernschwierigkeiten, die sich aktuell in konzentrierter Form in den Hauptschulklassen zeigen, werden aller Voraussicht nach in den gemischt zusammengesetzten Klassen geringer“ werden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, nach Ihren Darstellungen gilt es als erwiesen, dass integrierte Systeme diesen Effekt nach sich ziehen. Oder ist das wieder so ein Fauxpas wie bei den lebenslangen Fehlbesetzungen in Ihrem anderen Gesetzentwurf?

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPD und PDS, bestärken die neuen Kritiker des Kulturföderalismus in Deutschland, die auch die letzte Bastion der Länderkompetenzen in das Reich der Geschichte befördern wollen. Die Kulturhoheit wackelt, meine Damen und Herren. Sie wackelt, weil sozialdemokratische Bildungspolitiker seit Jahrzehnten in den alten Ländern die Bildungspolitik auf den Kopf gestellt haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das ist es.)

Sie wackelt, meine Damen und Herren, weil diese Sozialutopisten in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern willfährige Nachahmer gefunden haben. Und nicht umsonst tragen diese beiden Länder abwechselnd die rote Laterne in der wirtschaftlichen Entwicklung. Ihre Bildungspolitik trägt entscheidend dazu bei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU hat im Landtag bereits im Juni eine bildungspolitische Alternative vorgelegt. Eigentlich ist damals alles gesagt worden, sowohl zu unserem Konzept als auch zu Ihrem. Zum Glück hat PISA nun in der vergangenen Woche neue Impulse in die Debatte gebracht. Die Beratung in den Ausschüssen wird nun zeigen, wie ernst Sie diese ersten Untersuchungsergebnisse nehmen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wollten Sie vorher nicht alles zurückstellen?)

Angesichts des fehlenden nationalen Vergleichs wären Sie gut beraten, auf diesen noch zu warten, um die tatsächlichen Herausforderungen in der Bildungspolitik fernab aller Strukturdebatten anzunehmen.

Mit so viel Einsicht bei den Regierenden können die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern aber wohl nicht rechnen. Leider! Aber trotzdem, wir stimmen der Überweisung dieses Gesetzentwurfes in die Ausschüsse zu und ich hoffe auf eine intensive inhaltlich qualitative Diskussion. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bluhm von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bluhm.

Andreas Bluhm, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Schnoor, das war ja nun eine Offenbarung. Aber wer soll Ihnen denn das abnehmen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wer soll Ihnen denn das wirklich abnehmen, dass Sie sich mit Ihren Fähigkeiten, Ihren Erfahrungen und der stärkeren Fraktion von den beiden im Rücken nicht durchsetzen konnten gegenüber Ihrem kleineren Koalitionspartner?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich werde in meiner Rede auf den einen oder anderen historischen Background noch mal zurückkommen.

Wir behandeln also heute in Erster Lesung die Änderung des Schulgesetzes, von der Landesregierung vorgeschlagen, und diese Änderungen werden – das will ich gleich zum Anfang ganz deutlich betonen – die qualitativen und quantitativen Rahmenbedingungen an den nach der Grundschule weiterführenden Schulen unseres Landes erheblich verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie berücksichtigen auch die Anforderungen, die sich aus den zurückgehenden Schülerzahlen ergeben, und tragen damit ebenfalls zur Erhaltung von Schulstandorten bei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und, meine Damen und Herren von der CDU, es sind die ersten gravierenden Verbesserungen schulischer Rahmenbedingungen seit 1992.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich betone das deshalb, weil es eine Reihe von Forderungen auch aus den Reihen der Opposition gibt – und das haben wir ja eben noch mal gehört –, dass das alles nicht ausreicht. Natürlich können die Verbesserungen, die über 100 Millionen DM kosten und ein zusätzliches Stellenvolumen von über 380 Stellen erfordern, nicht die bildungspolitische Kürzungsorgie der CDU/F.D.P.-Regierung von 1992 ausgleichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Dr. Margret Seemann, SPD: So ist es.)

Und ich weiß, dass Sie es nicht mehr hören wollen, aber ich erspare es Ihnen nicht. Sie kürzten 260 Stunden in der Grundschule,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Margret Seemann, SPD: Pfui!)

740 Stunden in der Sekundarstufe I, Klassenstufe 5 bis 10, und 110 Stunden in der gymnasialen Oberstufe, Klasse 11 und 12.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das taten Sie damals, damit 5.000 Lehrerinnen und Lehrer entlassen werden konnten, und das entlastete damals den Landeshaushalt um rund 500 Millionen Mark.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist CDU-Kultuspolitik. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Der Schaden für die Qualität von Bildung ist nicht annähernd bezifferbar, denn dieses eingesparte Geld ist nicht der Bildung zugute gekommen, sondern wurde in anderen Bereichen verbraten.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und das Ergebnis haben wir jetzt bei den 16-jährigen Schülern.)

Welche anderen positiven Effekte für das Land aus der Einsparung resultieren, wissen wohl nur die damalig Verantwortlichen, von denen ja hier noch einige sitzen. Und die Schuldenlast von 14 Milliarden, die uns hinterlassen

wurde, wurde dadurch nicht gemindert oder wäre vielleicht sogar noch höher ausgefallen. Der Bildungspolitik dieses Landes und damit den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrerinnen und Lehrern haben Sie, meine Damen und Herren der Opposition, damit damals großen Schaden zugefügt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und das zeigt sich ja auch darin, dass den Schülerinnen und Schülern der Klassen 1 bis 10 fast ein ganzes Schuljahr am Unterricht im Vergleich zu ihren Vorgängern fehlt. Und wenn wir über PISA reden und die Untersuchung, die sich aus der Analyse der 15-Jährigen von 2000 ergeben,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Genau!)

dann sind es die Schüler, die 1990 zur Schule gekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Jawohl! –
Dr. Margret Seemann, SPD: Genau. Das
ist es. – Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Von den Kürzungen waren natürlich besonders die Kernfächer in den Klassenstufen 5 bis 10 betroffen. Und ich will auch die Zahlen noch einmal nennen: Deutsch minus 185 Stunden, Mathematik minus 222 Stunden, Naturwissenschaften, Chemie und Physik, insgesamt 370 Stunden. Dafür haben allerdings die Gymnasiasten in den Klassenstufen 11 und 12 in Deutsch und Physik jeweils 148 Stunden und in Chemie 37 Stunden mehr erhalten in ihrem Schülerleben – also, Reduzierung in den Haupt- und Realschulen und Erhöhung an den Gymnasien.

(Angelika Gramkow, PDS: Genau das war es. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Genau.)

Das ist Chancengleichheit à la CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das soll nicht mehr so sein.

Und die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer wurde durch die Entlassung vor allen Dingen junger Pädagoginnen und Pädagogen so ungünstig verändert, dass wir heute im Bereich der 30- bis 40-jährigen Lehrkräfte ein erhebliches Defizit haben, das Sie mittlerweile selbst beklagen und wo Sie Anträge stellen, diese Landesregierung solle das umgehend korrigieren. In diesem Licht betrachtet, müsste die CDU eigentlich im bildungspolitischen Bülberhemd gesenkten Hauptes durch das Land ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Stattdessen schwingen Sie sich hier auf – und Herr Rehberg ja gestern auch in der Haushaltsdebatte – zu einem rettenden Engel. Also diese Ignoranz auch eigener Verantwortung gepaart mit ungerechtfertigten Schuldzuweisungen ist kaum noch zu überbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen
Abgeordneten der PDS – Heike Polzin, SPD: Ja.)

Ihre Vorschläge zur Reform der Schulpolitik in diesem Lande haben wir im Juni vor diesem Hohen Hause diskutiert. Das Fazit war damals, lesen Sie nach: keine neuen Ideen, einseitige Verbesserung wiederum für die gymnasiale Ausbildung zu Lasten anderer Bildungsgänge und kein Wort zur Finanzierung. Trotzdem, Hoffnung auf Besserung stirbt bekanntlich langsam.

Ich höre ja auch den Vorwurf – und das haben Sie nun in Ihrer Rede, Frau Schnoor, trefflich gemacht –, die SPD hat auch Verantwortung gehabt. Richtig. Aber Sie waren doch wohl der größere Partner. Und warum haben Sie sich denn nicht gegenüber Ihrem kleineren Partner durchgesetzt?

(Steffie Schnoor, CDU: Genau deswegen, weil
Sie, Herr Bluhm, sich auch nicht durchsetzen.)

Trauen Sie denn der PDS in dieser Frage mehr zu als sich selber?!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS,
Angelika Gramkow, PDS, und
Dr. Margret Seemann, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Macht die
SPD das heute auch so mit Ihnen? –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Frau Schnoor erklärte vor diesem Haus, es sei vereinbart gewesen, die Studentafel ab 1996 wieder aufzustooken und die Kürzungen rückgängig zu machen. Warum haben Sie es denn nicht veranlasst beziehungsweise durchgesetzt? Diese Frage haben Sie bis heute nicht beantwortet. Dafür fordern Sie uns nun permanent auf, die Ergebnisse der damaligen Fehlentscheidung endlich zu korrigieren. Ich hoffe sehr, Sie glauben nicht noch selbst daran, denn das wäre mit Schmerzvermeidungsstrategie allein nicht mehr zu erklären.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, noch liegt die Länderauswertung der PISA-Studie bezogen auf das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht vor, aber es ist zu vermuten, dass sie wohl nicht besonders gut ausfällt. Sie werden versuchen, uns dafür verantwortlich zu machen.

(Lutz Brauer, CDU: Wen sonst?)

Aber wir alle wissen doch zu gut, dass bildungspolitische Entscheidungen über lange Zeiträume wirken und ihre Ergebnisse erst Jahre später spürbar sind. Das hat für die Verursacher den Vorteil, dass sie meinen, dann ihre Verantwortung leugnen zu können, so, wie Sie das jetzt tun. Aber die jetzigen Schulabgänger sind faktisch das Produkt der Bildungspolitik der zurückliegenden zehn beziehungsweise zwölf Jahre,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD:
Genau so ist es.)

denn sie sind alle nach der Wende eingeschult worden, anders gesagt, es sind auch Ihre Schülerinnen und Schüler, nicht nur unsere, und Sie sollten wenigstens so viel Anstand besitzen, sich auch dazu zu bekennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Für meine Fraktion ist das Konzept der Regionalen Schule der Beginn und nicht das Ende einer dringend notwendigen Bildungsreform und die Ergebnisse der PISA-Studie scheinen zu bestätigen, dass wir damit auf dem

richtigen Weg sind. Die ersten Daten der PISA-Studie legen den Schluss nahe, dass die reiche Industrienation Deutschland, was die Ergebnisse seiner Bildungspolitik und Bildungsfinanzierung betrifft, in keiner Weise seinen Möglichkeiten entspricht. Es wird, ja, Frau Schnoor, nötig sein, die Ergebnisse schonungslos zu analysieren und Schlussfolgerungen zu ziehen. Und das wird uns durch die PISA-Studie noch mehrere Jahre so gehen, denn glücklicherweise ist dieser Prozess ja nicht 2002 abgeschlossen, sondern wird 2003 und 2006 fortgeführt.

Aber die Ergebnisse dieser ersten Aussagen sind schon beängstigend, denn in den untersuchten Bereichen Lesekompetenz, mathematische Grundbildung und naturwissenschaftliche Grundbildung liegt Deutschland in allen drei Bereichen deutlich – deutlich! – unter dem OECD-Niveau: bei der Lesekompetenz zwischen Rang 21 und 25, bei der mathematischen Grundbildung zwischen Platz 20 und 22 und bei der naturwissenschaftlichen Grundbildung zwischen Platz 19 und 23. Bei den Gesamtausgaben für Schüler von der Einschulung bis zum vollendeten 15. Lebensjahr erreicht Deutschland mit 44.000 Dollar auch nur Mittelmaß.

Für besonders besorgniserregend halte ich die Tatsache, dass bei uns in Deutschland im internationalen Vergleich der Abstand zwischen guten und schlechten Schülern am größten ist. Damit wird die These, es herrsche Chancengleichheit an deutschen Schulen, nicht mehr länger zu halten sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und, meine Damen und Herren, der Blum ist da ja auch nicht allein. Ich möchte zitieren Herrn Professor Lehmann, der einer der wesentlichen Bildungsforscher ist, der mit PISA zu tun hat und auf die Frage der TAZ am 12.12.: „Ist das, was die Pisa-Studie für Deutschland aufgedeckt hat, die Neue Soziale Frage oder die Bildungskatastrophe?“, antwortet: „Es gilt beides. Das absolute Abschneiden der Deutschen ist eine Katastrophe, die uns jetzt zum dritten oder vierten Mal vorgeführt wird.“ So neu ist das alles nicht. „Hinzu kommt, dass unser Schulsystem Nachteile sozialer Herkunft nicht etwa ausbügelt, sondern sie verstärkt.“

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Bitter, meine Damen und Herren, bitter! Und das ist für verantwortliche Bildungspolitik natürlich ein Anspruch, Veränderungen einzuleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die ersten Auswertungen lassen eine Vielzahl von Faktoren und Bedingungen erkennen, die zu den guten oder schlechten Ergebnissen führen. Keiner der Faktoren allein kann erklären, warum Schulen oder auch die einzelnen Länder besser oder schlechter abschneiden. Es geht um die komplexe Betrachtung des Bildungsprozesses und seiner Ergebnisse.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Hohe Leistungen werden allerdings von den Ländern erreicht, wo solche Faktoren wie die Ressourcenausstattung der Schulen, Schulpolitik und Schulpraxis, die Unterrichtsmethodiken und ihre praktische Umsetzung sowie die sozialen Ausgangsbedingungen der Lernenden effektiv zusammenspielen. Wie und in welcher Weise sie das

tun und welchen Anteil sie am Ergebnis haben, wird sehr detailliert zu untersuchen sein. Darum möchte ich auch vor pauschalen Bewertungen genauso warnen wie vor pauschalen Erklärungsversuchen und heute schon abzuleitenden absoluten Wahrheiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich kann mich allerdings mit Blick auf das öffentliche Echo auch nicht dem Eindruck entziehen, dass einige schon wieder dabei sind, ideologische Schützengräben auszuheben, um das parteipolitische Schlachtfeld der Bildungspolitik vorzubereiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Davor, meine Damen und Herren, kann ich nur warnen, auch wenn es einfach ist zu sagen, daran sind immer die anderen schuld. Davor kann ich nur warnen. Es geht hier nicht um Parteipolitik, es geht um die Zukunft der Kinder in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir werden, wenn die Ergebnisse für Mecklenburg-Vorpommern vorliegen, natürlich analysieren und prüfen müssen, was weiterhin künftig zu verändern ist. Und ich gehe auch davon aus, dass wir als Parlament die Auswertung von PISA intensivst begleiten, weil bildungspolitische Debatten in diesem Hohen Haus eine gute Tradition haben, und das soll natürlich auch so bleiben, und das muss auch die Grundlage für künftige Veränderungen sein. Ich gehe davon aus, dass die Analyse Grundlage sein muss, nicht nur das Konzept der Regionalen Schule weiterzuentwickeln, sondern über die Ausgestaltung des gesamten Bildungssystems von der vorschulischen Bildung über die Schule, Berufsschule und Berufsausbildung, über die Hochschulen und die Weiterbildung im Komplex nachzudenken und zu entscheiden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

und zwar in drei Hauptrichtungen:

1. Inhalte,
2. die dafür nötigen Strukturen und
3. die dafür nötigen Finanzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ohne die wird es ja wohl nicht gehen. Das stellt allerdings nicht die Ergebnisse, die mit dem Gesetzentwurf vorliegen, in Frage. Es gibt doch offensichtlich einen großen gesellschaftlichen Konsens, dass Reformen dringend notwendig sind. Nun, wir werden damit beginnen. Darum verstehe ich die Stimmen nicht, die von Experimenten oder unausgereiften Konzepten sprechen. Ich frage Sie und alle Kritiker: Wie korrespondieren denn die Forderungen nach Ruhe an den Schulen oder nach längeren Fristen für die Einführung der Regionalen Schule mit den Forderungen, endlich mit Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen an den Schulen zu beginnen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Wir sollen schnell etwas tun, aber es soll lange dauern und in Ruhe vonstatten gehen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Muss alles besser werden, nur, es darf sich nichts ändern. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Quadratur des Kreises nennt man das.)

Das ist für mich, meine Damen und Herren, eben die Quadratur des Kreises. Für die PDS-Fraktion steht fest, es ist immer besser, etwas zu verbessern, auch wenn das eine oder andere noch nicht geregelt werden kann. Nicht auszuschließen sind Fehler. Aber zu warten, dass es noch schlimmer wird, als es schon ist, das halte ich nun für den gänzlich falschen Weg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und mit Blick auf die bisherigen Ergebnisse von PISA kann es zudem wohl nicht mehr viel schlimmer werden oder aber denn doch, wenn wir nichts tun.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist schon viel über die inhaltliche Ausgestaltung und die Verbesserung der Reformansätze gesagt worden. Ich will das hier nicht wiederholen. Für die PDS-Fraktion ist bei der Regionalschule von besonderer Bedeutung, dass natürlich die integrative Funktion der Schulen gestärkt wird,

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

dass es erhebliche qualitative Verbesserungen durch Stundenerhöhungen vor allem in den Kernfächern und bei der naturwissenschaftlichen Bildung gibt, dass natürlich mit diesem Gesetzentwurf und seiner Umsetzung die Chancengleichheit im Prinzip wegen der Durchlässigkeit gestärkt wird, dass gleichzeitig die Anforderungen an die Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler erhöht werden und dass der berufsvorbereitende Aspekt stärker als bisher berücksichtigt wird.

Natürlich sind auch wir jetzt zufrieden, dass es möglich sein wird, zum Abitur nach zwölf Jahren zurückzukehren, erstmals – und auf diese Feststellung lege ich Wert – nicht auf Kosten der anderen Bildungsgänge,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

anders gesagt, es gibt die Rückkehr zum 12-Jahres-Abitur nicht trotz der Regionalschule, sondern wegen ihr. Erstmals sind nun auch die Stundentafeln in der Orientierungsstufe für alle Schüler gleich. Das war bisher nicht so, sondern das Gymnasium hatte mehr. Und nur, um Missverständnissen vorzubeugen, diesmal sind in beiden Bildungsgängen die Stundenvolumina erhöht.

Es hat großer Anstrengungen der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung bedurft, die Finanzmittel für beide Vorhaben bereitzustellen. Und unter den finanziellen Rahmenbedingungen des Landes, die wir hier gestern sehr ausführlich debattiert haben, ist das doch wohl eine nicht gering zu schätzende Leistung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das werten wir jedenfalls als ein klares Bekenntnis der SPD/PDS-Koalition zur Gestaltung der Bildungspolitik in unserem Land – im Gegensatz zur Opposition keine Lippenbekenntnisse oder Traumschlösser, sondern eine solide ausfinanzierte Reform im Bildungsbereich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es gibt nun noch einige Punkte, die aus unserer Sicht durchaus im parlamentarischen Verfahren zu diskutieren wären. Und auch das, was gegenwärtig vorliegt, wollen wir offensiv und natürlich im Zusammenhang mit dem Entwurf der CDU-Fraktion, der ja schon im Ausschuss ist, diskutieren, auch im Rahmen von Anhörungen mit den Betroffenen. Aber was wäre denn aus Sicht meiner Fraktion durchaus noch zu regeln? Ich nenne hier exemplarisch ja vielleicht die gesetzliche Fixierung der Klassenleiterstunde auch im Gesetz, mit dem Anspruch, nicht in der 9. Jahrgangsstufe aufzuhören mit der Klassenleiterstunde, denn die gehört natürlich auch in die 10. Klasse. Zusätzliche Förderstunden für die Klassen 5 und 6 an einzügigen Schulen sind wichtig und notwendig, um den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen zu entsprechen. Das allerdings löst das Problem von zweizügigen Schulen nicht, weil hier unterstellt wird, dass sich die beiden Klassen in gleich große Gruppen einteilen lassen. Das wird aber nicht immer möglich sein. Da ist also noch nachzudenken. Was wir nicht wollen, ist natürlich die Bildung von Schnellläuferklassen, weil die bei der Einführung des 12-Jahres-Abiturs bis 2007 eigentlich keine Daseinsberechtigung in diesem Lande haben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

wobei wir deutlich sagen, dass das Jahrgangsstufen-überspringen, so, wie es ja jetzt auch schon möglich ist, natürlich gewährleistet werden soll. Und wir denken, dass über die Rolle und Funktion der Musikschulen sowie Medienzentren und ihre Ausgestaltung im Gesetz neu geredet werden muss, diese neu bewertet und als Innovationspotential erschlossen werden sollen.

Ich habe diese Probleme aufgelistet, obwohl ich weiß, dass es unter den finanziellen Möglichkeiten des Landes auch mit Blick auf die zusätzlichen Einsparungen durch die Steuerschätzung vielleicht sogar unrealistisch erscheint, überhaupt über diese Fragen zu reden. Aber die Grenzen der Kompromissbereitschaft müssen weiter ausgetestet werden und auch mit Blick auf PISA, denke ich, ist eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Frage Bildung in Mecklenburg-Vorpommern nötig. Bildung wird auch weiterhin Geld kosten, viel Geld. Ich bin mir auch bewusst, dass es ohne Auseinandersetzungen nicht abgehen wird. Aber wir müssen mittelfristig, teilweise langfristig den Spagat zwischen Bildungspolitik in ihrer Gesamtheit als wesentlichen Standort- und Zukunftsfaktor und der chronisch defizitären Haushaltslage schaffen. Dabei habe ich natürlich auch die Folgen der demographischen Entwicklung mit all ihren Problemen noch gar nicht einbezogen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich hatte zu Beginn meiner Rede darauf verwiesen, dass mit diesem Gesetzentwurf der Beginn einer umfangreichen Bildungsreform eingeleitet wird und deshalb weiterzuführen ist. Die Ergebnisse von PISA werden uns mit Sicherheit auf schon bekannte Defizite hinweisen, sie verstärken und, ich bin mir auch sicher, sie werden neue Defizite aufzeigen. Selbst bei vorsichtiger Betrachtung der bisher bekannten Tatsachen und den Bedingungen in unserem Land lassen sich die Hauptrichtungen zukünftiger Anforderungen erkennen:

Dazu gehört unter anderem der Ausbau der Ganztags-schulangebote. Es ist doch auffällig, dass es in Europa nur noch in Deutschland, Österreich und Griechenland keine flächendeckenden Ganztagsschulangebote gibt.

(Siegfried Friese, SPD: Die hatten wir mal.)

Und alle drei Länder gehören nicht zu den Spitzenreitern. Wir werden nicht nur wegen der pädagogisch-didaktischen Vorzüge, sondern auch wegen der noch weiter zurückgehenden Schülerzahlen in unserem Bundesland gezwungen sein, sie flächendeckend einzuführen. Und dafür muss eine mittelfristige Konzeption auf den Tisch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

PISA zeigt auch die Notwendigkeit der Förderung von integrativen Schulen und Unterrichtsformen, das auch aus der Tatsache heraus, dass sich die Gesamtanzahl bei uns im Lande etwa auf 12.000 bis 13.000 einpendeln wird. Und diese Schülerzahl auf mehrere unterschiedliche Schularten verteilen zu wollen ist wohl nicht möglich, wollen wir nicht in allen Schularten zu Zwergenschulen kommen. Und gestatten Sie mir, Frau Schnoor, an dieser Stelle denn doch mal aus dem PISA-Dokument zu zitieren.

(Siegfried Friese, SPD: Der Präsident muss das gestatten.)

Auf Seite 43, wo es um die Leistungsunterschiede zwischen verschiedenen Schulformen geht, heißt es: „Die Überlappungen der Leistungsverteilungen weisen darauf hin, wie wichtig es ist, Schullaufbahnen im Hinblick auf Abschlüsse offen zu halten.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und etwas später heißt es: „Ein unerwünschter Nebeneffekt der frühen Verteilung auf institutionell getrennte Bildungsgänge ist die soziale Segregation der Jugendlichen.“

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

„Und die soziale Segregation scheint charakteristisch für extern differenzierende europäische Schulsysteme zu sein. Zerlegt man wiederum die Varianz der Sozialschichtzugehörigkeit in Komponenten, die zwischen und innerhalb der Einzelschule liegen, kommt man sowohl in Deutschland als auch in Österreich auf einen Varianzanteil von 22 Prozent zwischen den Schulen. Im ungegliederten schwedischen Schulsystem beträgt der entsprechende Anteil lediglich 13 Prozent.“ Nun, was sagt uns das? Deutschland und Österreich haben ein gegliedertes Schulwesen, Schweden hat sozusagen ein Einheitsschulsystem.

Aber zurück zu meinem Redekonzept und zu dem, was aus PISA heraus weiter für uns auf der Tagesordnung steht:

Zu nennen ist die Ausgestaltung eines effektiven Verhältnisses von Grundlagenwissen und Kompetenzen zur Wissensanwendung sowie zu sozialem und solidarischem Verhalten. Das schließt eine leistungsorientierte Bewertung sowohl des Wissens, seiner Anwendung und auch der Kompetenzen ein.

Die Schulentwicklungsplanung ist insbesondere im Hinblick auf die Zuständigkeit für die Planung und die Förderung kreisübergreifender Zusammenarbeit umzugestalten.

Die Reform der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung auf Grundlage neuer pädagogisch-erzieherischer Anforderungen ist einzuleiten, natürlich auch die Erhöhung der

gesellschaftlichen Anerkennung des Lehrerberufs. Denn wer will einen Beruf in Angriff nehmen, wenn er für diese Tätigkeit keine Anerkennung findet?!

Ein weiterer Punkt ist die Erschließung und Nutzung der Potenzen im vorschulischen Bereich insbesondere durch einen Bildungs- und Erziehungsauftrag für Kindertagesstätten,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

der unter Beachtung der entwicklungspsychologischen Besonderheiten dieser Altersgruppe auf den Schulbesuch vorbereitet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Es geht auch um die gezielte Förderung von hochbegabten und benachteiligten Schülerinnen und Schülern in integrativen genauso wie in gruppentypischen Modellen.

Es gibt Überlegungen zu einer längeren gemeinsamen Schulzeit, denn die Erstplatzierten der PISA-Studie haben Schulen, an denen die Schüler mindestens bis zum 12., teilweise sogar bis zum 16. Lebensjahr gemeinsam ohne soziale Segregation unterrichtet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und es geht um die Stärkung der Autonomie und der Eigenverantwortung der Einzelschule sowohl hinsichtlich ihrer pädagogischen Konzepte als auch der Verwaltung von Personal und Finanzen, natürlich unter der Prämisse der Vergleichbarkeit der Abschlüsse.

Und es geht um neue effektive und motivierende Methoden der Zusammenarbeit von Lehrern, Schülern und Eltern sowie um die Teilnahme gesellschaftlicher Gruppen an der Gestaltung des Bildungs- und Erziehungsprozesses.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, jetzt könnten Sie mir vorwerfen, das hört sich ja an wie ein Katalog von „Wünsch dir was“, und es wird den Finanzpolitikern vielleicht den Angstschweiß auf die Stirn treiben.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich bin schon ganz nass. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Also, zum Trost für meine Kolleginnen und Kollegen, die mit dem Geld umgehen müssen: Nicht alles wird Geld kosten müssen. In vielen Fällen werden innovative Lösungen möglich sein und manchmal, zum Beispiel bei der Schulentwicklungsplanung, können bei Beseitigung der jetzt vorhandenen Erbhofmentalitäten sogar Mittel eingespart werden.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Doch Ganztagschulen, Stundenerhöhungen und Verbesserungen von quantitativen Faktoren in den Rahmenbedingungen werden auch zukünftig Geld kosten. Und darüber müssen wir hier reden und streiten.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Und die von mir genannten Maßnahmen sind eben nicht die Wünsche eines weltfremden Bildungspolitikers, sondern – und da treffe ich mich dann wieder mit Frau Schnoor – die Notwendigkeiten, wollen wir denn im internationalen Vergleich wirklich standhalten. Im Moment sind wir im ungemütlichen Keller und nicht in der warmen

Wohnung mit der schönen Aussicht, wenn ich mal dieses Bild in Bezug auf das Bildungsniveau in Deutschland wählen kann.

Klar sollte auch sein, dass wir bei einer wirklichen Bildungsreform vor Problemen stehen, die ganz Deutschland betreffen und nicht von Mecklenburg-Vorpommern alleine zu bewältigen sind. Insofern geht meine Aufforderung auch an die Bundesregierung, sich an einer Bildungsoffensive für ganz Deutschland angemessen zu beteiligen, sowohl inhaltlich als auch finanziell.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und ich sage es ganz deutlich: Für den Einsatz der Bundeswehr im Golfkrieg und andere sind Milliarden D-Mark bereitgestellt worden. Diese Mittel waren nicht vorhersehbar und sind trotzdem bereitgestellt worden. Und wenn man die Bildungsergebnisse von PISA ernst nimmt, dann muss man jetzt auch hier Geld in die Hand nehmen und Dinge einleiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf wird jetzt in das parlamentarische Anhörungs- und Beratungsverfahren gehen. Es wird eine kritische Bewertung geben, neue Forderungen und neue Wünsche werden uns übergeben werden. Das ist normal. Eines steht jedenfalls fest: Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen wird ohne die aktive Beteiligung der Lehrerinnen und Lehrer, der Schulleiterinnen und Schulleiter, der Eltern, der Schülerinnen und Schüler, der in diesem Bereich agierenden Verbände und Vereine nicht möglich sein.

Ja, wir beschreiten teilweise Neuland, brechen mit alten überholten und vor allem gewohnten Verfahrensweisen. Und das ist wohl in keinem Bereich so problematisch wie gerade im Bildungsbereich. Es wird Skepsis geben und auch Widerstand. Das schon deshalb, weil natürlich gewohnte Pfade und eingeschliffene Wege verlassen werden müssen. Es wird vor allem auf die Pädagogen in diesem Land ankommen. Sie müssen das Konzept mit ihrer Kreativität, ihrem Engagement und ihrer Flexibilität im Endeffekt umsetzen. Nicht nur deswegen, aber auch deswegen brauchen wir eine breite öffentliche Debatte um den Lehrerberuf. Machen wir uns gemeinsam bewusst: Die Lehrerinnen und Lehrer sind die Experten für Bildung und Erziehung.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie initiieren, moderieren, begleiten, verstehen und analysieren Lernprozesse. Ihr pädagogisches, didaktisches und lernpsychologisches Fachwissen löst Bildungs- und Erziehungsprozesse aus und gestaltet sie. Sie sind fähig, unterschiedliche, den Lernanlässen und Lernvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen entsprechende Methoden zu entwickeln und anzuwenden. Sie kennen die Persönlichkeitsentwicklungsprozesse von den Kindern und können Eltern und ihre Kinder über geeignete Lernstrategien, Entwicklungsbesonderheiten und daraus resultierende Bildungswege sachkundig beraten. Wir brauchen auch – auch im Zusammenhang mit PISA, aber nicht nur wegen PISA – generell eine Diskussion über das Berufsbild und das Berufsethos unserer Lehrerinnen und Lehrer hier in diesem Lande.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Eine Schule ohne Schüler ist genauso wenig vorstellbar wie eine Schule ohne Lehrer. Darum wende ich mich entschieden gegen die gegenwärtig zunehmende Diskussion, wir hätten zu viele Lehrkräfte. Das Bild ist sehr viel differenzierter, als in dieser Pauschalkritik zum Ausdruck kommt. Einerseits haben wir einen nicht befriedigten Bedarf in Mangelfächern, andererseits wird durch die vorhandene Altersstruktur mittelfristig ein großer Teil der Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden. Dieser Teil wird so groß sein, dass er ohne schon jetzt einleitende Maßnahmen zu einem akuten Lehrermangel führen kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

In den alten Bundesländern hat dieser Prozess bereits eingesetzt. Deshalb werden aus unserem Land verstärkt Lehrer abgeworben, auch junge.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Gerade junge!)

Die Ursache ist relativ einfach zu erklären, wenn auch die Wirkungen ungleich größer sind. Viele Jahre wurde in den alten Bundesländern von einem Lehrerüberhang geredet, so wie jetzt bei uns. Die Folge ist, dass es kaum noch Bewerber für ein Lehrerstudium gibt. Bei den Gymnasiallehrern geht es noch, aber für den Grund-, Haupt- und Realschullehrerbereich sowie für die Berufsschulen sieht es da schon ganz, ganz bitter aus. Bedenkt man die Länge des Studiums, ist der Mangel praktisch vorprogrammiert. Wir müssen also jetzt für das Pädagogikstudium unter unseren Abiturienten werben und wir müssen die Rahmenbedingungen für junge Lehrerinnen und Lehrer verbessern.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir müssen das alles so gestalten, dass der Beruf des Lehrers so attraktiv wird, dass er für die Abgänger des Gymnasiums eine echte Alternative ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Und wenn wir das ernst nehmen, dass ein Lehrer eine besondere Rolle im Persönlichkeits- und Bildungsprozess spielt, dann bräuchten wir doch eigentlich die besten im Lehramtsstudium

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

und nicht zuerst in der Wirtschaft. Es geht doch um das Arbeiten mit Kindern und wir müssen sehen, dass wir wirklich unter den Abiturienten unseren Lehrernachwuchs gewinnen. Gegenwärtig zieht doch die Frage: „Willst du nicht Lehrer werden?“, viel zu oft die Antwort nach: „Alles, bloß das nicht!“. Die Ursachen liegen dafür nicht zuerst bei der Bezahlung, das auch, aber vor allem liegen sie in der mangelnden gesellschaftlichen Anerkennung, in den Arbeitsbedingungen, bei uns noch in der drohenden Teilzeit. Aber deutlich wollen wir sagen: Wer jetzt mit dem Lehramtsstudium beginnt, wird nach dem Abschluss nicht mehr in Teilzeit arbeiten müssen.

Und es kann auch nicht darum gehen, dass das Studium eines Lehramtes eine Ausweichlösung ist. Der Lehrerberuf ist nicht zuerst ein Beruf, sondern eine Berufung, er ist kein Job, sondern ein gesellschaftlicher Auftrag mit hoher Verantwortung. Das muss die Gesellschaft ideell und materiell angemessen honorieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und ich möchte mich an dieser Stelle bei den Lehrerinnen und Lehrern dieses Landes für das, was sie unter den gegenwärtigen Bedingungen hier in diesem Lande bei unseren Mädchen und Jungen leisten, bedanken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, die rote Lampe hat geleuchtet. Eines möchte ich in einem letzten Satz dann doch noch sagen: Dazu gehören auch die Eltern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Torsten Koplín, PDS)

Wir müssen auch das Gespräch mit den Eltern in diesem Lande darüber führen, was sie tun können, damit die Bildungsmöglichkeiten ihrer Mädchen und Jungen besser werden. Wir müssen die Eltern mit in die Verantwortung nehmen, denn das, was gegenwärtig oft zu sehen ist, reicht nicht aus.

(Rainer Prachtl, CDU: Sie müssen auf die Eltern hören, Kollege Bluhm!)

Wir müssen also das Gespräch mit den Vätern und Müttern suchen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Jetzt hat das Wort die Abgeordnete Frau Polzin von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Heike Polzin, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Schnoor – ist sie noch vorhanden? –,

(Steffie Schnoor, CDU: Aber immer! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Fast immer.)

Ich glaube nicht, dass ich mir hier den Ruf eines Polarisierers erarbeitet habe, aber ich muss gestehen, Sie haben mich schon ein bisschen in Rage gebracht. Und im Grunde zeigt mir das nur wieder ganz deutlich: Dies ist eine der Hauptursachen, dass wir in dieser Bildungsmisere stecken. Es gibt nur ein ideologisches Aufeinandergehacke und Schuldzuweisungen, wir haben das richtig gemacht und die anderen nicht. Und wir kommen keinen Schritt weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zweiter Punkt: Worüber wir hier reden, auch in meiner Rede, das ist nicht nur Schulpolitik, das greift im Grunde viel weiter. Und wenn wir diesen Horizont nicht endlich mal erweitern, dann haben wir auch nichts gekonnt. Aber mir ist ja aufgrund Ihrer Redeanmeldung jede Menge Redezeit zugewachsen. Ich werde dann also am Ende meiner Rede auf Einzelnes auch noch mal eingehen. Zunächst mal würde ich ganz gerne meinen integrativen Ansatz verfolgen, weil ich denke, diesen Problemen kann man sich nicht mehr mit dem alten Instrumentarium stellen. Man muss neu anfangen zu denken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Schulgesetzänderungsentwurf der Landesregierung liegt uns ein Maßnahmenpaket vor, das richtige Weichen stellt. Dieses möchte ich im Einzelnen im Kontext zum brandaktuellen Bildungsthema PISA-Studie darstellen. Deshalb sei mir ein etwas umfangreicherer Exkurs gestattet.

Seit einer Woche ist es nun offiziell, was so recht keinen überraschen konnte: Die Schüler in Deutschland sind

nicht mal mehr Mittelmaß. Und wie immer setzt eine öffentliche Wahrnehmung von Problemen erst ein, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Immerhin kritisieren Lehrerverbände, Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter seit Jahren das Absinken des Bildungsniveaus und den Werteverfall. Vielleicht – vielleicht auch nur – ist dieser PISA-Schock ja heilsamer und setzt einen gesellschaftlichen Umdenkungsprozess in Gang, der erfolgreicher ist als punktueller Aktionismus, einseitige Schuldzuweisungen und die ausschließliche Fehlersuche im Bildungsreich.

Dieses gesellschaftliche Problem kann Schule allein nicht richten. Wie kann es denn angehen, dass bei vergleichsweise üppigen Rahmenbedingungen für deutsche Schülerinnen und Schüler die Bildung nicht nur kostenlos, sondern in Teilen auch umsonst ist? Es gibt auf diese Fragen viele Antworten. Eine umfassende Analyse tut Not und wird uns in den kommenden Monaten beschäftigen. Einige Aspekte jedoch gehören schon vor der Veröffentlichung der Detailergebnisse in den Blickpunkt, weil sie erfahrungsgemäß immer zu kurz kommen.

Erstens. Es ist eine Binsenweisheit, dass ein motivierter Schüler auch aus dem miserabelsten Unterricht noch etwas lernen kann. Kinder in der ganzen Welt treten den Beweis an. In Indien: Mit leerem Magen lernen Kinder bis in die Nacht – Greencard-Experten von morgen? In Nordirland: Unter Polizeischutz werden Erstklässler in ihre Schulen gebracht. In Afrika: 40 bis 50 Kinder in einer einzigen Dorfschule, einziges Unterrichtsmittel eine Tafel. Hoch motivierte Kinder, die wissen, dass nur Bildung ihre Lebenschancen verbessert. Oder denken wir an die eigene Großelterngeneration: 4-Klassen-Dorfschule, ein Lehrer für alle Klassenstufen, sinnerfassendes Lesen, korrektes Schreiben der Muttersprache – na aber, selbstverständlich!

Was also läuft bei uns so schief, obwohl alle Bedingungen so viel besser sind? Ich denke, die schwach bis überhaupt nicht ausgeprägte Lernmotivation ist ein Schlüsselproblem. Warum sollte ein Schüler oder eine Schülerin den Lernwillen aufbringen, wenn er oder sie kein erstrebenswertes Ziel sieht, das nur mittels eigener Anstrengung zu erreichen ist? Wie lohnend ist für unsere Jugend ein durch harte Lernarbeit erreichter Berufsabschluss, der Eigenständigkeit und Selbstverantwortung bedeutet, wenn Hotel Mama doch alles viel bequemer bietet? Fun-Gesellschaft auf allen Kanälen, körperliche Arbeit gerät zur Peinlichkeit. Vorbilder, Leitbilder? – Fehlzanzeige! Alles, was auch nur den Anschein von Autorität hatte, wird in der öffentlichen Wahrnehmung systematisch demontiert. Besonders betroffene Berufsgruppen dabei sind Lehrer, Polizisten, Politiker, Wissenschaftler und Künstler.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und Beamte.)

Wann erleben Kinder die Achtung vor Leistung und menschlicher Größe, inwieweit erscheint gute Bildung für sie erstrebenswert? „Big Brother“ und die Sternschnuppen am Mode- und Musikhimmel machen eher bildungsimmun. Aber davon träumen die Jugendlichen. Immerhin kann man inzwischen ja mit umfänglichem Faktenwissen Millionär werden. Aber genau das Pauken gilt ja in den Schulen als äußerst verpönt.

Da es inzwischen offensichtlich fast unmöglich ist, sich wenigstens auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner eines gesellschaftlichen Wertekanons zu verständigen, bleiben die Zehn Gebote und gegebenenfalls das Strafge-

setzbuch. Ein bisschen dünn für eine demokratische Gesellschaft! Und Bildung als gesellschaftlicher Wert ist leider längst nicht mehr im Trend. Spaß- und Konsumgesellschaft ist mit Eigenheiten wie Fleiß und Anstrengung schlecht vereinbar. Für eine positive Lernmotivation haben wir gegenwärtig nur Negativmeldungen auf der ganzen Strecke.

Wenn also behauptet wird, die Bildungspolitik hat versagt, so wird hier wieder mal zu kurz gegriffen. Die ganze Wahrheit lautet: Die Gesellschaft hat versagt

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

und es liegt auch in der Verantwortung der ganzen Gesellschaft umzusteuern. Letztendlich schlägt es auf uns alle zurück, wenn wir eine Jugend heranbilden und erziehen, die einem selbst verantworteten Leben nur unzureichend gewachsen ist. Drogen, Gewalt, Kriminalität und Vandalismus sind extreme Symptome, aber Jugendliche ohne Schulabschluss, mangelnde Kenntnisse und Fähigkeiten, Lehrabbrecher oftmals schon die Vorboten. Grund genug, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Bildung und Erziehung endlich wieder zu übernehmen. Schule kann allein nicht richten, was in der Gesellschaft schief läuft.

Zweitens. Die proklamierte aktuelle Bildungskatastrophe ist in Wahrheit eine Erziehungskatastrophe. Und es ist nur nahe liegend, die Hauptverantwortlichen für die Erziehung in den Analyseprozess einzubeziehen – die Eltern als Erziehungsberechtigte, aber doch auch -verpflichtete.

Die Detailstudie PISA weist nach, dass es einen engen Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und Leistungsniveau gibt. Man spricht auch von bildungsfernen Kreisen, die ihren Kindern deutlich schlechtere Chancen mit auf den Weg geben. Auch dies ist eine Binsenweisheit. Allerdings scheint man wie selbstverständlich davon auszugehen, dass die Schule diese Chancenungleichheit vollständig ausgleicht. Dies kann sie in Ansätzen auch tun und es gibt, wie wir auch heute wieder gehört haben, umfassende Überlegungen, Förderung zu verbessern. Aber die Frage darf doch mal gestellt werden, inwieweit Verantwortung von Eltern verbindlicher geregelt werden kann, Verantwortung für die Erfüllung der Schulpflicht, der Ausstattung und Unterstützung schulischer Belange. Eltern brauchen Hilfe und Orientierung in dieser schwierigen Aufgabe. Wo bekommen sie diese? Auch hierüber wird neu nachzudenken sein.

Wenn man aber, wie zunehmend real, die Prägung eines kindlichen Weltbildes fast ausschließlich einem willkürlich zusammengewürfelten Medienprogramm überlässt, kann man sich über Ergebnisse eigentlich nicht mehr wundern. Die Scheu vor Interventionen und Grenzsetzungen im Kleinen führt zwangsläufig dazu, dass Erziehung zunehmend nicht mehr stattfindet. Wissenschaftliche Analysen zeigen erschreckende Tendenzen auf, was falsch verstandene Liberalität und Toleranz, Gleichgültigkeit, Reizüberflutung und Konsumübersättigung in unserer jungen Generation anrichten; Auswirkungen auf den Lernprozess inbegriffen.

Drittens. Wenn die Erwartungshaltung an Schule in der öffentlichen Darstellung geprägt ist von müheloser Unterhaltungspädagogik, von Kuschelecken, Lehrern als Moderatoren, Fun haben, Actionprojekten und ähnlichen Unverbindlichkeiten, wenn Schule nur dann in Schlagzei-

len gerät, weil zunehmender Vandalismus die gesetzlichen Kassen auf den Plan ruft, oder wenn die Freiheit einer Schülerin in Friedland zu verteidigen ist, die bei vier Grad minus Außentemperatur nicht nur mit freiem Bauch, sondern vor allem auch halbwegs freigelegtem Hinterteil das Unterrichtsgeschehen bereichern möchte. Leider interessierte es keinen bei dieser Knallerbsenstrauchaktion, dass an dieser Schule, gemeinsam getragen durch Eltern, Lehrer und Schüler, seit Jahren gegen den Strom geschwommen wird, gegen den Strom von Gewalt und Vandalismus, gegen Schulaversion und Leistungsverweigerung. Da bauen alle Beteiligten mühevoll an einem Lernklima der gegenseitigen Achtung, der Gewaltfreiheit – und jetzt der Skandal! Die Würde einer Schülerin auf tiefste verletzt, sie soll ihre Unterwäsche nicht offen tragen dürfen!

Der PISA-Schock kann auch in diesem Falle nur heilsam sein. Man beschäftigt sich endlich mal wieder mit den wirklichen Aufgaben von Schule. Die SVZ zum Beispiel stellte meiner Meinung nach die richtigen Fragen. Was machen erfolgreichere Länder anders? Was sollten wir übernehmen? Sachliche Hintergrundinformationen ermöglichen ein objektives Gesamtbild. Vor allem, man redet mit den Beteiligten, nicht über sie. In der Folgezeit wird den Medien eine große Verantwortung zuwachsen, Reformprozesse zu begleiten, weil sie eben nicht nur die Schule selbst betreffen und eben nicht nur bildungspolitisch einzuordnen sind. Zum Glück ist erkennbar, dass der größte Teil der Journalisten sich dieser Verantwortung engagiert stellt. Da kann man auch solche Plattheiten in Stammtischmanier, die Schüler lernen nichts, die Lehrer sind schuld, schon mal in den Skat drücken. Hoffentlich bilden sich die Leser auch darüber mal ihre Meinung.

Die Qualitätssicherung von Bildungs- und Erziehungsprozessen ist absolut kein Thema für Parteienstreit. Zu deutlich ist bereits jetzt erkennbar, dass sowohl der konservative gegliederte Bildungsansatz nach frühestmöglicher Selektion als auch die ausschließlich auf Wissensvermittlung orientierte Schuldefinition ebenso wie die antiautoritäre Pädagogik der 68er-Reformer nicht die erträumten Ergebnisse zeigten. Hier können nur mutige Lösungen helfen und im Vorfeld die kritische Überprüfung auch eigener Standpunkte. Wär' schön gewesen, Frau Schnoor!

Die Schulgesetzänderung greift wichtige Problemfelder bereits auf, denn die Qualitätsdebatte hat in Mecklenburg-Vorpommern bereits stattgefunden. Sie findet ihren Niederschlag im Gesetzestext, in Versetzungsordnungen, in aufgestockten Studentafeln im Kernbereich, in der weiteren Ausgestaltung der Ganztagschule. Das sind übrigens alles Punkte, die angesprochen wurden auf der KMK, von der Sie vorhin sprachen.

Die intensive Arbeit am Qualitätssicherungskonzept und die nunmehr zur Diskussion stehende Einführung der Regionalen Schule und des 12-Jahres-Abiturs ab dem kommenden Schuljahr zielen darauf ab, Schule verstärkt leistungsorientiert, differenziert und motivierend zu gestalten, den Unterricht allgemein bildend und praxisnah durchzuführen sowie die Bildungsgänge einerseits berufsorientierend und andererseits studienvorbereitend bei größtmöglicher Durchlässigkeit zu profilieren. Das wird eine größere Akzeptanz bei Schülerinnen, Schülern, Eltern, Lehrkräften und auch in der Wirtschaft hervorrufen und gleichzeitig einen großen Motivationsschub an unsere Schulen bringen. Davon bin ich überzeugt.

Die qualitative Verbesserung der Haupt- und Realschulen erfolgt durch die Ausrichtung auf Berufswelt und Lebenspraxis in den künftigen Regionalen Schulen. Rahmenpläne und Schulprogramme befördern anwendbare Wissensaneignung. Die Erziehungsfunktion der Schule wird gestärkt durch die Einführung einer Klassenlehrerstunde, durch die Berücksichtigung des Arbeits- und Sozialverhaltens in Zeugnissen, durch das aufwachsende Angebot an Ganztagschulen. Und Schulstationen fördern gezielt verhaltensauffällige und schulaversive Kinder.

Durch die Schulorganisation ist gesichert, dass der höchstmögliche Abschluss über alle Bildungswege erreichbar ist. Durchlässigkeit ist damit bis zum Ende von Klasse 10 gewahrt. Leistungsanforderungen werden konsequenter gestellt. Die Versetzungsentscheidung nach Klasse 5, die Stärkung der Klassenkonferenz bei Laufbahnentscheidungen nach der Orientierungsstufe, die Anerkennung der mittleren Reife nur nach erfolgreicher Prüfung erhöhen Verbindlichkeit und verbessern Förderchancen.

Die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges orientiert sich an europäischen Standards und ist eine allgemeine Forderung der Gesellschaft. Das Gesetz schafft Rahmenbedingungen für eine Konzentration der Bildungsinhalte und Organisationsformen. Dies schließt jedoch erhöhte Anforderungen an die Einzelschülerinnen und den Einzelschüler ein, die sich nun in einer aufgestockten Stundentafel und veränderten Versetzungsbedingungen niederschlagen. Hierbei gilt es, Bedingungen in unserem Flächenland zu beachten. Längere Schulwege erhöhen die Belastung der Schüler im ländlichen Raum. Das Ganztagsangebot wird gerade in diesen Fällen Chancengleichheit sichern.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Wenn ich mich in meinen Ausführungen auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Gesetzesänderungen konzentriere, ohne mich eng am Gesetzestext entlangzuhangeln, dann geschah dies in erster Linie, um Wiederholungen zu meiden, vor allem aber auch deshalb, weil die Arbeit am Entwurf in den Ausschüssen durch Expertenanhörungen sicher dafür sorgen wird, dass es in einzelnen Formulierungen durchaus Änderungen geben kann. Das wird zum Beispiel aus meiner Sicht für den Paragraphen 66 Absatz 2, der die Entscheidung der Klassenkonferenz bei einem Wechsel des Bildungsganges regelt, mit hoher Wahrscheinlichkeit zutreffen. In der jetzigen Formulierung ist nur eine Einbahnstraße vorgezeichnet, die auf Antrag der Eltern den Wechsel in eine andere, ganz offensichtlich aber nur höhere Schulart in Betracht zieht. Bleibt es bei dieser einseitigen Durchlässigkeit wird das den Run aufs Gymnasium nach Klasse 4 nur verstärken, denn nach Klasse 6 wird es schwieriger wegen der Leistungsparameter.

Was aber geschieht mit Schülern, die am Gymnasium nachweislich überfordert sind? – Nach der jetzigen Lesart ohne Antrag der Eltern gar nichts. Also bleibt der hier zurzeit gültige Ist-Stand. In mancher Hinsicht wird auch genau zu prüfen sein, wie die Gesetzesregelungen auf dem Verordnungsweg zu untersetzen sind. Wie ermöglichen wir beispielsweise Gymnasialschülern, die das Abitur nicht schaffen, den Abschluss der mittleren Reife? Und, nicht ganz unwichtig der Gedanke, welche aktuellen Anregungen zur Verbesserung von Schulqualität können in die Gesetzesdebatte einfließen, besonders im Hinblick auf die Stärkung der Erziehungsfunktion von Schule?

Im Kontext der internationalen Schulqualitätsdebatte setzt das veränderte Schulgesetz die richtigen Schwerpunkte, die auch im Maßnahmenkatalog der Kultusministerkonferenz vorkommen: gesichertes Grundlagenwissen, verbesserte Förderung des jeweiligen Leistungsniveaus, verbindliche Regelung des Erziehungsauftrages, Orientierung auf anwendbare und gesellschaftlich relevante Bildungsinhalte.

Mit diesem Gesetz kann jedoch noch längst kein Schlusspunkt gesetzt werden. Qualitätssicherung ist ein permanenter Prozess. Die Frage nach vorschulischer Bildung und Erziehung, die Frage nach gezielter Förderung von Schülern mit so genanntem bildungsfernen Hintergrund beispielsweise durch Ganztagschulen oder gezielte Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung wird diesen Prozess ebenso begleiten müssen wie die Frage nach materieller Ausstattung oder dem Stellenwert von Bildung für den Einzelnen und die Gesellschaft.

Von den ersten Thesen zur Regionalen Schule bis zur heutigen Gesetzesberatung liegt bereits ein umfangreicher Diskussionsprozess hinter uns, begleitet von einer interessierten Öffentlichkeit. Wir gehen davon aus, dass das weitere Verfahren zügig und konzentriert gestaltet werden kann, denn für die Schulen ist es vor allem wichtig, rechtzeitig Planungssicherheit zu bekommen. Das wird angesichts der Terminenge eine hohe Einsatzbereitschaft aller Beteiligten voraussetzen, aber dies sollten uns die Schulen schon wert sein.

(Beifall Götz Kreuzer, PDS)

So weit zu meinem Redetext.

Nun noch einige Anmerkungen im Anschluss zur Rede von Frau Schnoor: Sie fordern, dass wir unseren Gesetzesentwurf noch mal zurückhalten wegen der neuen gründlichen Analyse. Ja wissen Sie, wie lange denn eigentlich noch?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Was haben wir denn eigentlich hier gemacht in den letzten Jahren? Glauben Sie, schon die Ergebnisse der Studie TIMSS sind völlig unbeachtet an uns vorbeigegangen? Dann müssen Sie aber wirklich tief geschlafen haben die ganze Zeit,

(Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

denn alles, was hier eingeflossen ist, Frau Schnoor, das ist bereits Beachtung internationaler Standards und das ist bereits Gegensteuern. Sie unterstellen uns kollektive Amnesie. Willkommen im Klub, Frau Schnoor, denn all Ihre Ansätze, die fingen komischerweise erst '94 an! Wer hat denn in diesem neuen Bundesland – als einziges übrigens! – das dreigliedrige Schulsystem hier völlig inkompatibel an unseres angedockt?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Margret Seemann, SPD: Jawohl! –
Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Wissen Sie, ich bin nun wirklich kein Ideologe. Ein dreigliedriges Schulsystem kann durchaus funktionieren, wenn es die richtigen Rahmenbedingungen hat wie in Bayern und die Traditionen. Mag ja alles sein. Hier bei uns war es ein Kardinalfehler. Und alle anderen neuen Länder haben es nicht getan. Da gibt es Mittelschulen, da gibt es Sekundarschulen. Da war man nicht der Meinung, dass man alles auseinander klatschen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Steffie Schnoor, CDU)

Wir sind doch im Grunde jetzt nur dazu da, diesen Kardinalfehler behutsam auszugleichen, und zwar so, dass das Ganze hier passt zu unseren Bedingungen in Mecklenburg-Vorpommern und zu unseren Traditionen und zu unserer Ausbildung der Lehrer,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

die vor zehn Jahren bei Schülern in der fünften Klasse weitaus bessere Ergebnisse erzielt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und da kann es ja nicht Schuld der Lehrer sein, dass das jetzt nicht mehr so klappt. Wenn wir uns also wirklich fragen, bitte schön, fragen, dann fangen Sie auch bei sich an! Wir sind gerne dazu bereit, in meinem Redebeitrag habe ich es angeboten, habe ich gesagt, wir müssen alle neu anfangen. Aber solange dieses Kleinkarierte, Ideologische,

(Heidemarie Beyer, SPD: Verblendete.)

Tiradenhafte hier weiter passiert,

(Siegfried Friese, SPD: Kleinbürgerlich.)

können wir nichts oder wir können es nur ohne Sie. Schade eigentlich! – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Polzin.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2458 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Finanzausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen bekannt geben, nach Paragraph 5 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung den Abgeordneten Herrn Grams zum Schriftführer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heike Polzin, SPD: Herzlichen Glückwunsch!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Empfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2469.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 3/2469 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart, aber wie ich gehört habe, liegen hier auch keine Redewünsche vor. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2469, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2469 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, den Stimmen der Fraktion der PDS bei vier Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ). Hierzu liegt Ihnen vor die Unterrichtung durch die Landesregierung, Drucksache 3/2451.

Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ)

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ) – Drucksache 3/2451 –**

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, nach Paragraph 50 Absatz 3 Rundfunkgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist für den Fall, dass sich die in Paragraph 50 Absatz 1 in den Ziffern 1 bis 11 aufgeführten zusammengefassten Organisationen nicht auf einen gemeinsamen Vertreter verständigen können, vorgesehen, dass diese Organisationen jeweils einen Vertreter vorschlagen. Aus diesen Vorschlägen wählt der Landtag nach Paragraph 50 Absatz 3 ein Mitglied für die entsprechende Gruppe der zusammengefassten Organisationen. Die Landesregierung hatte auf Drucksache 3/2451 mitgeteilt, dass von den elf vorschlagsberechtigten Organisationen nach Paragraph 50 Rundfunkgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern sich fünf Organisationen auf einen gemeinsamen Vertreter im Landesrundfunkausschuss geeinigt hatten.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 50 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen somit zur Wahl.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer zu meiner Rechten. Der Stimmzettel enthält für die sechs Gruppen jeweils zwei Wahlvorschläge entsprechend der Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 3/2451. Sie haben für jede Gruppe jeweils eine Stimme. Sollten Sie innerhalb der Gruppe mehrere Namen ankreuzen, ist Ihre Stimme für diese Gruppe ungültig. Ich bitte Sie, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Sie dürfen

Ihren Stimmzettel nur in der Kabine ankreuzen und müssen ebenfalls noch in der Kabine den Stimmzettel in den Umschlag legen. Bevor Sie den Umschlag mit Ihrem Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren Namen zu nennen. Ungültige Stimmen sind, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist oder den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Wahlurne leer ist.)

Ich eröffne die geheime Abstimmung zur Wahl der Mitglieder des Landesrundfunkausschusses und bitte den Schriftführer zu meiner Linken, Herrn Koplín, die Namen der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufzuzahlen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Ich sehe, dies ist der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und unterbreche diesen Tagesordnungspunkt. Das Ergebnis der geheimen Abstimmung gebe ich nach der Mittagspause bekannt. Wir treten nun in eine Mittagspause ein. Die Sitzung wird fortgesetzt um 13.10 Uhr.

Unterbrechung: 12.04 Uhr

Wiederbeginn: 13.15 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznel: Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe nun das Ergebnis der geheimen Abstimmung bekannt. Es wurden 67 Stimmen abgegeben. Davon waren gültig für die Gruppe 4 65 Stimmen, für die Gruppe 5 65, für die Gruppe 8 65 Stimmen, für die Gruppe 9 67 Stimmen, für die Gruppe 10 66 Stimmen und für die Gruppe 11 66 Stimmen.

Nach Paragraph 48 unserer Geschäftsordnung in Verbindung mit Artikel 32 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Da sich an der Wahl 67 Abgeordnete beteiligt hatten, sind die Kandidaten gewählt, die mindestens 34 Stimmen auf sich vereinigen konnten.

In der Gruppe 4 entfielen auf Frau Marleen Janew 42 Stimmen, auf Frau Martina Lenk 23 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 4 die Kandidatin Frau Janew die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 4 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

In der Gruppe 5 entfielen auf Herrn Jörg Velten 40 Stimmen, auf Frau Christine Kellermann 25 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 5 der Kandidat Herr Velten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 5 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

In der Gruppe 8 entfielen auf Frau Uta Bossow 29 Stimmen, auf Herrn Professor Dr. Czybulka 36 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 8 der Kandidat Herr Professor Dr. Czybulka die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 8 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

In der Gruppe 9 entfielen auf Frau Silvia Möhring 36 Stimmen, auf Frau Christine Utesch 31 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 9 die Kandidatin Frau Möhring die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 9 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

In der Gruppe 10 entfielen auf Frau Petra Willert 59 Stimmen, auf Herrn Klaus Peterk 7 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 10 die Kandidatin Frau Willert die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 10 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

In der Gruppe 11 entfielen auf Frau Sabine Busching 42 Stimmen, Frau Diana Markiwitz 24 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 11 die Kandidatin Frau Busching die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 11 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

Damit sind die Wahlen abgeschlossen. Ich wünsche allen Gewählten eine erfolgreiche Tätigkeit im Landesrundfunkausschuss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, PDS und Friedbert Grams, CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Touristische Infrastrukturvorhaben, Drucksache 3/2462. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2562 vor.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Touristische Infrastrukturvorhaben
– Drucksache 3/2462 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/2562 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Detlef Müller, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich gebe zu, so kurz nach der Mittagspause ist es immer schwierig, in Gang zu kommen, aber ich verspreche Ihnen, wir haben hier im Moment ein leicht verdauliches Thema auf der Tagesordnung, das allerdings für unser Land eine immense Bedeutung haben kann. Wir haben Ihnen mit der Drucksache 3/2462 einen Antrag vorgelegt zu touristischen Infrastrukturvorhaben. Dieser beinhaltet die Aufforderung an die Landesregierung, bis zum 30. April 2002 dem Parlament zu berichten, welche Infrastrukturmaßnahmen den Ausbau der touristischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen können, um zum einen vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten und zum anderen weitere neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei sollen nicht nur die üblichen und bereits schon vorbereiteten Maßnahmen aufgezählt werden, vielmehr sollen neue Wege und neue Konzepte aufgezeigt werden, die touristische Schwerpunkte und Zielgruppen unterstützen und weiter vertiefen. Wie der letzte Parlamentarische

Abend mit der Tourismusbranche hier im Schweriner Schloss zum Ausdruck gebracht hat, kann man das nur in Zusammenarbeit mit allen Verbänden in dieser Branche sinnvoll gestalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fährt man durchs Land, so sieht man, dass schon vieles geschafft und erreicht wurde. Und wie das im Leben so ist, Erfolg hat häufig viele Väter, und ich glaube, auch hier ist es so, dass der Erfolg viele Väter hat. Immerhin wurden zwischen 1990 und 2001 über 1.000 touristische Infrastrukturmaßnahmen in unserem Land realisiert. Die Höhe der gesamten Investitionen belief sich dabei auf circa 1,5 Milliarden DM. Im Vergleich der ostdeutschen Länder steht Mecklenburg-Vorpommern damit sehr gut da.

Das kam auch zum Ausdruck bei der Auswertung des Tourismusbarometers 2001 des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes in diesem Jahr. Man konnte dort entnehmen, dass in dem vergangenen Jahrzehnt in Mecklenburg-Vorpommern das Dreifache des Durchschnitts der neuen Bundesländer an touristischen Investitionen pro Einwohner im Gastgewerbe realisiert und am meisten GA-Mittel pro Einwohner in der Fremdenverkehrsinfrastruktur eingesetzt wurden. Durch diesen Investitionsschub wurden in sehr kurzer Zeit relativ flächendeckend gastgewerbliche Angebote und eine erstaunlich gute Ausstattung mit tourismusrelevanten Infrastrukturen im weitesten Sinne geschaffen.

Meine Damen und Herren! Die Gästezahlen für dieses Jahr bestätigen wieder, dass unsere Strategie bisher ausgegangen ist. Erneut sind Steigerungsraten bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen zu verzeichnen. Aber es sind auch andere Tendenzen zu erkennen. Ausländische Touristen besuchen noch immer viel zu wenig unser Land. Und auch die Anzahl junger Gäste konnte noch nicht gesteigert werden. Segmente wie der Gesundheitstourismus oder der maritime Tourismus sind noch ausbaubar. Hier muss angesetzt werden, hier muss nach Gründen gesucht und Lücken müssen herausgearbeitet werden.

Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir auf die Bereiche, die ausbaufähig sind, die Anstrengungen konzentrieren und ein möglichst vollständiges und schlüssiges Angebot schaffen. Dazu können Radwege und Bootsanlegestellen genauso gehören wie Freizeitparks – und das sage ich mit aller Vorsicht –, aber auch Großprojekte wie das Land Fleesensee.

Es soll mit diesem Antrag aber nicht nur der Blick auf die Gäste gerichtet werden, sondern auch auf die Tatsache, dass die Tourismusbranche eine bedeutende Rolle auf dem Arbeitsmarkt in unserem Land spielt. Immerhin sind über 100.000 Menschen in unserem Land in der Tourismusbranche beschäftigt. Wir dürfen aber auch nicht die Branchen und Unternehmen vergessen, die indirekt von den Touristen profitieren. Hier denke ich an den Bäcker, der morgens seine Frühstücksbrötchen verkauft, ich denke an den Landwirt,

(Minister Till Backhaus: Das ist gut.)

der die Restaurants mit seinen Produkten beliefert, was leider noch viel zu wenig passiert, oder ich denke auch an die Handwerker, die beim Bau eines Hotels beteiligt sind.

Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich ganz klar: Mit dem Ausbau von weiteren Infrastrukturvorhaben, ob nun zum Beispiel gewerblicher Natur oder

im Verkehrsbereich, wird Arbeit für Menschen im Land geschaffen und werden gerade auch für junge Menschen Perspektiven eröffnet. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren und beim Einsatz von Fördermitteln sorgfältig mit berücksichtigen.

Ich bitte um die Zustimmung zum Ihnen vorliegenden Antrag. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie die gesamte Wirtschaft, so braucht auch die Tourismuswirtschaft ihre Infrastruktur. Erst mit dem optimalen Zusammenspiel von Infrastruktur und gewerblichen, touristischen Angeboten stimmt das Gesamtangebot in Mecklenburg-Vorpommern. Wer sich umsieht, erkennt: Vieles ist im Land entstanden, noch nicht alles ist fertig, aber Schritt für Schritt bekommt unsere touristische Infrastruktur die hohe Qualität, die wir brauchen. Wir brauchen die Infrastruktur nicht nur für die Spitzen im Sommer, wir brauchen sie auch und vor allem, um die Saison zu verlängern. Im Sommer läuft der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern relativ problemlos, man könnte fast sagen, fast schon von selbst. Wir müssen unseren Gästen aber Angebote machen können, wenn es regnet und wenn es draußen kalt ist. Im Sommer sind unsere Kapazitäten fast völlig ausgelastet. Weitere Wachstumsmöglichkeiten bietet uns vor allem die Nebensaison und wir wollen, dass unsere Kapazitäten im Land möglichst das ganze Jahr über ausgelastet sind.

Meine Damen und Herren! Da wird einem nichts geschenkt, da fliegt einem auch nichts zu, das muss man sich alles hart erarbeiten. Voraussetzung dafür ist, dass die Infrastruktur stimmt. Und weil wir das so sehen, haben wir in den nächsten Jahren eine ganze Menge vor und da wird sich auch eine ganze Menge tun. Wir arbeiten mit Hochdruck an der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Überall im Land kann man das sehen. Wir haben uns gestern schon damit beschäftigt. Bis 2005 sind die größeren Autobahnprojekte im Land fertig wie die A 20, die Rügenanbindung, die A 241. Auch neue Ortsumgehungen, vor allem auch in Vorpommern, tragen dazu bei, dass unsere Gäste besser zu ihren Urlaubsorten kommen können.

Und was für die Straße soeben gesagt wurde, das gilt auch für die Schiene. Auch die Bahnverbindung nach Mecklenburg-Vorpommern wird in den nächsten Jahren attraktiver werden. Die Strecke von Berlin nach Rostock wird bis 2006 für eine Geschwindigkeit von 160 Kilometer pro Stunde ausgebaut. Die Bahn wird damit nach eigenen Auskünften im April 2002 beginnen.

(Friedbert Grams, CDU: Auch über Anklam und Stralsund?)

Auch die Strecke nach Stralsund wird auf 160 Stundenkilometer ausgebaut, die von Berlin. Auch da ist die Bahn zugange.

Meine Damen und Herren! Nach der Ertüchtigung der Strecke Rostock–Berlin wird die Bedienung wieder im Fernverkehr möglich sein. Die Bahn hat das vorgesehen und sie hat eine Fahrzeit unter zwei Stunden vorgesehen. Die Bahn hält dann auch den Einsatz eines ICE der neuen Generation durchaus für möglich. Schon seit diesem Sommer verkehrt der Warnemünde-Express. Der zusätzliche Zug fährt am Wochenende von Berlin nach Warnemünde und er wird hervorragend angenommen, und das nicht nur in der Hauptsaison.

Ab dem kommenden Wochenende gibt es eine zusätzliche direkte Verbindung zwischen Berlin und Usedom. Dieser Usedom-Express ist ein durchgehender Zug von Berlin-Zoo bis nach Heringsdorf. Damit wird die Attraktivität der Insel Usedom für den Berliner Raum weiter erhöht.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Dass attraktive Verkehrsangebote angenommen werden, zeigt die Erfolgsgeschichte der Usedomer Bäderbahn. Mit höherer Geschwindigkeit, erneuerten Bahnhöfen und dem Einsatz von neuen Fahrzeugen ist es gelungen, dass sich die Fahrgastzahlen mehr als verdoppelt haben. Ab September 2002 wird die Usedomer Bäderbahn bis Stralsund fahren und wir haben auch die Verlängerung der Strecke bis Barth vorgesehen. Es wird deutlich, auch wer nicht mit dem Auto zu uns kommt, wird eine schnellere und angenehmere Anreise haben. Und wir arbeiten nicht nur daran, dass unsere Gäste Mecklenburg-Vorpommern besser erreichen, sondern auch daran, dass sie bei uns in ihrem Urlaub mehr machen können. Deshalb investieren wir weiter in die touristische Infrastruktur. Wir sorgen für ein attraktives Radwanderwegenetz im Land. Das Radwegenetz wird Stück für Stück ausgebaut.

Ob Promenaden, Kurhäuser, Häuser des Gastes, wir vervollständigen unser Angebot im Land. Auch Wasserwanderrastplätze sind hier und da noch nötig. Wir arbeiten daran, dass hier ein vollständiges Netz in Mecklenburg-Vorpommern entsteht, das dann hoffentlich keine Wünsche mehr übrig lässt.

Wer Tourismus an seinen Küsten will, der braucht auch Sportboothäfen und die Häfen dürfen nicht so weit auseinander liegen, dass nur Segelprofis die Entfernungen zwischen ihnen überwinden können. Deshalb arbeiten wir auch an einem Ersatz für den Nothafen Darßer Ort, der die ganze Region touristisch attraktiver macht.

Meine Damen und Herren, auch der Kreuzfahrttourismus boomt. Rostock hat sich hier schon eine sehr gute Position erarbeitet und die ist weiter ausbaufähig. Wichtig ist, dass in Rostock alle Voraussetzungen geschaffen werden, damit der Kreuzfahrttourismus bei uns im Land weiter boomen kann. Rostock soll ab nächstem Jahr Start- und Zielhafen werden für Kreuzfahrtschiffe und deshalb ist es auch erforderlich, dass dort ein attraktives Passagierterminal für die Kreuzfahrttouristen entsteht. Wir sind mit der Stadt Rostock im Gespräch und arbeiten daran.

Zur Infrastruktur gehört zum Beispiel auch das Ozeaneum, das in Stralsund für 100 Millionen Mark entstehen soll. Wir sind in der Planung, in der Vorbereitung und können hoffentlich bald in die Durchführung gehen. Auch der Snow-Fun-Park bei Wittenburg, ein weiteres Beispiel, wird eine Attraktion.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Dort entsteht das erste ganzjährig nutzbare Wintersportangebot des Landes für Skifahrer.

Meine Damen und Herren, im Gesundheitstourismus haben wir schon ein hervorragendes Angebot, doch das kann ruhig noch weiter wachsen. Im ganzen Bereich Sport und Wellness ist noch viel mehr für Mecklenburg-Vorpommern drin. Auch da sind wir dran und haben die Kampagne „M-V tut gut“ gestartet, um hier weiter voranzukommen.

Auch Kunst und Kultur sind wichtige Themen für den Tourismus, auch sie gehören zur touristischen Infrastruktur. Das Musikland Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel entwickelt sich mehr und mehr zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor. Mecklenburg-Vorpommern wird mehr und mehr auch als Kulturstandort wahrgenommen und anerkannt.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Beate Mahr, SPD)

Und das ist auch berechtigt. Denken wir zum Beispiel an die Ausstellung „Wege zur Backsteingotik“ im nächsten Jahr. Das wird eine der größten, wenn nicht die größte Kulturausstellung, die jemals in Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden hat. Auch Theateraufführungen wie „Aida“ oder „Nabucco“ in Schwerin sind Bestandteile der touristischen Infrastruktur und machen das touristische Angebot im Land noch attraktiver.

Meine Damen und Herren, die „Störtebeker-Festspiele“ bringen zum Beispiel unseren Hotels einen zusätzlichen Umsatz und ich denke, wir könnten noch mehr solcher Veranstaltungen im Land gebrauchen,

(Beifall Beate Mahr, SPD,
und Detlef Müller, SPD)

wie zum Beispiel die geplanten Robin-Hood-Festspiele in Neustadt-Glewe. Wir sind gerne bereit, dabei zu helfen. Und dann wird da nächstes Jahr noch Heiligendamm hinzukommen. Wenn wir dort im nächsten Jahr Eröffnung feiern, dann haben wir damit ein einmaliges touristisches Angebot, das neue Gästegruppen nach Mecklenburg-Vorpommern locken wird, auf einem besonders hohen Niveau. Und zusätzlich wird Heiligendamm auch noch für viele Touristen, die selbst nicht dort übernachten und wohnen, ein attraktives Ausflugsziel sein und damit auch weiter zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur beitragen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen attraktive Angebote und eine moderne touristische Infrastruktur, damit Mecklenburg-Vorpommern zum Ganzjahresurlandsland wird. Das muss unser Ziel sein. Die Landesregierung ist gern bereit, im Landtag einen Bericht über die Planungen zum Ausbau der touristischen Infrastruktur zu geben, wie von den Regierungsfractionen in ihrem Antrag gewünscht wird. Dieser Bericht wird auch darauf eingehen, wann mit der Umsetzung der Planungen zu rechnen ist. Wir wollen, dass die Infrastruktur im Land so schnell wie möglich ausgebaut wird. Wo wir beschleunigen können, werden wir das tun und wir werden es auch weiter tun. Wir müssen besser und schneller sein als die Konkurrenz, die schläft auch nicht. Und wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern vorankommt, so schnell wie möglich. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Prachtl von der Fraktion der CDU.

Rainer Prachtl, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst ganz kurz zu Ihnen, Herr Minister. Es gibt so Freud'sche Dinge: Schritt für Schritt, Tourismus hat im Laufschrift zu erfolgen, möglichst so flott, wie Katrin Krabe einmal gelaufen ist, denn im Tourismus muss was passieren und da reicht weder eine ruhige Hand noch Schritt für Schritt. Erste Bemerkung.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU –
Zurufe von Angelika Peters, SPD, und
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Gut, zu Ihnen komme ich dann noch, Herr Ministerpräsident, wenn Sie es möchten.

Die zweite Bemerkung. Herr Minister, dass ich Sie als bayrischen Löwen in der Ministerriege schätze, wissen Sie, aber es ist schon bemerkenswert, wie Sie die Abteilung Schönrederei herausholen und gar keine kritischen Anmerkungen machen. Sie haben schon kritische Anmerkungen hier in Ihrer Amtszeit zum Besten gegeben, die auch richtig sind, und deshalb fand ich es nicht gut, dass Sie nur Dinge genannt haben, die eigentlich zum Land mit dazugehören. Das hat unser ehrwürdiger Goethe schon gewusst, wenn er sich über den Fürstenhof in Weimar ärgerte, wo er gesagt hat: „Der Irrtum wiederholt sich immerfort in der Tat. Deswegen muss man das Wahre unermüdlich in Worten wiederholen.“

Der Koalition kann ich nur danken, dass sie diesen Antrag vorgelegt hat. Ich darf deutlich sagen, seit Beginn der Legislaturperiode, lieber Kollege Müller, habe ich mehrfach im Tourismusausschuss oder wir auch als CDU deutlich gesagt, im Landtag ebenfalls haben wir immer wieder gefordert, dass die gesamte touristische Entwicklung analysiert werden muss, Marketing, Infrastruktur, Kapazitätsauslastung, mögliche Bettenzahl, weil das für unser Land ganz wichtig ist. Und da kann es nicht sein, Herr Minister, dass Sie, wenn es um so wichtige Dinge geht wie die Arbeitsplätze, so einen Schritt-für-Schritt-Vortrag hier halten, der dieser Sache wirklich nicht angemessen ist, denn draußen sind Leute, denen es nicht so gut wie uns geht.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Die warten darauf, Beschäftigung zu bekommen, und insofern verstehe ich nicht, dass Sie sich auf diesen Antrag eingelassen haben. Der Antrag greift zu kurz. Wir können nicht nur über Radwanderwege sprechen und über Wasserwanderrastplätze, das geht nicht, das greift einfach zu kurz. Allerdings muss ich unumwunden die Ehrlichkeit Ihres Antrages bestaunen und bewundern. Weshalb? Es gibt für den Bereich, in dem nachweisbar die meisten Arbeitsplätze geschaffen werden, ein unzureichendes Konzept, das geht aus diesem Antrag hervor. Damit haben Sie Recht, das Konzept ist unzureichend. Jetzt stellen Sie sich mal vor, Sie konnten noch vor zwei, drei Jahren sagen, wir hätten alles gemacht, aber jetzt muss ich deutlich sagen: Freunde, wenn es dieses Konzept nicht gibt oder wenn da vieles unschlüssig ist, diese Unschlüssigkeit im Land Mecklenburg-Vorpommern darf es doch bei diesen touristischen Dingen nicht geben. Herr Minister, dass Sie pffiffig sind und aufgepasst haben, ist ja richtig. Bloß die Frage ist, Sie haben ja zu spät aufgepasst, denn es geht jetzt natürlich im nächsten Jahr neu los, da wird neu gewürfelt.

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD:
Besser zu spät als nie, Herr Prachtl.)

Ja, ja, zu spät ist es nie. Aber Sie haben es verpasst. Im April soll jetzt der Bericht kommen und da sage ich Ihnen ganz deutlich, Glückwunsch zu der Erkenntnis. Die Erkenntnis ist ein Weg der Besserung, aber diese Besserung wird man der neuen Landesregierung zuschreiben, da bin ich ganz objektiv. Ich sage nicht, wir werden zwingend regieren, aber das wird der Wähler entscheiden, wer dann regiert. Sie hatten dreieinhalb Jahre Zeit, im Tourismus etwas zu tun, und ich finde, das ist dann wirklich beschämend und peinlich unseren Menschen gegenüber,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Wer sind denn unsere Menschen?)

wenn nicht mehr herauskommt als das, was bisher gesagt wurde.

Die touristische Hausaufgabe ist von Ihnen in dem Sinne nicht gelöst worden. Dass Sie sich bemüht haben, das erkenne ich an, aber das Bemühen reicht, denke ich, nicht. Es wurden viele Projekte wirklich abgefeiert, wie Göhren-Lebbin, da war ja der Ministerpräsident dabei, die noch von einer anderen Regierung eingeleitet wurden, und es wurde wirklich wenig gemacht, bei dem man sagen kann, das sind herausragende Dinge, die für unser Land entscheidend sind. Die hätten Sie dann nennen müssen, wenn Sie welche auf den Weg gebracht haben. Und nun können Sie sagen, lieber Herr Prachtl, du hast ja gut reden.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie gucken
nur nach Neubrandenburg, oder was?)

Ich komme gleich zu mir selber.

Glaubwürdig wird man dann, wenn man selbst auch Fehler eingesteht und ich gestehe ihn ein. Ich war ja mal Vorsitzender des Landestourismusverbandes und da habe ich genau solche blumigen Reden wie Sie gehalten, wie sie der Ministerpräsident hält, wie sie Herr Schlotmann gehalten hat. Nämlich was wir alle gemacht haben, war, wir haben gesagt, wie toll unser Tourismus ist, und Prachtl ist sich großartig dabei vorgekommen, wie sich alle großartig dabei vorkommen, die über den Tourismus reden, weil es großartig ist, was man da verkaufen kann.

Nun kann man Folgendes machen, in der Literatur ist es ja ähnlich so: In der Literatur wenden Schriftsteller die Möglichkeit an, dass sie, wie zum Beispiel bei „Jakob, der Lügner“, Leute hinstellen, die den anderen etwas Gutes verkaufen, wirklich etwas Gutes verkaufen,

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Hier ist das Parlament, hier sitzen wir.)

um ihnen Mut zu machen.

(Zurufe von Dr. Henning Klostermann, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Gut, ich kann mich auch umdrehen. Aber wir haben ja keinen uninteressanten Minister dort und der Herr Ministerpräsident sitzt auch dort.

(Minister Till Backhaus: Das ist gut.)

In der Literatur wird dann Mut gemacht, aber dieses Mutmachen kann nicht über Jahre gehen, man muss auch mal ehrlich dabei sein. Wenn man aber keine Erfolge hat und man nimmt dann Dinge, von denen man erzählt, wie beim Tourismus, dass es nur gut läuft, das wird natürlich nicht mehr anerkannt.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich glaube, wir sind es dem Land und den Menschen schuldig, dass wir endlich mit der Schönrederei aufhören. Ich will Ihnen hierzu einige Zahlen sagen, was ich unter Schönrederei verstehe.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Wahr ist, dass in den letzten fünf Jahren ein Bettenzuwachs da war von 9.000 bis 14.000 Betten jährlich. Das ist zum Teil in der CDU/SPD-Regierung geplant und entwickelt worden. Aufgrund dieses Bettenzuwachses – ganz logisch, denn Niedersachsen und Schleswig-Holstein hat solchen Bettenzuwachs nicht, der fast um hundert Prozent erhöht worden ist – ist natürlich auch die hohe Steigerungsrate in der Übernachtungszahl zu sehen. Und die Auslastung ist in dem Zeitraum ja kaum gestiegen, so dass es wesentlich auf diese Bettenerhöhung zurückzuführen ist.

Und jetzt kommt die Zahl, auf die sich alle berufen, auch der damalige Schönfärber Prachtl. Als Schlüsselzahl für die Fremdenverkehrsintensität nehmen wir nämlich immer die Zahl der Übernachtungen je 1.000 Einwohner. Die Einwohnerzahl sinkt, die Bettenzahl steigt und wir sagen, hurra, wir sind die Größten. Ich will nicht makaber sein und die Verkehrstoten noch mit anführen, dann würden wir vielleicht noch besser werden.

Ich will Ihnen ehrlich sagen, mit solchen Zahlen, Herr Minister, werden wir der Situation nicht gerecht. Und jetzt müssen wir ehrlich sein und sagen, wo wir eigentlich stehen. Ich will das den Kollegen auch ruhig mal deutlich machen. Wir stehen auf Platz 8. Und der Kollege Schlotmann hat es ja auch mal gemacht, der hat gesagt, oh, den Bayern klopfen wir bald auf die Schultern. Liebe Freunde, zwischen Bayern und uns sind etliche Berge, etliche Seen und noch einige Misthaufen, denn zwischen Bayern mit 600.000 Betten und uns mit 160.000 ist ein riesiger Unterschied. Die Bayern haben 74 Millionen Übernachtungen und wir wollen uns langsam bemühen, 20 Millionen zu haben. Baden-Württemberg hat 40 Millionen. Sie kennen die Werbung, wo es heißt: „Paul, wer ist Paul?“ Ich sage mal, wer ist Hessen? Hessen hat 25 Millionen Übernachtungen. Ist Ihnen Hessen als das große touristische Land bekannt? Wir lassen uns von solchen Ländern etwas vormachen. Wir dürfen uns doch von Hessen nichts vormachen lassen mit 25 Millionen Übernachtungen!

Und jetzt wollen wir mal die Bayern aus dem Spiel lassen. Nehmen wir mal nur die norddeutschen Länder. Da glauben wir auch, wir sind weit vorne. Nein, die Niedersachsen haben 35 Millionen Übernachtungen. Dann sollten wir doch erst mal versuchen, in Norddeutschland die Nummer 1 zu werden und auch die Schleswig-Holsteiner, das werden wir wohl bald schaffen, mit 21 Millionen Einwohnern zu überholen.

(Minister Till Backhaus: Nee, Gäste. Gäste!)

Wer hat das bessere Land? Wer hat die Ostsee und nicht so eine komische Nordsee, wo die Flut mal hin und her geht, wo man nicht baden kann? Wir in Mecklenburg-Vorpommern und nicht die in Niedersachsen! Und insofern sollten wir hier unsere Chancen suchen. Und dann bitte ich auch die Landesregierung darum, die Zahl zu beantworten. Wir sagen deutlich, lieber Herr Minister, acht bis zehn Betten bedeuten einen Arbeitsplatz. Bayern, sagte ich schon, hat 600.000 Betten, Baden-Württemberg 300.000, Niedersachsen 280.000. Es gibt bisher keine

schlüssige Antwort, weder von der CDU-Regierung noch jetzt von Ihrer. Wie viel Betten verträgt dieses Land tatsächlich? Bei 100.000 haben im Land schon die Unternehmer gestöhnt, um Himmels willen kein Bett dazu. Wir haben 160.000 und trotzdem zum Teil gute Auslastungen. Das ist natürlich sehr unterschiedlich, es gibt auch schlechtere Auslastungen, wenn dort gebaut wurde, wo die Infrastruktur zum Beispiel nicht stimmt.

Alle Wissenschaftler unseres Landes sagen uns, ihr könnt den Tourismus, wenn ihr ihn wirklich plant, infrastrukturell, marketingmäßig auch mit ganz anderen Zahlen bewältigen. Und ich glaube, das Land hat es verdient. Und, lieber Herr Minister, Sie haben vor einigen Wochen etwas sehr Ehrliches gesagt, heute haben Sie es nicht gesagt. Ich glaube, die größte Schwindelei und die größte Schönrederei betreiben wir mit unserem Auslandstourismus. Die Glanzbroschüren von Maestro Fischer und anderen sind noch deutlicher oder noch übertriebener als das, was das Statistische Landesamt sagt. Beim Statistischen Landesamt heißt es: „Bei den Gästen aus dem Ausland setzte sich der positive Trend seit 1995 weiter fort, 16,4 Prozent mehr Auslandsgäste.“

Liebe Freunde, in Wirklichkeit ist es so, die rote Laterne haben wir mit dem Saarland und Sachsen-Anhalt. Wir reden also bei dem Zeitraum von 397.000 Übernachtungen. Ich nehme nur mal Bayern, da sind es 10 Millionen. Ein riesiger Unterschied! Wir haben die rote Laterne und, lieber Herr Minister, man kann nicht nur über die Infrastruktur reden, das wissen Sie ganz genau, da müssen ja auch Gäste kommen. Ich baue nur einen Golfplatz, ich baue nur eine Ferienanlage, wenn ich auch reichlich Gäste habe. Ich lasse das Fahrgastschiff nur fahren, wenn auch Gäste da sind, die einsteigen. Am Chiemsee hält es alle zehn Minuten und fährt los, also brauche ich auch Gäste. Also muss doch beantwortet werden, wo die ausländischen Gäste herkommen.

Und nun schauen Sie sich mal den neuen Katalog des Tourismusverbandes an, wo jetzt wieder geworben wird. Es wird viermal in Skandinavien geworben, nicht einmal in Osteuropa. Nun könnte man noch hinzufügen, liebe Freunde, ihr redet groß von Osteuropa. Dass wir uns am Anfang die Füße wundgelaufen oder die Räder abgefahren haben, um in den Westen zu kommen, das war ostdeutschtypisch und gesund und durfte auch sein. Aber, liebe Freunde, wir müssen doch langsam wieder mal nach dem Osten gucken und da ist die Frage, warum werden solche Dinge nicht gesehen.

Deshalb sage ich ganz deutlich, der Auslandstourismus ist eigentlich mit einer der schlimmsten Dinge, die wir hier bei uns erleben und die wir haben. Deshalb denke ich, es muss praktisch gehandelt werden. Und zum praktischen Handeln möchte ich erst mal als Grundsatz sagen: Wir haben hochmotivierte Leute in der Tourismusbranche, die wollen, aber jede Motivation hilft doch nichts, wenn die Gelder nicht mehr ausreichen. Ich weiß, dass das Referat von Herrn Mews hochmotiviert ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Hier sitzen wir, Herr Prachtl.)

Ich weiß, dass der Tourismusverband hochmotiviert ist, die Hoteliere, die Gasthöfe, alle sind hochmotiviert, aber wo nichts da ist, kann dann auch nichts mehr herauskommen, es wird ja alles gemacht. Deshalb schlage ich als Schwerpunkte der künftigen Arbeit folgende Dinge vor:

Erstens. Wir dürfen über diese Dinge nicht nur reden, denn wichtig ist, dass wir die Zahlen erhöhen, dass Geld ins Land kommt, Touristen ins Land kommen, das heißt, Marketing muss wesentlich verbessert werden. Es kann nicht angehen, dass die Sachsen ihren Etat verdoppelt haben und wir bei 3 bis 4 Millionen Mark zwar das Notwendigste schaffen, aber nicht das, was geschaffen werden muss, denn wenn der Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband sagt, dass 33,8 Prozent der Hotels aktiv wirtschaftlich gefährdet sind und 31,8 Prozent der Gasthöfe und Pensionen, dann spricht das für sich.

Der Geschäftsführer des Tourismusverbandes Herr Fischer hat im letzten oder im vorletzten Tourismusausschuss gesagt, es ist nur noch punktuell möglich, Marketing zu betreiben. Und er sagte deutlich, wir können für die Jugendlichen kein Marketing betreiben. Die Gelder haben wir dieses Mal nicht. Es kann doch nicht angehen im Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern, dass wir nur noch punktuell Marketing machen, gerade in wichtigen Bereichen, wie Jugendmarketing im Tourismusbereich, dass wir das nicht machen. Andererseits sagen Herr Fischer und alle Experten ganz deutlich, Marketing lohnt. Wer Werbemittel einsetzt, da kommen die Leute und wir brauchen Leute im Land. In Neubrandenburg – und Neubrandenburg ist ja 50, 60 Kilometer von Göhren-Lebbin entfernt – freuen sich die Besitzer der Boutiquen und Verkaufsstellen, dass die Touristen bis nach Neubrandenburg kommen und da einkaufen. Aber, lieber Herr Minister, liebe Abgeordnete, da muss etwas gemacht werden. Marketing für Kapazitätsauslastung, Werben für die Saisonverlängerung – das sind natürlich wichtige Dinge. Sie können nicht nur Infrastrukturen schaffen für die Saisonverlängerung, das ist zwar lobenswert, aber es muss das Marketing genauso da sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Österreicher haben es bewiesen, sie haben Projekte gemacht und das saisonverlängernde Marketing um 30 Prozent gesteigert. Die Österreicher haben gezeigt, man kann es. Warum macht es das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht?

Zweitens, Herr Minister und liebe Abgeordnete, fordere ich, wir können doch nicht so eine Geschäftsstelle haben. Die Geschäftsstelle muss personell verbessert werden und in diesem komischen Hochhaus, wo sie ihren Sitz hat, muss es auch bessere Räume geben. Das wagen sich zwar die Mitarbeiter nur hinter der Hand zu sagen, aber das muss auf jeden Fall verbessert werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und ich persönlich, Herr Minister, habe auch nichts dagegen, wenn Herr Mews Abteilungsleiter wird oder Sie einen anderen einsetzen, Hauptsache, es ist eine ordentliche Abteilung, die etwas schafft, wo was bewegt wird, denn dass unsere Leute etwas können, auch Herr Mews, steht außer Frage.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Rudolf Borchert, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Es sind außerordentlich engagierte Leute. Bloß, Herr Minister, setzten Sie die Leute in die Spur. Sie kommen ja aus Bayern, Sie wissen, wie dort Tourismus gemacht wird. Das ist auf jeden Fall fördernd für uns

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und das Gleiche sage ich auch für den Tourismusausschuss.

Liebe Kollegen, wenn wir noch weiter die Abnicker des Landtages sein wollen, dann nicken wir weiter ab. Im Augenblick holen wir uns alle Verbände heran und in der nächsten Legislaturperiode die kleinen Gaststätten und machen die Abnicker des Landtages. Liebe Freunde, mit Prachtl nicht mehr lange.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Entweder wir haben Befugnisse und können etwas verändern, egal von welcher Partei wir sind, aber der Abnickerverein möchte ich nicht mehr lange sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Wenn Sie Lust haben zum Abnicken, machen Sie es, ich nicht.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber Sie drohen hier.)

Das muss auch mal sein.

(Barbara Borchardt, PDS: Das macht man aber nicht. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD – Barbara Borchardt, PDS: Dat geht so nicht.)

Nein, wissen Sie, die Wahrheit ist ein seltenes Kraut, noch seltener, wer es verdaut. Und auch das muss mal wieder verdaut werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Barbara Borchardt, PDS: Gut.)

Drittens, es geht um die Analyse der touristischen Regionen. Es werden Analysen der touristischen Regionen erstellt. Wo werden wie die Betten ausgelastet? Herr Minister, kann man nicht noch Betten irgendwo dazubauen? Wer analysiert das?

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wo es den Michelinsterne gibt in Krakow am See, sagen mir die Leute selber, Herr Prachtl, da können sibirische Panzer, die T 34, langfahren. So sieht die Straße aus und da wird die beste Gastronomie unseres Landes gebaut. Hier muss also überlegt werden: Wo kann dazugebaut werden?

(Peter Ritter, PDS: Und wo können wir noch Panzer fahren lassen? – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Wo kann was verbessert werden? Oder denken Sie an die Professoren, die vom so genannten Gummistiefeltourismus sprechen. Ich spreche davon nicht, aber diesen Gummistiefeltourismus gibt es in einigen Regionen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das Hotel ist schön, aber das Ringsherum ist eben nicht in Ordnung. Wir brauchen deshalb touristische Musterregionen.

Jetzt kommt die rote Lampe.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach nein! – Barbara Borchardt, PDS: Das ist aber sehr traurig. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist wirklich sehr traurig,

(Peter Ritter, PDS: Dann müssen Sie mehr Redezeit beantragen.)

aber unterschätzen Sie Prachtl nicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Also Ihr Doppelhaushalt ist eine Farce. Es muss ehrlich mit Elan und Visionen an den Tourismus herangegangen werden. Lieber Herr Minister, dann lieber wie Katrin Krabe und nicht Schritt für Schritt. Wir wollen in Norddeutschland die Nummer 1 werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Bravo!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Prachtl, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Albrecht?

Rainer Prachtl, CDU: Also ich habe nichts dagegen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Albrecht.

Nils Albrecht, CDU: Herr Prachtl, Sie haben jetzt in Ihren Punkten aber nichts Wesentliches zu nachsaisonalen Angeboten gesagt.

(Barbara Borchardt, PDS: Na, Sie haben keine.)

Haben Sie das in Ihrer Auflistung vergessen oder ist das noch ein wichtiger Punkt, den Sie vielleicht noch erwähnen sollten?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Rainer Prachtl, CDU: Nein, ich habe noch einige Punkte. Lassen Sie mich das im Schnellverfahren sagen.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Nils Albrecht, CDU: Ich wäre Ihnen dankbar.

Rainer Prachtl, CDU: Ich habe ja gesagt, einen kleinen Trick dürfen Sie Prachtl auch lassen und Sie schmunzeln. Also wenn Sie es sich anhören, dann ist das in Ordnung.

Viertens. Es geht um den Ruf unseres Landes. Schauen Sie sich den Baedecker an!

Fünftens, Menschen motivieren. Denken Sie an das, was heute im „Medienspiegel“ stand! Wie sind unsere Menschen motiviert?

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Einige sagen mir, wenn sie in Gruppen kommen, wir wollen keine Reichen, Wessis raus, und die Meinung zu den Ausländern kennen Sie.

Die Frage nach touristischen Großprojekten, das ist Punkt sechs, haben Sie angesprochen, aber, Herr Minister, da brauchen wir Antworten.

Siebtens, die Frage der Weiterbildung, da sagt mir Frau Nagel von der Mecklenburger Schweiz, die Geschäftsführerin, Herr Prachtl, wenn wir uns die Skandinavier holen und wir haben schöne Wellnessbereiche hier, das wäre für die hervorragend, denn die Skandinavier haben längst nicht die gute Gastronomie wie wir. Die können wir gar nicht holen, weil unsere Leute kein Englisch können, geschweige denn Skandinavisch.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das lernen wir dann.)

Achtens möchte ich nur den Arbeitskräftemangel ansprechen und neuntens die Verkehrsinfrastruktur.

Als Letztes darf ich auch noch mal deutlich sagen, lieber Herr Minister, liebe Abgeordnete: Unterschätzen Sie den geistigen Bereich nicht!

(Barbara Borchardt, PDS: Aber nicht immer so mit dem Finger, das macht man nicht! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ich war in Kochel am See in Bayern,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Was hat denn das mit der Frage zu tun?)

wenn Sie dort die Bewohner fragen, wer Franz Marc war oder Kandinsky, dann können die Ihnen was zum „Blauen Reiter“ sagen.

(Barbara Borchardt, PDS: Ist das alles noch saisonverlängernd?)

Wenn Sie in Ludwigslust und Boek fragen,

(Peter Ritter, PDS: In Dresden ist es auch nicht schlecht.)

wer Gertrud von le Fort war, dann wissen sie nicht mal, wie Gertrud von le Fort geschrieben wird, geschweige denn, dass sie wissen, wer Uwe Johnson ist, und ich denke, dieser geistige Bereich darf nicht vernachlässigt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Noch mal, Sie haben gefragt, ich denke, wir können die Nummer 1 werden.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Es ist ernst für unser Land, aber es muss ernsthaft was gemacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Prachtl.

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter Prachtl, Ihr temperamentvoller Vortrag hat mich doch gereizt, hier einige Punkte zum Tourismus zu sagen. Es ist ja ehrlich, wenn Sie sagen, dass Sie als Vorsitzender des Landestourismusverbandes diese Dinge früher

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

oder als Mitglied einer Regierungsfraktion anders gesehen haben als heute, aber ich habe an Ihrem Vortrag eins bemerkt, Herr Prachtl, wir haben kein Problem mit dem Tourismus, wir haben ein Problem mit Ihrem Informationsdefizit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Rainer Prachtl, CDU: Ach!)

Sie versuchen uns doch hier wahrlich einzureden, wir hätten die rote Laterne im Tourismus.

(Rainer Prachtl, CDU: Im Auslandstourismus.)

Nein, im Tourismus haben Sie gesagt.

(Rainer Prachtl, CDU: Ich habe gesagt, im Auslandstourismus. – Nils Albrecht, CDU: Sie dürfen das Land nicht schlechtreden, Herr Ministerpräsident!)

Nein, Sie haben hier Vergleiche gezogen,

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

die wirklich so hinken, wie sie stärker nicht hinken können. Sie können nicht Bundesländer miteinander vergleichen, die völlig andere Voraussetzungen haben, allein von ihrer Größe. Und wenn Sie in Hessen einmal die Übernachtungen abzählen, die allein und ausschließlich mit dem Flughafen Frankfurt am Main zusammenhängen,

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

dann würden Sie schnell zu der Auffassung kommen, Herr Abgeordneter Prachtl, dass Mecklenburg-Vorpommern zumindest den Hessen weit vorausseilt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ihnen ist entgangen, dass wir die Mittel für die Tourismuswerbung deutlich erhöht haben. Ihnen ist entgangen, dass sich die Auslastungsquote erhöht hat, und, wie das auch so üblich ist bei Ihnen, Sie haben Göhren-Lebbin für sich reklamiert. Zu der Zeit, Herr Prachtl, darf ich Sie daran erinnern, war ich Wirtschaftsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in der Zeit die Verhandlungen geführt, also man sollte durchaus etwas bei der Wahrheit bleiben.

Ich finde es schon wirklich etwas dreist, Herr Prachtl, wenn Sie durch Ihren Vortrag den Eindruck erwecken wollten, als wenn wir im Tourismus die rote Laterne trügen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat er gar nicht gesagt. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Doch, doch! Den Eindruck haben Sie zu erwecken versucht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei Ihnen geht die rote Laterne schon an, wenn jemand von der CDU redet!)

Sie können Wahrheiten wohl nicht ertragen. Warum werden Sie denn so unruhig?

Wir haben seit 1999 die größte Tourismusintensität. Wir haben unsere Werbeanstrengungen deutlich erhöht und Sie haben zu Recht auf Kunst und Kultur hingewiesen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gestern hätten Sie reden können, Herr Ministerpräsident!)

Da wird Ihnen nicht entgangen sein, dass da einiges auf den Weg gebracht wurde und wir vor einem neuen großen Ereignis stehen. Wir versuchen nämlich die Backsteingotik bei uns auch überregional zu vermarkten

(Beifall Beate Mahr, SPD)

und unternehmen zusammen mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, mit dem NDR und mit vielen anderen Sponsoren große Anstrengungen, um diese wertvollen Kulturdenkmäler auch über die Landesgrenzen hinaus vertraut zu machen. Ich erinnere noch einmal daran – und in dieser Kontinuität steht Ihr Vortrag –, dass Sie der rot-roten Regierung unterstellt hätten, nur weil die Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern falsch gewählt hätten, würden die Touristen nicht kommen. Aber Tatsache ist, Herr Prachtl, schauen Sie mal in den TUI-Katalog, womit der TUI-Katalog aufmacht!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Mit Vorpommern.)

Die ersten 60 Seiten beim Deutschlandtourismus sind Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Es könnte ja sein, dass sich für die Kultur des Landes auch noch mehr interessieren, wenn die Auflage Ihrer Gedichtbände vielleicht etwas erhöht wird und wir die etwas weiter streuen würden in Deutschland.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Also ich bin gerne bereit, über Vorschläge, die von Ihnen kommen, zu diskutieren,

(Wolfgang Riemann, CDU: Beim Haushalt schweigen und hier in die Bütt!)

aber Sie dürfen bei Ihren ganzen Betrachtungen nicht übersehen, dass die Landesregierung sehr viel tut, dass wir neben saisonverlängernden Maßnahmen den Kulturtourismus, zunehmend auch werbewirksam den Gesundheitstourismus in den Vordergrund stellen, weil wir hier große Potentiale sehen. Und eins, Herr Prachtl, glaube ich, sollten wir nicht so unkritisch hinnehmen: Sie fordern Großprojekt an Großprojekt.

(Rainer Prachtl, CDU: Das habe ich nicht gesagt.)

Doch, Sie haben ständig gesagt, wir haben zu wenig Großprojekte.

(Rainer Prachtl, CDU: Großprojekte habe ich nicht gesagt. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dieses Land lebt, Herr Prachtl,

(Lorenz Caffier, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Er hört nicht zu.)

dieses Land und der Tourismus in diesem Land lebt davon, dass wir eine unverwechselbare Natur haben

(Till Backhaus, SPD: Ein Glück, ein Glück! Zum Glück ist das so.)

und es eben nicht mit Bettenburgen vollgepflastert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Till Backhaus, SPD: Herr Rehberg macht das auch immer so. Das kann ich doch auch mal.)

Deshalb, Herr Prachtl, kommt es darauf an, dass wir die touristische Infrastruktur unseres Landes verantwortungsvoll weiterentwickeln

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

und nicht in dieser Art und Weise, wie Sie es durch Ihren Vortrag uns weismachen wollten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also besser kann man doch nicht werben für das Land, als es ein Herr Prachtl macht. Da können Sie sich mal eine Scheibe von abschneiden!)

Also wir sind im Tourismus auf einem sehr guten Weg. Wir haben zweistellige Zuwachsraten über Jahre, und das auf einem hohen Niveau. Und ich denke, das wird auch weiter so gehen, denn wir verdeutlichen unsere Werbeanstrengungen. Mittel aus der Staatskanzlei sind mit großem Erfolg in die Werbekampagne eingeflossen und ich bitte Sie noch einmal darum, wenn Sie Vergleiche hier heranziehen, nicht Äpfel und Birnen miteinander zu vergleichen. Auch in Bayern würden die Zahlen anders aussehen, wenn das Land kleiner wäre und wenn Sie die Stadttouristen in München abziehen würden.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)
Dann kämen Sie auf andere Zahlen.

Ich würde mich freuen, Herr Abgeordneter Prachtl, wenn Sie dazu beitragen würden, hier die Erfolge des Landes auch nach außen hin deutlich zu machen. Dass es immer das eine und das andere gibt, was noch verbesserungsbedürftig ist, das sehe ich auch so. Aber man darf nicht den Eindruck erwecken, dass Mecklenburg-Vorpommern, das das erfolgreichste Flächenland im Tourismus in den letzten Jahren ist, hier die rote Laterne trägt. Das ist nicht richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat doch überhaupt
keiner gesagt. – Wolfgang Riemann, CDU:
Das hat er doch nicht gesagt.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Pohn von der Fraktion der PDS.

(Unruhe bei Dr. Margret Seemann, SPD,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Lieselotte Pohn, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder des Präsidiums! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Landtages! Werte Gäste!

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist ihre erste Rede.)

Wir alle wissen, dass der Tourismus sich zu einem immer stärker werdenden Bindeglied der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in unserem Land entwickelt. Somit erhält er einen zunehmend höheren Stellenwert als trag- und entwicklungsfähiger Wirtschaftszweig in Mecklenburg-Vorpommern. Vielfach ist die Tourismuswirtschaft in schwachen Regionen besonders stark angesiedelt als zukunftsweisende Säule der kommunalen Entwicklung und als Alternative zur Ansiedlung von mittleren bis industriellen Wirtschaftszweigen. Das stellt uns Politiker vor die Aufgabe, gerade in diesen Gebieten des Landes die touristische Infrastruktur als eine ausgleichende Funktion der Regionaldisparität zu forcieren.

Um für diesen sich vollziehenden Prozess die erforderlichen Grundvoraussetzungen zu schaffen, hat die Politik in Mecklenburg-Vorpommern unter anderem die Aufgabe, die entsprechend notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Lücken zu schließen, die durch touristische Unternehmen nicht zu leisten sind. Dabei geht es um

- die Sicherung von Voraussetzungen für eine entsprechend notwendige Infrastruktur und wirksame Werbung sowie Marketing im In- und Ausland,
- die Initiierung eines sich vernetzenden und effektiv arbeitenden Regionalmanagements,
- die Entwicklung statt Ausbau von sozialer und kultureller Infrastruktur in den Städten und Gemeinden als Ausdruck der Lebensqualität und
- die Erschließung von Straßennetzen als Zuwegung zu den Urlaubszentren.

Es geht also um Rahmenbedingungen, die Investoren zur Ansiedlung animieren und motivieren, die einen kunden- und zielgruppenorientierten flexiblen und damit leistungsfähigen Tourismus in seiner Vielfalt zur Folge haben.

Es geht um Rahmenbedingungen für die Gestaltung einer konstruktiven Zusammenarbeit von Bundesländern im Bereich des Tourismus und ihre Vernetzung und damit verbunden um die Bündelung finanzieller Mittel und Potentiale für einen effizienten und damit optimalen Einsatz.

Die Landespolitik sollte künftig noch mehr Einfluss nehmen auf die föderale Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Vereinen und Verbänden der Tourismusbranche. Die von Parlament, Bund, Ländern und Tourismuswirtschaft ergriffene Initiative, das Jahr 2001 zum Jahr des Tourismus in Deutschland und das Jahr 2002 zum Jahr des Öko-Tourismus in Deutschland zu erklären, ist genau der richtige Weg in diese Richtung. Die Erarbeitung eines tourismuspolitischen Leitbildes von morgen als Koordinations- und Regierungsinstrument kann uns helfen, Entscheidungen künftig ziel- und problembezogen zu fällen und die Mittel strategisch sicher einzusetzen. Für die übrigen Leistungsträger und Akteure ist es eine Orientierungshilfe. Es zeigt Schwerpunkte des zu fördernden Tourismus in bestimmten Gebieten mit den verschiedenen Kennzielpunkten auf. Den Anforderungen an Effizienz und Konzentration des Einsatzes von Fördermitteln kann so auch mehr Rechnung getragen werden.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Ergebnisse der großen EMNID-Umfrage der „Schweriner Volkszeitung“ zur Sicht der Deutschen auf das Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern, veröffentlicht am 01./02.12.2001, ist gegenwärtig in aller Munde. Die verschiedensten Interessengruppen interpretieren die Ergebnisse natürlich sehr unterschiedlich. Für mich sind zwei Ergebnisse sehr aufschlussreich:

Erstens. Rund 80 Prozent der Einwohner der südlichen Bundesländer, von Bayern bis nach Nordrhein-Westfalen, waren noch nie in Mecklenburg-Vorpommern.

(Peter Ritter, PDS: Skandal!)

Hier liegt eine große Reserve, die durch geeignete Maßnahmen der Werbung und des Marketing erschlossen werden müsste.

Zweitens. Mit Mecklenburg-Vorpommern verbinden sich für über 80 Prozent der Befragten aller Altersgruppen Urlaubsformen der aktiven Bewegung wie Radfahren, Wandern, Baden, Reiten und Wassersport.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Camping ist ebenfalls eine sehr beliebte Urlaubsform. Und wenn man gleichzeitig feststellt, dass die Mecklenburger Seenplatte immer mehr ins Blickfeld der potentiellen Urlauber rückt, so sind aus diesem Aspekt die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Wenn man der EMNID-Umfrage folgt, ist insbesondere der Ausbau von Rad- und Wanderwegen gefragt und auch der Bootsanleger. Da Urlauber aus dem Süden Deutschlands Mecklenburg-Vorpommern mit Natur pur und gesund in Verbindung bringen, steht demzufolge der Ausbau von Rad- und Wanderwegen auch in Naturschutzgebieten auf der Tagesordnung.

Die Umfrage zeigt aber auch, dass es nach wie vor Schwachpunkte gibt. Deren verschließen wir uns auch nicht. So waren 75 Prozent der 14- bis 29-Jährigen noch nie in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Anteil ist sogar höher als der Gesamtteil der Westdeutschen, die unser

Land noch nicht besucht haben. Das ist natürlich eine Herausforderung, meine Damen und Herren.

(Beifall Barbara Borchardt, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

Touristische Angebote richten sich nach wie vor auf die Bedürfnisse und Trends der Betätigung der Gäste einer Region aus. Sie sind auch veränderbar. Deshalb erfordern sie auch immer wieder neue Wege, die wir zu gehen haben. Um den Tendenzen der nationalen und internationalen Tourismusentwicklung künftig standzuhalten, muss auch das Land Mecklenburg-Vorpommern sowohl in die Offensive der Qualitätsverbesserung im Service, der Standortattraktivität und der Kundenzufriedenheit als auch in die Offensive der Innovation für künftige Erfolge gehen, über eine verstärkte Marktbearbeitung, Anhebung der Sozialverträglichkeit der touristischen Berufe und Verbesserung der Attraktivität, über die stärkere Einbeziehung der regionalen Tourismuswirtschaft sowie Einbeziehung und Ausschöpfung regionaler Besonderheiten, über die Entwicklung von saisonverlängernden und witterungsunabhängigen Produkten und letztendlich die Ausrichtung des Tourismus unter Respektierung der Umwelt und der Landwirtschaft. Das alles kann mit mehr Professionalität in der kundenorientierten Produktentwicklung erzielt werden und auf dem Weg den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern als Qualitätsprodukt nach vorne bringen.

Die Förderung eines nachhaltig wirkenden Strukturwandels in der Tourismusbranche stellt in Aussicht, dass in Mecklenburg-Vorpommern eine marktgerechte und damit flexible Infrastruktur entwickelt werden muss. Wir sind noch nicht fertig damit. In einer Zusammenarbeit mit den Gewerbetreibenden, den Gemeinden und den Trägergesellschaften des Tourismus wird uns das immer besser gelingen. Mit dem gestellten Antrag, meine Damen und Herren, bitten wir die Landesregierung, einmal zu prüfen, welche Infrastrukturvorhaben in unserem Land noch benötigt werden, um dahin gehend für die Tourismusbranche bessere Ausgangsbedingungen für alle Kernzielgruppen – und ich denke da an die Familien mit Kindern, Paare ohne Kinder, Jugendliche, Senioren, Bildungsreisende, Geschäftsreisende und auch an die Politikreisenden – zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nachdem ich auf die Notwendigkeit der weiteren Infrastrukturentwicklung im Reise- und Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam gemacht habe, möchte ich zum Abschluss meiner Ausführungen auf ein Problem in meiner Heimatregion an der Müritz aufmerksam machen, das die breite Öffentlichkeit seit einigen Wochen in Wallung brachte und auch erhitze, das ein großes Stück bereits geschaffener touristischer Infrastruktur in der Existenz bedroht. Es handelt sich – und Sie werden es sicherlich wissen – um die deutlich erkennbaren Folgen des Vorhabens des Bundesverteidigungsministeriums, in der Kyritz-Ruppiner Heide einen militärischen Luft- und Bodenschießübungsplatz zu installieren.

Selbst wenn es eine erstrangige Angelegenheit des Bundeslandes Brandenburgs ist, so sind Regionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit der stetig steigenden Anzahl von militärischen Tiefflügen stark davon betroffen. Von der Lärmbelastigung möchte ich gar nicht reden. Selbst wenn wir wissen, dass das Raumordnungsprogramm des Landes die Region Röbel und Müritz zum touristischen Vorranggebiet gesetzlich geprägt hat, so

muss seitens der Landesregierung gehandelt werden, um das aufrechtzuerhalten, was mit großem Aufwand und Einsatz von persönlichen Mitteln geschaffen wurde.

Selbst wenn uns allen bekannt ist, dass das Bundesverwaltungsgericht dem Bundesverteidigungsministerium vor über einem Jahr per Beschluss untersagt hat, das Gelände des ehemaligen sowjetischen Bombodroms für militärische Einsätze zu nutzen, so besteht immer noch die Möglichkeit, dass nach der Durchsetzung der gerichtlich eingeforderten Anhörung betroffener Regionen ein anderer Beschluss gefasst wird. Es besteht demzufolge kein Anlass – auch nicht im Entferntesten –, daran zu glauben, dass ohne konkretes parteiübergreifendes Handeln der Landesregierung eine Entscheidung zugunsten dieser Region ausfällt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Tatsache, dass sich im Land Brandenburg ebenfalls viele Gegner dieses Vorhabens zu Wort gemeldet und öffentlich ihren Protest zum Ausdruck gebracht haben, stimmt uns mehr als optimistisch, dass unsere Bemühungen sich lohnen. Einige Mitglieder, meine Damen und Herren, des Landtages, der Fraktionen der SPD und der CDU werden sich sicher daran erinnern, dass bereits im Jahr 1995 eine Debatte in diesem Hohen Haus das Verbot von militärischen Tief- und Nachtflügen in Mecklenburg-Vorpommern zum Gegenstand hatte. Ein damals von der Fraktion der PDS gestellter Antrag wurde von den Abgeordneten der Fraktion der CDU und der SPD abgelehnt.

(Lorenz Caffier, CDU: Damals war es auch richtig. – Barbara Borchardt, PDS: Damals war es richtig, sagt Herr Caffier. Fürs Protokoll.)

Zwischenzeitlich haben wir ausreichend negative Erfahrungen gesammelt in unserer Region über Auswirkungen militärischer Tiefflüge in kleinerem Rahmen. Dieser Zustand kann sich mit dem neuen Vorhaben dramatisch verstärken. Umso erfreulicher ist es für mich, dass der Abgeordnete Herr Caffier als Vorsitzender des Tourismusverbandes Mecklenburger Seenplatte sowie der damalige Abgeordnete des Landtages und der Wirtschaftsminister der CDU Herr Seidel, heute Landrat des Landkreises Müritz, sich gegen das Vorhaben Bombodrom

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

öffentlich zu Wort meldeten, sich für die Region einsetzen, sich diesmal auf die Seite der Vernunft gestellt haben.

Aus der Müritz-Region kommend nutze ich deshalb heute und hier die Möglichkeit, die Landesregierung und ganz besonders das Innenministerium aufzufordern, entsprechend aller verfügbaren Möglichkeiten dagegen einzuschreiten, zu handeln und so die vielen energischen Initiativen vor Ort zu unterstützen und das Vorhaben Bombodrom an sich zu verhindern. Selbst wenn der Herr Innenminister, der leider nicht mehr hier ist, die Meinung vertreten hat, dass mit dieser militärischen Maßnahme wichtige Arbeitsplätze geschaffen werden im Land Brandenburg, hat das zwar irgendwo einen Sinn, aber ganz lokalpatriotisch bitte ich darum, dass das nicht auf Kosten der vielen entstandenen, gewachsenen und notwendigen touristischen Arbeitsplätze in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern geht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dafür haben wir auch, Herr Innenminister, in erster Linie gemeinsam mit Ihnen Verantwortung zu tragen. Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht bereit, diese Opferrolle so einfach zu übernehmen, und fordern Sie auf, in ihrem Sinne zu handeln.

Gelingt es uns nicht, meine Damen und Herren, dieses Vorhaben zu verhindern, so werden Teile der Mecklenburgischen Seenplatte künftig nicht nur touristisch wertlos, sie werden für Ansiedlungen und weitere Investitionen unattraktiv, sterben praktisch aus. Alle Mühen waren umsonst. Da brauchen wir uns nicht weiter über Infrastruktur zu unterhalten. Mit diesen Aussichten ist der Tourismus in der Region zum Sterben verurteilt und das, denke ich, können wir uns überhaupt nicht leisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nicht zu verkennen und besonders zu beachten ist auch dabei, dass der Tourismus gerade in dieser Region Müritz und Mirow die Säule Nummer 1 der regionalen Wirtschaft ist und auch bleiben soll. Und das möchte ich hier ganz besonders unterstreichen. Eine andere Alternative haben wir leider nicht. Meine Damen und Herren des Landtages und der Landesregierung, ich denke, wir sind gut beraten, wenn wir diese Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit all unseren zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unterstützen und begleiten und letztlich erfolgreich werden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sicher haben wir viel erreicht auf dem Gebiet der Entwicklung der touristischen Infrastruktur. Das Erreichte ist jedoch nicht das Erreichbare. Vieles gibt es noch zu tun. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, die Landesregierung zu beauftragen, uns diesen Bericht vorzulegen. Im Interesse einer konstruktiven und erfolgsorientierten Arbeit bei der Entwicklung einer touristischen Infrastruktur im Land Mecklenburg-Vorpommern bitte ich Sie, dem gestellten Antrag der Fraktionen der SPD und PDS zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete Prehn, für Ihre erste Rede hier in diesem Hohen Hause.

(Claus Gerloff, SPD: Jetzt erst?! – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Müller von der Fraktion der SPD.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In meiner Einbringungsrede bin ich davon ausgegangen, dass wir hier ein relativ leicht verdauliches Thema behandeln. Ich bin mir im Moment nicht ganz sicher, ob es tatsächlich so leicht verdaulich ist. Immerhin hat sich ja schon der Ministerpräsident zu Wort gemeldet und auch Herr Minister Ebnet hat einiges gesagt, was durchaus nachdenkenswert ist. Und die emotionale Rede von Herrn Prachtl hat natürlich den einen oder anderen auch noch mal zum Nachdenken angeregt. Herr Prachtl, Sie wissen, wir beide streiten häufig gemeinsam im Tourismusausschuss. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, dem würde ich zustimmen, anderen Dingen, die Sie gesagt haben, kann ich nicht so zustimmen. Dazu komme ich aber noch mal in meinen Ausführungen.

Zustimmen will ich Ihnen unbestritten, Herr Prachtl – und ich glaube, da sind wir auch auf einer Wellenlänge –, dass wir versuchen müssen, die Nummer 1 in Norddeutschland zu werden. Alles andere ist, denke ich mal, illusorisch und wir würden da an den Tatsachen vorbeireden.

Wie gesagt, in meiner Einbringungsrede habe ich versucht, noch einmal die Bedeutung dieses Antrages zu erläutern. Es soll uns nicht darum gehen, dass uns die Landesregierung nur über bereits genehmigte oder sich in der Planung befindliche Vorhaben informiert, sondern es sollen bereits erschlossene Zielgruppen oder Schwerpunkte verstärkt und neu entwickelt werden. Und wenn man sich im Land umsieht, lieber Herr Prachtl, wir haben nicht nur geredet, es ist eine Menge passiert. Das haben wie gesagt Ministerpräsident Ringstorff sowie Herr Dr. Ebnet zum Ausdruck gebracht. Und da sind wir auch einer Meinung und ich glaube, den Zungenschlag, den Sie da gebracht haben, haben Sie auch nicht so gemeint. Es ist nicht nur geredet worden in den letzten zehn Jahren. Wir haben da eine Menge auf den Weg gebracht. Es gibt vielfältige touristische Angebote für unterschiedliche Zielgruppen, wie ich finde, was schon bemerkenswert ist. Es gibt Angebote für Radtouristen, für Badegäste, für Wassertouristen, für Naturfreunde, für junge Leute, für Senioren, für Familien mit Kindern und Städtereisende – also ein Rundumangebot, das sich wirklich sehen lassen kann.

Jetzt kommt es darauf an, in dieser Phase die Verknüpfung und Vervollständigung dieser Einzelangebote zu komplementieren. Unbestritten, auch das haben meine Vorredner hier schon zum Ausdruck gebracht, spielt da natürlich das Marketing eine ganz wesentliche Rolle. Aber auch da, denke ich, sind wir einer Meinung, man kann halt nur so viel ausgeben, wie man zur Verfügung hat. Auch uns wäre es lieber, wir hätten da mehr Möglichkeiten, aber ich glaube schon, dass wir versucht haben, unser Möglichstes hier auf den Weg zu bringen.

Insofern sollten wir also versuchen – darum auch dieser Antrag und darum, Herr Prachtl, werden wir Ihrem Änderungsantrag auch nicht zustimmen können –, wir wollen mit unserem Antrag einfach darauf Augenmerk legen, dass wir bestimmte Zielgruppen erschließen, noch mehr erschließen, die bisher zu kurz gekommen sind und für die bisher zu wenig attraktive Möglichkeiten in unserem Land angeboten und vorbereitet worden sind. Und da haben Sie ganz richtig angesprochen, auch das haben wir häufig besprochen, es fehlen hier einfach ausländische Touristen. Da müssen wir mehr Angebote stricken und mehr Angebote vorbereiten, genauso wie für junge Leute. Hier gibt es ein riesiges Potential. Denn die Touristen, die als junge Leute zu uns kommen, davon kann man in der Regel ausgehen, kommen auch in den späteren Jahren wieder, mit Familien und so weiter. Insofern, glaube ich, muss hier einfach mehr passieren.

Ein gutes Beispiel, wie wir uns das vorstellen, ist – auch darüber hat insbesondere Herr Dr. Ebnet schon gesprochen – der Gesundheitstourismus. Hier ist es durchaus möglich, dass verschiedene Zielgruppen angesprochen werden, dass also gute Jungverdiener zum Beispiel einen Wellnessurlaub hier bei uns im Land machen, Kurzurlaub ein entspanntes Wochenende genießen, Senioren die Natur und die gesunde Ostseeluft nutzen und vieles mehr. Ich glaube, mit der Kampagne „M-V tut gut“ sind wir auf einem guten Weg und es wird uns gelingen, hier unterschiedliche Interessengruppen zu vereinen. Das geht von

Hotels über Restaurants, Reha-Einrichtungen bis hin zu Ärzten. Hier müssen entsprechende Angebote erarbeitet werden und dort, wo noch Verknüpfungen einzelner Elemente oder die Infrastruktur fehlen, müssen diese Lücken geschlossen werden. Ziel muss es letztlich sein, ein stimmiges Angebot zu haben.

Ein weiteres gutes Beispiel, das ich noch mal nennen möchte, auch darauf haben meine Vorredner schon hingewiesen, ist der Radtourismus. Korrekt, die letzte EMNID-Umfrage für die „Schweriner Volkszeitung“ hat es an den Tag gebracht: Die meisten Gäste, die in unser Land kommen, kommen, um bei uns Fahrrad zu fahren, und die zweitmeisten, wenn man es mal so sagen darf, kommen, um bei uns zu wandern, und erst an dritter Stelle ist der Grund das Baden. Also insofern, ganz klar, Radtourismus, wahnsinnige Potentiale! Und hier muss es uns einfach gelingen, die Strukturen noch besser zusammenzuknüpfen. Hier muss es uns gelingen, dass Radwegenetz weiter auszubauen, gut beschilderte Netze anzubieten, entsprechende Rastplätze und Unterkünfte. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, was nützt es uns, Herr Ritter,

(Peter Ritter, PDS: Das war was anderes.)

was nützt es uns, wenn wir gut ausgebaute Radwegenetze haben, dem Radtouristen es aber nur schwer gelingt, auf der Strecke eine Übernachtung zu finden, beziehungsweise keine Unterstellmöglichkeiten für sein Fahrrad vorhanden sind.

(Peter Ritter, PDS: Und auch mit dem Fahrrad hierher zu kommen.)

Auch mit dem Fahrrad hierher zu kommen, mit der Eisenbahn, Herr Ritter, richtig, ist nicht ganz problemlos.

Auch der Kulturtourismus hat in den letzten Jahren einen riesigen Schritt nach vorne getan. Mit dem Schwerpunkt Backsteingotik, Schlösser und Herrenhäuser wurden attraktive kulturelle Segmente herausgearbeitet und vermarktet. Und hier zeigt es sich, dass die Förderpolitik natürlich dazu beigetragen hat, dass diese Dinge sich entwickeln konnten. Die Gäste, die in unserem Land gewesen sind und sich Schlösser und Herrenhäuser angesehen haben, konnten sich davon überzeugen, dass unser Land mehr zu bieten hat als nur Strand und Naturparks.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Das Gleiche trifft für kulturelle Großveranstaltungen zu. Auch darauf wurde bereits hingewiesen, „Aida“ und „Nabucco“ wurden genannt. Ich möchte vielleicht noch aus meinem Wahlkreis „Das kleine Fest im großen Park“ hinzufügen. Auch das ist ein Anziehungspunkt weit über die Grenzen von Mecklenburg-Vorpommern hinaus.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Danke.

(Peter Ritter, PDS: Und das internationale Trachtenfest in Dargun.)

Richtig.

Man könnte hier also noch vielfältige Dinge anführen, wobei, Herr Ritter, ich glaube, ...

(Minister Till Backhaus:
Die Hengstparade in Redefin.)

Oder die Hengstparade in Redefin.

... es ist schon wichtig, dass es so vielfältige Angebote gibt in den unterschiedlichen Ebenen, weil der Tourist auch in seinem Urlaub bestimmte Angebote einfach haben möchte. Aber wir sollten nicht aus den Augen verlieren, auch bestimmte Großveranstaltungen anzubieten, und da ist der Einwurf, der hier eben von der Regierungsbank gekommen ist, Redefin, natürlich korrekt. Auch Redefin ist für Touristen und die Pferdeinteressierten nicht nur aus unserem Land ein Highlight.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, maritimer Tourismus, das möchte ich als Letztes noch mal kurz ansprechen. Auch hier gibt es vielfältige Möglichkeiten. Das Netz der Anlegestellen und Häfen in unserem Land hat sich gut entwickelt. Nichtsdestotrotz gibt es aber auch hier noch Reserven und wer an unserer Küste entlangsegeln und entsprechende Anlaufstellen finden möchte oder muss, hat da sicherlich manchmal das eine oder andere kleine Problem zu bewältigen. Hier gibt es, wie gesagt, Nachholbedarf. Das Angebot an Kanu- und Bootsverleihen macht in bestimmten Regionen das Innenland interessant, insbesondere für jüngere Touristen. Sie haben dann die Möglichkeit, hier Kanu- und Bootsverleihe in Anspruch zu nehmen.

Und so würde es wie gesagt noch vielfältige Dinge geben, die man hier erwähnen kann. Ich glaube, dass es auch wichtig ist – und darüber würde ich also auch die Landesregierung bitten bei der Erarbeitung ihres Berichtes nachzudenken –, dass man bestimmte Visionen mit in Betracht zieht, und hier will ich einfach noch mal eine Vision nennen, die schon häufig in aller Munde gewesen ist, nämlich den so genannten Wallensteingraben von Schwerin bis zur Ostsee. Wie gesagt, eine Vorstellung, die sicherlich ziemlich visionär ist, aber mit dem Ausbau dieses Wallensteingrabens würde sich die Attraktivität auf dem Wasserweg wesentlich erhöhen können.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU)

Berliner könnten sozusagen über Schwerin bis an die Ostsee durchschippern. Ich denke, das wäre durchaus interessant.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Prachtl, Tourismusausschuss, Abnickerverein, Sie wissen, wir beide sitzen im Ausschuss meistens nebeneinander. Sicherlich nicken wir auch häufig,

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

aber ich glaube schon, dass es wichtig ist, dass wir auch Leute, die in dieser Branche tätig sind, hier zu Wort kommen lassen. Ich gebe Ihnen Recht, dass wir es manchmal ein bisschen übertreiben, aber – und da will ich den Ball einmal zurückspielen – da hat auch die Vorsitzende dieses Ausschusses manchmal ein wenig ihre Hand mit im Spiel. Auch sie bestimmt ja die Tagesordnung mit

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

und da sind wir manchmal in der Tat überrascht, wer da so alles als Berichterstatter aufläuft. Aber nichtsdestotrotz, Herr Prachtl, auch darüber haben wir ja gesprochen, sollten wir in der Zukunft versuchen, hier noch effektiver zu werden.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist klar, dass die meisten Vorhaben, die ich hier angesprochen habe und die auch viele meiner Vorredner angesprochen haben, nur in Zusammenarbeit vieler Akteure realisierbar sind. Bei der Schaffung touristischer Vorhaben braucht es Investoren, die eine Idee realisieren wollen, es braucht Kommunen, die das Vorhaben unterstützen und befördern, es braucht Banken – schwieriges Thema –, die es finanzieren wollen, und es bedarf einer Förderung, die die Realisierung attraktiv möglich macht. Es braucht aber auch und ganz besonders ein Konzept, das Kapazitäten erkennt und Richtungen und Schwerpunkte vorgibt, um touristische Einheiten zu schaffen und Profile für die Region zu entwickeln. Insofern, Herr Prachtl, ich habe schon darauf hingewiesen, können wir Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen, weil ich einfach glaube, dass wir nicht davon ausgehen sollen, schon für einen so langen Zeitraum vorauszudenken. Das ist schwer zu machen in der heutigen Zeit und insofern werden wir Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen können. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2562 abstimmen. Die Fraktion der CDU hat beantragt, eine Einzelabstimmung zu den einzelnen Punkten vorzunehmen.

Ich rufe auf den Punkt 1 des vorliegenden Änderungsantrages. Wer dem Punkt 1 des Änderungsantrages zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2562 bei Zustimmung der CDU-Fraktion und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den Punkt 2 des vorliegenden Änderungsantrages. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist mit dem gleichen Stimmverhalten der Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2562 abgelehnt.

Ich rufe auf den Punkt 3 des vorliegenden Änderungsantrages. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch der Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2562 mit demselben Stimmergebnis abgelehnt.

Ich rufe auf den Punkt 4 des vorliegenden Änderungsantrages. Wer dem Punkt 4 zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch der Punkt 4 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2562 und damit der Änderungsantrag in Gänze abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf

Drucksache 3/2462. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/2462 mit den Stimmen der Fraktionen der PDS und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Prozessverschleppung bei dem Landgericht Schwerin wegen Krawallen in Lichtenhagen, Drucksache 3/2460.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Prozessverschleppung bei dem Landgericht
Schwerin wegen Krawallen in Lichtenhagen
– Drucksache 3/2460 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Thomas von der CDU-Fraktion.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit der Prozessverschleppung beim Landgericht Schwerin kam unser Land, kam Rostock-Lichtenhagen bundesweit wieder in die Negativschlagzeilen. Die Bilder von damals von Lichtenhagen im August 1992 sind damit leider wieder aktuell geworden. Gestatten Sie mir aus diesem Grunde als Rostocker auch einen kleinen Rückblick.

Aus heutiger Sicht war es ein Fehler,

(Peter Ritter, PDS: Für Sie war es sowieso ein Fehler, Ausländer aufzunehmen.)

die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Lichtenhagen einzurichten. Damals war das aber auch für mich akzeptabel, weil in Lichtenhagen seit Jahren Ausländer und Deutsche friedlich und problemlos zusammen gelebt haben. Das muss man sehr deutlich sagen.

Niemand, weder die Stadt noch das Land, und schon gar nicht die Polizei, konnte bei der Entscheidung für die ZAST davon ausgehen, dass sich mit dem nicht vorhersehbaren Zustrom von Ausländern eine derart kritische Lage vor Ort entwickeln konnte.

(Annegrit Koburger, PDS: Aber die Verantwortlichen haben nicht entsprechend reagiert.)

Die Aufnahmequote für Mecklenburg-Vorpommern bei Asylbewerbern betrug damals 2,76 Prozent und schien von der Zahl her für alle beherrschbar. Kritisch wurde die Situation seit 1991 im Bereich der inneren Sicherheit im Stadtteil Lichtenhagen. Sie spitzte sich im Sommer 1992 zu, als von Schleppern und Schleusern bei Nacht Sinti und Roma aus Rumänien ...

(Peter Ritter, PDS: Also sind die Ausländer schuld.)

Nein, nein, das ist die nüchterne Zahl.

... direkt zur ZAST angefahren wurden.

(Peter Ritter, PDS: Ach so.)

Drehen Sie mir doch nicht immer das Wort im Mund um!

(Peter Ritter, PDS: Ich frag ja bloß, damit ich das besser verstehe, was Sie sagen.)

Mit den nachfolgenden Problemen war vor allem die Stadt überfordert. Im Kompetenzgerangel innerhalb der Stadt, aber auch mit dem Land blieb das Unterbringungs-

problem leider auf der Strecke. Die Einwohner des Stadtteils Lichtenhagen, die mit extremer Alltagskriminalität konfrontiert wurden, fühlten sich vor allem von den Verantwortlichen in Rostock im Stich gelassen. Und zur Ehrenrettung der Bürger, denen bis heute Sympathie für Rechtsradikale unterstellt wird, muss ich betonen, sie protestierten gegen die Zustände vor Ort, gegen die untätige Stadtverwaltung, nicht gegen die Ausländer und schon gar nicht gegen die Vietnamesen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Peter Ritter, PDS: Das ist nicht wahr, das ist nicht wahr! – Annegrit Koburger, PDS: Die haben nämlich Beifall geklatscht. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD – Peter Ritter, PDS: Warum haben sie denn nicht beim Rathaus protestiert? Wären sie doch mal vors Rathaus gezogen, und nicht vors Asylbewerberheim.)

Der Kompetenzkonflikt mit der Unterscheidung der Zuständigkeit für Asylbewerber und Obdachlose, die im Freien hausten, also zwischen Aufnahme und Verteilung, begünstigte die damalige Zuspitzung der Lage.

(Barbara Borchardt, PDS: Wissen Sie überhaupt noch, worüber Sie da reden? Das ist ja schlimm!)

Die Lehre von Lichtenhagen – und darüber müssen wir reden – war und ist vor allem: Wir dürfen es nicht erst so weit kommen lassen. Das heißt auch Zuwanderungspolitik ohne Tabus sowie präventive Maßnahmen vor Ort

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und darum geht es uns ja wohl hoffentlich heute gemeinsam.

(Peter Ritter, PDS: Das Boot ist voll, hieß es damals, Herr Thomas.)

Auf Druck der Öffentlichkeit wurden nach den rechtsradikalen Krawallen in Lichtenhagen politische und personelle Konsequenzen gezogen und das war gut so. Politiker mussten gehen, Polizisten wurden allerdings aus meiner Sicht zu schnell und pauschal öffentlich verurteilt.

Die Ausschreitungen in Lichtenhagen waren bis dato die längsten und schwersten Krawalle, die deutsche Polizisten zu bewältigen hatten. Die Landespolizei befand sich noch in der Aufbauphase. Der Ablauf und die Dimension der Ausschreitungen war weder vorhersehbar noch abschätzbar.

Auf eines muss man auch hinweisen: Erst die in der NNN vom 19. August 1992 durch einen anonymen Anrufer verbreiteten öffentlichen Drohungen machten Rechtsextremisten im Land auf das örtliche Problem aufmerksam.

(Peter Ritter, PDS: Das kann man ja nicht mehr hören.)

Wer anonym in der Presse drohen darf, „Wenn die Stadt nicht bis Ende der Woche in Lichtenhagen für Ordnung sorgt, machen wir das, und zwar auf unsere Weise.“, der erregt leider die Aufmerksamkeit von Rechtsextremisten. Diese überregionale Sogwirkung konnte niemand, vor allem nicht die Polizei, vorhersehen.

Führer der Rechtsradikalen aus ganz Deutschland organisierten dann die Ausschreitungen gegen Ausländer und auch gegen die Polizei in Lichtenhagen. Sie sind aus meiner Sicht für die Krawalle mit Mordversuch und Brand-

stiftung verantwortlich. Leider konnten diese führenden Köpfe der rechtsextremen Szene nicht ermittelt, angeklagt und verurteilt werden.

(Annegrit Koburger, PDS: Wenn man die Videoaufnahmen ausgewertet hätte, hätte man das tun können.)

Demgegenüber sind aber Polizisten sehr schnell und öffentlichkeitswirksam angeklagt worden. Man muss auch noch mal sagen, die Polizei war es, die durch ihr tatkräftiges und entschlossenes Eingreifen die Lage vor Ort mehrfach entspannt hat,

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

da nenne ich nur den Kriminaldirektor Kordus.

Auf eines darf ich auch aus der Sicht der Polizei hinweisen: Kordus und der Polizeioberst Deckert sind durch die öffentlichen Vorwürfe rechtlich, beruflich und gesundheitlich zerrieben worden. Das ist doch so, Ansehen und Ruf wurden in einem Maße geschädigt, wie wir es uns, glaube ich, nicht noch mal erlauben sollten,

(Annegrit Koburger, PDS: Die haben nicht gehandelt.)

vor allen Dingen vor dem Hintergrund dessen, was dann passiert ist. Nach den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen lehnte die 1. Große Strafkammer beim Landgericht Rostock schon im Juni 1996 die Eröffnung des Verfahrens gegen den Polizisten ab. Begründung: Die Vorwürfe sind substanzlos. Das wurde vom Oberlandesgericht bestätigt. Bei Kriminaldirektor Kordus endete das Verfahren bereits 1995.

Meines Erachtens gehört es auch, und vor allen Dingen jetzt, wenn wir über Sicherheit reden, zu den Schlussfolgerungen von Lichtenhagen, dass in Fällen der Anklage von Polizisten das Unschuldsprinzip nicht öffentlich unterlaufen werden darf. Beide Polizeibeamte mussten mit einem Karriereknick beziehungsweise Ausscheiden aus dem Polizeidienst sowie mit öffentlicher Diffamierung leben. Ich meine, so dürfen wir nicht mit Polizisten umgehen, die für unsere Sicherheit ihre Gesundheit riskieren, auch wenn einsatztaktische Fehler vor Ort gemacht worden sind.

(Annegrit Koburger, PDS: Die zum Teil lebensbedrohliche Auswirkungen hatten.)

Wir dürfen die Polizei nicht allein lassen und auch nicht zum Prügelknaben machen.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU)

Nach den Ausschreitungen in Lichtenhagen ermittelte die Staatsanwaltschaft Rostock insgesamt gegen 257 Personen. 160 Ermittlungsverfahren wurden mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Seit 1992 sind in Rostock relativ schnell 40 Urteile gegen rechte Randalierer gesprochen worden. Offenbar wurden in Rostock – dank des rührigen Generalstaatsanwaltes Alexander Prechtel – im Falle von Lichtenhagen die richtigen Prioritäten gesetzt.

(Torsten Koplín, PDS: Sehr rührig, sehr rührig.)

Bei den jetzt vor dem Landgericht Schwerin zu verhandelnden Fällen war die Anklage auch bereits 1995 fertig. Die Staatsanwaltschaft hat immer wieder auf einen Gerichtstermin gedrängt. Daneben gab es noch halbjährlich insgesamt zehn Sachstandsnachfragen. Alexander

Prechtl erinnerte Justizminister Eggert mehrfach daran, dass sich hier im Falle von Lichtenhagen unbedingt etwas tun muss. Damals drohte aber auch noch keine Verjährung wegen Landfriedensbruch. Das Verfahren musste jetzt wegen Verjährung leider gegen den vierten Angeklagten eingestellt werden.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Diese Prozessverschleppung ist aus unserer Sicht unerträglich

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

und letztendlich nicht hinnehmbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und in den Relationen zu anderen Verfahren, vor allem auch zu dem Verfahren gegen die genannten Polizisten, ist das aus meiner Sicht ein Justizskandal ersten Ranges.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Da reißt sich die Staatsanwaltschaft im wahrsten Sinne des Wortes den Hintern auf, um die rechtsradikalen Täter von Lichtenhagen vor Gericht zu stellen, und dort liegen die Akten, bis die Sache verjährt ist. Richterliche Unabhängigkeit – ja, aber doch nicht in so einer Zeitspanne. Ob überhaupt das Verfahren anberaumt wird und wann der Richter entscheidet, das kann beim Landgericht Schwerin nicht nur diesem einen Richter überlassen werden. Die Untätigkeit der Justiz hat in diesem Falle auch die drei Angeklagten zu weiteren Straftaten ermuntert.

Wenn Rechtsradikale offenbar hohnlachend aus den Gerichtssälen in unserem Land gehen können, dann gehört das aus unserer Sicht auf den Tisch des Justizministers.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Noch schlimmer, wenn sie nicht mal reinkommen in den Gerichtssaal.)

Von den zu erwartenden milden Urteilen nach dem Jugendstrafrecht will ich erst gar nicht reden. Die ständig wiederholte Entschuldigung des zuständigen Richters wegen Arbeitsüberlastung ist aus meiner Sicht unakzeptabel, weil es hier nicht um kleine Straftaten, sondern um versuchten Mord geht, der im Zusammenhang mit den rechtsradikalen Ausschreitungen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt hatte.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Die meiner Meinung nach rechtsstaatswidrige Verzögerung des Verfahrens ist aber nur die eine Seite der Medaille. Prozessverschleppung ist in Mecklenburg-Vorpommern leider kein Einzelfall mehr. Während im Bundesdurchschnitt 95 bis 98 Prozent der Richter am Arbeitsplatz sind, sind es in Mecklenburg-Vorpommern nur etwa 92 Prozent. Notstand herrschte nicht zeitweise mit nur 75 Prozent Anwesenheit beim Amtsgericht Schwerin, sondern offenbar auch beim Landgericht Schwerin. Es ist Sache des Justizministers, die Richter dorthin zu versetzen, wo Notstand herrscht, beziehungsweise, wenn nötig, neue Richter einzustellen. Dieser Justizskandal hätte verhindert werden können, hätte verhindert werden müssen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Herr Justizminister Selling, das ist kein „Ausreißer“, sondern das eklatante Versagen Ihrer Vorgänger Professor Eggert und Dr. Ringstorff.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU – Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Bei Herbert Helmrich war Lichtenhagen bis Ende 1994 noch Chefsache.

(Annegrit Koburger, PDS: Ach ja, da hätte das schon alles passiert sein können.)

Und wie reagiert der Ministerpräsident?

(Peter Ritter, PDS: Hat der Herr Eggert auch Vorgänger?)

Ende November wollte Exjustizminister Harald Ringstorff

(Unruhe bei Barbara Borchardt, PDS)

mit Richterschelte elegant von seiner Mitverantwortung ablenken.

(Peter Ritter, PDS: Hatten wir von '92 bis '94 keine Justizminister im Land? –

Barbara Borchardt, PDS: Wie war das mit der kollektiven Amnesie?)

Das ist, und das muss ich deutlich sagen, im Hinblick auf seinen Anteil an der Prozessverschleppung schon ein starkes Stück. Fakt ist, dass beide Exjustizminister

(Peter Ritter, PDS: Was? Die von der CDU, oder wer?)

den Justizskandal hier mit zu verantworten haben. Wer Personalprobleme an unseren Gerichten so ignoriert,

(Barbara Borchardt, PDS: Sie sind wieder mal unschuldig.)

der muss auch für die Folgen mit Verantwortung übernehmen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Herbert Helmrich, CDU)

Darum geht es hier.

Sich nachträglich mit dem Hinweis „Ausreißer“ vor seine Vorgänger zu stellen, ist in diesem Fall, Herr Selling, völlig unakzeptabel.

(Peter Ritter, PDS: Der hat ja auch die Vorgänger von Herrn Eggert noch geschützt.)

Herr Justizminister, nachdem Ihre Vorgänger versagt haben, sind Sie und das Parlament aus unserer Sicht in der Pflicht, die personelle Ausstattung der Gerichte in Mecklenburg-Vorpommern so zu verbessern, dass sich so ein Justizskandal in Mecklenburg-Vorpommern eben nicht wiederholen kann. Und da sitzen wir doch hoffentlich in einem Boot.

Dem Ansehen unseres Landes und damit dem Ansehen als Urlaubsland ist mit diesem Justizskandal völlig unnötig Schaden zugefügt worden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Mit der Prozessverschleppung beim Landgericht Schwerin wird aus meiner Sicht auch der Kampf gegen Rechtsextremismus in unserem Lande erschwert. Rechtsextremisten, die auf Verjährung und auf derartige Prozessverschleppung hoffen können, werden zu weiteren Straftaten ermuntert. Die schlechte personelle Ausstattung der Justiz leistete dieser Prozessverschleppung offenbar Vorschub.

(Peter Ritter, PDS: Skandal, Skandal!
Wird Zeit, dass wir das Problem lösen.)

Mit dieser Feststellung und unserem Antrag, 15 neue Planstellen für Richter und Staatsanwälte zu schaffen, wollen wir verhindern, dass Rechtsextremisten durch solche und ähnliche Prozessverschleppungen über Jahre hinweg ungeschoren davonkommen. Wir können es uns nicht leisten, dass die Akzeptanz der Justiz in Mecklenburg-Vorpommern noch geringer wird. Fehlende Richter müssen zur Chefsache gemacht werden, um derartige Prozessverschleppungen zukünftig auszuschließen. Und deswegen bitte ich Sie, auch Sie, verehrte Damen und Herren der Opposition, um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU –
Annegrit Koberger, PDS: Opposition. –
Barbara Borchardt, PDS: Das mit der Amnesie stimmt doch. – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Entschuldigung, das war ein Versprecher, aber das kann ja noch kommen. Ich habe schon mal vorgegriffen auf die Wahl im nächsten Jahr. Und deswegen bitte ich auch Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Zuerst hat das Wort der Justizminister Herr Sellering.

Minister Erwin Sellering: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Born! Lichtenhagen, meine Damen und Herren, ich bitte das zu beachten, ist ein schmerzliches und für das Ansehen unseres Landes wichtiges Thema. Dass ein letztes Strafverfahren erst jetzt eröffnet worden ist, macht Lichtenhagen auch zu einem sehr ernsten Thema für den Justizminister.

Ich habe mich diesem Thema in den letzten Wochen gestellt und ich werde dies heute auch hier tun, das ist ja selbstverständlich. Aber ich sage auch deutlich, ich lehne es ab, zusammen mit diesem Thema eine Stellenforderung zu diskutieren,

(Beifall Peter Ritter, PDS)

die nun wirklich nur noch als nicht ernst gemeint, als peinlich populistisch bezeichnet werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Herbert Helmrich, CDU: Unerhört!)

Denn, meine Damen und Herren, Haushalt, das war gestern. Da habe ich von Ihnen keine einzige Wortmeldung zum Thema gehört, keinen Antrag. Und sagen Sie mir jetzt bitte nicht, wir brauchen das nicht im Haushalt zu verankern, wir könnten irgendwie von anderen Häusern etwas hin und her schieben. Andere Häuser haben keine Richterstellen. Wenn Sie nicht wissen, dass das haushaltstechnisch nicht geht, reden Sie mit Herrn Riemann.

(Reinhardt Thomas, CDU: Der Antrag ist nicht neu, den haben wir schon im Ausschuss besprochen. – Herbert Helmrich, CDU: Das wurde alles im Ausschuss abgeklärt. Ich werde dazu reden.)

Im Ausschuss haben Sie dieses Thema nicht angesprochen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Herbert Helmrich, CDU: Unerhört! –
Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt nicht, das stimmt nicht! Herr Minister, Sie sagen die Unwahrheit.)

Meine Damen und Herren, ich werde also zu Satz 2 des Antrages nichts sagen. Dafür bitte ich dieses Hohe Haus um Verständnis.

(Barbara Borchardt, PDS: Durch Abwesenheit habt ihr geblüht. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und ich werde auch nicht auf Herrn Thomas eingehen, dazu ist das Thema zu ernst.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Die Äußerung zu Herrn Precht habe ich als eher peinlich empfunden. Sie wissen doch wahrscheinlich, dass dieses Verfahren aus der Berichtspflicht an das Ministerium herausgenommen worden ist unter der Leitung von Herrn Precht.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist ja ein Ding.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was diesen letzten Strafprozess zu Lichtenhagen, neun Jahre nach der Tat, angeht, da gibt es nichts zu beschwichtigen, nichts zu beschönigen. So etwas darf nicht passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ob es ein strafrechtlich vorwerfbares Verhalten einzelner Richter gibt, dazu kann und will ich nichts sagen. Diese Frage ist Gegenstand eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens. Und entnehmen Sie bitte aus diesem Umstand, dass die Justiz selbst diese Frage sehr ernst nimmt.

Als Justizminister dieses Landes sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Ich bedauere außerordentlich, dass dieses Verfahren nicht genauso zeitnah abgeschlossen worden ist wie die große Zahl der übrigen Strafverfahren zu Lichtenhagen, die alle besonders schnell und rechtskräftig abgeschlossen worden sind, das letzte Mitte 1993. Ich bedauere das vor allem, weil es beschämend und peinlich gegenüber den Opfern ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

So eine lange Zeitdauer muss wie Desinteresse gegenüber ihrem Schicksal wirken. Die Bestrafung der Täter hat auch immer zum Ziel, den Opfern Genugtuung zu gewähren. Davon kann nach neun Jahren wohl kaum die Rede sein.

Die Opfer haben damals in Lichtenhagen Schreckliches erlebt. Sie haben sich von diesem Staat im Stich gelassen gefühlt, als sie bedroht und angegriffen worden sind. Und sie haben bis heute vergeblich auf eine öffentliche Entschuldigung derjenigen gewartet, die damals politisch Verantwortung getragen haben für die Sicherheit im Land und die so kläglich versagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich bedauere diese völlig unverständliche Verzögerung aber auch deshalb, weil durch dieses Verfahren ein völlig falsches Bild von dem entsteht, was die Justiz seit Jahren in diesem Land leistet. Unsere tüchtigen und engagierten Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten seit Jahren täglich gute Arbeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Torsten Koplín, PDS –
Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Wir haben schwierige Zeiten gehabt in der Aufbauphase und auch, Frau Borhardt, in den Jahren, in denen aus den verschiedensten Gründen nicht 100 Prozent unserer Justizangehörigen an Deck waren, sondern bedingt durch die Altersstruktur, die besondere Altersstruktur unserer Richterinnen und Richter, zeitweilig nur zwischen 80 und 90 Prozent. Da ist, das muss ich deutlich sagen, von vielen über Soll gearbeitet worden. Und ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich dafür bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, das darf über so einem „Ausreißer“ wie er nie vorkommen darf, wie er aber leider in allen Lebensbereichen immer wieder vorkommt, nicht vergessen werden.

Meine Damen und Herren, ganz besonders bedauere ich auch die negative öffentliche Wirkung eines so späten Verfahrens. Mecklenburg-Vorpommern ist keine rechte Hochburg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Hier werden nicht mehr rechtsextreme Straftaten begangen als anderswo, aber seit Lichtenhagen müssen wir dagegen ankämpfen, dass wir diesen Ruf bekommen. Deshalb war für mich von Anfang an ein besonderer Schwerpunkt meiner Tätigkeit als Justizminister, alles dafür zu tun, dass in unserem Land rechtsextreme Gewalttäter konsequent und schnell bestraft werden. Und die Bilanz ist sehr gut. Wir sind sehr schnell, was die Anklage und die Verurteilung angeht. 2,3 Monate brauchen wir im Durchschnitt von der Tat bis zur Anklage. Das ist Spitze in Deutschland.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Einzig Baden-Württemberg hat jetzt gleichgezogen. Und auch die Gerichte sind bei uns besonders schnell und ganz sicher nicht zimperlich. Diese gute Arbeit kann durch ein einziges Verfahren, wie jetzt das zu Lichtenhagen, zunichte gemacht werden. Sofort ist wieder das alte Vorurteil da von der rechtsextremen Hochburg, vielleicht sogar davon, dass bei uns Nachsicht herrschen könnte gegenüber rechtsextremen Schlägern und Krakeelern. Das ist in einem Maße schädlich und gefährlich für unser Land, da können wir gar nicht genug aufpassen und gegensteuern.

Umso verheerender, hier wende ich mich an Herrn Rehberg, der dieses Thema leider nicht ernst genug nimmt, um hier zu sein,

(Peter Ritter, PDS: Na, er muss ja
wieder Schlagzeilen machen.)

finde ich deshalb den politischen Umgang des Oppositionsführers mit diesem Verfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Dann gucken Sie sich
erst mal die Ministerriege an, wie viel da sind!)

Das war nicht nur unsensibel, darüber würde sich niemand wundern, das war destruktiv zerstörerisch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Innenminister
scheint das Thema auch nicht ernst zu nehmen. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sind für den
Zustand verantwortlich, nicht Herr Rehberg.)

In seiner Presseerklärung vom 26. Oktober 2001, erlauben Sie, dass ich Ihren Oppositionsführer zitiere, behauptet Herr Rehberg, niemand nehme mehr die Aussage ernst, dass in diesem Land hart und zügig gegen rechts-extreme Gewalttäter vorgegangen werde, am wenigsten die kriminellen Jugendlichen selbst. Weiter heißt es, ich zitiere wörtlich: „Im Gegenteil, in Mecklenburg-Vorpommern können sich anscheinend Gewalttäter darauf verlassen, nicht viel befürchten zu müssen.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Sozusagen als Beleg für das Desinteresse der Landesregierung gegenüber dem Problem Rechtsextremismus hat Herr Rehberg dann am 5. November 2001 in der SVZ behauptet, ein Viertel der Richterstellen des Landes seien unbesetzt.

Meine Damen und Herren von der CDU, in Ihrer Fraktion ist doch die Personalsituation an den Gerichten bekannt. Selbstverständlich sind nicht 100 Prozent der Richterinnen und Richter an Bord, das geht gar nicht. Wir liegen jetzt bei 96 Prozent. Das entspricht in etwa dem Durchschnitt der Altbundesländer – ein ausgezeichnete Wert. Bei uns sind damit vier Prozent nicht im Einsatz, und nicht ein Viertel, das kann wohl niemand verwechseln. Das ist böswilliges Wahlkampfgetrommel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Annegrit Koburger, PDS,
und Torsten Koplín, PDS)

In Ihrer Fraktion sind doch selbstverständlich die besonderen Anstrengungen und die besonders guten Leistungen von Staatsanwaltschaften und Gerichten bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus bekannt. Wenn Sie dennoch allein aus wahltaktischen Gründen Erklärungen abgeben, die unser Land als rechtsextreme Hochburg erscheinen lassen, in der Rechtsextreme nichts befürchten müssen, dann ist das einfach unanständig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, wer so rücksichtslos Schaden für unser Land in Kauf nimmt, kommt hoffentlich nie in die Lage, offiziell für Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ritter von der Fraktion der PDS.

(Harry Glawe, CDU: Der letzte Satz war ernst gemeint, oder wie? – Dr. Ulrich Born, CDU: Na, hoffen kann er ja, hoffen kann er ja.)

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zieht man ein Fazit aus der Einbringungsrede von Herrn Thomas, müssen wir feststellen:

Erstens. Die Ausländerinnen und Ausländer, die sich 1992 in Rostock aufgehalten haben, sind schuld an der Situation, die in Rostock entstanden ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat er gar nicht gesagt. Nehmen Sie mal das Ohropax heraus!)

Zweitens. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rostock protestierten gegen das Nichtstun der Behörden. Da frage ich mich allerdings, warum die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Rostock da nicht vor dem Rathaus protestiert, sondern ein Asylheim in Brand gesteckt haben.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, wenn in Mecklenburg-Vorpommern diese Angeklagten neun Jahre auf den Prozess warten mussten, dann ist das ein Justizskandal. So liest man es in der Begründung des CDU-Antrages. Und in der Tat, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Skandal.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Ich will aber gleich sagen, Herr Born, es ist keine besonders heldenhafte Leistung Ihrer Fraktion, diesen Skandal auf die Tagesordnung der Landtagssitzung zu setzen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Angebracht wäre gewesen, Herr Born, im vorgelegten Antrag auf das eigene skandalöse Verhalten aufmerksam zu machen, denn bisher herrschte Schweigen im Walde. Kaum jemand in der Öffentlichkeit hat gewusst oder auch nur geahnt, dass bereits ermittelte und angeklagte Täter noch nicht abgeurteilt worden sind.

Herr Exgeneralstaatsanwalt Prechtel, der hier schon eine Rolle spielte beispielsweise, hat reichlich sieben Jahre lang geschwiegen oder abgewiegelt. Und auch von den zwei der CDU angehörenden Justizministern hat man nichts über dieses schwebende Verfahren gehört oder gelesen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und dieser Prozess, um den es jetzt geht, ist der vorläufige Endpunkt der, wie Sie so schön harmlos in Ihrem Antrag schreiben, Krawalle in Lichtenhagen. Die Formulierung des Antrages ist so gewählt, als ob es sich um Krawalle handelte, wie sie etwa im Fußballstadion oder auf öffentlichen Straßen und Plätzen gegenwärtig leider nur allzu oft an der Tagesordnung sind. Das Wort „Krawalle“ ist wirklich eine hübsche und verharmlosende Beschreibung dessen, was in Lichtenhagen geschehen ist,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

denn in Wahrheit hat doch wohl dort in Lichtenhagen eine extrem ausländerfeindliche, rassistisch und auch neofaschistisch inspirierte Generalprobe in einem östlichen Bundesland stattgefunden, die vielfach Fortsetzung finden sollte, nicht nur im Osten dieser Republik.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Es war, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Terroranschlag und ein Pogrom gegen Ausländerinnen und Ausländer. Und dieses Pogrom konnte auch deshalb in dieser Massivität stattfinden, weil CDU-Innenminister sträflich ihre Pflichten verletzen, und weil auch die Administration vor Ort versagte.

(Beifall Annegrit Koberger, PDS)

Dies wenigstens hat der damalige Untersuchungsausschuss festgestellt. Davon ist allerdings in Ihrem Antrag nichts zu lesen. Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ist ein Skandal!

Also ein wesentlicher Teil der Verschleppung und Vertuschung begann doch wohl bereits 1992 an Ort und Stelle. Dies haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, bisher nicht gesagt und werden es auch mit Sicherheit nicht sagen,

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

denn Sie wollen wieder einmal die populistische Trommel hier im Landtag schlagen. Zwei ganze Sätze sollen wir also dem Antrag nach absegnen, zwei Sätze, deren Schlichtheit allerdings die Schlichtheit Ihrer Gedanken widerspiegeln.

Was soll man denn beispielsweise mit der Formel im ersten Satz anfangen, der Landtag möge bedauern, dass die Justiz erst nach neun Jahren dazu komme, Verbrechern – und es handelt sich der Anklage nach um Mörder und schwere Brandstifter – den Prozess zu machen?

(Reinhardt Thomas, CDU: Das hat der Minister schon getan.)

Ja, Herr Thomas, wen sollen wir denn da bedauern? Den zuständigen Richter und die Kammer, den Staatsanwalt oder vielleicht die Angeklagten, die, wie Sie in Ihrer Begründung sagen, neun Jahre lang auf ihren Prozess warten mussten, die Ärmsten? Was wollen Sie uns denn eigentlich noch alles hier zumuten?!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Vielleicht müssen wir den Justizminister bedauern.)

Sie schreiben in der Überschrift Ihres Antrages ganz fett „Prozessverschleppung bei dem Landgericht Schwerin“. Sie unterstellen also dem Gericht bewusste Verschleppung. Prozessverschleppung ist natürlich für die Richterschaft ein ätzender Vorwurf und sie hat das in Gestalt des real existierenden Richterbundes auch zu Recht mit Empörung weit von sich gewiesen.

Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allem Unbehagen sind wir dennoch für eine sachliche Behandlung dieses Problems. Die Öffentlichkeit ist empört, und das zu Recht. Die Frage, wie es dazu kommen konnte, verdient aus unserer Sicht schön nähere Aufklärung und Begründung. In diese Wunde muss man den Finger legen. Dass in diesem Verfahren Staatsanwälte und Justizminister, ganz vorsichtig gesagt, irgendwie nicht ganz wach oder präsent waren, liegt doch wohl auf der Hand. Also muss ich allerdings nun der CDU, so Leid es mir tut, doch irgendwie zustimmen, wenn es im Begründungstext heißt: Das ist „ein Justiz-Skandal“.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und warum tut Ihnen das Leid, wenn Sie uns zustimmen müssen?)

Mörder und Brandstifter neun Jahre lang nicht zur Rechenschaft gezogen zu haben, ist ein Skandal. Was ist

da eigentlich gelaufen? Das ist auch unsere Frage. Klar ist aus unserer Sicht vor allen Dingen Folgendes: Hier ist Aufklärung nötig, denn was hier gelaufen ist, ist mit einiger Gewissheit etwas mehr, als dass irgendein Amtsgericht gegen die guten Sitten verstoßen hätte.

Und da hört man nun – und das greift wohl auch die CDU mit Ihrem Antrag auf –, dass das Gericht nicht tätig werden konnte, da man fortwährend in Untersuchungshaft Sitzende verarzten musste. Es wären demnach also widrige Zeitgründe, die diesen Prozess bisher nicht möglich machten. Ich frage da mal nur beiläufig, meine sehr verehrten Damen und Herren, was für ein Täterspektrum wir im Land haben müssen, wenn andere Prozesse Vorrang haben mussten und diese Täter – wie gesagt, der Vorwurf der Anklage lautet auf versuchten Mord und schwere Brandstiftung – nicht einmal in Untersuchungshaft gekommen sind. Da kann doch wohl das Jugendstrafrecht kaum schuld daran sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach nee?)

Und ich frage mich auch: Was hat die Staatsanwaltschaft getan? Wo sind deren Anträge? Warum hat, wenn die Kammer nicht reagierte, keiner Krach geschlagen? Oder, meine sehr verehrten Damen und Herren, hatte etwa auch sie anderweitige Arbeitsüberlastungen, um zum Beispiel Verfahren gegen Anti-Nazidemonstranten auf den Weg zu bringen?

Es ist doch mehr als lächerlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn beispielsweise zum Stichwort „Verfahrensbeschleunigung“ immer gesagt wird, man müsse möglichst jeden Hühner- und Ladendieb noch am selben Tag vor den Kadi bringen und sollte ihn, wenn es nicht anders geht, für die Prozesssicherung sogar in vorbeugende Untersuchungshaft nehmen, während man derartige Täter neun Jahre ungeschoren lässt. Das passt einfach nicht zusammen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Jugendstrafrecht.)

Also in diesem Punkt stimmt das, was Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, im Begründungstext schreiben: Es ist in der Tat ein Skandal. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, was sollen denn die 15 Stellen als Schlussfolgerung aus diesem Verfahren? Und Sie sagen in Ihrem Antrag ja auch nicht einmal, wie viele davon Richter und wie viele Staatsanwälte und an welchem Ort notwendig wären. Das ist also wieder einmal die allergrößte Präzision, wie sie eben nur ein CDU-Antrag haben kann. Hauptsächlich 15 Stellen, lautet die Botschaft. Und so wird leider wie bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, nur all zu oft zusammengeschrieben, was eben nicht zusammengehört.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach nee?!)

Neue Märchen braucht das Land.

Und dann lese ich mit Staunen in Ihrem Begründungstext, dass der Prozess gegen längst ermittelte und längst angeklagte terroristische Verbrecher – und darum handelt es sich nach der Anklage und so reflektieren Sie es auch in der Begründung Ihres Antrages – sage und schreibe neun Jahre lang nicht stattfinden konnte, weil 15 Stellen für Richter und Staatsanwälte fehlten. Schluss des Schlusses Ihres Antrages: Wo kein Ankläger, wo kein Richter, da auch kein Prozess. So ist wohl die eigentliche Logik des Antrages zu verstehen, wenn er überhaupt

einen Sinn machen soll. Diese aus unserer Sicht völlig absurde Argumentation muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Glauben Sie denn allen Ernstes, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, dass wir uns die Hosen mit der Kneifzange anziehen? Man kann es drehen und wenden wie man will,

(Harry Glawe, CDU: Ihnen fehlt nur die Kneifzange, sonst würde alles gehen.)

die Frage bleibt: Was soll denn nach neun Jahren noch ernstlich an Wahrheit über das konkrete Tatgeschehen herauskommen? Die Hintergründe, auf die es allerdings aus unserer Sicht bei diesem Verfahren auch im Interesse der Wahrheitsfindung ankäme, verblassen nach neun Jahren.

(Herbert Helmrich, CDU: So ist es.)

Deswegen hätte der Prozess schon längst stattfinden müssen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Vielleicht sogar in der Zeit von 1992 bis 1994.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Und es gäbe doch wohl auch für heute noch eine ganze Menge von bedeutsamen, aufzuschließenden Wahrnehmungen über den rechtsextremistischen Background – besser gesagt, Underground – wie eben auch über das Versagen des damaligen Innenministers, des Polizeichefs und der Rostocker Chefs, die bekanntlich einer nach dem anderen ihren Hut nehmen mussten. Denn bekanntlich förderte gerade dazu der Untersuchungsausschuss des Landtages herzlich wenig zutage, weil es nämlich bekanntermaßen mannigfaltige Interessen gab, politisch zu mauern. Wäre es nicht gerade auch deshalb richterliche Pflicht gewesen, hier längst ernsthaft nachzufassen, meine sehr verehrten Damen und Herren? Die Pleite kann allerdings andererseits – das ist unsere Überzeugung – heute nicht damit gerechtfertigt werden, es fehlten 15 Richterstellen. Das ist völlig absurd.

Der Richterbund hat sich kürzlich mit der Forderung von 10 Stellen begnügt. 10 Stellen sind gut, 15 sind besser, sagt die CDU. Warum nicht 20, warum nicht 30, warum nicht 50 Stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das wird Ihnen Herr Helmrich schon noch erläutern.)

Denn wenn ein Gericht, wie Sie bereits in der Überschrift Ihres Antrages schreiben, Prozessverschleppung betrieben hat, ist es wohl doch erst einmal logisch, zunächst bei diesem Gericht den rechtsstaatlichen Enterhaken anzusetzen, anstatt gleich auf blauen Dunst 15 – übrigens nicht ganz billige – Staatsanwaltschafts- und Richterstellen hinterherzuwerfen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richter sollen auch nicht billig sein.)

Man muss diesen Wahnsinn nicht unbedingt auf die Spitze treiben.

Und was die Finanzierung der Wunschstellen betrifft, so ist das, was im Antrag dazu gesagt wird, allerdings – gestatten Sie diese Bezeichnung, meine sehr verehrten Damen und Herren – eine reine Luftbuchung. Es sollen Stellen aus der Regierung genommen werden, sagen Sie,

die im Prinzip sowieso nicht besetzt sind, allerdings mit Ausnahme des Justizbereiches. So einfach geht das nicht, das hat der Justizminister hier deutlich gemacht. Da sollen Stellen besetzt werden, die sowieso nicht besetzt sind. Wie das alles genau funktionieren soll, sagen Sie uns nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da gibt es einen Antrag der Landesregierung an den Finanzausschuss zur Umsetzung.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU! Natürlich, Herr Riemann, nehmen wir Ihnen Ihre vorbildliche Fürsorge für die Justiz überhaupt nicht ab. Noch vor einem Vierteljahr haben Sie anlässlich der Haushaltsberatungen 10 Richterstellen verlangt, jetzt sollen es 15 sein. Gut. Aber die Crux war doch, dass Sie, jedenfalls bei den entscheidenden Haushaltsberatungen, so haben es zumindest mir die Mitglieder, die für uns im Rechtsausschuss sitzen, mitgeteilt, dass Sie bei den entscheidenden Haushaltsberatungen im Rechtsausschuss überhaupt nicht dabei waren, um für die Belange der Justiz wie die Löwen zu kämpfen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Im Finanzausschuss ist das abgelehnt worden. Fragen Sie den Finanzpolitiker!)

Ich rede hier vom Rechtsausschuss, Herr Riemann, vom Rechtsausschuss.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, wir haben den Antrag gestellt im Finanzausschuss und er ist abgelehnt worden. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Die Schaumschlägerei im Plenum ist Ihnen wieder einmal wichtiger als die Arbeit im Ausschuss, Herr Riemann.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Federführend ist der Finanzausschuss im Haushalt! Federführend, Herr Ritter, ist der Finanzausschuss!)

Dann können wir uns ja eigentlich die Fachausschüsse sparen, wenn Sie dort nicht mehr arbeiten. Dann brauchen wir bloß noch den Finanzausschuss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Nein. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Es war Ihnen doch eigentlich vier Wochen ganz piepegal,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es geht darum, dass der Antrag abgelehnt worden ist.)

was mit Ihrem Antrag auf zusätzliche Richterstellen wurde. Freilich, wie man hörte, hatten Sie flächendeckend Parteiveranstaltungen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach was! – Harry Glawe, CDU: Ach nee!)

Vielleicht waren Sie ja gerade auf Kanzlerkandidatensuche,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach!)

was natürlich wichtiger ist als Haushaltsberatungen im Fachausschuss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Beate Mahr, SPD – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und es ist nun einmal so, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU.

(Harry Glawe, CDU: Nestbeschmutzer.)

Herr Helmrich und Herr Born, beide sind ja Justizminister im Ruhestand, wissen es doch aus ihrer Amtszeit ganz genau: Mecklenburg-Vorpommern ist nun mal kein Land der unbegrenzten Möglichkeiten, was die Bereitstellung von Personal und Mitteln betrifft.

(Harry Glawe, CDU: Sie tun doch immer so, als wenn Sie alles machen würden.)

Den Antrag der CDU lehnen wir ab, schon weil er nicht weiß, was er eigentlich will, und nicht sagt, wo die Probleme sind.

Offizielle Justizschelte, wie man vielleicht dem Satz 1 entnehmen könnte, dazu sollte sich der Landtag auch in Ansehung des konkreten Verfahrens nicht verstehen. Satz 2 – die 15 Richterstellen, das wäre ein Beschluss, der haushaltsmäßig dieselbe Relevanz hätte wie die Abgabe eines Lottoscheins. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bliebe der Gewinn, das heißt der Erfolg, aus. Wir hätten wieder mal einen Papiertiger hier beschlossen. Der Rechtsstaat jedenfalls bekäme mit einem solchen Papier zur Bekämpfung und Bestrafung von rechtsterroristischen Mördern und Brandstiftern leider keine Zähne. Da muss man dann schon andere Register ziehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Welche denn? Welche denn, Herr Ritter? Machen Sie doch mal Vorschläge!)

Was also alles in allem Ihren Antrag betrifft, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie sich gesagt sein: Dünnbier bleibt Dünnbier! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Helmrich von der Fraktion der CDU.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben einen Antrag eingebracht und haben jetzt zwei Reden dazu gehört. In der letzten Rede immerhin die Frage: Wie ist es denn gekommen? Der Justizminister leider Gottes hat sich nur hingestellt und hat bedauert, hat wiederholt, dass so was nicht sein darf und dass er Lichtenhagen sehr ernst nimmt. Ein Wort zur Erklärung habe ich nicht gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau. – Dr. Ulrich Born, CDU: Da muss er ja auch seinen Vorgänger fragen.)

Ich darf noch einmal hervorheben, dass wir uns in diesem Hause, glaube ich, in der Grobbeurteilung alle völlig einig sind. Das ging auch aus den Worten von Herrn Ritter hervor.

Zunächst der Ministerpräsident wörtlich in der Pressekommunikation „Schweriner Volkszeitung“: „Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass erst jetzt Anklage erhoben wird“, kritisiert Ringstorff. Die Justiz sei zwar unabhängig, aber Richter am Landgericht Schwerin müssten sich dennoch kritische Fragen der Öffentlichkeit gefallen lassen.“ Beim Justizminister ist davon nichts zu hören!

Der Justizminister sagt selbst in der Pressedokumentation „Lübecker Nachrichten“ vom 21.11.: „Ein Ausreißer, wie er nie vorkommen darf“. Und wenn er dann hier in diesem Hohen Hause zunächst einmal sagt, so etwas überhaupt hier vorzutragen, sei eigentlich nicht nötig, aber dann auch kein Wort der Erklärung sagt, dann muss ich schon sagen, ist das für dieses Hohe Haus zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb lassen Sie mich einmal sagen, wie weit unsere Ermittlungen zum Sachverhalt gedeihen können. Und wir werden das auch noch der Presse, wenn sie jetzt weggeht und bisher nur die Entschuldigungen gehört hat, deutlicher machen.

(Siegfried Friese, SPD: Selbst die hören nicht mehr zu.)

Wir haben Anfang der Legislaturperiode eine Anfrage gestellt über die Belastung der Gerichte. Wir haben in diesem Jahr erneut Anfragen gestellt über die Belastung der Gerichte. Diese Zahlen sind nicht sehr genau. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen, aber zunächst mal, soweit wir sie daraus entnehmen können: Strafsachen erster Instanz beim Amtsgericht – länger als drei Jahre dauern dort die Verfahren – 0,5 Prozent. Das scheint nicht sehr viel zu sein. Erste Instanz Landgericht, und um solche geht es hier, das ist ein erstinstanzliches Verfahren beim Landgericht: Da sind die Rückstände, die länger als drei Jahre sind, gestiegen von 1999 1 Prozent, im Jahre 2000 3,4 Prozent

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wer war denn da Justizminister?)

und die bisherige Zahl, die wir für das Jahr 2001 haben, 4,5 Prozent länger als drei Jahre.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Nur der Justizminister, nicht wir, kann differenzieren, was kommt beim Amtsgericht und was kommt beim Landgericht an. Aber wenn man die Zahlen in etwa interpretiert, müssen das bei uns im Lande zwischen 120 bis 200 Verfahren sein, die länger da sind als drei Jahre. Dazu sind die Statistiken da, dass man so etwas daraus entnehmen kann. Und zur Verfahrensdauer die schnellsten. Baden Württemberg hat jetzt nachgezogen. Die Statistik, die das Justizministerium uns übersandt hat, besagt, dass im Jahre 1999 die erstinstanzlichen Verfahren beim Landgericht im Schnitt fünf Monate gedauert haben und jetzt im Jahre 2001 zehn Monate. Das heißt, die Verfahrensdauer bei landgerichtlichen Verfahren hat sich in den letzten Jahren verdoppelt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist schnell.)

Das ist der Grund gewesen, weshalb wir eine Stellenvermehrung beantragt haben. Und es ist völlig richtig, was vorhin gesagt worden ist, dass bei uns – der Justizminister hat darauf hingewiesen – wegen des Altersaufbaus, wegen des Aufbaus der Gerichtsbarkeit in diesem Lande nur 92 Prozent der Richter tatsächlich vor Ort arbeiten, wegen Krankheit oder anderen Gründen. Diese Gründe sind berechtigt für den einzelnen Richter, nur dieses Land reagiert auf diese schlechte Besetzung vor Ort nicht.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Wir haben das im Ausschuss erörtert, wir haben das kritisiert, wir haben dafür Stellen beantragt. Die kalte Schulter hat man uns gezeigt. Das ist die nackte Wahrheit!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

Die Anträge, die uns abgelehnt worden sind in den Ausschüssen, haben wir gestern bei den Haushaltsberatungen nicht noch einmal wiederholt, weil sie uns im Ausschuss bereits abgelehnt worden sind. Wir kommen hier wieder mit diesen Stellen wegen insgesamt langer Verfahrensdauern bei uns, nicht nur speziell auf dieses Verfahren gemünzt, nur wir haben es jetzt hier noch einmal wieder vorgetragen. Sie werden es heute nach dem, was ich gehört habe, wahrscheinlich wieder ablehnen. Wir werden uns darüber die nächsten Wochen weiter unterhalten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Wir werden weitere Anfragen dazu stellen. Wir sind der Auffassung – und das schien ja auch so ein bisschen aus den Dingen, die ich zitiert habe, und aus dem, was Herr Ritter gesagt hat –, die Öffentlichkeit hat einen Anspruch zu erfahren, warum dieses Verfahren neun Jahre gedauert hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das schließt nicht aus, dass ich auch zu meiner Zeit, als ich Justizminister gewesen bin bis 1994, Fehler gemacht habe, das weiß ich nicht, vielleicht sogar in diesem Verfahren. Dann muss ich das aushalten. Aber das müssen auch die anderen Justizminister aushalten, damit das deutlich ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Die wollen das ja gar nicht. – Wolfgang Riemann, CDU: Und nicht Vertuschen und unter den Teppich kehren.)

Und, meine Damen und Herren, was die Gerichtsbelastung anbetrifft, die Tendenz ist steigend und bei den Zivilsachen nicht anders. Eine solche Belastung muss meines Erachtens für einen Justizminister ein Alarmzeichen sein, wenn sich die Durchschnittsdauer erster Instanz bei den Landgerichten in drei Jahren verdoppelt und wenn der prozentuale Anstieg der Sachen, die länger als drei Jahre liegen, von 1 Prozent auf 4,5 Prozent wächst. Das ist ein Alarmzeichen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber nicht für diese Landesregierung. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir werden den Justizminister zu fragen haben, was er gemacht hat.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber wenn auch diese Zahlen nicht sehr genau sind, muss ich etwas zur Statistik sagen: Wir haben Mitte des Jahres eine kleine Anfrage gestellt und hofften dann für die ersten beiden Quartale, die Zahlen zu bekommen. Wir bekommen eine Antwort fürs erste Quartal, und zwar im August. Da mögen ja bitte schön wohl die Zahlen bis Ende Juni vorliegen, denn die Gerichte müssen berichten jeweils bis zum 5. eines Folgemonats. Nein, es wird uns geantwortet, die Zahlen für das zweite Quartal könnten noch nicht mitgeteilt werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, wenn da die Sachen in einem solchen Schnecken tempo gemacht werden.)

Ich habe darüber in der Öffentlichkeit, auch um der Justiz nichts anzuhängen, Herr Justizminister, nicht ein einziges Wort verloren. Nur wenn uns dann hier gesagt wird, unsere Zahlen seien alle nicht in Ordnung, dann sage ich jetzt, wie die Zahlen im Justizministerium zusammengetragen werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich zitiere Drucksache 3/2278: „Die statistische Erfassung der Daten basiert auf der bei den Gerichten angeordneten Zählkartenerhebung. ... Auf Grund von Anwen derfehlern und eines Softwarefehlers wurden rückwirkend ab Januar 2001 in einigen Amtsgerichten Korrekturen in der Zählkartenstatistik erforderlich. Das Statistische Landesamt wurde gebeten, die Weiterverarbeitung bis zur Vorlage der nachbearbeiteten Statistikdaten einstweilen zurückzustellen.“ Im Klartext: Schon die Zahlen, die wir fürs erste Quartal bekommen haben, waren nicht in Ordnung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. – Wolfgang Riemann, CDU: Jawohl!)

Die wollen sie jetzt rückwirkend bis 1. Januar korrigieren. Bis heute haben wir die Zahlen nicht!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unerhört! – Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es.)

Bis 30.08. sollten die betreffenden Gerichte die korrigierten Statistiken nachreichen und dann würden wir sie schon noch bekommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahlen, die sozusagen das Signal sein müssen, ob Gerichte überlastet sind oder nicht, diese Zahlen werden im Justizministerium schlampig erhoben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Das ist nicht meine These, sondern das teilt das Gericht selbst mit, nur das Wort „schlampig“ habe ich hinzugefügt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich habe mir sehr wohl überlegt, ob ich das sagen soll, aber ich kann es anhand der Daten beweisen.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Und nun ein Wort zur Frage: Wenn die Statistik in Ordnung ist und wenn die Statistik Alarmzeichen gibt, dass die Verfahrensdauern immer länger werden und dass die Sachen, die lange bei Gericht liegen, ständig prozentual zunehmen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann sagen die, das ist ein Softwarefehler. – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

dann müssen der Chefpräsident und das Justizministerium reagieren.

Auch ich bin der Auffassung, dass unsere Richter fleißig sind. Ich betreibe keine Richterschelte. Ich weiß bis heute nicht genau, wo der Fehler ist. Nur wer uns hier Richterschelte vorwirft und eventuell sagt, wir berücksichtigten nicht die Unabhängigkeit der Richter, der irrt.

Ich darf zitieren aus dem Urteil des Obersten Dienstgerichts vom 14.09.1990, „Deutsche Richterzeitung“, Januar 1991: „Die Unabhängigkeit des Richters wird nicht

beeinträchtigt, wenn die Dienstaufsichtsbehörde“ – Chefpräsident oder Justizminister oder beide – „von einem Richter eine Meldung der überjährigen Prozesse mit einer kurzen Angabe der Nichterledigungsgründe verlangt.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Ich räume ein, dass zu meiner Zeit, als wir beim Aufbau der Gerichte waren, als wir die Gerichte neu organisierten, als wir noch keinen genauen Gerichtsablauf hatten, diese Dinge noch nicht funktionierten. Aber ich bin seit 1994 nicht mehr Justizminister. Seit 1995 waren es Herr Eggert, der Ministerpräsident und jetzt Herr Sellering. Und nun möchte ich wissen, wie oft in dieser Zeit die Statistik Anlass gegeben hat, eine solche Nachschau – so nennt man das im Juristenjargon – anzuordnen, auch was den Chefpräsidenten anbetrifft.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur, dass die Dienstaufsicht – mit aller Vorsicht sei das hier gesagt – nicht etwas Unübliches ist. Der Dienstgerichtshof hat weiter gesagt: „Die dienstaufsichtsführenden Stellen“ – und ich zitiere wieder – „sind im Rahmen der ihnen auch gegenüber Richtern zustehenden Beobachtungsfunktionen“ – dass das Richter nicht gerne hören, räume ich ein – „befugt, sich durch turnusmäßige oder aus besonderem Anlass erfolgende Geschäftsprüfungen Klarheit darüber zu verschaffen, ob organisatorische Entlastungsmaßnahmen“, zum Beispiel Einstellung von mehr Richtern, was wir fordern, „oder gezieltere dienstaufsichtsrechtliche Maßnahmen angezeigt sind.“

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist der Punkt.)

Ein Verfahren, das mit der Anklage 1995, soweit wir aus der Presse wissen, bei Gericht anhängig wurde, und das dann erst eröffnet wird im Jahre 2001, wäre wohl ein Anlass gewesen. Und wenn dann der Justizminister sagt, der frühere Generalstaatsanwalt Prechtel hätte es aus der Berichtspflicht herausgenommen, ja doch bitte schön nur bei der Staatsanwaltschaft. Machen Sie doch den Leuten hier nicht vor, dass da der Generalstaatsanwalt sozusagen noch das Anweisungsrecht hätte, etwas herauszunehmen. Der Generalstaatsanwalt könnte die Frage zwischen Anklageerhebung und der Eröffnung des Verfahrens bei Gericht nicht überprüfen. Das ist wohl nicht so ganz deutlich.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Man kann es ja mal versuchen. Man kann es ja mal versuchen. – Zurufe von Georg Nolte, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Aber wir werden Listen bekommen Jahr für Jahr, was mit diesem Verfahren passiert ist. Und dieser Justizminister steht in der Pflicht. „Die richterliche Unabhängigkeit“, heißt es in dem Urteil weiter, „ist kein Grundrecht im Sinne des Paragraphen 90 Bundesverfassungsgerichtsgesetz. Die richterliche Unabhängigkeit ist kein Standesprivileg der Richter, sondern sie dient der Erfüllung der Justizgewährungspflicht durch den gewaltenteilenden Rechtsstaat.“ Und hier allerdings, wenn Sie alle harten Worte wegnehmen wollen, sind wir wahrscheinlich nach den Zitaten, die ich zu Anfang gesagt habe, einer Meinung, dass hier der gewaltenteilende Rechtsstaat seiner Justizgewährungspflicht nicht nachgekommen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. – Annegrit Koburger, PDS: War das jetzt selbstkritisch gemeint?)

Und die Öffentlichkeit hat Anspruch darauf zu erfahren, warum ein solches Verfahren neun Jahre dauert. Wir sprechen alle vom Skandal. Der Justizminister bedauert. Er nimmt das alles sehr ernst. Aber dann bitte wollen wir wissen, warum, so, wie es auch Herr Ritter hier erfragt hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir wollen wissen, ob Herr Ringstorff sich hat berichten lassen. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Nur dann, wenn solche Nachfragen, wie es im Juristenjargon heißt, warum überjährige Verfahren noch nicht erledigt sind, gestellt werden, nur dann werden wir hier auch die Antwort auf diese Frage erhalten. Dass es ein überjähriges Verfahren ist, darüber besteht Einigkeit, und nun wollen wir wissen, warum. Und wie das Urteil zeigt, aus besonderem Anlass oder turnusgemäß kann die aufsichtsführende Behörde, Chefpräsident oder Justizminister und/oder beide zusammen diese Anfragen richten, vielleicht nicht gerade jetzt während des laufenden Verfahrens, aber das soll ja noch vor Weihnachten zu Ende sein. Und dann wollen wir wissen, warum es neun Jahre gedauert hat. Nur so, sagt das Urteil des Bundesgerichtshofes des Obersten Dienstgerichtes weiter, ist eine „im Interesse aller Bürger geordnete Rechtspflege aufrechtzuerhalten“. Und wir werden weiter nachfragen, wie das mit der Statistik aussieht, die wir noch nicht haben. In der Statistik werden wir wiederum sehen, welche Verfahren länger als drei Jahre dauern. Vielleicht muss man die Statistik verbessern und jetzt nach diesem Erlebnis auch noch abfragen, welche Verfahren länger als fünf Jahre dauern in Mecklenburg-Vorpommern. Und zumindest bei denen werden solche Nachschauen, so sagt das Urteil, wohl erforderlich sein. Mehr verlangen wir nicht. Und das werden wir in weiteren Kleinen und Großen Anfragen hier in diesem Hause weiter erörtern, bis wir es wissen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben es ja neulich schon versucht, die gestellten Anfragen nicht zu beantworten.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ärgerlich, dass dieses Verfahren dazu nun den Anlass geben musste, aber unsere Anfragen nach den statistischen Zahlen selbst sind miserabel beantwortet worden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So, wie das üblich ist bei dieser Regierung.)

Ich habe das dem Justizminister und dem Herrn Staatssekretär im Ausschuss gesagt. Das ist nichts Neues. Nur wenn wir im Ausschuss damit nicht gehört werden, bleibt uns nichts anderes übrig, als diese Dinge in der Öffentlichkeit zu verhandeln. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ums Wort hat noch einmal gebeten der Justizminister.

Herbert Helmrich, CDU: Meine Zeit ist noch nicht abgelaufen. Ich habe gesagt: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Ich füge hinzu:

(Minister Till Backhaus: Wer erteilt denn hier das Wort?)

Wir bitten, unserem Antrag auf Aufstockung von Richterstellen zuzustimmen. Wir haben auch nach einem be-

schlossenen Haushalt früher schon zusätzliche Stellen eingerichtet, als es dringend war.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Der Herr Landwirtschaftsminister wird sich erinnern, dass wir im laufenden Haushalt, der schon verabschiedet war, Stellen für ihn eingerichtet haben, als er dringend BSE-Stellen brauchte. Im Ausschuss läuft alles geheim, das kriegt niemand mit. Und Sie haben uns im Ausschuss die Stellen abgelehnt. Wir fordern sie nun in öffentlicher Verhandlung erneut.

Wir wären dankbar, wenn die Zahlen, die ich vom Justizministerium bekommen habe, richtig sind. Wenn das, die schlechte Vor-Ort-Besetzung und die Überlastung der befassten Richter, richtig ist – und das ist das, was wir vom Gericht ja immer zu hören bekommen, und die paar Zahlen, die wir haben, sprechen dafür –, dann wären Sie gut beraten, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Helmrich. Ich wollte Ihnen das Wort nicht abwürgen.

So, jetzt hat noch einmal der Justizminister Herr Seling um das Wort gebeten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt wird er uns erklären, ob Herr Dr. Ringstorff nachgeschaut hat.)

Minister Erwin Seling: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Helmrich, Sie haben ja gerade sehr beredt hier Ihre persönlichen Versäumnisse vorgetragen.

(Beifall Angelika Peters, SPD)

Kannten Sie das Urteil damals noch nicht? Es ist doch selbstverständlich, dass jeder Justizminister dafür sorgt,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

dass es eine Berichtspflicht über überjährige Verfahren gibt. Es ist doch selbstverständlich, dass jeder Justizminister Geschäftsprüfungen veranlasst, so, wie Sie das hier vorgetragen haben. Das ist doch das Einmaleins.

(Herbert Helmrich, CDU: Warum sind Sie denn dauernd erstaunt, wenn Sie das alles schon wussten?)

Es ist nur so, nach 1994 hat man in diesem Hause ja offensichtlich nichts dergleichen von Ihnen vorgefunden.

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD, und Annegrit Koburger, PDS)

Da muss dann auch die zusätzliche Frage erlaubt sein speziell zu diesem Verfahren, an das Sie das jetzt alles anhängen: Haben Sie denn im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit Ihrem Nachfolger gesagt, ich habe da noch ein ganz besonders schwieriges, ein ganz besonders wichtiges und für dieses Land eminent politisch wichtiges Verfahren, bitte kümmern Sie sich darum?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Minister Till Backhaus: Das stimmt nicht. Das stimmt nicht. – Annegrit Koburger, PDS: Wir stellen das nur wieder vom Kopf auf die Füße.)

Kein Wort davon.

Herr Helmrich, diese besonderen Versäumnisse, die Sie da, was die Berichtspflicht angeht, offenbar im Hause hinterlassen haben, sind möglicherweise doch auch darauf zurückzuführen, dass Sie vielleicht die Rechtslage nicht so sehr gut kennen.

(Georg Nolte, CDU: Da war die Staatsanwaltschaft noch gar nicht so weit.)

Natürlich hält der Generalstaatsanwalt weiter an seiner Berichtspflicht fest, wenn die Dinge zum Gericht gegangen sind. Das ist doch einer der Gründe, weshalb die Staatsanwaltschaft immer wieder nachfragt, warum ist das Verfahren, das ich als Staatsanwaltschaft für besonders wichtig halte, noch nicht eröffnet. Und bei wichtigen Verfahren wird mir als Justizminister natürlich selbstverständlich darüber berichtet, was auf diese Anfragen an Antworten gekommen ist. Deshalb ist es wichtig und deshalb lässt es sich auch nicht einfach vom Tisch wischen, dass der Generalstaatsanwalt, der frühere, der hier in höchsten Tönen gelobt worden ist

(Siegfried Friese, SPD: Wer war denn das eigentlich?)

und der sich leider auch in der Presse öffentlich zu diesem Verfahren geäußert hat, dass der dieses Verfahren aus der Berichtspflicht herausgenommen hat. Meine Damen und Herren, wir müssen uns, wenn wir über dieses Verfahren reden, dann doch auch an die Tatsachen halten.

Was ich sonst noch sagen möchte, Herr Helmrich,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das werden wir überprüfen, was Sie eben gesagt haben. Da werden Sie die Hosen noch runterlassen müssen. – Siegfried Friese, SPD: Das ist ein Niveau! Das ist ein Niveau! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

ist die Frage, was ist in diesem Verfahren tatsächlich gelaufen. Was ist tatsächlich gelaufen? Wem ist ein Vorwurf zu machen? Diese Frage wird im Moment von dem stärksten Untersuchungsgremium, das wir haben, von dem schärfsten, geprüft, nämlich von der Staatsanwaltschaft. Und, Herr Helmrich, ich möchte nicht, dass Sie hier im Hohen Hause eine Legende aufbauen, dass Sie so tun, als ob ich als Minister nicht bereit wäre, Ihnen im Ausschuss zu allen wichtigen Fragen Rede und Antwort zu stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Wahrheit ist, dass Sie zu diesem Verfahren keine Fragen gestellt haben. Die Wahrheit ist weiter, dass das, was Sie jetzt als wichtig hier vortragen, nämlich die 15 Stellen, dass Sie dies nicht zum Anlass genommen haben, mit dem Minister im Ausschuss die Personalsituation zu erörtern. Und ich wiederhole noch einmal: Ich halte das, was Sie hier tun, was die 15 Stellen angeht, nicht für seriös und nicht für ernst.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Es mag sein, dass wir in früheren Zeiten auch schon einmal in einem Nachtragshaushalt mehrere Stellen bewilligt haben als Haus hier,

(Herbert Helmrich, CDU: Aber?)

aber nicht einen Tag nach Beschluss des Haushaltes und immer nur, wenn inzwischen besondere Gründe eingetreten waren. Das ist doch selbstverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Sie haben eben davon gesprochen, wir müssten hier die Justizgewährleistungspflicht überprüfen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Helmrich?

Minister Erwin Sellering: Nein. Der Herr Helmrich hatte im Ausschuss jede Gelegenheit, mich ganz viel zu befragen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist unerhört! – Dr. Ulrich Born, CDU: Das will die Öffentlichkeit wissen, was hier los ist.)

Vielleicht muss ich auch Herrn Born noch einmal aufklären. Wenn es Vorwürfe gibt – und die schwersten Vorwürfe, die man einem Richter machen kann, ist Strafvereitelung –,

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

wenn es solche Vorwürfe gibt, dann werden die selbstverständlich ...

(Herbert Helmrich, CDU: Die kommen von uns nicht. Das ist ausgeschlossen. Die kommen von uns nicht.)

Prozessverschleppung, was soll das denn heißen? Was meinen Sie denn damit? Es hat doch selbstverständlich eine subjektive Komponente, dass Sie sagen, hier ist mit Absicht ein Prozess verschleppt worden.

(Herbert Helmrich, CDU: Es können ja andere daran beteiligt sein.)

Dieser Vorwurf wird selbstverständlich geprüft. Und unsere Staatsanwälte und unsere Gerichte, Herr Born, das wird Ihnen ja bekannt sein, arbeiten nur selten hinter verschlossenen Türen.

(Herbert Helmrich, CDU: Weil eine Anzeige von außen gekommen ist, nicht weil Sie selbst überprüfen.)

Das, was da ermittelt wird, wird selbstverständlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

(Herbert Helmrich, CDU: Weil eine Anzeige von außen gekommen ist, nicht weil Sie selbst überprüfen.)

Und ich hoffe, Sie erwarten nicht ernsthaft, dass sich der Justizminister dieses Landes in öffentlicher Verhandlung dazu äußert, wie wohl ein bestimmtes Ermittlungsverfahren ausgehen wird. Das können Sie nicht ernsthaft von mir erwarten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Herbert Helmrich, CDU: Habe ich auch nicht. – Dr. Ulrich Born, CDU: Wir verlangen von Ihnen eine Erklärung, warum das so lange verschleppt worden ist. Sie haben hier Rede und Antwort zu stehen!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Riemann?

Minister Erwin Sellering: Ich würde sehr gern das zu Ende bringen, was ich sagen möchte. Schauen wir mal, wie es danach aussieht.

Ich habe eben gesagt, dass ich es ablehne, bei der Frage, wie wir mit Lichtenhagen umgehen,

(Minister Till Backhaus: Herr Born geht einfach. Er war doch auch beteiligt.)

was Lichtenhagen für dieses Land bedeutet, Herr Born,

(Siegfried Friese, SPD:

Herr Born hat keine Zeit mehr.)

dies mit einer Haushaltsdebatte zu verbinden, die ganz offenkundig nicht ernst gemeint ist. Aber nachdem Herr Helmrich hier das eine oder andere aus meiner Sicht Abenteuerliche gesagt hat, denke ich, dass es angezeigt ist, dass ich auch der Öffentlichkeit, die hier ist, und diesem Hohen Hause einige Worte zur Personalsituation der Richterschaft in diesem Lande sage.

Meine Damen und Herren! Der Ausgangspunkt der Regierung und, ich denke, auch der Regierungsfractionen ist völlig klar: Dieses Land kann sich an den Gerichten und Staatsanwaltschaften nicht mehr an Personal leisten als das, was knapp, aber ausreichend ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Dass unsere Stellenausstattung ausreichend ist, müsste der Vorsitzende des Finanzausschusses wissen. Er müsste auch wissen, dass diese Stellenausstattung im Ländervergleich sogar einen guten Mittelplatz einnimmt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das wird in diesem Lande von niemandem bezweifelt, der sich mit der Materie auskennt. Problematisch ist allein, und das ist bei Ihnen in dürren Worten angeklungen, dass in den letzten Jahren aufgrund der unterschiedlichsten Umstände nicht immer 100 Prozent an Deck waren, sondern in manchen Zeiten im Durchschnitt nur zwischen 80 und 90 Prozent.

(Herbert Helmrich, CDU:

Im Schnitt 92, habe ich gesagt.)

Diese Quote – ich habe 96 gesagt – ergibt sich daraus, dass die Stellen zwar zu 100 Prozent besetzt sind, aber nicht jeder, der eine Stelle inne hat, auch im Gericht Dienst tut,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben zwischen 80 und 90 gesagt.)

sondern dass manche Richterin oder zunehmend zum Glück auch mancher Richter sich im Erziehungsurlaub befindet.

(Herbert Helmrich, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Oder abgeordnet ins Justizministerium.)

Diese fehlenden Richterinnen und Richter ...

Das ist alles in die Quote einberechnet.

... können auch nicht durch befristet eingestellte Aushilfskräfte zeitweilig ersetzt werden, wie dies in anderen Bereichen der Verwaltung möglich ist, sondern, dass wissen Sie, Richter müssen immer auf Lebenszeit eingestellt werden.

(Herbert Helmrich, CDU: Auch das ist falsch.)

Andere Bundesländer haben dieses Problem selbstverständlich auch. Allerdings sind aufgrund der Altersstruktur an den Gerichten der neuen Bundesländer die Probleme ganz erheblich größer als in den Altbundesländern,

(Herbert Helmrich, CDU:

Und darauf muss man reagieren!)

wo im Durchschnitt, ...

Hören Sie doch mal zu! Krähen Sie doch nicht immer dazwischen!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

... wo im Durchschnitt ein Präsenzgrad zwischen 96 und 97 Prozent erreicht wird.

Manche unserer Gerichte haben den niedrigen Präsenzgrad von 80 bis 90 Prozent über Jahre gut verkraftet. Das muss hier auch einmal ganz deutlich gesagt werden und dafür muss diesen Kolleginnen und Kollegen große Anerkennung ausgesprochen werden. Denn es ist doch klar, um mit nur 80 bis 90 Prozent das Soll zu schaffen, müssen besonders engagierte Leistungen erbracht werden. Ich habe mich eben schon bedankt bei den Richtern, das tue ich noch einmal ausdrücklich.

Selbstverständlich ist auch, dass es nicht in allen Bereichen und an jedem Gericht gelingen kann, in Unterzahl alle eingehenden Fälle zeitgerecht zu erledigen. Wir haben an manchen Gerichten auch Rückstandssituationen, zum Teil sogar ernste Rückstandssituationen. Meine Damen und Herren, weil das so ist, weil wir in manchen Gerichten eine Rückstandssituation haben, bin ich sehr froh, dass ich sagen kann, diese Personalsituation, die zu diesen Rückstandsbelastungen geführt hat, hat sich inzwischen ganz enorm verbessert. Wir haben den Präsenzgrad von 86 Prozent im Jahr 1998 kontinuierlich gesteigert. In den letzten Monaten habe ich 14 Richterinnen und Richter zusätzlich einstellen können. Ganz genau gesagt – Herr Riemann, hören Sie ruhig zu! –, wir haben durch Neueinstellungen eine Zahl erreicht, die um 14 höher ist als die fluktuationsbedingten Abgänge in diesem Zeitraum. Dadurch haben wir jetzt einen Präsenzgrad erreicht von fast 96 Prozent. Also, von 86 Prozent auf 96. Meine Damen und Herren, das ist eine ganz enorme Steigerung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und dadurch haben wir, und das ist der wichtigste Punkt, eine zukunftsfähige Personalbesetzung. Damit wird es gelingen, auch die Rückstände in einem absehbaren Zeitraum auf ein normales Maß zu verringern. Allerdings ist die Besetzung nicht so, dass das leicht fallen wird, denn die errechneten Personalbedarfe beziehen sich immer auf die laufenden Eingänge, nicht auf das, was liegen geblieben ist. Und deshalb muss ich meinen Richterinnen und Richtern ganz deutlich sagen, ich muss euch zur Abarbeitung der Rückstände für eine absehbare Zeit weiter einen besonderen Einsatz zumuten, diesen besonderen Einsatz, den ihr bisher gezeigt habt. Und ich kann diesen Appell natürlich umso leichter aussprechen, weil ich eben darauf hinweisen kann, dass die Besetzung inzwischen zukunftsfähig ist, dass also nach dem etwas höheren Berg die normale Strecke kommt.

Ich kann Ihnen sagen, dass die Richterinnen und Richter davon nicht begeistert sind. Sie sind aber für diesen begrenzten Zeitraum zu diesen Anstrengungen bereit. Diesen Eindruck vermitteln mir unsere tüchtigen, engagierten Richterinnen und Richter in den Gesprächen, die ich einzeln mit ihnen führe, wenn ich die Gerichte besuche, Gespräche, wie ich sie selbstverständlich auch mit jedem anderen Gerichtsangehörigen einzeln führe. Ich führe diese Gespräche übrigens tatsächlich, Herr Helmrich. Und ich habe auf diese Weise etwa zwei Drittel der Gerichte besucht.

Ihre Kleine Anfrage hatte da so einen ungläubigen Unterton,

(Herbert Helmrich, CDU: Ja.)

der mir leider zu Ihrem neuen Stil im Rechtsausschuss zu passen scheint. Ich würde sehr bedauern, Herr Helmrich, wenn Sie sich jetzt schon von der kollegialen, sachlichen Ebene in den Wahlkampf verabschiedet hätten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht nur 14 Richterinnen und Richter zusätzlich mehr bei der Arbeit, wir haben auch vier zusätzliche Staatsanwälte. Außerdem habe ich die Zahl der tatsächlich eingesetzten Gerichtsvollzieher von 83 im Frühjahr diesen Jahres auf die Zahl 96 steigern können und zum 1. Oktober haben wir 12 neue Rechtspfleger eingestellt. Diese Anstrengungen werden von denen, die mit unserer Justiz zu tun haben und auf ihr Funktionieren angewiesen sind, sehr positiv gewürdigt. Das gilt für die Verbände und Kammern der Unternehmen – ich sage nur das Stichwort „Zahlungsmoral“ – wie für die Rechtsanwälte und Notare. Herr Helmrich, vielleicht müssten Sie einfach mit denen reden.

Mit dem, was ich hier vorweisen kann an Bilanz der tatsächlichen Verstärkung, erledigen sich auch die Anfang des Jahres vom Richterbund erhobenen Forderungen, durch kw-Stellen die zusätzliche Einstellung von zehn Richtern zu ermöglichen, also zusätzliche Stellen, die dann wegfallen sollen. Denn das ist, wie ich gezeigt habe, inzwischen geschehen, und zwar sogar ohne die rechtliche Konstruktion über kw-Stellen, also nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft als – ich betone es noch mal, das ist das Wichtigste, wenn wir über die Justiz des Landes reden – zukunftsfähige Lösung.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie bei einem Ozeanriesen von 86 Prozent voraus hochschalten auf 96 Prozent voraus, dann werden Sie natürlich nicht in den Sitz gepresst, das ist selbstverständlich.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Wahrscheinlich ist die Steigerung der Geschwindigkeit kaum wahrnehmbar, aber das Schiff kommt kontinuierlich mehr in Fahrt und Sie werden mit Sicherheit das Ziel schneller erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Dann wird alles gut.)

Auch in der Justiz sind Maßnahmen natürlich nicht sofort wahrnehmbar. Deshalb muss ich noch um etwas Geduld bitten. Aber, meine Damen und Herren, die Justiz des Landes gewinnt zunehmend weiter an Fahrt und, Herr Helmrich, da können Sie erzählen, was Sie wollen, sie ist auf einem guten Kurs.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie die Anfrage des Abgeordneten Riemann?

Minister Erwin Sellering: Von Herrn Riemann immer.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister, würden Sie zugeben, dass im Rechtsausschuss, zugegeben bei

dienstlich begründeter Nichtanwesenheit der CDU, der CDU-Antrag auf zusätzliche Richterstellen abgelehnt wurde und das Gleiche im Finanzausschuss passiert ist? Ich habe mich eben noch mal mit der Kollegin Polzin unterhalten. Sie hatten suggeriert, es ist gar kein Antrag gestellt worden. Es ist ein Antrag gestellt worden. Würden Sie das zugeben?

Minister Erwin Sellering: Ich habe nicht suggeriert, dass kein Antrag gestellt worden ist, sondern ich habe ganz klar gesagt, dass die Fragen, um die es hier geht, im Rechtsausschuss nicht angesprochen und nicht erörtert worden sind und dass ich das bedauere.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wolfgang Riemann, CDU: Der Antrag lag aber vor, ja?

Minister Erwin Sellering: Selbstverständlich ist dieser Antrag, der so wunderbar begründet worden ist, weil niemand da war, abgelehnt worden.

Wolfgang Riemann, CDU: Gut.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Krumbholz von der SPD-Fraktion.

Bodo Krumbholz, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mir und Ihnen hier ein parteipolitisches Gezänk ersparen, weil das Thema Lichtenhagen, glaube ich, viel zu wichtig und viel zu ernst ist dafür.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

In dem ersten Satz des Antrages, über den wir jetzt zu befinden haben, heißt es wörtlich: „Der Landtag bedauert außerordentlich, dass der Prozess nach den schweren Krawallen im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen vor dem Landgericht Schwerin erst nach neun Jahren begonnen hat“. Herr Ritter, ich weiß nicht, was Sie an diesem Satz stört.

(Peter Ritter, PDS: Weil ich nicht weiß, was ich da bedauern soll. Die Tat ist zu bedauern.)

Die Tatsache ist doch wirklich mehr als bedauernswert. Also ich kann mich diesem Satz wirklich voll anschließen.

(Peter Ritter, PDS: Ich nicht.)

Gut.

Die damaligen rechtsextremistischen Krawalle haben dem Land Mecklenburg-Vorpommern und auch der Hansestadt Rostock einen unbeschreiblichen Schaden zugefügt. Es war ein Schaden für unser Land, für sein Renommee als Urlaubsland und auch ein materieller Schaden durch ausbleibende, weil verunsicherte, nicht nur ausländische Gäste. Vor allem aber stellten diese Vorfälle einen Schaden für die betroffenen Menschen dar und haben bei diesen zu einer nicht zu unterschätzenden Verunsicherung geführt.

Die Justiz war sich der Schwere und Tragweite des Vorfalls sehr wohl bewusst. Es gab damals 300 Ermittlungsverfahren und 40 daraus resultierende Strafverfahren, welche bis Mitte 1993 abgearbeitet wurden. Wir reden hier heute über ein Strafverfahren, welches aufgrund strafprozessualer Regelungen beim Landgericht Schwerin anhängig wurde.

Meine Damen und Herren! Jeder Eierdieb wird binnen Jahresfrist abgeurteilt, auch hier in Schwerin, und ausge-

rechnet dieser Lichtenhagen-Prozess, auf dem ein ganz besonderes öffentliches Interesse lastet, kann erst nach neun Jahren und drei Monaten geführt werden. Die unsensible Entscheidung des Richters, den Prozesstermin erst derart spät anzusetzen, zeugt meiner Ansicht nach von Instinktlosigkeit. Was jedoch vermieden werden sollte, ist, dass dieser eine Fall pauschalisiert wird und hier zu einer allgemeinen Richterschelte missbraucht wird. Die 460 in unserem Bundesland tätigen Richterinnen und Richter leisten eine sehr gute, engagierte und motivierte Arbeit innerhalb unseres Justizwesens. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal hervorheben, auch und gerade weil es diesen skandalösen Einzelfall gab, der niemals hätte passieren dürfen.

Was zu Lichtenhagen zu sagen war, hat der Justizminister hier bereits ausgeführt. Er hat für die Justiz des Landes sein außerordentliches Bedauern darüber ausgedrückt, dass sich dieses letzte Verfahren – anders als die sehr große Zahl der übrigen Lichtenhagen-Verfahren, die alle insgesamt zügig abgeschlossen wurden – so unerträglich verzögert hat. Und er hat sich vor die Justiz des Landes gestellt, die in zahllosen Verfahren, nicht nur in Bezug auf Lichtenhagen, sondern insgesamt gute Arbeit leistet und dies auch weiterhin tun wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und, Herr Kollege Helmrich, mich interessiert natürlich auch, da muss ich Ihnen Recht geben, warum das so ist und warum das jetzt alles war. Aber es gibt dort ein laufendes Ermittlungsverfahren und ich denke mal, wenn das abgeschlossen ist, dann werden wir das im Rechtsausschuss bestimmt gerne zusammen diskutieren.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag beinhaltet jedoch noch einen zweiten Teil, nämlich die Forderung nach zusätzlichen Stellen. Dies scheint die scheinheilige Verknüpfung eines berechtigten Anliegens mit einer Forderung zu sein, welche allein einem parteitaktischen Kalkül entspringt. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie missbrauchen hier ein an sich ehrenwertes Anliegen

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

als Aufhänger für eine Ihrer pauschalen Forderungen. Diese Verknüpfung mit dem ersten, ja nun wirklich berechtigten Teil Ihres Antrages macht das Ganze damit unseriös und unwürdig. Dabei sind gerade in der Auseinandersetzung mit Lichtenhagen Klarheit und Größe gefordert. Was Sie hier dagegen machen, ist ein kleinliches Gezerre zum bereits verabschiedeten Haushalt auf dem Rücken der Opfer. Dabei wissen Sie selbst ganz genau, dass wir dieser Stellenforderung selbstverständlich nicht zustimmen können und werden. Mehr als eine Personalausstattung, die zwar knapp bemessen, aber ausreichend ist, kann sich dieses Land nicht leisten. Wenn es Ihnen wirklich um die Opfer ginge, hätte es andere Wege gegeben, diesem ernstem Anliegen den der Sache angemessenen Ausdruck zu verleihen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –

Wolfgang Riemann, CDU: Wir können auch punktweise Abstimmung verlangen, wenn es Ihnen ernst ist.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Krumbholz.

Es hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz: Ich stehe hier nicht, um Wahlkampf zu machen.

(Angelika Peters, SPD: Na, das hörte sich aber ganz anders an!)

Die Vermutung des Justizministers trifft nicht zu.

(Siegfried Friese, SPD: Dieser Eindruck konnte aber entstehen.)

Ich freue mich sehr, dass er jetzt – ich weiß nicht, ab wann und in welcher Zeit – 14 Richter eingestellt hat. Unsere Statistik besagt laut Drucksache 3/2211, mit Stand vom 31.12.2000 gab es in der ordentlichen Gerichtsbarkeit nur sechs nicht besetzte Stellen. Dass jetzt plötzlich acht Stellen frei geworden sind, mag ja sein, aber das sind neue Zahlen, die wir nicht haben. Ich bedauere natürlich zutiefst, dass Sie zu den statistischen Angaben, die ich gemacht habe, kein Wort gesagt haben. Ich gehe davon aus, das sage ich jetzt mal etwas püffig, wenn Sie so wollen, Sie hätten mir Recht geben müssen.

(Minister Erwin Sellering: Ich habe vergessen, das Wort „schlampig“ zurückzuweisen.)

Na gut. Das dürfen Sie zurückweisen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte keine Debatte hier mit der Regierungsbank.

Herbert Helmrich, CDU: Aber die Fakten waren so

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und ich könnte noch mehr hier über Softwarefehler und Anwenderfehler zitieren. Das zum einen.

Zum Zweiten: Herr Justizminister, wir greifen alle nicht in laufende Ermittlungsverfahren ein. Es gibt eine Anzeige eines oder mehrerer Betroffener, wohl von den Opfern, ich weiß nicht wer, die haben Anzeige erstattet gegen Unbekannt oder gegen einen speziellen Richter. Das weiß ich nicht. Ich habe nur davon gehört. Nur, wenn es darum geht, dass hier neun Jahre lang – und darüber unterhalten wir uns die ganze Zeit – irgendwo wahrscheinlich nicht schnell genug gearbeitet worden ist, dann hat der Justizminister einen Ermittlungsauftrag und da kann er sich nicht hinter irgendein Verfahren stellen, von dem ich gar nicht weiß, gegen wen es sich richtet, und sagen, in ein laufendes Ermittlungsverfahren greifen wir nicht ein. Das sollen Sie auch gar nicht, sondern Sie sollen als Justizminister nachgucken, wie die Akte neun Jahre lang gelaufen ist.

Ich habe gesagt, dass ich bis '94 Justizminister war. Ich will nicht ausschließen, dass in meiner Zeit etwas falsch gelaufen ist. Dann können Sie mir das sagen. Aber es gab nach mir weitere Justizminister. Und möglicherweise steigt ja die Verantwortung mit der Dauer und da können Sie mir nicht vorhalten, dass wir während des Aufbaus der Gerichtsbarkeit in den Jahren '92, '93 auch '94 noch keine glatten Abläufe hatten. Nur jetzt sind wir neun Jahre später. Darum geht es. Wir werden das halt in Anfragen dann hier versuchen, näher herauszubekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schoenenburg von der Fraktion der PDS.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich doch noch mal

zu Wort gemeldet, obwohl Herr Ritter unseren Hauptbeitrag geleistet hat, weil ich hier sagen will, Herr Helmrich, ich finde es, gelinde gesagt, nicht sehr fair, was Sie hier vertreten haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das bin ich von Ihnen überhaupt nicht gewohnt. Ich will Ihnen auch sagen, warum ich das als nicht sehr fair ansehe. Jeder hat so seine Parteilaisson, das ist ganz klar. Die habe ich auch, die haben Sie. Das gestehe ich Ihnen auch gerne zu. Aber wenn es Ihnen um diese neunjährige Verzögerung gehen würde, dann hätten Sie nicht das Plenum des Landtags gewählt, sondern dann hätten Sie, wie Sie es in der Regel machen und wie wir es auch tun, wir haben ja eine kollegiale Atmosphäre im Rechtsausschuss, die Frage im Rechtsausschuss gestellt. Sie haben sie hier gestellt, obwohl Sie wussten, dass Sie darauf keine vernünftige Antwort kriegen können,

(Siegfried Friese, SPD: Richtig. –
Herbert Helmrich, CDU: Auf die Dauer
schon. – Wolfgang Riemann, CDU:
Wir lassen nicht locker.)

dass Sie heute hier keine vernünftige Antwort kriegen können.

(Herbert Helmrich, CDU: Heute nicht.)

Sie haben, wie es so schön heißt, mit der Wurst nach der Speckseite geworfen, eigentlich wollten Sie nämlich doch nur thematisieren, dass man mehr Richterstellen brauche.

(Herbert Helmrich, CDU: Auch, auch.)

Das ist mein ganz bestimmter Eindruck, den ich von Ihrem Auftreten hier bekommen habe. Dann hätten Sie es doch so sagen sollen, dann hätten Sie doch den Antrag so machen können und dann wäre das auch ganz okay gewesen. Sie haben es aber nicht gemacht.

(Siegfried Friese, SPD:
Gestern im Haushalt noch.)

Sie wollten den Justizminister etwas beschimpfen und das ist natürlich für einen Justizminister a. D. immer außerordentlich schwierig und es ist Ihnen auch nicht so richtig gelungen. Aber ich meine, das ist kein guter Stil. Es ist einfach kein guter Stil.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt ist er auch noch
für Stilfragen zuständig, der Herr Schoenenburg. –
Birgit Schwebs, PDS: Ja, davon haben Sie ja
auch keine Ahnung. – Heiterkeit und Beifall
bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Gerade Herr
Schoenenburg ist für Stilfragen zuständig.)

Wir haben am Dienstagabend – der Zeitpunkt ist rein zufällig – mit dem Präsidium des Richterbundes zusammengesessen. Es war ein hoch interessantes Gespräch und da war für mich auch sehr aufschlussreich, dass der Richterbund sich nicht dazu verstehen konnte, eine Bewertung dazu abzugeben, warum es neun Jahre gedauert hat. Man hat nur gesagt, und zwar ziemlich dunkel war der Redesinn, dafür wird es bestimmt viele Ursachen geben. Aber auf jeden Fall, haben sie gesagt, sind es nicht die fehlenden 15 Richterstellen. Und das ist für mich

natürlich das Problem. Peinlich ist es allerdings auch für mich, dass niemand die genauen Ursachen bis heute kennt für die gewaltige Verzögerung. Und ich bin sehr daran interessiert, dass wir die beizeiten im Rechtsausschuss behandeln werden.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Schoenenburg, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Helmrich?

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber ja. Natürlich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Dr. Schoenenburg, das Einzige, was wir als Begründung hören, das habe ich auch heute gesagt, ist: Vom Gericht schallt es herüber, das hat solange gedauert wegen Überlastung.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Helmrich, das ist doch keine Frage.

Herbert Helmrich, CDU: Und wenn wir das hören, können Sie mir sagen, was eine Opposition anderes machen soll, um abzuhelfen, wenn die Gerichte sagen, wir sind überlastet, und die Zahlen, die ich vorgetragen habe, dasselbe ergeben? Können Sie sich vorstellen, dass wir dann Stellen beantragen? Ich halte das für schlüssig. Sie auch?

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich dachte schon, Sie wollten mir keine Frage stellen.

Also, Herr Helmrich, ich hätte Ihnen einen klügeren Antrag zugetraut. Das muss ich an der Stelle sagen. Der Antrag ist wirklich nicht sehr klug. Sie hätten aber wirklich schreiben können, dass Sie nachgefragt hätten und die Regierung beauftragt hätten, sozusagen und klar ihren Standpunkt zu äußern, wie sie das mit den fehlenden Richterstellen beziehungsweise mit den fehlenden Stellen für die Angestellten im Justizbereich sieht. Das haben Sie aber nicht gemacht. Sie haben etwas anderes gemacht, weil Sie polemisieren wollten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das war Ihr Ziel. Das haben wir auch genau gehört und das geht natürlich in Ihre eigenen Hosen.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD,
und Steffie Schnoor, CDU)

Ich sage mal, was wir tun sollten, ist wirklich, wenn die Ergebnisse vorliegen, diese Sache im Rechtsausschuss zu behandeln.

Ich will auch noch auf eine zweite Sache aufmerksam machen, da unterscheide ich mich ein bisschen vom Minister, das ist aber auch normal. Parlamentarier, selbst die der regierungstragenden Koalition, haben natürlich immer noch eine andere Sicht als die Minister, die das Geschäft führen, und das ist auch ganz verständlich. Der Richterbund hat uns nicht gesagt, das sage ich auch ausdrücklich, dass er der Meinung sei, dass schon Licht am Ende des Tunnels wäre in Bezug auf die personelle Ausstattung, sondern dass er hier größere Schwierigkeiten sieht, auch angesichts der grundlegenden Änderungen in der zivilen Prozessordnung. Und deswegen halte ich es eben für richtig, dass der Rechtsausschuss sich ohne großes Getöse mit der Ausstattung der Gerichte beschäftigen wird in der nächsten Zeit. Und wenn Sie es nicht beantragen, werden wir es tun. Auf jeden Fall werden wir uns mit

der Sache gründlich beschäftigen. Ich denke, wir werden zusammen mit dem Minister ein vernünftiges Gespräch führen und im Rahmen der Möglichkeiten auch vernünftige Lösungen finden.

Übrigens, Herr Krumbholz, Herr Ritter hat es nicht gedauert, dass es neun Jahre gedauert hat, sondern er hat es verurteilt. Und das ist noch ein bisschen stärker.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2460. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2460 bei Jastimmen der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Entwicklung des Kleingartenwesens in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2463.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Entwicklung des Kleingartenwesens
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2463 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Schwebs von der Fraktion der PDS.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer die Situation der Kleingärtner unseres Landes thematisch auf die parlamentarische Tagesordnung hebt, ist sich von Anfang an dessen bewusst, dass er um eine Würdigung der Leistungen der Gartenfreunde nicht umhinkommt. Zu bedeutsam und zu vielschichtig sind die Beiträge, die die Kleingärtner in sozialer, ökologischer und auch aus der Sicht der Stadtentwicklung leisten.

Keine Frage, die Funktionen, die das Kleingartenwesen in den einzelnen Phasen seiner Entwicklung erfüllte, haben sich mit der Zeit verändert. Während in den Kleingärten früher möglichst billig und mit eigener Kraft die Lebensmittel für den täglichen Bedarf produziert wurden, ist diese Funktion heute mehr und mehr in den Hintergrund getreten, wengleich auch heute noch der Kleingarten wichtiger Lieferant für frisches Obst und Gemüse ist. Nicht zuletzt findet sich dieser Nutzwert auch im Paragraphen 1 des Bundeskleingartengesetzes wieder. Dort heißt es: „Ein Kleingarten ist ein Garten, der ... dem Nutzer ...“, also dem Kleingärtner, „zur nichterwerbsmäßigen gärtnerischen Nutzung, insbesondere zur Gewinnung von Gartenbauerzeugnissen für den Eigenbedarf ... dient.“

Meines Erachtens von weit größerer Bedeutung ist heutzutage jedoch die soziale und sozialpolitische Funktion des Kleingartenwesens. Gerade in den neuen Bundesländern spielt die Kleingartenkolonie beispielsweise eine herausragende Rolle bei der Integration von Menschen, denen durch den Verlust des Arbeitsplatzes eine entscheidende Grundlage für sinnerfülltes Leben abhanden gekommen ist. Die Betätigung im Garten oder sogar im Kleingartenverein ermöglicht es den Betroffenen, ihre zu meist unfreiwillig errungene Freizeit sinnvoll zu verbringen, einer Beschäftigung nachzugehen, die auch mit ge-

sellschaftlicher Akzeptanz verbunden ist. Dabei ist Kleingarten- und/oder Vereinsarbeit sowohl Herausforderung wie Bestätigung zugleich.

Dass diese Herausforderung von vielen Hobbygärtnern mit Spaß und Freude angenommen und ehrgeizig bewältigt wird, zeigen die Ergebnisse des 6. SVZ-Erntewettstreites, die vor kurzem in Hagenow vorgestellt wurden. Über 120 Rekordhalter und Platzierte kamen auf der diesjährigen Gala zusammen und bestaunten fachmännisch die Resultate kleingärtnerischer Fleißarbeit. Zu den herausragenden Leistungen gehören wohl unbestritten ein Kürbis mit einem Eigengewicht von 51 Kilogramm, ein Apfel, der 575 Gramm auf die Waage bringt, oder eine 4,62 Meter hohe Sonnenblume. Die Ergebnisse, die zugleich von liebevoller Pflege und fundierten Kenntnissen zeugen, finden sich im so genannten „Buch der Wahrheit“ wieder, das der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Und an dieser Stelle möchte ich einmal ausdrücklich der SVZ dafür danken, dass sie diese Aktion ins Leben gerufen hat. Eine gelungene Aktion ist es, so finde ich, und das öffentliche Interesse daran beweist eindeutig, Kleingärtner sind mehr als Laubenpieper.

Meine Damen und Herren, gerade in Zeiten, da sich der Staat immer mehr aus der sozialen Verantwortung zurückzieht und die Menschen immer mehr sich selbst überlassen bleiben, spielt die Begegnung im Kleingartenverein eine wichtige Rolle bei der Integration und im gesellschaftlichen Miteinander. Das Knüpfen und die Pflege sozialer Kontakte ist für die meisten Menschen eine Grundvoraussetzung für Zufriedenheit und Wohlbefinden. Und das passiert im Kleingarten, unabhängig davon, ob jemand zur Miete in der Platte wohnt oder eine Eigentumswohnung im Stadtzentrum besitzt. Im Kleingartenverein kommen Menschen unterschiedlichster gesellschaftlicher Schichten, verschiedener Anschauungen und unterschiedlicher persönlicher Möglichkeiten zusammen. Und es sind Menschen in allen Altersgruppen, die sich dort treffen.

Die Altersstruktur der Kleingärtner ist in Mecklenburg-Vorpommern wie in den anderen Bundesländern auch von einem hohen Anteil älterer Menschen geprägt. Jüngste Schätzungen gehen für unser Land davon aus, dass das Durchschnittsalter der Kleingärtner bei 56 Jahren liegt. So gelten die Aussagen zu Möglichkeiten sinnvoller Betätigung, wie ich sie für arbeitslose Menschen getroffen habe, gleichsam für den großen Anteil der Rentner und Vorruhestandler. Durchschnittsalter 56 sagt aber auch aus, dass es eine nicht geringe Anzahl junger Leute gibt, die Gefallen an der Bewirtschaftung eines Kleingartens gefunden haben.

Aber, meine Damen und Herren, das Kleingartenwesen erfüllt auch eine weitere wichtige soziale Integrationsfunktion. Kleingärten, die von ihren Besitzern aufgegeben werden – und auch das gibt es natürlich –, werden beispielsweise in Rostock an Aussiedler aus den GUS-Staaten vergeben. Damit sind gleichzeitig zwei Integrationsaspekte bedient. Einerseits erhalten diese Menschen die Möglichkeit einer sinnvollen und selbstbestimmten Tätigkeit und andererseits werden sie genau über diese Tätigkeit in die Verbandsarbeit der Anlagen integriert, erfahren sie konkrete Hilfe und lernen so nicht nur die deutsche Sprache richtig, sondern erleben auch alltägliches Leben.

In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass der so genannte Generationswechsel, das heißt die Übergabe

von Kleingartenflächen in jüngere Hände, in Mecklenburg-Vorpommern weit weniger Sorgen machen muss, als vor einiger Zeit angenommen. Heute steigt die Nachfrage jüngerer Familien mit Kindern nach Kleingartenflächen wieder, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil der eigene Garten ihnen die Möglichkeit preiswerter und naturnaher Erholung bietet.

Naturnah ist denn auch ein Stichwort, das ich bei der Beschreibung der Leistungen des Kleingartenwesens gerne aufgreife. Gerade ich als Abgeordnete, die in unserer Fraktion den Arbeitskreis Natur und Umwelt zu vertreten habe, stelle mit Genugtuung fest, dass selbst im Bundeskleingartengesetz die naturschützerische Funktion der Kleingärtner festgeschrieben ist. Im Paragraphen 3 heißt es dazu: „Die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege sollen bei der Nutzung und Bewirtschaftung des Kleingartens berücksichtigt werden.“ Und noch eine wichtige Aufgabe erfüllen die Kleingärten in unserem Lande. Es ist für jeden augenscheinlich, dass Kleingärten einen wichtigen und wesentlichen Beitrag zur Begrünung des Wohnumfeldes vornehmlich in den Ballungsräumen in unserem Land leisten.

Die Erwähnung der bedeutenden Leistungen des Kleingartenwesens wäre aber niemals komplett, wenn sie nicht wenigstens einen kleinen Verweis auf die enormen ehrenamtlichen Leistungen enthalten würde, die in den Vereinen und Verbänden vor Ort erbracht werden. In den Kleingartenvereinen Mecklenburg-Vorpommerns arbeiten nach letzten Aussagen der Landesregierung circa 12.000 Kleingärtner ehrenamtlich in Vereinen mit. Es ist außer Zweifel, dass die Vereinsarbeit, die besonders in kleineren Gemeinden auf das gesamte Leben der Kommune ausstrahlt, ohne die fleißige ehrenamtliche Arbeit der Mitglieder niemals funktionieren könnte. An dieser Stelle möchte ich allen ehrenamtlich Tätigen des Landesverbandes der Gartenfreunde namens meiner Fraktion herzlich und ausdrücklich für ihr alltägliches Engagement danken.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, um Ihnen noch einen Eindruck davon zu vermitteln, welche Dimensionen das Kleingartenwesen des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat, will ich Ihnen noch etwas aus der Statistik erzählen. Die letzten Veröffentlichungen der Landesregierung weisen aus, dass es in unserem Land circa 85.000 Kleingärten gibt, deren Besitzer im Landesverband der Gartenfreunde organisiert sind. Darüber hinaus gibt es noch schätzungsweise 15.000 Kleingärten, deren Besitzer nicht organisiert sind.

Angesichts der nicht unerheblichen Bedeutung des Kleingartenwesens für das gesellschaftliche Leben in unserem Land liegt es auf der Hand, dass wir als politische Mandatsträger möglichst aktuell über die Entwicklung auf diesem Gebiet informiert sein sollten. Das Parlament beauftragte die Landesregierung bereits in der zweiten Legislaturperiode, einen umfassenden Bericht über die Situation des Kleingartenwesens in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Am 19.06.1996 wurde dieser Bericht auf der Drucksache 2/1905 vorgelegt. Seitdem sind wieder fünf Jahre ins Land gegangen. Deshalb halten es die Koalitionsfraktionen für erforderlich, dass dieser Bericht um die neuesten Entwicklungen fortgeschrieben wird. Auf einzelne Schwerpunkte unserer Anforderungen werde ich in der Diskussion näher eingehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat der für Kleingärten zuständige Minister Herr Backhaus das Wort. Bitte sehr, Herr Backhaus.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Der Kleingartenminister.)

Minister Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst begrüße ich als Landesregierung natürlich diesen Auftrag. Das Kleingartenwesen hat, wie das bei Frau Schwebs ja schon deutlich geworden ist, in den zurückliegenden Jahren eine insgesamt – aus meiner Überzeugung heraus – sehr erfreuliche Entwicklung genommen. In Mecklenburg-Vorpommern wird das Kleingartenwesen mittlerweile gefördert, auch durch diese Koalition angeschoben, wird die Arbeit vieler Tausender aktiver Gartenfreunde innerhalb und außerhalb des Landesverbandes ausdrücklich landespolitisch gefördert.

Mit diesen Aussagen könnte ich eigentlich meine Ausführungen beenden. Nun bin ich aber dem organisierten Kleingartenwesen innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern eng verbunden und ich meine, Sie haben auch ein Recht darauf, die Beweggründe für das Engagement zu kennen.

Kleingärten haben eben eine multifunktionale Bedeutung. Städtebaulich verbessern sie das Stadtklima und das Wohnumfeld. In den Kleingartenanlagen gibt es eine größere Artenvielfalt an Pflanzen und Kleintieren im Vergleich zu öffentlichen Parks. Sie vermitteln ein Naturerlebnis, das auch von anderen Bürgern aufgenommen und angenommen wird. Kleingärten sind Erlebnisräume und letzten Endes auch ein Kinderparadies. Kleingärtner sind aktiv für Umwelt und Natur.

Das Ehrenamt spielt im Kleingartenwesen eine ganz besondere Rolle. 84.000 exakt, 132 Kleingartenparzellen haben wir im organisierten Landesverband der Gartenfreunde und noch mal etwa 15.000 nicht organisierte, das heißt wir sind bei knapp 87.000 aktiven Kleingärtnern innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern angekommen. Innerhalb des Ehrenamtes sind über 5.000 Mitglieder des Verbandes der Gartenfreunde Mecklenburg-Vorpommern in über 1.100 Vereinen tätig.

Mit anderen Worten, Kleingärten haben einen wesentlichen Anteil an den sozialen und ökologischen Qualitäten der Stadt und der Gemeinden oder innerhalb des gesamten Landes. Insofern sind wir hier bei einem ursozialdemokratischen Grundthema.

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die seit 1999 mögliche finanzielle Förderung des Kleingartenwesens aus dem Landeshaushalt mit jährlich immerhin 200.000 DM ist deshalb auch ein Ausdruck der Glaubwürdigkeit der Landesregierung.

(Beifall Beate Mahr, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Die entsprechende Ziffer der Koalitionsvereinbarung wurde im Übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, glasklar erfüllt und umgesetzt. Auch für die Mittelfristige Finanzplanung wurde diese Summe wieder einge-

stellt. Dafür bin ich dem Landtag sehr, sehr dankbar. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass in der Zukunft das Kleingartenwesen in Mecklenburg-Vorpommern weiter finanziell unterstützt wird.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Das ist eine ganz neue Art von der CDU, dass Sie das Kleingartenwesen, wenn wir das fördern, unterstützen.

(Friedbert Grams, CDU: Oh, oh, oh! – Harry Glawe, CDU: Ja, ja.)

Das finde ich sehr gut, Herr Glawe. Das finde ich wirklich gut.

(Harry Glawe, CDU: Sie brauchen das nur mal zur Kenntnis zu nehmen.)

In den Jahren 1999 bis 2001 haben immerhin 103 Kleingartenvereine sowie der Landesverband der Gartenfreunde eine Förderung in Höhe von 567.820 DM erhalten. Ist das nichts?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Mit diesen Maßnahmen wurden insgesamt investive Maßnahmen in den Kleingartenvereinen gefördert, von der Modernisierung der Gemeinschaftshäuser bis hin zum Bau von Spielplätzen und verschiedene andere Maßnahmen, so dass insgesamt eine Investition von über 1 Million realisiert worden ist.

Mit dieser Fördermöglichkeit beginnt jedoch erst die Liste der zu unterstützenden Maßnahmen durch die Landesregierung. So wird es beispielsweise auf der Grundlage der Förderrichtlinien möglich sein, das Kleingartenwesen bei der Teilnahme – und ich werbe heute schon dafür – der bestehenden und sich entwickelnden Gartenschauen in Wismar, in Rostock und in Schwerin auch finanziell zu unterstützen, so dass das Kleingartenwesen dann auch auf diesen Gartenschauen mit aktiv sein wird.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Behörden und Einrichtungen des Landes wie das Landespflanzenamt oder die Landesforschungsanstalt werden auch weiterhin Unterstützung im Bereich der Boden- und Bestandsführung im Kleingartenwesen geben.

Der Ministerpräsident hat im letzten Jahr fünf verdienstvolle Mitglieder des Landesverbandes der Gartenfreunde für ihr Ehrenamt ausgezeichnet. Im Landeskleingartenausschuss geht es weiter voran. Die Geschäftsordnung konnte nun endlich verabschiedet werden, die Schätzungsrichtlinie ist bearbeitet worden und wurde am 19. November bestätigt.

(Harry Glawe, CDU: Oh!)

Es wurde Übereinstimmung zur Teilnahme an den Gartenschauen in Wismar, Rostock und Schwerin erzielt.

(Harry Glawe, CDU: Wer hat denn da nachgegeben?)

Weiterhin wird auch mit den zuständigen Ressorts an der Verabschiedung verschiedener Rechtssetzungsverfahren gearbeitet. In diesem Zusammenhang gehe ich fest davon aus, dass unter anderem auch in Sachen der Grundsteuerproblematik seitens der Landesregierung eine im Sinne der Kleingartenfreunde vernünftige Lösung herbeigeführt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Harry Glawe, CDU, Friedbert Grams, CDU, und Angelika Gramkow, PDS – Harry Glawe, CDU: Ganz richtig.)

Außerordentlich wichtig.

Allerdings steht auch fest, dass eine Reform des Grundsteuergesetzes in der Legislaturperiode nicht mehr durch den Bundestag

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

und den Bundesrat beraten werden wird, das heißt, wir müssen also eine Lösung unterhalb der Gesetzesnovelle innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern finden.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen fordern im vorliegenden Antrag eine Fortschreibung des Berichtes aus der zweiten Legislaturperiode zur Situation des Kleingartenwesens innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung wird dieser Aufforderung selbstverständlich nachkommen, auch wenn die Mitglieder des Landeskleingartenausschusses, die auch hier im Parlament sitzen, ihren jeweiligen Fraktionen aus eigenem Erleben und ihrer Tätigkeit hätten mitteilen können, dass das Kleingartenwesen, wie von mir aufgezeigt wird, eine insgesamt doch erfreuliche Entwicklung in den zurückliegenden Jahren genommen hat. Insofern hoffe ich, dass wir den Bericht dann auch so intensiv diskutieren werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Harry Glawe, CDU, und Birgit Schwebs, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Grams von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Grams.

Friedbert Grams, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Thema hat den Landtag in der zweiten Wahlperiode mehrfach beschäftigt. Allein die auf Drucksache 2/1905 vorgelegte Unterrichtung der Landesregierung zur Situation des Kleingartenwesens, die mit dem vorgelegten Antrag auf Drucksache 3/2463 der Koalitionsfraktionen bis zum 31. März 2002 fortgeschrieben werden soll, hatte für viel Zündstoff gesorgt – ob im Parlament, im Ausschuss, in der Anhörung oder im Landeskleingartenausschuss. In einem waren sich alle Fraktionen einig: Dass sie dem Kleingartenwesen große Bedeutung beimessen, dass das Kleingartenwesen auch in der heutigen Zeit seine städtebauliche, soziale und ökologische Funktion in keiner Weise eingebüßt hat. Vor allem aber ist die soziale Bedeutung des Kleingartenwesens ungebrochen, weil hier junge und alte Menschen, Bürger, die noch im Berufsleben stehen, Rentner und Arbeitslose gemeinsam die Vereinsarbeit organisieren und ihrer umweltfreundlichen Freizeitgestaltung nachgehen.

Für mich ist schon verwunderlich, dass man einen Bericht fortschreiben will, der Ihre Erwartungen, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, nicht erfüllt hat. Oder betrachten Sie es heute aus Regierungsverantwortung anders? Der geschätzte Abgeordnete Herr Scheringer führte am 6. November 1996 in der Diskussion zum Bericht der Landesregierung zum Kleingartenwesen aus: „Politisch will und kann sich die Opposition mit dieser Unterrichtung nicht einverstanden erklären.“ Herr Backhaus führte in der 51. Sitzung der zweiten Wahlperiode

aus, ich zitiere aus dem Plenarprotokoll: „Der von der Landesregierung dem Landtag vorgelegte Bericht zur Situation des Kleingartenwesens in Mecklenburg-Vorpommern erfüllt unsere Erwartungen nicht, ... Es sind darin nach unserer Überzeugung eine ganze Reihe von Desinformationen enthalten, so daß der Bericht am Ende nicht das Ziel erreicht hat, nämlich Anregungen und Anleitungen für die Kreisverbände oder für die Vereine innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu geben.“

Meine Damen und Herren von PDS und SPD, warum haben Sie Anregungen und Anleitungen, die Sie von dem Bericht erwarten, nicht in dem Antrag formuliert? Dürfen Sie etwa nicht? Wenn Sie hier keine Butter bei die Fische geben wollen, denke ich, sollten Sie Ihren Antrag zurückziehen. Der Antrag wird in keiner Weise den noch ungeklärten Problemen – hier wurde es von meinen Vorrednern schon gesagt –, die wir seit Jahren vor uns herschieben, gerecht.

Sicherlich können wir sagen, in der zweiten Wahlperiode wurde einiges im zähen Ringen erreicht. Liebe Frau Schwebs, ich möchte hier unter anderem an die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Naturschutz auf Drucksache 2/3887 vom 16. Juni 1998 erinnern, die in der 88. Sitzung des Landtages am 23. Juni 1998 behandelt und angenommen wurde. Also ist es nicht fünf Jahre her, dass wir uns das letzte Mal in diesem Hohen Hause mit dem Kleingartenwesen beschäftigt haben. Der Beschluss enthält Ergänzungen zum Bericht der Landesregierung zur Situation des Kleingartenwesens in Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 2/1905, zu dem ein neuer Bericht als Ergänzung oder Fortschreibung erarbeitet wird. Wenn Sie schon den Bericht der Landesregierung auf Drucksache 2/1905 fortschreiben wollen, müssen Sie auch die Beschlussempfehlung, die Ergänzung mit ihren zehn Punkten auf Drucksache 2/3887 mit einbeziehen. Vielleicht gefällt Ihnen diese Ergänzung auf der Drucksache des ehemaligen Landwirtschaftsministers nicht. Im Punkt 9 heißt es: „Der Entwurf der Förderrichtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft und Naturschutz zur Förderung des Kleingartenwesens Mecklenburg-Vorpommern wurde mit dem Landesverband der Gartenfreunde Mecklenburg und Vorpommern e. V. und im Landeskleingartenausschuß diskutiert und befindet sich in der Ressortabstimmung. Mit dem Entwurf des Landeshaushaltsplanes 1999 wurden auf Ressortarbeitsebene 250 TDM für die Förderung des Kleingartenwesens und 25 TDM als Zuschuß für den Landesverband der Gartenfreunde Mecklenburg und Vorpommern e. V. beantragt.“ So weit aus dieser Beschlussempfehlung. In den Haushalt für 1999 wurden dann, wie Herr Backhaus, unser Minister, schon sagte, 200.000 DM zur Förderung des Kleingartenwesens eingestellt, für die Jahre 2002 und 2003 sind es je 100.000 Euro. Und auch wir bewerten dies als sehr positiv.

Man könnte nach der Sitzung des Landtages am 3. Juni 1998 sagen, Ende gut alles gut. Leider nicht, denn erstens fehlte immer noch die Förderrichtlinie, die erst im Amtsblatt vom 28. Juni 1999 durch die Bekanntmachung durch den Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei, Herrn Backhaus, in Kraft gesetzt wurde. Zweitens bedürfen folgende Punkte nach wie vor einer Klärung:

1. rechtzeitige Einbeziehung der Kreisverbände und Vereine in die Bauleitplanung ähnlich wie Träger öffentlicher Belange und Ausweisung der Kleingartenanlagen als Dauerkleingartenanlagen in die Flächennutzungspläne

2. Ausweitung des Instruments der Darlehensvergabe zur Finanzierung der Gartenübernahme
3. die Problematik Kleingärtner, Übernahme der Lauben und Sozialhilfeempfänger
4. die steuerliche Freistellung von der Grundsteuer B – Herr Backhaus ist darauf eingegangen und hat gesagt, wir werden eine Lösung herbeiführen – für vorhandene Gartenlauben bis zu einer Größe von 30 Quadratmetern
5. die Wertung des Ehrenamtes im Kleingartenwesen sowie steuerliche Regelungen für ehrenamtlich Tätige
6. Schaffung einheitlicher Regelungen im Land zur Abfall- und Abwasserentsorgung, um konkrete Abgrenzungen zu Wochenendhäusern und Datschen zu gewährleisten und die Kleingartenanlagen als solche zu sichern

Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig. Ich hätte mir gewünscht, dass der Landesregierung Kriterien für die Berichterstattung, zum Beispiel die ungeklärten Punkte, vorgegeben worden wären. Der Antrag hat also in keiner Weise der hohen Bedeutung, wie sie hier insgesamt herausgestellt wird, Rechnung getragen. Ich möchte Sie nochmals an die Worte erinnern, die hier von Abgeordneten schon mehrmals gesagt wurden, dass allein Berichte die Probleme nicht lösen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Schwebs, PDS-Fraktion, Sie haben das Wort.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sehr verehrter Herr Grams, Sie wissen ja, mit den Anträgen ist es wie in einer Ehe. Man muss immer Kompromisse suchen. Und wie in der Ehe, nicht jeder verträgt Butter, deshalb einigt man sich dann manchmal auch auf Reform-Margarine.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Friedbert Grams, CDU, und Dr. Gerhard Bartels, PDS – Harry Glawe, CDU: Was?)

Aber da Sie die Butter gefordert haben, möchte ich Ihnen jetzt die Schwerpunkte benennen, die aus Sicht der PDS-Fraktion bei der Berichterstattung der Landesregierung Berücksichtigung finden sollten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was?)

Dann gibt es nur Reform-Margarine?)

Damit gehen wir dann auch ein Stückchen weiter, als es der Bericht aus der zweiten Legislaturperiode tut, obwohl dieser Bericht weiterhin die Grundlage sein sollte. Wir setzen die Beschreibung der Situation zu den darin ausgeführten Schwerpunkten natürlich als selbstverständlich voraus. Der Form halber seien hier nur noch folgende Schlagworte genannt, zu denen wir fundierte Antworten erwarten. Das sind die aktuelle Pachtpreisgestaltung, die Besteuerung von Grund und Boden sowie Lauben, die Überarbeitung der Schätzungsrichtlinie und natürlich Fördermöglichkeiten für Kleingärtner.

Darüber hinaus halten wir es für notwendig, dass die Landesregierung bei der Beschreibung der Situation des Landeskleingartenwesens auch eine Einschätzung des

Ehrenamtes im Kleingartenwesen des Landes vornimmt. In meiner Rede zur Einbringung des Koalitionsantrages habe ich bereits auf die große Bedeutung der fleißigen Arbeit der ehrenamtlich tätigen Kleingärtner hingewiesen. Die kleinste Variante der Wertschätzung ihrer Arbeit ist deren öffentliche Wahrnehmung und Reflektion.

Auch mehr als elf Jahre nach der Wende ist die Sicherung von Kleingartenflächen ein aktuelles Thema im Land. Daher ist es von Bedeutung, eine Bestandsaufnahme der Festschreibung von Dauerkleingartenanlagen in den Planungsunterlagen der Kommunen vorzunehmen. Für die Kleingärtner ist die Ausweisung von Dauerkleingartenflächen insofern von erheblicher Bedeutung, als das Bundeskleingartengesetz in Paragraph 6 zur Vertragsdauer der Pachtverträge bestimmt, „Kleingartenpachtverträge über Dauerkleingärten können nur auf unbestimmte Zeit geschlossen werden; befristete Verträge gelten als auf unbestimmte Zeit geschlossen“. Der Definition nach sind Dauerkleingärten solche Gärten, die auf Flächen angelegt sind, die in den Bebauungsplänen der Gemeinden als Dauerkleingartenflächen ausgewiesen sind. Das Baugesetzbuch des Landes gibt den Kommunen die rechtliche Möglichkeit der Ausweisung derartiger Flächen. Ob sie es nutzen, darüber würden wir gerne Bericht erstattet bekommen.

Meine Damen und Herren, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit aller Problembeschreibungen zu erheben, halten wir es für sinnvoll, wenn die Landesregierung sich bei der Erarbeitung des aktuellen Berichtes zusätzlich auf problematische Fragestellungen konzentriert, die aus den jeweiligen Entscheidungen einzelner Kommunen resultieren und die im Konkreten negative Auswirkungen auf die Kleingärtner haben. Nennen möchte ich in diesem Zusammenhang Probleme wie die Frage von Pachtpreiserhöhungen, die Erhebung von Zweitwohnungssteuern und die von einigen Kommunen geplante Einführung einer Kurtaxe. Wie gesagt, es handelt sich immer um Einzelfallentscheidungen oder Planungen einzelner Gemeinden. Eine Übersicht etwa zu den drei genannten Schwerpunkten ist zwar dem Grunde nach sehr aufwendig, aber hilfreich bei der Beurteilung der Situation im Lande.

Ein zentraler Punkt in der Arbeit des Landeskleingartenausschusses der Vergangenheit war immer wieder auch die Problematik der Abwasserbeseitigung in den Kleingartenanlagen. Dabei trat stets zutage, dass die jeweilige Lösung dem Einzelfall vor Ort entsprechen muss. Die Anpassung der Abwasserbeseitigung in den Kleingärten an die geltenden Bestimmungen des Landeswassergesetzes kann nur sukzessive erfolgen. Unter anderem deshalb ist nach Auffassung meiner Fraktion eine genauere Analyse der Situation in der Ver- und Entsorgung der Kleingartenanlagen unseres Landes notwendig.

Und nicht zuletzt sollte die Landesregierung darstellen, welche Möglichkeiten direkter oder indirekter Förderung des Landeskleingartenwesens es für uns gibt. Die Politik sollte ihre Handlungsspielräume nutzen und das verantwortungsvolle Engagement der Kleingärtner unseres Landes nach Kräften unterstützen. Gemeint sind die viel zitierten Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Entwicklung des Kleingartenwesens gewährleisten helfen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Antrag der Koalitionsfraktionen im Interesse der Kleingärtner unseres Landes zuzustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Und jetzt hat das Wort der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Elan ist in der heutigen Sitzung leider nicht belohnt worden. Ich habe immer das Vergnügen, als Letzter zu reden,

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS:
Kommt ja noch ein Punkt.)

so dass ich inhaltlich nicht so sehr viel wiederholen möchte.

Nichtsdestotrotz, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es in den anderen Fraktionen war, in meiner Fraktion gab es eine ganze Menge Gesprächsbedarf, als wir diesen Antrag beraten haben.

(Gerd Böttger, PDS: Bei uns auch! Bei uns auch! – Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Ich hatte den Eindruck, dass einige meiner Kollegen damit unter Beweis stellen wollten, dass sie selbst Kleingärtner sind, ...

(Gerd Böttger, PDS: Ist ja nichts Schlechtes.)

Das ist überhaupt nichts Schlechtes.

... und einige andere Kollegen unter Beweis stellen wollten, dass sie zumindest im Kleingartenwesen Bescheid wissen und den einen oder anderen Kleingärtner kennen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und weil das so ist, hat sich die SPD von der ersten Wahlperiode an für die Förderung des Kleingartenwesens in unserem Land eingesetzt.

Mit dem heutigen Antrag soll die Landesregierung gebeten werden, den 1996 vorgelegten Bericht zur Situation des Kleingartenwesens in Mecklenburg-Vorpommern fortzuschreiben. Und, Herr Grams, ich glaube – lassen wir mal der Landesregierung die Zeit, gucken wir mal, was sie daraus macht –, ich glaube schon, dass dieser Antrag weit genug geht. Schauen wir mal, was die Landesregierung ...

(Friedbert Grams, CDU: Gibt es einen weiteren Beschluss, dann muss er mit einbezogen werden. Das ist eine Ergänzung zu diesem.)

Ja gut, aber schauen wir mal, was uns die Landesregierung da vorlegt, und dann können wir uns immer noch dazu verständigen, denn dieser Antrag scheint mir schon dringend erforderlich.

In den letzten Jahren ist viel Positives im Kleingartenwesen – auch in unserem Land – entstanden und vieles hat sich entwickelt. So haben mit dem Paragraphen 20 a des Bundeskleingartengesetzes die ostdeutschen Gartenfreunde, wenn sie denn organisiert sind, und darauf liegt eben auch die Betonung, Bestands- und Rechtsschutz für ihre Kleingartenanlagen einschließlich ihrer Gartenlauben, gleich welcher Größe, bekommen. Dem Kleingartenwesen wird somit bereits vom Gesetzgeber eine wichtige gesellschaftliche Funktion eingeräumt und rechtlich gesichert.

Über die Bedeutung des Kleingartenwesens haben sich, wie bereits angedeutet, meine Vorredner schon geäußert. Dem kann ich mich eigentlich nur anschließen. Aber ich will hier auch noch mal zum Ausdruck bringen, dass mein Eindruck ist, dass die ehrenamtliche Tätigkeit

der Gartenfreunde von dieser Landesregierung sehr hoch gewürdigt wird und hoch im Kurs steht.

(Beifall Beate Mahr, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Bemerkenswert ist im Kleingartenwesen unter anderem, dass sich die Pachten sozialverträglich gestalten. Sie bewegen sich zwischen 20 und 35 Pfennigen je Quadratmeter, somit in einem durchaus erschwinglichen Rahmen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, in zwölf Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten gab es bei den Pachtpreisen seit 1996 keine Veränderung, obwohl eine Anhebung gemäß Paragraph 20 des Bundeskleingartengesetzes möglich gewesen wäre, sogar auf das Vierfache des Pachtzinses. Das ist schon bemerkenswert.

Ebenfalls bemerkenswert ist – auch darauf sind meine Vorredner schon eingegangen, ich will es dennoch noch mal erwähnen – die Richtlinie für die Förderung des Kleingartenwesens für unser Land. Herr Grams, ich gebe Ihnen Recht, dass das mit der Förderrichtlinie ein bisschen lange gedauert hat, aber nichtsdestotrotz, glaube ich, ist das eine ganz tolle Geschichte und auch der Minister hat darauf hingewiesen. 103 Anträge sind positiv beschieden worden, weit über eine halbe Million Mark ist hier in die Kleingärten geflossen. Vereinsheime, sanitäre Einrichtungen, Schulungsräume und so weiter sind entstanden. Das ist sehr loblich und wie gesagt mit Hilfe des Landes entstanden. Und auch ich freue mich, dass wir gestern in unserem Doppelhaushalt für die Jahre 2002 und 2003 wieder Geld eingestellt haben, um die Förderung des Kleingartenwesens weiter voranzutreiben.

Natürlich sind bis jetzt nicht alle Wunschträume der Kleingartenfreunde in Erfüllung gegangen, auch darauf sind meine Vorredner schon eingegangen. Es gibt Probleme, die endlich einer Lösung bedürfen, wie immer die Entscheidungen auch ausfallen. Und auch hier denke ich an solche Dinge, wie sie meine Vorredner schon erwähnt haben, dass Kleingärtner Zweitwohnungssteuer zahlen sollen, dass Kommunen Kurtaxen für Kleingartenanlagen berechnen wollen,

(Friedbert Grams, CDU: Abfallgebühren.)

dass manchen Vereinen Abfallgebühren berechnet werden sollen. Diese Dinge müssen unbedingt geregelt werden. Im Kleingartenausschuss, auch das haben meine Vorredner bereits gesagt, haben wir über diese Probleme schon sehr häufig gesprochen und ich habe den Eindruck, dass wir jetzt auf einem guten Weg sind und das eine oder andere Problem jetzt auch relativ kurzfristig lösen werden.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das hat Herr Minister Backhaus schon gesagt, wir müssen offen und ehrlich sagen, was machbar ist, aber auch ganz offen und ehrlich sagen, was rechtlich nicht machbar ist. Und da, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gartenfreunde, appelliere ich noch einmal auch an die Gartenfreunde: Sie sollten den Bogen nicht überspannen. Viele Dinge haben die Landesregierung und die Abgeordneten aufgegriffen und sind dabei auf einem guten Weg, aber sie dürfen den Bogen nicht überspannen und wir würden uns freuen, wenn wir auch von ihrem Bundesvorstand mal zu dem einen oder anderen Problem einiges hören würden.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

So weit dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Kleingartenwesen – die rote Lampe brennt hier vor

mir – hat also einen ganz hohen Stellenwert in unserem Land. Ich glaube, mit dem Bericht, der zu erwarten ist, werden wir das auch noch mal unter Beweis stellen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Friedbert Grams, CDU, Rainer Prachtl, CDU,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2463. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich ums Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion und einer Zustimmung bei der CDU-Fraktion ...

(Friedbert Grams, CDU: Das stimmt nicht.
Mehrere! – Harry Glawe, CDU:
Das stimmt ja nicht.)

Also ich habe genau hingeguckt. Ich habe seitens der CDU-Fraktion nur eine Hand

(Harry Glawe, CDU: Nee, das kann nicht sein!)

bei der Zustimmung oben gesehen. Wer hat noch zugestimmt? – Es sind also zwei. Gut. Nehmen Sie nächstes Mal die Hand etwas höher,

(Harry Glawe, CDU: Aber ich
habe so gemacht, Herr Präsident.)

dann kann ich das besser sehen. Ihre Hand habe ich gesehen, die war sehr deutlich. Also des Weiteren zwei Zustimmungen bei der CDU-Fraktion, ansonsten Enthaltung bei der CDU-Fraktion. Damit ist der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 3/2463 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bericht der Landesregierung zur Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock gemäß Beschluss des Landtages zur Drucksache 3/2208, auf Drucksache 3/2459.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Bericht der Landesregierung zur Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock gemäß Beschluss des Landtages zur Drucksache 3/2208
– Drucksache 3/2459 –**

Das Wort zur Begründung hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Auftrag war klar: Dem Landtag sollte nicht nur ein Vertragsentwurf vorgelegt werden, sondern ein abgeschlossener Vertrag. Im Punkt 2 a des geänderten Antrages der CDU-Fraktion heißt es auch heute noch, Herr Minister Kauffold: „2. Die Landesregierung wird aufgefordert, a) mit der Universität Rostock einen Vertrag zur Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin, der Kostenneutralität für das Land Mecklenburg-Vorpommern garantiert, abzuschließen“. Erst im Punkt 3 heißt es: „Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag über den Text des unter Ziffer 2 a genannten Vertrages bis zum 15.11.2001 zu unterrichten.“

Die Interpretation, die Sie in Ihrem vorgelegten Bericht auf Drucksache 3/2489 dem Landtag liefern, Herr Minister, ist nicht zutreffend. Einmal mehr zeigt sich, dass die Ergebnisse der PISA-Studie auch nicht vor Ministern Halt machen und verstehendes Lesen offenkundig nicht zu Ihren Stärken gehört.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Mit Ihrem Bericht schmeißen Sie dem Landtag die Brückenteile vor die Füße, obwohl wir eine fertige Brücke bestellt haben. Das, meine Damen und Herren, können wir nicht hinnehmen.

Mit dem neu eingebrachten Änderungsantrag wollen wir diesen Umstand würdigen. Wir wollen, dass ein fairer Vertrag abgeschlossen wird. Ich betone dabei den Aspekt einer fairen Lösung und nicht eines Diktats. Das Bedauerliche an dieser Situation ist der Umstand, dass beide Vertragspartner kurz vor dem Abschluss eines Vertrages standen, sich beide Seiten erheblich in ihren Positionen bewegten, die Universität weiterhin Verhandlungsbereitschaft signalisierte, um die letzten Probleme zu beseitigen. Jedoch, meine Damen und Herren, die Halbgötter aus dem Finanzministerium machten mit ihrem Veto, mit ihrer Interpretation des Vertrages eine abschließende Vertragsunterzeichnung unmöglich. Sie, Herr Kauffold – und das ist die Farce bei der ganzen Geschichte –, interpretierten die Beschlussempfehlung des Landtages schon richtig, das will ich Ihnen für diesen Moment einmal zugestehen. Sie wollten dem Landtag einen beiderseitig unterschriebenen Vertrag vorlegen, denn sonst hätten Sie keine Verlängerung beantragt, sonst hätte Ihr Staatssekretär im Bildungsausschuss am 6. Dezember 2001 nicht vollmundig eine Nikolausüberraschung versprochen. Die Überraschung war da, aber kein abgeschlossener Vertrag. Sie, Herr Minister Kaufold, haben sich einmal mehr von der Finanzministerin und ihrem Staatssekretär am Nasenring durch das Land ziehen lassen. Sie haben einmal mehr gezeigt, dass hier nicht der Fachminister und seine Mitarbeiter im Haus die Handelnden sind, sondern die sparwütige, aber konzeptlose Finanzministerin und ihr Erfüllungsgehilfe, der Ministerpräsident Harald Ringstorff. Meine Damen und Herren, sparen ohne Konzept, das ist Ihr Motto.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Übrigens, der Ministerpräsident ist ja die Ambivalenz in Person. Er spricht sich nach einem Koalitionsausschuss im November für die Wiedereinrichtung der Zahnmedizin unter kostenneutralen Gesichtspunkten aus, siehe „Ostsee-Zeitung“ vom 8. November 2001, wörtlich: „Ministerpräsident Ringstorff will den Standort Rostock kostenneutral weiter halten.“ Nichts anderes hatten die Rostocker je vor, Herr Ministerpräsident. In einem Zeitungsinterview der „Schweriner Volkszeitung“ am 29. November fand er aber, dass eine Zahnmedizin in Greifswald genug ist, und wirft der CDU an dieser Stelle Opportunismus vor. Herr Ministerpräsident, das ist mehr als schlechter Stil.

Und ganz offenbar haben Sie sich heute noch Verstärkung geholt von der Vereinigung der Unternehmensverbände. Und ganz offenbar hat dort der Geschäftsführer Herr Wilken hellseherische Fähigkeiten, denn schon mittags um 12.00 Uhr lag eine Pressemitteilung auf dem Tisch mit den Worten: „Das erklärte heute während der Landtagsdebatte in Schwerin Lothar Wilken, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern e. V.“

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben es jetzt 16.40 Uhr, um 16.30 Uhr begann die Debatte. Herr Wilken muss wirklich mehr als hellseherische Fähigkeiten haben.

(Heidemarie Beyer, SPD: Ist doch schön, dass unser Land so was hat.)

Aber besonders interessant ist dann, wie Herr Wilken – ich hoffe, nicht der gesamte Unternehmerverband – zur Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern steht. Er sagt wörtlich: „Der damalige Beschluss zur Auflösung des Studienganges Zahnmedizin in Rostock war sinnvoll und richtig.“ Und jetzt kommt's: „Zwei Zahnmedizinische Fakultäten würden vielmehr mit erheblichen Landesgeldern junge Menschen zu Zahnärzten ausbilden, die in Mecklenburg-Vorpommern keine Berufschancen haben. Somit wird die Abwanderung von morgen subventioniert.“ Herr Wilken! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hochschule für Musik und Theater in Rostock könnten wir gleich schließen. Dort haben wir nicht mal zehn Prozent Landeskinder auf der Hochschule.

(Siegfried Frieze, SPD: Das hatten Sie auch 1994 vor.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was machen wir denn mit den Informatikern,

(Unruhe bei Siegfried Frieze, SPD,
Harry Glawe, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU)

mit den Juristen, mit den Wirtschaftswissenschaftlern und so weiter und so fort? Natürlich bilden wir über den Bedarf des Landes aus an den zwei Universitäten, an den drei Fachhochschulen und an der Hochschule für Musik und Theater. Und ich sehe darin nichts Negatives. Ganz im Gegenteil!

Und weiter: Wer hat sich denn schon einmal mit dem Bedarf von Zahnärzten in der Zukunft befasst? Ich glaube, die Vereinigung der Unternehmensverbände offenbar nicht. Ich kann Herrn Wilken nur eins ins Stammbuch schreiben, dass wir in sieben bis zehn Jahren, vielleicht sogar schon früher, einen Mangel an Zahnärzten haben werden, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in ganz Deutschland. Und wer sich mit der Thematik noch etwas näher befasst, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute schon einen Fachärztemangel, insbesondere in der Allgemeinmedizin, und zwar nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in Deutschland insgesamt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich zitiere noch einmal: „Wie die benachbarte wirtschaftswissenschaftliche Fakultät bestätigen wird, ist klar, dass im Rahmen einer Vollkostenrechnung der einzelne Studiengang zu bewerten ist und nicht das Gesamtbudget einer Fakultät oder Universität.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer einzelne Studiengänge so betriebswirtschaftlich bewertet, den frage ich ganz einfach: Wie bewerten Sie denn die Juristen zum Beispiel? Also wer so Hochschulpolitik betrachtet, dem kann ich nur raten, er möge sich vorher sachkundig machen und zumindest einmal abwarten, was hier im Landtag gesagt wird, und sich danach äußern. Aber das muss ja nicht unbedingt ein Zufall sein, dass diese Presseerklärung gerade heute – und das schon viereinhalb Stunden vor der Debatte – in den Landtag kommt.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns Opportunismus vorwerfen, dann tun Sie das gleichzeitig 100.000 Menschen gegenüber, die die Volksinitiative zur Erhaltung der Zahnmedizin in Rostock unterschrieben haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Auch Herr Reißmann.)

Und übrigens, Sie tun's auch gegenüber Ihrer eigenen Fraktion, denn der Landtagsbeschluss ist nach meiner Kenntnis einstimmig gefasst worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich weiß im Augenblick nicht, ob Sie bei der Abstimmung dabei gewesen sind. Wenn ja, dann bezeichnen Sie sich selber als einen Opportunisten, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Hochschulpolitisch, meine sehr verehrten Damen und Herren, will ich diese Aussagen gar nicht bewerten. Das wird nachher meine Kollegin Steffie Schnoor noch ausführlich machen. Aber die vom Ministerpräsidenten geäußerte Position ist die des Finanzministeriums, dem ich jede, aber auch jede hochschulpolitische Kompetenz aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre abspreche.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Hier geht es mir vor allem um die destruktive Haltung Ihres Hauses, Frau Keler, bei der Entwicklung alternativer Hochschulhaushalte.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ohne Ihr Haus, ohne Sie wäre dieses Land in Fragen der Hochschulautonomie schon viel, viel weiter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist auch wahr.)

Meine Damen und Herren, was Sie uns in der vergangenen Woche als Bericht vorlegten, entspricht de facto dem Ansinnen des heutigen Antrages meiner Fraktion. Aber Sie hätten dies auch bei Einhaltung der Frist bis zum 15. November vorlegen können. Ich komme deshalb nicht umhin, bei der unendlichen Geschichte um die Wiedereinrichtung der Zahnmedizin in Rostock den Vorwurf des Kollegen Riemann aus der Sitzung des Bildungsausschusses vom 22. November diesen Jahres zu wiederholen: Das, was die Landesregierung hier mit Landtag und Universität zelebrierten, ist die Arroganz der Macht gegenüber den Hochschulen, ist die Missachtung des Parlaments, ist die Missachtung all jener Menschen, die mit ihrer Unterschrift – das waren immerhin 100.000 – ihren Willen zur Wiedereinrichtung der Zahnmedizin durch die Volksinitiative bekundet haben.

Herr Minister Kauffold, Sie haben nicht einmal – nach meiner Kenntnis – den so genannten Verhandlungen zur Vertragsgestaltung zwischen Landesregierung und Universität beigewohnt, obwohl Sie federführend vom Landtag den Auftrag dazu hatten. Auch wenn Sie nicht an den Verhandlungen beteiligt waren – das müssen Sie auch nicht –, die politische Verantwortung, Herr Minister Kauffold, für das Ergebnis müssen Sie persönlich allemal übernehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten verein-

bart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat der Bildungsminister Professor Kauffold das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Peter Kauffold: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, Sie müssen mich nicht an die politische Verantwortung erinnern. Das ist mir völlig klar, dass ich politische Verantwortung trage für das, was ich tue. Manchmal würde ich es mir wünschen – das würde die Kommunikation vielleicht erleichtern und verbessern –, wenn Sie sich im Ton ein bisschen mäßigen würden. Ich habe den Eindruck, dass hier in zunehmendem Maße, auch wenn ich die Presseinformation von Frau Schnoor lese, Unflat abgesondert wird. Das ist in etwa so der Ton, den ich von Ihnen hier erfahre. Warum wird denn nun in aller Welt auf dem armen Herrn Wilken rumgehauen? Und: Kultusminister gibt seine Pressemitteilung jetzt über die Vereinigung der Unternehmensverbände heraus – so ein Quatsch!

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist doch eine Unverschämtheit, so was! Der arme Herr Wilken!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Haben Sie ihn jetzt kooptiert ins Parlament? Sie diskutieren hier mit Herrn Wilken über die Barriere weg. Was sind denn das hier ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Also wissen Sie! Sie setzen hier einen Vertreter vom Unternehmerverband unter Druck, der irgendwie seine Meinung äußert.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es ist doch wohl ein kleiner Witz hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist doch wohl ein Witz.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, Herr Kauffold! – Harry Glawe, CDU: Welche ein Zufall, ne?!)

Das ist sicher ein Zufall, ja.

(Siegfried Friese, SPD: Sie haben nichts weiter zu sagen und deshalb kommen hier solche Peinlichkeiten.)

Ich finde es gut, wenn Leute ihre Meinung äußern, wenn sie auch in der Zeitung ihre Meinung äußern.

Nun, ich habe nicht die Absicht, heute über inhaltliche Dinge zu diskutieren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist hier auch nicht Sache, das ist ja auch nicht der Punkt. Es wird der Antrag der CDU auf Drucksache 3/2459 beraten und der verlangt eine Berichterstattung der Landesregierung zur Umsetzung eines Landtagsbeschlusses vom 21.09. über die Wiedereinrichtung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock. Das ist also der Berichtsgegenstand.

Dazu möchte ich zunächst sagen, dass auf der 74. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und

Kultur berichtet wurde, die ausschließlich zum Zweck dieser Berichterstattung einberufen wurde, und dass Ihnen eine Unterrichtsvorlage mit anliegendem Vertragsangebot des Landes zur Verfügung gestellt wurde. Dazu fehlte noch eine von der CDU geforderte Chronologie von Aktivitäten zur Sache, die dem Landtagspräsidenten zugeleitet wurde und die Ihnen sicher zugegangen ist.

(Harry Glawe, CDU: Ja, die haben wir schon.)

Also ich meine, damit habe ich die im Antrag genannten Ersuchen erfüllt, und ich schlage Ihnen vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

(Heiterkeit bei Steffie Schnoor, CDU)

Zu dem Vertragsangebot der Landesregierung, das der Unterrichtsvorlage anliegt, möchte ich feststellen, dass dieses ein Ergebnis von vier Verhandlungsrunden der Landesregierung mit der Universität ist. Das geht aus der Unterrichtsvorlage hervor und das geht aus der Chronologie hervor. Der Rektor der Universität sieht eine Möglichkeit zur Zustimmung nur, wenn seine Interpretation zu den Paragraphen 5 und 6 durch eine Protokollnotiz vereinbart wird. Dem vermag ich nicht beizutreten. Ich werde den Rektor bitten, sich noch einmal gründlich mit dem Angebot zu befassen. Soweit ich weiß, ist der Senat über das Vertragsangebot informiert worden, hat aber einen Beschluss noch nicht gefasst.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ich meine Verhandlungsmöglichkeiten bei den gegebenen Geschäftsgrundlagen als ausgeschöpft ansehe.

(Harry Glawe, CDU: Was?)

Erstens, der Landtagsbeschluss vom 21.09. verlangt einen Vertrag, der die Kostenneutralität eines neuen Studienganges Zahnmedizin für das Land vorsieht. Das ist die eine Geschäftsgrundlage. Und zweitens, ich bin ferner gehalten, einen Aufwuchs der Defizite des Klinikums nicht nur nicht zuzulassen, sondern auch auf den Abbau der Defizite hinzuwirken. Das ist die andere Geschäftsgrundlage. Sie haben gestern das Haushaltsgesetz verabschiedet. Deckungsmöglichkeiten für aufwachsende Defizite von Klinika sind im Einzelplan 07 nicht vorhanden. Ich könnte mir auch kaum vorstellen, solche Defizite auf andere Hochschulen, auf Schulen, auf den Kulturbereich umzuverteilen oder aber andere Ressorts erfolgreich um finanziellen Beistand zu bitten, selbst wenn das mit Ihrer Hilfe alles möglich wäre. Das kann ich mir also nicht vorstellen.

Ich habe keine Geschäftsgrundlage mehr außer dem Vertragsentwurf, dem Vertragsangebot, das ich vorgelegt habe. Der Paragraph 3 dieses Vertrages definiert die Kostenneutralität dahin gehend, dass a) der Zuschuss des Landes für Forschung und Lehre an die Medizinische Fakultät eingehalten wird und dass b) die Ausgaben der zahnmedizinischen Polikliniken durch deren Einnahmen gedeckt werden. Nun, mit der Einrichtung des Studienganges Zahnmedizin ist auch verbunden, dass alle potentiellen Investitionen wenn nicht aus Drittmitteln, so doch aus Landesmitteln erbracht werden müssen. Im Hinblick auf die Kostenneutralität bedeutet dies, dass die entgangenen Mittel der Hochschulbauförderung des Bundes innerhalb der Universität, vorzugsweise der Medizinischen Fakultät, auszugleichen sind. Über all dies wurde mit der Universität im Zuge der Verhandlungen Einvernehmen hergestellt.

Im Paragraphen 5 des Vertrages wird festgelegt, dass bei Eintritt des Risikofalls das Gesamtbudget der Hochschule in Anspruch genommen werden muss, sofern aus dem Studiengang Zahnmedizin, genauer, aus dem Betrieb der Polikliniken Defizite entstehen und diese nicht aus dem Medizinhaushalt gedeckt werden können. Das ist notwendig und auch haushaltstechnisch möglich, denn beide Kapitel – Hochschule und Medizinhaushalt – werden von der Universität bewirtschaftet. Hier wird also nicht die Zahnmedizin für die Verluste des Klinikums in Haftung genommen, wie mir früher schon mal unterstellt worden ist. Defizite im Klinikumsbereich wirken sich gemäß dem Vertragsangebot nämlich in keiner Weise auf den Studiengang Zahnmedizin aus, wenn dieser, wie von der Universität zugesichert, kostendeckend betrieben wird. Und das ist doch der Knackpunkt. Treten jedoch Verluste im Betrieb des Studienganges Zahnmedizin auf, müssen diese gedeckt werden. Die Haftung dafür liegt bei der Medizinischen Fakultät, soweit die Ertragslage des Klinikums das zulässt. Ist da jedoch nichts, was haften könnte, dann muss selbstverständlich die Universität, die ja den Studiengang will, auch dafür eintreten.

Zurzeit hat das Klinikum 7 Millionen Euro Bilanzverluste. Die Gründe der enormen Defizitentwicklung liegen sicher zum überwiegenden Teil bei der ambulanten und stationären Krankenversorgung – dort sind sie entstanden –, aber es wird im Ministerium auch eingeschätzt, dass die Wirtschaftsführung des Klinikums den objektiven Veränderungen im Gesundheitswesen nicht angepasst wurde, und zusätzlich sind einfach Mehrbedarfe hauptsächlich im medizinischen Bedarf, in der Instandhaltung und im Personal im Bewusstsein der nicht gedeckten Finanzierung bedient worden. Das sind also ganz wesentlich auch hausgemachte Gründe, und das auch unter den Bedingungen, die im Gesundheitswesen in der Bundesrepublik derzeit bestehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dass ein Klinikum, Universitätsklinik und andere, auch kostenneutral funktionieren kann, Herr Glawe, zeigt die vorpommersche Universität Greifswald, deren Klinikum jetzt mit der gleichen Rechtsform Gewinn erwirtschaftet.

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Nun, Paragraph 6 steht im Zusammenhang mit der Zahnmedizin. Die Mittel, die bei der Schließung des Studienganges Zahnmedizin freizusetzen wären, sollten in der Universität verbleiben. So ist das in der letzten Legislaturperiode beschlossen worden und das ist auch richtig, um die finanzielle Situation der Medizinischen Fakultät zu verbessern und die Schulden des Klinikums schrittweise abzutragen. Diese Mittel werden nun für den neuen Studiengang, den Modellstudiengang Zahnmedizin, benötigt. Da dieser aber kostengünstiger sein soll als der bisherige, sind die Raten für den Abbau der Defizite auf jährlich 1 Million Euro zumutbar, denn in dieser Höhe werden nach den Angaben der Universität Mittel freigesetzt.

Das sind also die Beratungspunkte, die heute hier anstehen. Ich behandle in meinen Ausführungen nur die Position der Sicherung der Kostenneutralität für das Land. Und ich muss gestehen, dass mich einige Haltungen und Verlautbarungen des Rektors und einiger Vertreter der Universität hierzu in zunehmendem Maße beunruhigen. So hat es erheblicher Anstrengungen in den Verhandlungen bedurft, die Definition zur Kostenneutralität und die Gewährleistung derselben auf die Inhalte zu bringen, mit

denen die Ausschüsse dieses Hauses und die Landesregierung wiederholt in Anhörungen und durch Konzeptpapiere befasst worden sind und die letztlich auch einen Ausgangspunkt für die Volksinitiative gebildet hatten. Zum anderen hat mir der Rektor neulich am Rande der ersten Anhörung zum Hochschulgesetz in Anwesenheit Dritter – ich hoffe, Sie erinnern sich noch alle daran – gesagt, der Studiengang würde gleich wieder abgemeldet, wenn er sich als nicht kostenneutral erweisen würde. Wenn ein Anliegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit solcher Vehemenz betrieben wird wie die Wieder Einrichtung des Studienganges Zahnmedizin seit den letzten eineinhalb Jahren oder noch länger,

(Angelika Gramkow, PDS: Fünf.)

muss man sehr nachdenklich werden, wenn gewissermaßen noch vor der Einrichtung bereits die Möglichkeit einer Abmeldung in Aussicht genommen wird. Ist das ernst gemeint? Sind die Konzepte überhaupt ausgereift? Welche Auswirkungen hätte ein solches Vorgehen für die Glaubwürdigkeit der Beteiligten, für das Ansehen der Universität und des Landes in Deutschland

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Rede hat Ihnen doch Herr Schwabe geschrieben.)

in Anbetracht der inzwischen sehr breiten und sehr differenzierten – sehr differenzierten! – Wahrnehmung dieses Vorhabens? Werden auch Studenten verunsichert? Und warum, wenn einerseits für den Eintritt des Risikofalls die Abmeldung vorgesehen wird oder wenn andererseits die Kostenneutralität für sicher gehalten wird, ist es ein so unüberwindliches vertragsschädliches Hindernis für die Universität, wenn die Landesregierung ihrer Pflicht nachkommt und wasserdichte Verbindlichkeiten vorsieht? In einer Pressemitteilung der Universität heißt es, dass bei dem vorliegenden Vertragsangebot von Autonomie nicht mehr die Rede sein könnte. Das finde ich ganz und gar nicht. Autonomie ist kein Spiel und auch kein Wunschbriefkasten. Wer autonome Entscheidungen will, muss selbstverständlich gegebenenfalls bereit sein, für Risiken einzutreten. Entscheidung, Kompetenz, Verantwortung, Risiko, Haftung gehören zusammen.

Der Senat, dem alle Fakultäten angehören, hat sich einstimmig für die Zahnmedizin ausgesprochen. Ich möchte sehr dafür plädieren, der Universität noch Zeit zu geben, sich mit dem Vertragsangebot anzufreunden. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bartels von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Bartels.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt wollen wir mal hören. – Harry Glawe, CDU: Tag der Wahrheit.)

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Leben ist schon manchmal seltsam und es gibt die verschiedensten Seltsamkeiten – zum einen das zunehmende Engagement der CDU für die Zahnmedizin Rostock, je näher der Wahltermin rückt.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Reinhard Dankert, SPD: Na, sie hat eben größere Zahnschmerzen.)

Ich erinnere mich sehr wohl an die Debatten hier in diesem Haus zur Volksinitiative vor zwei Jahren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da hörte sich vieles noch ganz anders an von Seiten der CDU. Da wusste die CDU auch noch, dass sie in der vergangenen Legislaturperiode Anträge der damaligen Opposition gegen die Schließung der Zahnmedizin immer mit Vehemenz abgeschmettert hatte. Es hat sich geändert. Ich gestehe ja zu, auch die CDU kann durchaus mal lernfähig sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir sind doch lernfähig.)

Ich habe ja nur festgestellt, dass ich das doch mit Verwunderung vernehme.

Eine zweite Verwunderung ergibt sich für mich, weil der hier öffentlich ausgetragene Dissens zwischen der CDU und Herrn Wilken doch auch ein interessanter und neuer Aspekt ist.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vielleicht hat sich Herr Wilken auch gewundert, das weiß ich nicht. Aber eins will ich Ihnen sagen, Herr Rehberg, Ihre Einschätzung der Äußerungen von Herrn Wilken, so, wie Sie sie zitiert haben – ich kenne sie nicht –, die würde ich dann allerdings teilen, die sind hochschulpolitisch überaus bedenklich.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das sind ja seltsame Allianzen hier. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Nicht nur in dem Punkt.)

Und eine dritte Feststellung, Herr Rehberg, zu Ihrer Rede. Es ist ja sicher richtig, dass wir seit Jahren in intensiven Debatten und Auseinandersetzungen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit Budgetierungen stehen. Aber auch da hilft dann am Ende die große Keule nicht, denn dass sich in diesen Debatten auch das Finanzministerium bewegt hat, wenn vielleicht auch manchmal langsamer, als ich mir das wünsche,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir auch, wir auch.)

das sollte man dann doch der Fairness halber auch zugestehen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Wir hätten uns auch mehr Bewegung gewünscht. – Angelika Gramkow, PDS: Lediglich so ein Stückchen fehlt noch. – Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich zum Thema komme, fällt mir ein, dass mir von Freunden und von politischen Gegnern gelegentlich immer mal wieder politische Blauäugigkeit unterstellt wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie mich mal an!)

Und wenn ich mir heute dieses Thema angucke, habe ich die arge Befürchtung, dass da sogar was dran sei, denn ich hatte ehrlich gesagt wirklich die Hoffnung, dass dieses Thema nach den sehr anstrengenden, aber meiner Meinung nach ergebnisreichen Beratungen, Sondersitzungen von Bildungsausschuss und Finanzausschuss im Sommer und nach der anschließenden Beschlussfassung im September auf Landtageebene nun endlich gegessen sei. Es war wohl doch sehr blauäugig.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Lassen Sie mich einige kurze Anmerkungen machen. Es wird immer wieder gesagt, der Landtag mischt sich in Regierungshandeln ein. Ja, es ist so. Nach dem gültigen Landeshochschulgesetz ist die Entscheidung über Studiengänge Aufgabe der Landesregierung, ist Regierungshandeln. Aber dieser Studiengang Zahnmedizin ist Gegenstand von, ich sage mal, zweieinhalb Volksinitiativen gewesen und die Entscheidung über Volksinitiativen, die gültig sind, obliegt nun einmal dem Landtag.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Der Landtag muss zum Umgang mit Volksinitiativen Beschlüsse fassen. Und wenn diese Volksinitiativen sich mit einem Studiengang befassen, muss der Landtag eben auch Beschlüsse über Studiengänge fassen. Das lässt sich nicht verhindern.

Der Landtag muss, wenn er sich ernst nimmt, seine Beschlüsse hinsichtlich der Realisierung natürlich auch kontrollieren. Ein Ergebnis dieser selbstverständlichen und notwendigen Kontrolle ist der Beschluss auf der Drucksache 3/2208 vom September mit den hier schon zitierten Aufforderungen an die Landesregierung. Der Landtag hat nicht mehr, aber auch nicht weniger getan, als die Regierung aufzufordern, den politischen Willen des Parlamentes im Umgang mit einer Volksinitiative in aktives Handeln und entsprechende Festlegungen zu setzen. Ich habe das im September gesagt an dieser Stelle und ich habe es auch bei anderen Gelegenheiten gesagt: Gegenstand dieses Landtagsbeschlusses ist nicht die Frage, ob die Zahnmedizin wieder eingerichtet wird, sondern dass und wie.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Wolfgang Riemann, CDU)

Und an dieser Beschlusslage, die von allen drei Fraktionen in diesem Landtag getragen wurde, ist bis heute kein Deut zu rütteln.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Ringstorff
hat uns aber Opportunisten genannt.)

Sehen wir uns unter diesem Gesichtspunkt die Realisierung an, so ist erst einmal festzustellen, der Auftrag des Landtages an die Regierung ist nicht erfüllt. Es liegt kein abgeschlossener Vertrag vor, also muss die Regierung weiterarbeiten.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Und wenn ich mir unter diesem Gesichtspunkt die heute verteilte Aktivitätenliste des Bildungsministeriums auf der Drucksache 3/2561 angucke, fallen mir zwei Dinge auf, und ich will diese auch sehr deutlich benennen:

Die Datenliste beginnt im April 2001 und geht bis in diese Tage. In diesem Zeitraum sind vier Gespräche zwischen verschiedenen Ministerien und der Universität verzeichnet. Ich stelle fest, der Minister hat vorhin hier von Verhandlungen gesprochen. Wenn ich mir die Darstellung der Abläufe in der Unterrichtung angucke, glaube ich, die Darstellung in der Aktivitätenliste ist schon richtiger. Und vielleicht liegt hier eine Freud'sche Leistung vor, dass eben in dem Papier nicht von Verhandlungen, sondern von Gesprächen die Rede ist.

Natürlich ist es so, dass diese ganze Situation sehr schwierig ist. Wenn aber ein klarer Auftrag zu erfüllen ist,

etwas zu verhandeln ist, muss so lange verhandelt werden, bis ein für beide Seiten akzeptables Ergebnis vorliegt. Und dann reichen vielleicht vier Gesprächsrunden eben doch nicht.

In diesem Zusammenhang, Herr Rehberg, muss ich Sie noch einmal ein bisschen korrigieren. Der Staatssekretär des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat in der von Ihnen zitierten Ausschusssitzung, die ich selbst geleitet habe, nicht vollmundig erklärt, dass es am 06.12. eine Überraschung gibt. Er hat die Hoffnung ausgedrückt, dass das erfolgen kann und dass es erfolgen wird. Und da er ein sehr optimistischer Mensch ist, wie Sie vielleicht wissen, war er voll guten Mutes, das ist richtig. Er hat aber gesagt, er garantiert nicht, dass das passiert. Und auch in dieser Beziehung sollten wir fair miteinander umgehen.

Wenn ich mir das bisherige Ergebnis angucke, habe ich ein Problem. Ich halte es nicht für gut – und das habe ich in der letzten Landtagssitzung, als das hier schon mal wieder eine Rolle spielte unter einem ganz anderen Tagesordnungspunkt, schon mal deutlich gemacht – und betrachte eine Einmischung in inhaltliche Punkte in die Verhandlungen von Seiten Dritter als störend. Es gibt zwei Verhandlungspartner, die sich gegenseitig ernst nehmen müssen als Verhandlungspartner und die einen Vertrag aushandeln müssen. So ist der Auftrag des Landtages.

Trotzdem möchte ich zwei Anmerkungen machen, weil solche Verhandlungen natürlich immer verbunden sind mit Kompromissfindung. Und so konstatiere ich, dass die Regierung im Zusammenhang mit der Definition der Kostenneutralität im Paragraphen 3 Kompromissbereitschaft und Kompromissfähigkeit bewiesen hat,

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

indem sie ganz eindeutig auf die Universität und ihr Verständnis vom Begriff „Kostenneutralität“ zugegangen ist. Ich habe auch noch ein bestimmtes Verständnis dafür, dass die Regierung in den Paragraphen 5 und 6 eine Absicherung versucht, um zusätzliche Kosten für das Land sicher zu verhindern, habe aber auch von Anfang an das Problem, dass man aus diesen Paragraphenformulierungen auch eine Aushebelung der Gemeinsamkeiten im Paragraphen 3 lesen kann. Deshalb habe ich auch Verständnis für die Probleme der Universität Rostock, die Paragraphen so, wie sie formuliert sind, zu unterschreiben. Ich glaube, dass genauso, wie die Regierung beim Paragraphen 3 Kompromissbereitschaft gezeigt hat, die Universität Kompromissbereitschaft mit ihren so genannten Protokollnotizen bewiesen hat.

Und deshalb, Herr Minister, will ich hier ganz deutlich meine Meinung sagen. Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass Sie sagen, Ihre Verhandlungsmöglichkeiten sind ausgeschöpft. Das entspricht nicht meinem Verständnis vom Auftrag des Landtages. Ich will auch deutlich sagen, dass ich es für sehr problematisch halte, wenn wir das seit Jahren vorhandene Defizit des Klinikums an der Universität Rostock jetzt in dieser Art und Weise mit der Wiedereinführung des Studienganges Zahnmedizin verknüpfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Was hätten wir denn um Himmels willen getan, wenn wir die Wiedereinführung des Studienganges Zahnmedizin nicht auf der Tagesordnung hätten? Hätten wir dann das Defizit so laufen lassen?

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Und auch wenn die Universität Rostock, der Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät und der Senat sagen, wir können das kostenneutral machen, dann hat das sicher etwas damit zu tun, dass die Neukonzipierung des Studienganges Zahnmedizin billiger sein soll als in der Vergangenheit. Und dann ist die Aussage, wir können das kostenneutral machen, natürlich auf der Basis dieser billigeren Variante, die nicht schlechter ist – „billig“ hier nicht nur finanztechnisch betrachtet –, passiert. Wenn ich denen dann einen Teil dieses Budgets wegnehme, programmiere ich die Nichteinhaltung der Kostenneutralität vor.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das war Schwabes Idee. – Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Und das halte ich dann doch schon für problematisch.

Ich habe das jetzt hier als Antwort auf Ihren Beitrag, Herr Minister, etwas ausführlicher gesagt, weil damit auch deutlich wird, dass die Protokollnotizen, wer sie sich ansieht, eine weitgehende Kompromissbereitschaft der Universität signalisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Auf dieser Basis muss eine schnelle Einigung möglich sein.

Ich komme zum Fazit der PDS-Fraktion im Umgang mit dem Problem Zahnmedizin. Aus all dem ergibt sich für uns, dass schnell und ergebnisorientiert von beiden Seiten weiter verhandelt werden muss, dass wir die vorliegende Unterrichtung der Landesregierung nur als ein Zwischenergebnis bewerten und dass wir deshalb dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen, dass ein Bericht vorgelegt wird, in dem dann ein von beiden Seiten akzeptierter Vertrag dem Landtag zur Kenntnis gegeben wird. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff und Minister Dr. Peter Kauffold)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Minister, ich bin mit Herrn Dr. Bartels einer Meinung: Der Antrag ist keineswegs, so, wie Sie es sagen, als erledigt anzusehen, denn der Auftrag des Landtages ist nicht erfüllt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, es wird Zeit, dass die Zahnmedizin wieder eingerichtet wird. Die Universität legte ein innovatives Studiengangmodell vor und die Landesregierung feilscht wie ein wild gewordener Krämer um Halbsätze.

Sehr geehrte Frau Keler, Sie und Ihr Staatssekretär Mediger sind Ihrem Kollegen Kauffold massiv in den Rücken gefallen. Alles, was Ihr Kollege Kauffold im Oktober zur Einbringung des Landeshochschulgesetzes, zur Einführung von mehr Hochschulautonomie sagte, waren

wohlfeile Worte, die aber nichts zu bedeuten haben. Sie haben Ihrem Kollegen Kauffold in der Frage der Hochschulautonomie die Glaubwürdigkeit genommen.

(Beifall Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Sie haben mit den so genannten Verhandlungen zur Zahnmedizin unter Beweis gestellt, dass Sie und die Beamten Ihres Hauses nicht bereit sein werden, mit den Hochschulen als gleichberechtigte Partner zu verhandeln, wenn es künftig darum gehen wird, mit den Hochschulen Zielvereinbarungen abzuschließen.

Meine Damen und Herren! Ein solches Verhalten, eine derartige Machtarroganz verführt mich dazu, dem Parlament mehr Eingriffsmöglichkeiten im LHG zu verschaffen, nahezu in dem Sinn, wie es der Kollege Bartels einst vorhatte.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, Frau Schnoor, was ist das denn?!)

Aber dieser Umkehrschluss ist fatal, denn auch der schränkt Hochschulautonomie ein. Denn Hochschulautonomie heißt, die Hochschulen von politischen Mehrheiten unabhängig zu machen, genauso unabhängig zu machen wie von den Unternehmensverbänden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben kein Vertrauen in die Hochschulen. Sie sind der festen Meinung, dass die Hochschulen nicht sorgfältig genug mit den ihnen anvertrauten Haushaltsmitteln umgehen können. Da mag vielleicht etwas dran sein, aber haben Sie und Ihre Beamten nicht selbst dazu beigetragen, dass diese Situation entstanden ist? Die Sorgfaltspflicht liegt im Finanzministerium und im Bildungsministerium, das hat die Anhörung zu den Hochschulhaushalten vor einigen Wochen sehr deutlich gezeigt.

Allein der Umstand, dass die Universitäten – und ich spreche hier an dieser Stelle ganz bewusst von Universitäten – nur mittelbar ihre Personalhaushalte verwalten, zeigt, dass die Landesregierung über Jahre Sorglosigkeit gezüchtet hat. Die eingestellten Personalmittel hatten überhaupt nichts auszusagen. Waren zu viel veranschlagt aufgrund von Besetzungssperren, nicht besetzten Lehrstühlen, dann floss das Geld in den Landeshaushalt zurück. War zu wenig veranschlagt, weil mehr Lehrstühle als beabsichtigt besetzt werden konnten, dann wurden die Personalmittel aus dem Einzelplan 11 verstärkt. Verantwortlich dafür ist das Finanzministerium, denn erst mit den flexiblen Haushalten der Fachhochschulen kamen wir zu einer Spitzberechnung der Personalhaushalte. Hier wird deutlich, wo die Probleme liegen. Das ist nicht ein Studiengang, das ist nicht die Zahnmedizin, das ist die falsche Haushaltsdynamik, die bei den Hochschulen Anwendung findet, kollektive Verantwortungslosigkeit fördert und persönliche Verantwortung unmöglich macht,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

weil sie weder da noch in den Ministerien gewünscht ist. Das Gezerre um die Zahnmedizin ist ein beeindruckender Beweis für diese Schieflage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal mein Unverständnis über das Verhalten der Landesregierung zum Ausdruck bringen. Innerhalb einer Volluniversität hat sich ein Studiengang aufgerappelt und angesichts einer drohenden Schließung ein innovatives

Konzept auf den Tisch gelegt, das zum einen den regionalen Gegebenheiten gerecht wird und andererseits die wissenschaftliche Entwicklung bereits in der Konzeption eines Studienganges berücksichtigt. Es ist wohl wahr, wie der Minister in seinem Bericht ausdrückt, dass der Paradigmenwechsel von der kurativen zur präventiven Zahnmedizin mehr oder weniger bundesweit stattfindet. Aber an keiner Hochschule schlägt sich dieser Paradigmenwechsel in einem Studiengang, in der Ausbildung der Zahnärzte bereits nieder.

Der Studiengang Zahnmedizin hat sich selbst verkleinert und hat ein innovatives Konzept aufgenommen, das auch extern durch zahlreiche Gutachten, die alle dem Landtag vorliegen, gewürdigt wurde. Der Studiengang wird gebraucht, das sagen uns Zahnärztekammer und Kassenzahnärztliche Vereinigung immer wieder. Nicht nur der Studiengang, sondern auch die dazugehörigen Kliniken, die ihre besondere Profilierung nicht zuletzt durch den Studiengang erhalten.

Meine Damen und Herren! Die Umstrukturierung des Studienganges Zahnmedizin könnte mich fast dazu verleiten, ein weiteres Mal Studiengänge mit ihrer Schließung zu konfrontieren, um dann dieses Maß an Innovation überall zu erreichen. Das Signal, das die Landesregierung mit ihrer Verweigerungshaltung in der Konsequenz setzt, ist fatal und bremst innovative Entwicklungen aus, anstatt sie zu würdigen und zu befördern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Da schließe ich das Kultusministerium in die Kritik ein, denn der lapidare Hinweis, dass der Paradigmenwechsel mehr oder weniger bundesweit vorgenommen wird, zeigt, dass sich das Ministerium inhaltlich nicht mit der Konzeption des neuen Studienganges auseinander gesetzt hat. Eine Würdigung hat nicht stattgefunden. Hier geht es nur um Stellen, um Finanzen, auch die sind nicht unwichtig, aber das Land braucht nicht nur eine konsolidierte Haushaltslage, sondern auch etwas, was es voranbringt.

Ich möchte den Umkehrschluss hier an dieser Stelle ausschließen. Natürlich kann die Schließung von Studiengängen nicht immer mit innovativen Konzepten aufgehoben werden. Auch das ist klar. Aber die Zahnmedizin in Rostock geht bundesweit als erster Studiengang den Weg des Paradigmenwechsels und wir werden überprüfen, inwieweit sie diesen Paradigmenwechsel in der Praxis auch tatsächlich vornehmen. Denn Hochschulautonomie, so, wie wir sie verstehen und wie wir sie in Mecklenburg-Vorpommern implementieren wollen, setzt ein höheres Maß an Rechenschaftspflicht voraus. Da nehmen wir die Universität auch gerne in die Pflicht. Und so, wie wir die vergangenen Wochen miteinander gesprochen haben, habe ich auch das Gefühl, dass sich die Universität gerne in die Pflicht nehmen lässt. Anders verstehe ich die Protokollnotiz der Universität auch nicht. Zu Paragraph 5 des Vertrages fordert sie die viel beschworene Autonomie ein und bietet der Landesregierung an, einen Bilanzausgleich aus dem Haushalt der Universität vorzunehmen, solange die Entscheidung über die Quelle des Ausgleichs bei der Universität bleibt. Aber, meine Damen und Herren, diese Entscheidung will die Landesregierung der Universität nicht zugestehen.

Fragwürdig ist das Vorgehen der Landesregierung. Verhandelt wurde nicht – darauf hat auch mein Kollege Dr. Bartels schon hingewiesen –, es wurden lediglich Positionen ausgetauscht, Vertragstexte hin und her geschickt.

Ein Entwurf der Universität wurde in keiner Weise berücksichtigt, er taucht im Bericht der Landesregierung überhaupt nicht auf. So kann man nicht miteinander umgehen.

Das dicke Ende kam dann am Ende. Nachdem das Bildungsministerium am 28. November dieses Jahres der Universität einen von Herrn Minister Kauffold unterschriebenen Vertrag zusandte, reagierte die Universität Rostock mit einer Protokollnotiz, um die weiten Interpretationsspielräume des Vertragstextes einzugrenzen. Es ist anzumerken, dass das Bildungsministerium sich erheblich bewegt hat, vergleichen wir den unterschriebenen Vertrag mit vorherigen Vertragsentwürfen. Dem geneigten Leser wird allerdings auffallen, dass der Vertrag, so, wie es die ersten Sätze der Pressemitteilung vom 06.12. dieses Jahres auch aussagen, auf die Zahnmedizin beschränkt war. Das ist aber nur bedingt so, wenn wir die Anlage 2 a zur Kenntnis nehmen. Diese Geschichte gehört in das Absurditätenkabinett, meine Damen und Herren.

Nachdem die Universität auf den unterzeichneten Vertragsentwurf mit dem Entwurf einer Protokollnotiz am 29.11. reagierte, der die Interpretationsspielräume der Paragraphen 5 und 6 einengte, sah sich der Staatssekretär im Finanzministerium Freitagnachmittag, den 30.11., genötigt, seinerseits eine Interpretation des Paragraphen 3 vorzunehmen, die so nie in Frage stand. Jedoch bewirkte das Veto des Staatssekretärs eine neue Runde am Montag, dem 03.12., in der über Stunden zwischen Finanz- und Bildungsministerium um die Interpretation des Vertrages gerungen wurde, wohlgermerkt fünf Tage nachdem der Vertrag vom Bildungsminister unterschrieben beim Rektor zur Unterschrift lag.

(Harry Glawe, CDU: Das kann wohl nicht wahr sein! Das ist doch ein Witz!)

Sehr geehrte Frau Keler, sehr geehrter Herr Kauffold, klärt man solche Fragen nicht, bevor man einen Vertrag unterzeichnet? Welchen Wert besitzt eigentlich Ihre Unterschrift, Herr Minister Kauffold, wenn der Universität Rostock am Dienstag, dem 04.12., eine neue Anlage 2 a übersandt wird, die den Paragraphen 5 modifiziert? Was hat dies mit Vertrauen und Verhandeln, nicht zuletzt mit Fairness zu tun? Auf die Protokollnotiz sind Sie gegenüber der Universität in keiner Weise eingegangen, stattdessen beugen Sie sich dem Diktat des Finanzministeriums und konterkarieren selbst in Ihrer Pressemitteilung vom 06.12. ihre eigenen Positionen.

Erst beschränken Sie die vertraglichen Regelungen auf die Zahnmedizin. Das ist sachgerecht. Dann aber, im letzten Absatz, nehmen Sie wieder Bezug auf den Gesamthaushalt der Medizin, wobei Sie Medizinische Fakultät und Klinikum unsachgemäß miteinander vermengen, um die gesamte Universität für Bilanzverluste in Haftung zu nehmen. Das aber gibt der Vertragsentwurf so nicht her, wenn nicht, ja, wenn nicht die Interpretationshilfen der Finanzministerin dies so ausdrücklich vorsehen würden.

Meine Damen und Herren! An diesem Punkt hat das Bildungsministerium die Verhandlungen abgebrochen, obwohl nicht verhandelt wurde. Die Universität hat ihrerseits angeboten, über Protokollnotiz und Anlage 2 a noch einmal zu reden und zu verhandeln. An diesem Punkt kommen wir nicht mehr mit. Die Meinungsunterschiede sind nicht mehr unüberbrückbar. Dass an einem solchen Punkt die Verhandlungen einfach so abgebrochen werden, erschließt sich mir nicht. Daher fordern wir die Landesregie-

zung auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und den Auftrag des Landtages zu erfüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der ist an die Landesregierung und an die Universität unmittelbar gerichtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen Ergebnisse sehen!

(Harry Glawe, CDU: Genau so ist das.)

Ein letztes Wort noch an Herrn Minister Kauffold und auch an den Ministerpräsidenten. Ich habe mit Interesse vernommen, dass für Sie, Herr Ministerpräsident, erstens weniger Studiengänge mehr bedeuten als mehrere ...

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
Können, können!)

Das mag wohl sein, aber die Frage ist: Wer soll das bestimmen und auf welche Studiengänge wollen Sie verzichten? Die Antwort haben Sie noch nicht gegeben.

... und zweitens 40 Zahnmedizinstudenten in Mecklenburg-Vorpommern ausreichend sind. Mit Verlaub, sehr geehrte Herren, dieses Argument nervt mich schon lange. Sie bilden für den Bedarf in Mecklenburg-Vorpommern aus. Sie halten Kapazitäten für die Landeskinder vor. Mit diesem Argument müssten wir 90 Prozent aller Studiengänge einer kritischen Bewertung unterziehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Kaum ein Studiengang bildet zu 100 Prozent für den Bedarf in Mecklenburg-Vorpommern aus

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist auch gut so.)

und hätte nach diesem Argument seine Existenzberechtigung verloren. Die Hochschule für Musik und Theater – mein Kollege Eckhardt Rehberg hat schon darauf hingewiesen – müssten wir ganz schließen, da kaum ein Absolvent dieser hervorragenden Hochschule ein Engagement in Mecklenburg-Vorpommern bekommt,

(Siegfried Friese, SPD: Das wollten Sie 1994.)

übrigens aufgrund der „hervorragenden“ Kulturpolitik in diesem Lande.

(Siegfried Friese, SPD: Diese Hochschule wollten Sie 1994 schließen.)

Wenn die Landesregierung mit ihrem Bedarfsargument Hochschulpolitik macht, meine Damen und Herren,

(Unruhe bei Siegfried Friese, SPD,
und Eckhardt Rehberg, CDU –
Glocke der Vizepräsidentin)

das macht sie nachweislich und am Investitionskorridor werden wir das auch bald wieder zu spüren bekommen, dann bekomme ich Angst um die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist die Abkehr von zwei Volluniversitäten, das ist die Abkehr von drei Fachhochschulen und das stellt langfristig die HMT in Frage.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und, meine Damen und Herren, das ist die Abkehr von einer Politik, die die Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern gestalten könnte. Wollen Sie es dazu kommen lassen? Diese Dimensionen hat die Zahnmedizin in der Zwischenzeit bekommen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es geht längst nicht mehr nur um diese, sondern es geht um die hochschulpolitische Glaubwürdigkeit dieser Landesregierung, und die ist nachhaltig gefährdet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, darum bitte ich Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Und ich bitte Sie, Herr Minister, machen Sie endlich diesem hochschulpolitischen Trauerspiel ein Ende!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Reißmann von der Fraktion der SPD.

Dr. Manfred Reißmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Formulierung des Auftrages an die Landesregierung sind wir davon ausgegangen, dass bis zum 15. November die Verhandlung zwischen der Universität und dem Bildungsministerium unter Einbeziehung des Finanzministeriums bis zu einer unterschriftsreifen Vertragsgestaltung gelangen kann. Was jetzt vorliegt, ist der Vertrag – vom Bildungsminister unterschrieben. Er trägt eine Unterschrift.

Welche Kompromisse, welche Akzente hatte der Bildungsminister zu berücksichtigen?

Erstens. Das klare Votum des Wissenschaftsrates mit der Konsequenz, dass ein Studiengang, wenn er wieder eingerichtet wird, wenn Baumaßnahmen notwendig sind, keine Hochschulbaufördermittel erhalten würde.

Die zweite Konsequenz, dass das Image des Landes, das immer auch davon abhängt, wie der Wissenschaftsrat unsere Bemühungen hier im Lande einschätzt, bei weiteren Vorstellungen leiden würde, bei Wiedereinrichtung des Studienganges nicht mit diesem Entgegenkommen, mit diesem Engagement des Wissenschaftsrates unserer Hochschulpolitik gegenüber weiterhin zu rechnen sein würde.

Und ein dritter Aspekt: Die Gestaltung der Hochschullandschaft insgesamt, Schwerpunkte zu bilden und dort etwas draufzutun, damit das Land gute Zukunftschancen hat, erhebt schon die ernste Frage: Ist die Zahnmedizin als Studiengang zweimal im Lande in Rostock ein solcher wichtiger Aspekt für die Entwicklung der Hochschullandschaft?

Der vierte Aspekt, der berücksichtigt werden musste in den Verhandlungen, ist die strittige Frage der Kostenneutralität. Keine Mehrkosten für unser Bundesland.

Ein innovatives Konzept, das hier vorgelegt worden ist und das richtungweisend für praxisnahe Ausbildung von Studenten in der Bundesrepublik werden könnte, ist ein gewichtiges Argument, diesem auch Aufmerksamkeit und lange und zähe Verhandlungen zukommen zu lassen und zu widmen. Wenn man die Verhandlungen jetzt unter dem Aspekt sieht, dass der Bildungsminister sagt, bis zu diesem Punkt konnte ich gehen, das kann ich jetzt unterschreiben, dann ist mein dringender Appell an dieser Stelle auch: Einigen sich doch bitte beide Parteien über die Interpretation des ursprünglichen Vertragstextes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Es darf nicht so sein, dass man mit diesem Thema Wiedereinrichtung des Studienganges andere liegendebliebene oder nicht in der Öffentlichkeit bisher diskutierte Dinge mit hineinnimmt. Ich spreche hier speziell über die Defizite, die in den Kliniken der Universität in Rostock entstanden sind,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

und über deren Höhe hat sich Herr Minister Kauffold hier geäußert. Es gibt doch meiner Kenntnis nach längst mit dem neuen Verwaltungsdirektor der Universitätskliniken Gespräche, komplexe Lösungsansätze, wie und in welcher Zeitschiene diese entstandenen Defizite abgebaut werden sollen. Da muss nicht erst der Hebel Einrichtung des Studienganges Zahnmedizin, der eventuell nicht kostenneutral sein könnte,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

mit herangezogen werden, um das Thema anzusprechen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Ich weiß, dass es diese Gespräche gibt zwischen der Universität Rostock, speziell der Medizinischen Fakultät und dem Verwaltungsdirektor der Kliniken, und dem Ministerium. Mithin sind das für mich auch zwei Paar Schuhe.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Unabhängig davon, wenn Kosten eingespielt werden in der Medizinischen Fakultät oder durch die Studenten der Zahnmedizin durch Patientenbehandlung, dann gehört es auch für mich selbstverständlich dazu, dass dann seitens der Universität, seitens der Medizinischen Fakultät, seitens der Zahnklinik gesagt wird: Okay, soweit es vertretbar ist, muss auch aus dem, was an Einnahmen kommt, zu zwei Dritteln eine Schuldenabtragung, eine Abarbeitung der Defizite erfolgen. Ein Drittel bliebe normalerweise bei erwirtschafteten Mitteln bei dem, der sie erbringt.

Festzuschreiben, dass pro Jahr 1 Million Euro einbehalten wird, also nicht ausgereicht wird, in der Erwartung, dass genau diese Größenordnung mit dem Modellstudiengang eingespart werden könnte, das ist etwas, das ich hier schwer selber nachvollziehen kann, selber nachrechnen kann. Da muss ich mich dann schon darauf verlassen, dass hier fair zwischen beiden Vertragspartnern verhandelt wird.

Meine Damen und Herren! Für mich ist diese Verhandlung ein Stück Vorgriff auf das zu erwartende Landeshochschulgesetz mit dem Anspruch Autonomie, budgetierte Globalhaushalte, in den nächsten Jahren auch für die Universität vielleicht ab 2006 zu erwarten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber es hat sich bei dieser Vorstellung bei mir so ein bisschen das Bild eingestellt von der Landesregierung auf dem Kutschbock mit der Peitsche in der Hand und mit den Zügeln fest in der Hand. Und irgendwo ein Stück oberhalb der Pferdchen hängen die beiden Beutel Hochschulautonomie und budgetierte Globalzuweisung. Wenn die Pferde sich auf die Hinterbeine stellen und recken, können sie diese Futterbeutel erreichen, können den Boden erreichen, das Ziel in der entsprechenden Vorgabe, die Richtung einhalten und dann rollt der Wagen. Es muss nicht ein stumpfkufiger Schlitten auf einem Sandberg sein, sondern ein rollender Wagen. Und ich bin der Ansicht, dass es sehr wohl kein Zirkus ist, der hier betrieben wird,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sondern ernsthaftes Bemühen um die Chancen unseres Landes und ernsthaftes Bemühen, die Interpretation des ursprünglichen Vertragstextes zu einer konsensualen Lösung zu bringen. In diesem Sinne stimmt meine Fraktion dem Ersuchen der CDU-Fraktion um diesen Bericht zu und ich denke, dass hier zwischen den beiden Vertragspartnern noch Gespräche möglich sein müssen

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und erfolgen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Rißmann.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2459. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der CDU auf Drucksache 3/2459 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge, Drucksache 3/2461.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge
– Drucksache 3/2461 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Albrecht von der Fraktion der CDU.

Nils Albrecht, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Angesichts der doch umfangreichen Tagesordnung, die wir heute bewältigt haben, will ich versuchen, mich kurz zu halten.

Der Anlass des Antrages, der Ihnen hier vorliegt, denke ich mal, ist allen klar und es ist auch jedem bewusst, dass es hier um viel geht. Und ich denke mal, einige von Ihnen werden sich auch fragen, warum stellt die CDU-Fraktion den Antrag hier in diesem Parlament. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen bei der Einbringung gern auch einige Antworten darauf geben.

(Reinhard Dankert, SPD: Wir fragen aber nicht.)

Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht schlechte Nachrichten auf den Tisch flattern zur Entwicklung in den Sozialsystemen in Deutschland, sei es in der Renten-, Pflege- oder Krankenversicherung, um nur die drei wichtigsten Säulen zu nennen. Und gleichzeitig flattern uns die Beschwerden über die Qualität in den sozialen Systemen auf den Tisch, also die Frage Einnahme und Ausgabe. Hier gibt es eine große Ineffizienz in den Systemen, die zu Unzufriedenheit und Protesten führt.

Ich möchte auch ganz deutlich machen, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern das insbesondere spüren und sehr nahe spüren. Wir sind ein Land, dass in der demographischen Entwicklung künftig – und auch heute – sehr viele ältere Menschen beherbergen wird. Und gerade sie stehen vor der Frage, sie stellen die Frage, wie geht es weiter in der Gesundheitsversorgung, aber auch mit meiner Rente. Diese Fragen sind in der Vergangenheit gar nicht oder völlig unzureichend beantwortet worden,

meine Damen und Herren. Und deshalb muss Mecklenburg-Vorpommern, weil die Bürger in diesem Lande insbesondere davon betroffen sind, hier eine Vorreiterrolle spielen. Ich denke, das ist ein ganz, ganz wichtiges Signal, das wir senden können.

Lassen Sie mich auch noch zwei, drei Sätze sagen, die auf den wirtschaftlichen Bereich abzielen. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Gesundheitsland oder ist ein Land, das sich auf diesen Weg begibt. Da möchte ich ganz deutlich machen, dass wir in Zukunft sehr gute Chancen haben werden, wenn wir uns konzentrieren auf Fragen der Reha-Kliniken, wenn wir uns auch auf Fragen der Dienstleistungen konzentrieren bei Pflegeeinrichtungen. Aber auch hier sehen Sie, dass das Klientel ältere Menschen sind, die sich diese Dienstleistungen halt leisten müssen können, und nicht nur eine ausgewählte Schicht von Privatpatienten, meine Damen und Herren. Deshalb, weil uns dieses Anliegen, ein modernes und attraktives Gesundheitsland in Europa zu sein, wichtig ist, müssen wir hier Initiative ergreifen, damit die Sozialsysteme auch das zulassen, was wir hier an wirtschaftlichem Interesse verfolgen.

Meine Damen und Herren, aber auch die Kaufkraft ist ein entscheidendes Moment, wenn es darum geht, die wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zu beurteilen. Mecklenburg-Vorpommern ist derzeit leider nicht in der Lage, ausreichend im Exportgeschäft zu verdienen. Deshalb ist die Binnenkonjunktur ganz entscheidend für das Wohlergehen und für die Einkommen unserer Bürger. Meine Damen und Herren, Binnenmarkt heißt natürlich, Kaufkraft muss vorhanden sein, denn Kaufkraft belebt die Binnenkonjunktur. Nur, wenn die Lohnnebenkosten, die Sozialabgaben die Kaufkraft derart schmälern, dass der Einzelhandel in Mecklenburg-Vorpommern schon seit vielen Jahren an der Existenzgrenze lebt, meine Damen und Herren, dann wissen wir, dass an dieser Stelle ganz besonders deutlich wird, welche Verantwortung wir auch als Politiker haben in diesem Land, Einfluss zu nehmen auf die Entwicklung bei den Lohnnebenkosten.

Nicht zuletzt wird durch diese Lohnnebenkosten auch die Einrichtung neuer Arbeitsplätze verhindert, das wissen Sie. Die jungen Unternehmer, die es geschafft haben, sich zu gründen, die jungen Unternehmer, die sich gründen und wirklich überlegen, ob sie sich vielleicht Mitarbeiter leisten sollen, stehen spätestens nach der Kalkulation über die Kosten der Mitarbeiter dann doch vor der Frage, ob sie nicht lieber auf Personal von Zeitarbeitsfirmen zurückgreifen. Meine Damen und Herren, das ist eine Situation, die Existenzgründungen in Mecklenburg-Vorpommern natürlich nicht fördern kann. Und ich sage das ganz bewusst, das ist tägliches Geschäft. Wer das ignoriert, der ignoriert die Realitäten in Mecklenburg-Vorpommern, der ignoriert auch die Realitäten in Deutschland.

Meine Damen und Herren, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es die Möglichkeit, und das ist eine hervorragende Sache, dass die Länder über eine Bundesratsinitiative auch auf bundespolitische Themen Einfluss nehmen können. Und dieses Instrument sollten wir ganz dringend nutzen, um hier ...

(Reinhard Dankert, SPD: Schicken Sie den Antrag nach Sachsen! – Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

In Sachsen gibt es diese Probleme in keiner Weise.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber das ist ja merkwürdig. Das haben wir in der bundesgesetzlichen Regelung auch. – Reinhard Dankert, SPD: Ich habe gesagt, Sie sollen den Antrag nach Sachsen schicken. Vielleicht machen die es ja.)

Meine Damen und Herren, wenn ich das höre – also der Vergleich mit Sachsen hinkt an dieser Stelle nun wahrlich. Wir sind hier nun wirklich ganz, ganz besonders aufgerufen in Mecklenburg-Vorpommern, weil wir in ganz besonderem Maße auch betroffen sind von diesen Auswirkungen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber vielleicht lesen Sie das noch mal in Ruhe durch und begreifen dann, worum es geht!

Ich habe Ihnen, denke ich, zwei, drei Beispiele gegeben, die die Wichtigkeit dieses Antrages hervorheben. Geben Sie ein deutliches Signal an die Menschen weiter, dass Ihnen dieses Thema wichtig ist!

(Reinhard Dankert, SPD: Das werden wir tun. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Geben Sie Antworten und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke.

(Beifall Dr. Christian Beckmann, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Albrecht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Bunge.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die jüngsten Ankündigungen zu Beitragssatzsteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung können natürlich niemanden froh stimmen. Jeder Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge belastet Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und natürlich auch Unternehmen. Deshalb misst die Landesregierung der Entwicklung der Beitragssätze große Beachtung bei.

Aber die Landesregierung hat bereits Initiativen unternommen,

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU, und Harry Glawe, CDU)

zum Beispiel gegenüber dem Bund ganz wesentlich zur Einführung des gesamtdeutschen Risikostrukturausgleichs

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

in der gesetzlichen Krankenversicherung beigetragen und für Entlastung gesorgt.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und, Herr Glawe, da Sie sich so hämisch freuen, sei Ihnen gesagt, die Einführung des bundesdeutschen Risikostrukturausgleichs erfolgte

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

ohne Unterstützung, und zwar gegen massiven Widerstand der unionsgeführten südlichen Bundesländer.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist wohl die Wahrheit. – Zurufe von
Nils Albrecht, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Mit dieser Regelung erhält allein die AOK Mecklenburg-Vorpommern pro ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Frau Präsidentin, ich würde bitten, dass Sie mal dafür sorgen, dass der Herr dort auch zuhören kann,

(Barbara Borchardt, PDS: Das schafft die Präsidentin auch nicht.)

denn er erzählt laufend etwas Verkehrtes dazwischen. Er hat Nachholbedarf.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Peter Ritter, PDS: Das schafft selbst die Präsidentin nicht, Martina. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Er hat ja Ohropax drin. Er kann ja nicht hören.)

Ja, wahrscheinlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Frau Ministerin, Sie dürfen reden. Ich achte darauf, dass auch Herr Glawe zuhört.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Ich danke, dass Sie darauf achten.

Also mit dieser Regelung allein hat die AOK Mecklenburg-Vorpommern 200 Millionen DM Finanzausgleich erhalten. Umso bedauerlicher ist es, dass jetzt die AOK und auch die IKK einen zweistelligen Zuwachs bei den Arzneimittelausgaben haben.

(Harry Glawe, CDU: Ja!)

Und es ist völlig klar, dass ich als Sozialministerin deshalb die Krankenkassen und die Ärztinnen und Ärzte auffordere, ihre gesetzliche Pflicht zur Information und Beratung der Ärzte gewissenhaft zu erfüllen. Und ich meine, jetzt müssen entsprechend der gesetzlichen Pflicht die Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchgesetzt werden. Ich erwarte von den Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung unverzügliches Handeln. Und die Beteiligten wissen sehr genau, dass ich nicht zögere, auf meine aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten gegenüber der Selbstverwaltung zurückzugreifen und sie auszuschöpfen.

Zu diesem CDU-Antrag möchte ich Folgendes sagen. Sie werden mit dem Versuch scheitern, politisches Kapital aus den jüngsten Beitragssatzsteigerungen der Krankenversicherung zu ziehen.

(Beifall Torsten Koplín, PDS –

Nils Albrecht, CDU: Es geht um die Menschen in diesem Land und nicht um politisches Kapital.)

Wenn Sie jetzt den Untergang des Wirtschaftsstandortes an die Wand malen – entsprechende Äußerungen gibt es –, dann finde ich das, gelinde gesagt, unredlich. Denn die heutige desolante Lage ist nicht allein in der letzten Zeit entstanden.

(Torsten Koplín, PDS: Genau. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie ist ganz wesentlich auch das Ergebnis vieler Jahre verfehlter Sozialpolitik der früheren Bundesregierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS
und Dr. Margret Seemann, SPD –
Torsten Koplín, PDS: Richtig. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gerade unter Ihrer Regierungsverantwortung sind die größten Verschiebebahnhöfe eröffnet worden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Während der Amtszeit der unionsgeführten Bundesregierung haben Ihre politischen Freunde massiven Leistungsabbau in der Sozialversicherung betrieben.

(Harry Glawe, CDU: Das waren wir, ja.)

Arbeitsminister Blüm war es, der die Höhe der gesetzlichen Renten auf Sozialhilfeniveau absenken wollte,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Torsten Koplín, PDS: Richtig.)

und zwar ohne ergänzende steuergeförderte Zusatzrente.

(Nils Albrecht, CDU: Und das werfen Sie der CDU in Mecklenburg-Vorpommern vor?)

Unter Minister Blüm und Seehofer wurden die Höhe des Arbeitslosengeldes, die Höhe des Krankengeldes und die Laufzeit abgesenkt. Ihre Bundesregierung war es, die in die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung eingegriffen sowie massive Zuzahlungen gefordert und eingeführt hat.

(Harry Glawe, CDU: Und das machen Sie heute weiter.)

Und das betrifft die Menschen, wenn Sie auf die Menschen abstellen, Herr Albrecht.

(Nils Albrecht, CDU: Das hilft ihnen auch sehr viel, diese Ausführungen. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie haben damit nicht die Versicherten, sondern die Kranken mit über 4 Milliarden DM belastet

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und trotz dieser massiven Leistungseingriffe keine Beitragsstabilität erreicht. Im Gegenteil, seit 1990 bis 1998 hatten wir einen Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge von 35,8 auf 42,1 Prozent. Das haben Sie zugelassen.

(Nils Albrecht, CDU: Ich habe das nicht zugelassen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und es war schließlich die Union, die die Kosten der deutschen Einheit der Sozialversicherung aufgebürdet hat. Ohne diese Fehlentscheidungen hätten wir Probleme dieses Ausmaßes heute nicht.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD –
Torsten Koplín, PDS: Sie haben es auf über 40 Prozent gebracht.)

Die Landesregierung braucht die Nachhilfe der Opposition nicht, wenn es um Initiativen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme geht.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wie haben Sie sich denn beziehungsweise Ihre politischen Freunde bei den Reformmaßnahmen dieser Legislaturperiode verhalten?

(Torsten Koplín, PDS: Immer gesperrt.)

Sowohl bei der Rentenreform als auch beim Job-AQTIV-Gesetz haben Sie nur parteitaktisch, nicht anders agiert.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD –
Torsten Koplín, PDS: Ideologisch.)

Die dringend notwendige Sicherung der geringfügig Beschäftigten und die damit verbundenen Einnahmeverbesserungen der Sozialversicherungen

(Harry Glawe, CDU: Sie haben ja
Rauchen für den Frieden eingeführt.)

durch das 630-Mark-Gesetz haben Sie bekämpft und bekämpfen Sie noch heute.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Bei der Diskussion um die Fortsetzung der Gesundheitsreform haben Sie Rezepte.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben die Steuer
eingeführt für Rauchen für den Frieden.)

Diese Rezepte sind von gestern und von vorgestern. Sie wollen im Grunde so weitermachen.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Torsten Koplín, PDS)

Ich erspare mir, Einzelbeispiele aus dem Papier „Neue soziale Marktwirtschaft“ für einen neuen Vertrag zwischen Politik und Bürger hier darzustellen.

(Nils Albrecht, CDU: Klar! Klar!)

Aber ich empfehle, da mal nachzusehen.

(Nils Albrecht, CDU: Ja gern.)

Für uns geht es nicht mit dem Griff in den Geldbeutel der Kranken

(Torsten Koplín, PDS: Richtig.
Bei den sozial Schwächsten, genau.)

und auch nicht hin zu einer Zweiklassenmedizin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
PDS und Dr. Margret Seemann, SPD –
Zurufe von Nils Albrecht, CDU, und
Dr. Christian Beckmann, CDU)

Das ist immer noch kein Aussetzen der Parität. Vielleicht lernen Sie mal die Ordnungsprinzipien der Sozialversicherung kennen!

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD, und
Torsten Koplín, PDS – Nils Albrecht, CDU:
Sie haben doch den Griff in die Taschen
der Bürger verursacht.)

Die jetzige Bundesregierung hat sehr klar zu verstehen gegeben, dass es mit Reformen in der nächsten Legislatur in der Gesundheitsreform, in der Arbeitslosen- und auch in der Rentenversicherung weitergeht.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Nils Albrecht, CDU: Warum nicht jetzt?! –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und mir fällt es schwer, Ihren Antrag überhaupt ernst zu nehmen, dass jetzt das Land Gesetzesvorschläge – und dann noch für alle Zweige – an den Bund machen soll.

(Nils Albrecht, CDU: Ein klares Signal.)

Ich möchte mal wissen, was Ihre politischen Freunde in Berlin dazu sagen, wenn sie diese bundespolitischen Ambitionen so drei Minuten vor dem Wahlkampf hier hören. Und dann werden wir schon sehen, was Ihre Oberen sagen,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Torsten Koplín, PDS: Da geht
der Daumen nach unten.)

wenn sich hier die Landtagsfraktion mit eigenen Vorschlägen einmischt. Na das möchte ich mal sehen!

(Reinhardt Thomas, CDU: Wir haben doch
nicht so ein Hierarchieprinzip, das so ausgeprägt ist wie in der Landesregierung. –
Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Klären Sie das erst mal in Ihren eigenen Reihen!

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Die nehmen die auch nicht für voll.)

Ja, wahrscheinlich.

Die Landesregierung setzt sich mit entsprechenden Vorschlägen ein. Gerade jetzt auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik läuft noch sehr viel. Vielleicht nehmen Sie das mal zur Kenntnis! Und wir werden auch in Konzeptionen unsere Vorschläge äußern.

(Harry Glawe, CDU: Oi, oi, oi!)

Zum Beispiel gehen wir davon aus: Eine aufgabenorientierte Gesundheitspolitik muss durchgesetzt werden. Kein Abstrich vom Sozialstaatsprinzip, denn die Verfassung muss ernst genommen werden.

(Beifall Torsten Koplín, PDS)

Es muss eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Versicherten gewährleistet werden.

Natürlich braucht das strukturelle Überlegungen, Verbesserungen für die Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenversicherung. Dies muss ernsthaft geprüft werden. Und ich meine, das darf nicht nur beim Mitglieds- und Beitragsrecht Halt machen, es muss nachgedacht werden über die Steuerfinanzierung für versicherungsfremde Leistungen und darüber, dass die Wirtschaft belastet wird entsprechend ihres Leistungsvermögens und nicht pauschal.

(Nils Albrecht, CDU: Und dann werfen Sie
uns den Griff ins Portemonnaie anderer vor!)

Darüber sollten wir, sollten Sie mal nachdenken!

(Nils Albrecht, CDU: Dann werfen Sie
uns den Griff ins Portemonnaie anderer vor. –
Torsten Koplín, PDS: Sie haben's nicht raus-
gekriegt aus der Tasche anderer Leute.)

Sie sollten vielleicht mal in die Diskussion über diese Vorschläge eingreifen, dann kann ich Sie ernst nehmen, aber nicht mit solchen plakativen Anträgen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sehr richtig. Sehr wahr. Aber das kann der
Herr Glawe nicht. – Barbara Borchardt, PDS:
Aber das war jetzt nicht der Herr Glawe. Da
muss ich ihn mal in Schutz nehmen. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist doch ganz egal.)

Meine Damen und Herren, wir brauchen Reformen, das steht außer Frage, in allen Sozialversicherungszweigen. Wir müssen auch den Mut haben

(Dr. Christian Beckmann, CDU:
Beitragserhöhungen.)

und dazu möchte ich die Koalitionsfraktionen recht herzlich auffordern, wirklich an den bekannten Systemmängeln und Fehlsteuerungen anzusetzen. Bei entsprechendem politischen Willen sind solche Reformen auch möglich, aber zu gegebener Zeit. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Harry Glawe, CDU: Donnerwetter!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

(Harry Glawe, CDU: Das war die ganze Reform?)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

(Harry Glawe, CDU: Das war nicht viel, ne?!)

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der uns heute vorliegende Antrag von Ihnen, meine Damen und Herren der CDU, zeigt wieder einmal, dass Sie keinerlei Interesse haben, sich mit konstruktiven Anträgen in die Landespolitik einzubringen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Dr. Manfred Reißmann, SPD –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Dies ist wieder mal ein typisch polemischer CDU-Antrag. Hätten Sie es alles besser gewusst, dann hätten Sie genug Zeit gehabt, das zu tun.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Aber das Thema wärme ich nicht schon wieder auf, schon gar nicht, wenn nur noch sieben Abgeordnete von Ihnen bei diesem für Sie so wichtigen Thema im Raum sind.

(Reinhard Dankert, SPD: Das sind schon viele.)

Zum Antrag konkret: Was können wir hier lesen? Allgemeinplätze, Aufforderungen, aber keinerlei eigenständige Vorstellungen. Also alles wie immer! Sie fordern von uns, alle Reformen, und zwar die auf Bundesebene, der letzten Jahre rückgängig zu machen.

(Harry Glawe, CDU: Die müssen auch rückgängig gemacht werden. Rauchen für den Frieden haben wir noch nie gehabt.)

Aber, meine Damen und Herren, wo sind denn Ihre Vorschläge, wie Sie es besser machen wollen?! Ich habe sie eben von Herrn Albrecht nicht gehört. Ich bin gespannt, was Herr Glawe zu den Vorschlägen sagt. Und ich bin erst mal auf Ihr Wahlprogramm gespannt.

(Harry Glawe, CDU: Sie werden
sich heute noch wundern.)

Der Antrag scheint mir ein Ausschnitt daraus zu sein.

In Ihrem Antragstext sprechen Sie von einer Reform der Sozialversicherung ausschließlich mit der Begründung, die Lohnnebenkosten zu senken. Kein Wort davon, dass es um die Menschen geht, dass es uns zum Beispiel

darum geht, auch in Zukunft ein umfassendes, das medizinisch Notwendige abdeckendes Gesundheitswesen zu sichern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Lösungen müssen ja wohl bei den Patienten ansetzen, für die das Gesundheitswesen aufgebaut worden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Torsten Koplín, PDS: Genau so ist es. –
Harry Glawe, CDU: Ich glaube, Sie kennen Ihr
eigenes Wahlprogramm nicht, Frau Kollegin.)

Und in Ihrer Begründung sprechen Sie dann sogar noch von der Überalterung der Gesellschaft.

(Torsten Koplín, PDS: Übelst! Das ist übelst!)

Ich finde, das ist eine übelste Begriffswahl.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Hinrich Kuessner, SPD: Richtig.)

Und erst die Begründung, du meine Güte!

(Beifall Hinrich Kuessner, SPD)

Die ist Ihnen nun wirklich gelungen. Sie haben es geschafft, Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik in einen kurzen, nichts sagenden Antrag zu pressen. Herzlichen Glückwunsch!

(Hinrich Kuessner, SPD: Ich staune.)

So, nun zu den Fakten: Stabile Beiträge und angemessene Renten sind grundlegende Ziele unserer Politik.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, und deswegen
haben Sie die Rentenerhöhung zweimal
ausgesetzt und die Rentner beschissen. –
Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Auch unter schwierigen Bedingungen werden wir versuchen, sie zu verwirklichen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was Sie
da sagen, nehmen andere nicht in den Mund.)

Dies muss von stabilen Rentenversicherungsbeiträgen begleitet werden.

(Beifall Hinrich Kuessner, SPD)

Die Lohnnebenkosten sind dabei natürlich ein wichtiger Faktor für das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Ich denke, da haben wir auch gar keine unterschiedliche Auffassung.

Damit in einer solchen Situation ein Ansteigen der Beiträge verhindert werden kann, haben wir ein Sicherheitspolster, die so genannte Schwankungsreserve. Um die zeitlich begrenzten Einnahmeprobleme auszugleichen, ohne über steigende Beiträge Arbeitnehmer und Unternehmen zu belasten, wird eine Absenkung der Schwankungsreserve erwogen.

(Nils Albrecht, CDU: Na toll! Das schafft
Vertrauen. Das schafft Vertrauen.)

Meine Damen und Herren, durch die Maßnahmen des Gesetzgebers, einschließlich der Absenkung der Beiträge für Empfänger von Arbeitslosenhilfe ab 2001, ergibt sich eine Belastung in einer Größenordnung von circa 2 bis 3 Milliarden DM, das heißt rund ein Prozent des Ausgabenvolumens der gesetzlichen Krankenversicherung. Diese Mehrbelastungen sind zum erheblichen Teil Folgen

von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes wie insbesondere die Entscheidung zur Berücksichtigung von Einmalzahlungen bei der Bemessung des Krankengeldes. Den hierdurch bedingten Mehrausgaben beim Krankengeld stehen allerdings auch Mehreinnahmen durch die Berücksichtigung der Einmalzahlung bei Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung für Bezieher von Arbeitslosengeld gegenüber.

Hinzu kommt, dass die Bundesregierung mit der Regelung der Einmalzahlungen eine nicht verfassungskonforme Regelung der Kohl-Regierung korrigieren musste. Die vorgenommene Absenkung der Beitragsbemessungsgrundlagen für sämtliche Leistungsempfänger nach dem Arbeitsförderungsgesetz und gleichzeitige Anhebung der Beiträge aus Krankengeld an Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung ab dem Jahr 1995 mit einem Finanzvolumen von über 5 Milliarden DM wurden durch Beitragssatzanhebungen in der letzten Legislaturperiode mehr als ausgeglichen. Dies kann also nicht als Begründung für die aktuellen Beitragssatzveränderungen herhalten.

(Harry Glawe, CDU: Nee, ne?)

Weiter werden die Absenkung der Zuzahlungen für Arzneimittel und die Verbesserung der Zuzahlungsbefreiungen sowie weitere mit dem GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz und der GKV-Gesundheitsreform 2000 vorgenommene Leistungsverbesserungen als Ursache für Finanzschwierigkeiten heute genannt.

(Harry Glawe, CDU: Na, das ist doch richtig. Das müssen Sie doch zugeben.)

Diese Verbesserungen, die im Übrigen dringend nötig waren,

(Nils Albrecht, CDU: Die reichen ein Vierteljahr und nicht länger.)

um die Solidarität wiederherzustellen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sind durch die Beitragseinnahmen aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gegenfinanziert. Diese Beiträge bringen der gesetzlichen Krankenversicherung für ausschließlich geringfügig Beschäftigte und geringfügig Nebenbeschäftigte insgesamt Mehreinnahmen von bis zu 3 Milliarden DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und mehr Schwarzarbeit! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine wesentliche Ursache für die finanziellen Schwierigkeiten bestimmter Krankenkassen ist die Risikoentmischung, weil junge, gesunde und meist gut verdienende Versicherte sich in Kassen mit günstigen Beitragssätzen sammeln. Frau Ministerin hat vorhin ja schon darauf hingewiesen. Dies verringert das Beitragsaufkommen und summiert die Ausgaben in den Kassen, die ohnehin schon höhere Beitragssätze haben. Dies soll mit der Änderung des Kassenwahlrechts und der Neuordnung des Risikostrukturausgleichs dahin gehend korrigiert werden, dass sich in Zukunft die Versorgung von kranken Menschen für Krankenkassen lohnt.

(Nils Albrecht, CDU: Wann? Wann, Frau Seemann?)

Stichwort Arzneimittelversorgung: Wo immer es Gleiches preiswerter gibt, soll das preiswerte Medikament den Vorzug erhalten.

(Beifall Hinrich Kuessner, SPD)

Ich möchte hier nicht den gesamten Katalog der Vorhaben und der bereits geschaffenen gesetzlichen Voraussetzungen vorstellen.

(Harry Glawe, CDU: Die Zahlen sprechen gegen Frau Ministerin Bunge.)

Ich denke, dies ist bekannt.

(Harry Glawe, CDU: 1,3 Milliarden Mark! – Glocke der Vizepräsidentin)

Und, meine Damen und Herren von der CDU,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

bevor Sie weiter in Unkenntnis hier plaudern, gebe ich Ihnen einen Tipp:

(Torsten Koplín, PDS: Das hat doch Frau Bunge nicht verbraucht. Das ist doch Unsinn, Herr Glawe.)

Am 5. Dezember hat die Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema mittel- und langfristige Gestaltung des deutschen Gesundheitswesens eine Veranstaltung durchgeführt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Lesen Sie sich doch dazu mal die Beiträge durch! Die sind für Sie, glaube ich, sehr erhellend.

(Nils Albrecht, CDU: Die hat doch Ihre Gesundheitsministerin drei Tage später über Bord geworfen.)

Aber falls Sie das nicht wollen, am 06.12. haben das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium für Gesundheit ein Symposium zum Zukunftsmarkt Gesundheit durchgeführt. Auch die Beiträge dürften für Sie ganz interessant sein.

(Torsten Koplín, PDS: Das sollten sie mal lesen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht Ihnen hier nicht um die Senkung der Lohnnebenkosten,

(Nils Albrecht, CDU: Ach was!)

sondern es geht hier um Polemik.

(Zurufe von Nils Albrecht, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Uns geht es ebenso, das hatte ich vorhin schon gesagt, uns geht es ebenso darum, dass die Leistungen für die Beitragszahler und Beitragszahlerinnen weiter vorgehalten werden können. Im Bereich der Sicherstellung für die Gesundheitsversorgung heißt das unter anderem Verbesserung der medizinischen und pflegerischen Qualität im System, Modernisierung des Vertragsrechts, Stärkung der Solidarität und der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung, Verbesserung der Chancengleichheit, Stärkung der Patientenrechte, Ausweitung der Prävention.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wählerinnen und Wähler sollen darüber entscheiden, ob es einfach nur billiger sein soll oder ob sie für ihre Beiträge qualitativ hochstehende medizinische Versorgung erwarten. Das heißt, wollen die Menschen eine Zweiklassenmedizin,

(Torsten Koplín, PDS: Genau, die wollen sie nämlich.)

die Ihre Partei, Herr Glawe, in die Begriffe von Grund- und Wahlleistungen fasst, oder wollen wir auch in Zukunft ein umfassendes, das medizinisch Notwendige abdeckendes Gesundheitswesen?

(Torsten Koplín, PDS: Genau das wollen wir. – Harry Glawe, CDU: Sie führen die Zweiklassenmedizin durch die Hintertür ein und beklagen es jetzt.)

Eines möchte ich aber deutlich sagen, das solidarisch finanzierte Gesundheitssystem muss beibehalten werden und die medizinisch notwendigen Leistungen müssen gewährleistet sein und zu bezahlbaren Preisen angeboten werden.

(Harry Glawe, CDU: Na toll!)

Nur wenn die Solidarität gestärkt wird, lässt sich die Zukunft des Gesundheitswesens gestalten.

(Harry Glawe, CDU: Widerspruch.)

Zukunftsorientiert heißt für mich aber auch, über die Finanzgrundlagen zu reden, über die Beibehaltung der Beitragsbemessungsgrenze und über die Überprüfung der Versicherungspflichtgrenze. Wie schwierig es ist, ein System, von dem permanentere Formen gefordert werden, tatsächlich effektiver, transparenter und patientenorientierter zu gestalten, wird bei diesem Thema mehr als deutlich. Dies kann nicht Hals über Kopf geschehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau, nächste Wahlperiode.)

Und, meine Damen und Herren von der CDU, kurzfristig können Beiträge und Lohnnebenkosten – kurzfristig! – nicht in dem Maße gesenkt werden, wie wir uns das vielleicht alle vorstellen.

(Harry Glawe, CDU: Das haben Sie aber versprochen. Wir kennen Ihr Wahlprogramm.)

Aber unsere Vorschläge auf Bundesebene sollen Fehlentwicklungen und Systemblockaden beheben und werden langfristig auch zur Senkung der Lohnnebenkosten führen.

Die Fraktion der SPD lehnt aus den vorgenannten Gründen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Herr Riemann, Ihren Zwischenruf weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Barbara Borchardt, PDS: Welchen denn? Er hat doch so viel gesagt. – Dr. Margret Seemann, SPD: Was hat er denn gesagt? – Torsten Koplín, PDS: Na diese Ferkelei vorhin.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Albrecht von der Fraktion der CDU.

Nils Albrecht, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Ministerin, ich bin insofern auf der einen Seite enttäuscht,

(Torsten Koplín, PDS: Ich auch. Ich auch.)

als dass es doch wieder nicht gelungen ist, einmal sachorientiert zu diskutieren.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Torsten Koplín, PDS: Gucken Sie mal Ihren Antrag an!)

Sie haben leider wieder mal in die Polemikkiste gegriffen und mit der Keule draufgedroschen mit Themen,

(Barbara Borchardt, PDS: Wir sind ja gegen Gewalt.)

die so uralt sind, die so uralt sind.

(Barbara Borchardt, PDS: Erzählen Sie nicht so was! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Albrecht, wie sagte Ihr Kollege Bollinger dereinst: Wer sich in Gefahr begibt, kriegt eins auf die Nuss. – Heiterkeit bei den Abgeordneten – Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ich bin ja tolerant und höre sogar zu, was der Kollege zu sagen hat. Aber es war nicht besonders inhaltsreich, deswegen lassen Sie mich mal fortfahren.

Frau Ministerin Bunge, der Hinweis auf die Verantwortung anderer Regierungen hilft den Menschen nicht ein Stückchen weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, PDS: Man muss dann auch dazu stehen und das machen Sie auch nicht. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: So ist das eben.)

Das ist leider die Wahrheit. Aber jetzt sage ich Ihnen meine persönliche Meinung zu der Zeit.

(Barbara Borchardt, PDS: Nun geht es aber voll los. Nun sind wir aber gespannt. – Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

In meiner Generation hatte ich erhebliche Diskussionen,

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Barbara Borchardt, PDS)

als unser Parteifreund Blüm die Plakate klebte mit der Aufschrift „Die Rente ist sicher“. Meine Damen und Herren, da sage ich Ihnen ganz offen als der Abgeordnete, der hier sitzt: Das fand ich nicht so prickelnd, weil ich sagte, das ist wider besseres Wissen, was er da macht – „Die Rente ist sicher“. Aber auf der anderen Seite hat Herr Blüm hervorragende Leistungen erbracht.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh ja, da knabbern wir heute noch dran.)

Das will ich Ihnen sagen und das wissen Sie auch. Die Einführung der Pflegeversicherung war wirklich eine Revolution im Sozialleistungsdienst.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, dass sie heute natürlich wieder krankt und auf dem Not-OP-Tisch liegt, das hat natürlich auch mit der demographischen Entwicklung

(Barbara Borchardt, PDS: Das liegt auch ein bisschen an der Konstruktion.)

und mit der Untätigkeit der jetzigen Regierung zu tun, meine Damen und Herren.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ja. – Barbara Borchardt, PDS: Ah ja.)

Und da bin ich an einem Punkt, wo ich darum bitte, dass ich mal zitieren darf.

(Barbara Borchardt, PDS:
Wie war das mit dem Erfolg?)

Zu Ihnen komme ich auch noch, meine Liebe.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wissen Sie, Herr Albrecht, ich find den Norbi jetzt gut. – Wolfgang Riemann, CDU: Und am Ende bricht die Liebe aus. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Gestatten Sie mir, dass ich zwei Zitate verwende. Ich darf zitieren: „Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, dass die Sozialabgaben gesenkt werden. Die Entlastung der Arbeit durch Verringerung der gesetzlichen Lohnnebenkosten ist ein Eckpfeiler unserer Politik für neue Arbeitsplätze.“

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

„Zum einen werden wir Strukturreformen durchführen, um die Zielgenauigkeit und Wirtschaftlichkeit der sozialen Sicherungssysteme zu verbessern, zum andern werden wir die Abgabenbelastung durch eine ökologische Steuerreform verringern.“ So weit das Zitat. (Wir bleiben unter 40 Prozent oder kommen dort hin.)

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, so weit das Zitat aus dem Wahlprogramm der SPD, zu den politischen Zielen einer Bundesregierung, die mittlerweile über drei Jahre tätig ist. Und jetzt lassen Sie mich ein zweites Zitat nennen.

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Albrecht, wir sind davon ausgegangen, dass wir nicht nach drei Jahren wieder abtreten.)

Dass Ihnen das nicht reicht, ist mir klar.

Ein zweites Zitat: „Die derzeitigen finanzpolitischen Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland sind in wichtigen Bereichen nicht zukunftsfähig, und zwar in einem Sinne, der weit hinausgeht über diejenigen Fragen, die üblicherweise unter dem Stichwort des Konsolidierungsbedarfes öffentlicher Haushalte diskutiert werden. Der Hauptgrund dafür liegt neben der immer noch hohen Staatsverschuldung im Zusammenwirken der geltenden sozialstaatlichen Regelungen mit den sich abzeichnenden demographischen Veränderungen in Gestalt niedriger Geburtenziffern bei gleichbleibenden Lebenserwartungen.“ Meine Damen und Herren, das ist ein vernichtendes Zitat aus der kürzlich vorgelegten Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirates des Finanzministeriums, einer Einrichtung, die der SPD sehr nahe stehen dürfte, und es zeigt, dass es wirklich ernst ist und dass es nichts mit Parteipolemik zu tun hat, wenn wir diese ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Deswegen sollen Sie nicht solche flachen Anträge bringen, wenn das so ernst ist.)

Ja, das tun wir.

(Torsten Koplín, PDS: Was haben Sie denn da in die Begründung geschrieben?)

Liebe Frau Seemann, uns zu unterstellen, dass das Parteipolemik ist, drei Minuten vor dem Wahlkampf! Also wissen Sie, wir machen Wahlkampf, der dann wirklich ange-

bracht ist und nicht fast ein Jahr vorher. Frau Bunge, da liegen Sie völlig falsch.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Harry Glawe, CDU: Das würden wir nie machen.)

Hier geht es wirklich um die Sache.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir machen jetzt richtige Sacharbeit.)

Also in einem Punkt sind wir uns einig, meine Damen und Herren, alle, die wir hier sitzen: Die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und auch in unserem Land macht eine umfassende Reform notwendig. Und das ist eine Erkenntnis, die seit Jahrzehnten bekannt ist.

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Meine Damen und Herren! Bereits 1999 lagen die Beiträge für Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung bei 41,2 Prozent des Bruttoeinkommens und werden in den kommenden Jahren steigen – wir haben es jetzt auch wieder erleben müssen – und nähern sich bedrohlich der 50-Prozent-Marke.

(Reinhard Dankert, SPD: Die Schweden haben 60 Prozent. – Barbara Borchardt, PDS: Wir haben die falsche Verteilung. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern spüren dieses Missverhältnis zwischen dem eigenen Arbeitslohn und dem, was übrig bleibt, meine Damen und Herren. Und jetzt kommen wir auch noch mal dazu, was da von dem, was übrig bleibt, auch noch abgezogen wird: Ökosteuer.

(Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

Meine Damen und Herren, diese Bürger, die das Fahrzeug brauchen, um zum Arbeitsort zu kommen, werden betrafft dafür, dass sie im ländlichen Raum wohnen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Die sollen sich mehr Pferde halten.)

Meine Damen und Herren! Die Tabaksteuer und die Versicherungssteuer dienen dazu, Friedensmissionen zu finanzieren. Wir sind das einzige Land, das die Bürger zur Kasse bittet für die Friedensmissionen, die wir in der Welt zu erfüllen haben, meine Damen und Herren.

(Angelika Peters, SPD: Friedensstiftend ist das nicht. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Was bleibt denn da noch übrig zur Konsumtion? Was bleibt denn da noch übrig, um die Binnenwirtschaft in diesem Land ...

(Barbara Borchardt, PDS: Sie wissen aber auch nicht, was Sie wollen. – Harry Glawe, CDU: Rauchen für den Frieden und Rasen für die Rente. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Wer aber wirklich etwas tun will, wer wirklich Wachstum und Beschäftigung fördern will, wer wirklich dafür sorgen will,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass wir neue Arbeitsplätze bekommen, die wir dringend brauchen, da sind wir uns völlig einig, und auch alte Arbeitsplätze erhalten will, der muss dafür sorgen, dass

Arbeit wieder bezahlbar wird und die Löhne von den viel zu hohen Lohnnebenkosten entlastet werden. Das ist Fakt. Und, meine Damen und Herren, das hat auch etwas mit Wirtschaftsförderung zu tun. Natürlich geht es bei der Frage auch um die soziale Sicherung. Es geht nicht darum, das haben Sie ganz bewusst in einen Topf geworfen, Frau Dr. Seemann, einfach um uns zu unterstellen, wir würden nur eine Seite beleuchten. Natürlich geht es auch darum, dass wir hier die soziale Sicherung, die Frage nach der sozialen Sicherung für die Zukunft stellen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich habe doch nur den Antrag zitiert. – Torsten Koplin, PDS: Habt Ihr den überhaupt geschrieben, den Antrag?)

Das hat doch aber nichts damit zu tun, dass das andere ausgeschlossen ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dann müssen Sie es reinschreiben. – Torsten Koplin, PDS: Wir kennen doch nur Ihren Antrag vorher.)

Wir schreiben unsere Anträge noch selbst. Wenn wir vielleicht im Gesundheitsausschuss noch einen gemeinsam hinkriegen würden, können wir da gerne auf Ihren Rat zurückgreifen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Also wenn Sie nicht schreiben, was Sie meinen.)

Genauso, Frau Dr. Seemann, meine Damen und Herren, wie auch in unserem Bundesland die älteren Menschen ein Recht auf die Frage haben,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD – Beifall Beate Mahr, SPD)

welche Lebensleistungen berücksichtigt werden für die Rente, genauso haben auch die Jüngeren in diesem Land ein Recht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Bin ich denn hier im Panoptikum oder was ist hier los?)

geschützt zu werden vor finanzieller Überlastung.

Und der Hinweis von Frau Dr. Seemann, warum nichts Konkretes drinsteht, ist für eine Abgeordnete, die schon so lange in diesem Parlament sitzt, jedenfalls länger als ich,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie heben doch nicht etwa auf ihr Alter ab? Das ist aber sehr uncharmant. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

der Hinweis darauf, dass nichts Konkretes an Maßnahmen drinsteht. Den hätten Sie sich ersparen können, Frau Seemann, weil das eine Angelegenheit der Bundesebene oder der Bundesregierung ist. Wir sind aufgerufen, eine Initiative zu starten. Ich kann Ihnen gerne etwas vorlegen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Genau. – Barbara Borchardt, PDS: Der Antrag ist es. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist ein so dickes Material und Ihre Kollegin, die Frau Bunge, hat ja auch hingewiesen auf verschiedene Maßnahmen.

(Barbara Borchardt, PDS: Das ist die Ministerin.)

Sie haben auch noch mal zitiert aus bestimmten Papieren.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie sind aufgefordert als Opposition, solide Anträge abzugeben. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, aber nicht konkrete Maßnahmen zu formulieren, wenn sie da gar nicht hingehören.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber ja.)

Das wissen Sie wesentlich besser als ich und trotzdem sagen Sie es wider besseres Wissen. Ich kann nichts für Ihr Urteilsvermögen, dafür kann ich nichts.

(Barbara Borchardt, PDS: Da hat er Recht. Dafür kann er nichts.)

Wenn das danebenliegt, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass es hier bei diesem Antrag wirklich um die Frage geht: Wie geht es weiter mit der Sicherung der Sozialleistungen auch in unserem Bundesland? Und ich hatte Ihnen am Anfang auch gesagt, welche wirtschaftlichen Effekte dahinterstehen, welche wirtschaftlichen positiven Effekte entstehen könnten,

(Bodo Krumbholz, SPD: Welche denn?)

sowohl für das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern als auch für den allgemeinen Arbeitsmarkt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Machen Sie doch mal Vorschläge, Herr Albrecht!)

Und, Frau Dr. Bunge, da frage ich Sie, all diese Reformvorschläge, Reformchen –

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Ich saß schon da unten, um Ihnen zu antworten.)

ich sage das ganz bewusst, Sie wissen genau, dass dieses ganze Material, was Sie genannt haben, nicht geeignet ist, um wirklich dauerhaft dieses Thema zu sichern –, die werden, ich sage mal, sobald sie beschlossen sind, am nächsten Tag schon wieder überholt von den Ereignissen in den Systemen.

(Torsten Koplin, PDS: Seehofer hatte schon mal so viel Reformen.)

Das haben Sie bei der Rente erlebt, als Sie noch gesprochen haben, die Situation zu entschärfen, mussten Sie die Dinge ja schon zwei Wochen später wieder zurücknehmen. Und welchen Grund gibt es dafür, das erst in der 13. Legislaturperiode zu beschließen? Welchen Grund?

(Barbara Borchardt, PDS: Bleiben Sie ruhig! Bleiben Sie ruhig!)

Dafür gibt es keinen Grund.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: In den zwölf Wahlperioden vorher hat Frau Bunge das nicht schaffen können. – Heiterkeit bei Barbara Borchardt, PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na ist es nicht so?!)

Es gibt keinen Grund und deswegen müssen wir jetzt handeln.

(Torsten Koplin, PDS: Ja, das würde uns sehr freuen.)

Wir können nicht hinnehmen, dass Ihre Freunde hier vor allem in der mittleren Bankreihe in der Bundesregierung aus wahltaktischen Gründen – und da sind wir bei wahltaktischen Gründen – die Reformmaßnahmen für vorläufig beendet erklären

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das waren schon ein paar mehr Legislaturen auf Bundesebene. Die sind schon ein bisschen weiter.)

und erst nach der nächsten Wahl beginnen wollen. Das können wir nicht akzeptieren und deswegen liegt der Antrag vor Ihnen und aus keinem anderen Grund.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren! Vielleicht auch noch mal zwei, drei Sätze zu der wirklichen Dramatik, die es in diesem System gibt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Okay, okay, Herr Albrecht, machen Sie mal was!)

Im Haushalt der Bundesregierung ist für das kommende Jahr nachzulesen, dass allein bei der Rentenversicherung die Beiträge der Beitragszahler bei weitem nicht mehr ausreichen, um das System am Leben zu erhalten. Allein im kommenden Jahr müssen 140 Milliarden Mark aus Steuermitteln in ein Rentensystem gepumpt werden, in ein Versicherungssystem gepumpt werden,

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Das wurde 1957 schon gemacht mit 30 Prozent.)

damit es am Leben bleibt. Das ist krank, dieses System ist krank und deshalb müssen wir über Reformen diskutieren.

Meine Damen und Herren, wenn man jetzt überlegt, dieses Versicherungssystem sollte wirklich nur aus den Versicherungsbeiträgen bezahlt werden, dann heißt das im Klartext: 19,1 Prozent heute, plus zusätzlich 8 Beitragspunkte, also fast 30 Prozent müssten allein für die Rente abgeführt werden von den Arbeitnehmern in diesem Land. Meine Damen und Herren, das ist eine katastrophale Situation und da weiß ich auch nicht, was es da Polemisches zu diskutieren gibt. Das ist eine Frage, von der sind viele, viele Menschen in diesem Land betroffen. Und obwohl uns versprochen worden ist, dass mit der Einführung der Ökosteuer hier eine Entlastung stattfindet, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass ab 1. Januar des kommenden Jahres die Bundesregierung den Bürgern umgerechnet noch mal 6 Milliarden aus der Tasche zieht.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Aber von Absenkung bei den Beiträgen in der Rentenversicherung ist überhaupt nicht mehr die Rede. Wo ist das Versprechen geblieben? Und eins sage ich Ihnen ganz klar: Wenn es uns nicht schnell gelingt, das Vertrauen der jüngeren Menschen, die arbeiten und hier ihre Leistungen in Systeme erbringen, wieder zurückzugewinnen, dann wird es weitergehen

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

mit der Flucht aus diesem System.

(Torsten Koplín, PDS: Das haben Sie doch schon bewirkt.)

100.000 Menschen haben im letzten Jahr die gesetzliche Krankenversicherung verlassen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und wenn Sie es nicht schaffen, das Vertrauen zu gewinnen,

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Wer hat denn das eingeführt, das System?)

dann werden es mehr werden. Das wollen wir auch aufhalten. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin,

(Barbara Borchardt, PDS: Sie haben sie doch schon eingeläutet.)

aber wir werden nicht darum herumkommen, Frau Seemann, darüber zu reden, was bezahlbar ist und was vielleicht auch wünschenswert ist aus Sicht des Patienten mit dem eigenen Beitrag. Sie bezeichnen das als Grundkatalog und Wahlkatalog. Natürlich werden wir darüber reden müssen, wie das konkret aussehen wird. Aber Sie wissen, dass das so kommen wird. Und wenn Sie sich hier hinstellen und etwas anderes behaupten, dann reden Sie wider besseres Wissen und es hilft den Menschen überhaupt nicht weiter.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie wollen den Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung.)

Meine Damen und Herren, ein Beispiel noch mal an Zahlen. 3.500 DM Bruttogehalt ist vielleicht für den einen oder anderen ein durchschnittliches Einkommen. Diese Arbeiter und Angestellten, die ein Bruttogehalt von 3.500 DM bekommen, müssen allein über 6.000 DM in die Krankenkasse zahlen als gesetzlich Versicherte. 6.000 DM! Das trägt nicht dazu bei, das Vertrauen zu fördern, denn die Frage nach den Gegenleistungen, die ist niederschmetternd.

(Torsten Koplín, PDS: Die Solidarität muss gestärkt werden, das ist das Prinzip.)

Welche Gegenleistungen gibt es? Und wenn Sie sich mit dem System auskennen, und Frau Dr. Seemann, Ihnen muss ich das nicht erklären,

(Heidemarie Beyer, SPD: Das können Sie auch nicht.)

wie die Situation in den Praxen aussieht, in den Krankenhäusern aussieht, die Zufriedenheit, die ist wirklich, wirklich am unteren Level angesiedelt und deswegen weiß ich nicht, wo Sie da noch Potential sehen, mit diesen kleinen Reförmchen wirklich etwas zu verändern. Es geht um eine grundlegende Reform in dem Sozialsystem.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau. – Barbara Borchardt, PDS: Und deswegen sollen wir den Kombilohn einführen, oder was? Deswegen, wegen der Kaufkraft, das ist ja sehr interessant alles.)

Mecklenburg-Vorpommern braucht Kaufkraft für die Binnenwirtschaft. Wir brauchen wirklich auch Klientel, wir brauchen Menschen hier in diesem Gesundheitsland – der Ministerpräsident hat sich verabschiedet, ich hätte mich ja gefreut, wenn er gesehen hätte, dass es auch in der CDU Leute gibt, die das Land hochheben

(Zuruf von Bodo Krumbholz, SPD)

und sagen, das ist ein Bereich,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Genau!)

der ist ganz wichtig und da liegt viel Zukunft drin –, aber wir brauchen auch die Kunden dafür, die das bezahlen, und die Krankenkassen müssen in der Lage sein, diese Dienstleistungen zu bezahlen. Mecklenburg-Vorpommern braucht auch ganz klare Impulse für neue Arbeitsplätze. Und neue Arbeitsplätze entstehen nicht, wenn wir die Lohnnebenkosten derart in die Höhe schnellen lassen, dass keiner mehr bereit ist, hier Menschen einzustellen, sondern vielleicht auf Zeitarbeitsfirmen zurückgreift oder,

und das ist nachweislich, Frau Dr. Seemann, und da gibt es nichts zu beschönigen, das Einzige, was in diesem Land wächst, ist: Die einzige Konjunktur hat der Schwarzarbeitsmarkt und das ist bedauerlich. Das wollen wir auch verhindern

(Harry Glawe, CDU: 9 Milliarden Mark!
9 Milliarden Mark Schwarzarbeit!)

und deswegen wollen wir, dass die Menschen wieder Vertrauen gewinnen in die Sicherungssysteme

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und dass uns das auch wieder hilft bei unseren wirtschaftlichen ...

(Harry Glawe, CDU: Innerhalb von drei Jahren
von 6 Milliarden auf 9 Milliarden gesteigert.)

Meine Damen und Herren! Wer hier sich der Diskussion verweigert und so wie die Ministerin auf alte Regierungen schimpft und so wie Sie mit Kleinigkeiten hier ankommt und uns erzählen will, dass das die Reformen der Zukunft sind, meine Damen und Herren, wer sich solch einer Diskussion verweigert,

(Torsten Koplín, PDS: Wer kommt
denn hier mit Kleinigkeiten an? –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

der verweigert den Menschen eine klare Antwort auf die Frage, wie geht es weiter in unserem Staat mit den sozialen Leistungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Koplín von der Fraktion der PDS.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Jetzt hören Sie mal zu, Herr Albrecht! –
Barbara Borchardt, PDS: Ganz aufmerksam! – Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

Torsten Koplín, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorwegschieben möchte ich etwas Persönliches. Ich habe mich, Herr Albrecht, als Sie hier in den Landtag kamen, auf Sie gefreut und habe gedacht, jetzt gibt es einen Generationswechsel in der CDU, da kommen streitbare Meinungen. Und ich bin also tief bestürzt, dass es im Grunde genommen ...

(Heiterkeit bei Nils Albrecht, CDU:
Das war doch streitbar.)

Ja, streitbar und diskussionswürdig.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das war niveaulos.)

... alles der alte kalte Kaffee ist, den wir schon so lange hören,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das Ergebnis Ihrer
Politik ist, dass die Kassenbeiträge allein
um einen halben Prozentpunkt steigen. –
Zuruf von Götz Kreuzer, PDS)

und der ist jetzt sogar noch angereichert worden aus meiner Sicht durch sehr verwirrende Sätze, wie zum Beispiel, wenn aus Ihrem Munde kommt, wir wollen, dass Gesundheitseinrichtungen allen sozialen Schichten zugänglich sind. Das ist ja schön. Wenn das denn so wäre, hätten Sie sich doch mal so verhalten können – vorher und

jetzt – politisch. Sie haben also Ihr Herz für die Lohnnebenkosten entdeckt, Sie haben das Thema Entwicklung der SV-Beiträge entdeckt.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das haben wir schon lange.)

Nein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja. Ja.)

Herr Riemann, nicht schon lange.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schon lange.)

Ich sage das an dieser Stelle erst mal wertfrei. Es ist natürlich ein wichtiges Thema. Es ist hier gesagt worden, das ist ein Thema für etwa 600.000 Menschen im Land, die einzahlen in die Sozialversicherung. Es ist ein Thema, das Einfluss hat. Die Sozialversicherungsbeiträge haben Einfluss auf die Kaufkraft, das ist hier gesagt worden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das
ist richtig. Das hat er gesagt.)

Sie haben Einfluss auf die Gewinn- und Eigenkapitalsituation der Firmen. An dieser Stelle beginnt aber aus meiner Sicht in der Betrachtung Ihres Antrages, dass der Antrag wirklich sehr fragwürdig ist.

(Harry Glawe, CDU: Wie bitte? – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Der Antrag ist sehr fragwürdig,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das haben
Sie aber vornehm formuliert, Herr Koplín.)

und zwar verhält es sich ja so, dass Sie Ihr Herz jetzt einem Thema widmen

(Harry Glawe, CDU: Herr Koplín!)

oder sich einem Thema zuwenden, dem Sie sich vorher, ich habe das mal nachgeschaut in der Parlamentsinformation, in den Jahren 1991 bis 1998 nicht einmal zugewandt haben, kein Antrag, keine Anfrage, nicht einmal eine Kleine Anfrage.

(Nils Albrecht, CDU: Nun fangen Sie auch noch
an, in der Vergangenheit zu wühlen. Denken Sie
doch mal nach vorne, Sie sind doch auch ein junger
Kerl! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, muss ich. Ich muss in der Vergangenheit rumstochern, weil Ihre Vergangenheit, Herr Riemann, auch die politische, an dieser Stelle besät ist

(Nils Albrecht, CDU: Machen Sie es kurz! –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

mit einer beispiellosen Beitragserhöhung, und zwar von 1991 im Herbst mit 12,8 Prozent auf Oktober 1998 mit 13,93 Prozent. Eine solche Beitragserhöhung in einem vergleichbaren Zeitraum in der Bundesrepublik, hier mal zugeschnitten auf die neuen Bundesländer, hat es nicht gegeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Götz Kreuzer, PDS)

Und da haben Sie an keiner Stelle moniert, haben sich an keiner Stelle Sorgen gemacht darüber, wo das denn hinführen würde.

(Harry Glawe, CDU: Da ging es ja noch
aufwärts. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Seit Herbst 1998 sind die durchschnittlichen Beitragsätze der GKV in den neuen Bundesländern sogar rückläufig. Sie liegen zurzeit bei 13,67, sagten Sie vorhin, Frau Dr. Seemann.

(Heiterkeit bei Nils Albrecht, CDU: Sie finden wahrscheinlich noch eine dritte Stelle nach dem Komma demnächst.)

Das ist auch wichtig. Sie haben ja selber betont, wie wichtig das Thema ist. In der ganzen Regierungszeit also keine Aktivitäten. Und weil es so ist, dass Sie da keine Aktivitäten zeigten, werfe ich Ihnen heute politischen Populismus vor.

(Nils Albrecht, CDU: Ah ja.)

Etwas anderes ist dieser Antrag für mich nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Er kommt sachlich daher, es ist ein ernstes Thema,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da hast du aber mal Recht.)

er kommt sachlich daher, aber wenn ich mir dann die Begründung anschau, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben damals die Anträge so gestellt. Da haben wir Ihnen Populismus vorgeworfen. Und wenn das heute beim CDU-Justizminister passiert wäre, dann hätte Herr Dr. Schoenenburg den Rücktritt gefordert.)

Hören Sie mir doch bitte mal zu!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aaach! – Wolfgang Riemann, CDU: Genau so wäre es gewesen, wenn Sie in der Opposition gewesen wären! – Glocke des Vizepräsidenten – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir hätten sicher etwas Intelligenteres gefordert. – Wolfgang Riemann, CDU: Jaja!)

Ich versuche es, wenn Sie im Grunde genommen nicht gewillt sind zuzuhören, jetzt von der Argumentation her an dieser Stelle mal damit, dass wir natürlich unstrittig der Meinung sind, dass es Reformbedarf gibt. Das ist unstrittig zwischen unseren drei Parteien. Aber bereits bei der Bewertung der Gründe, warum es den Reformbedarf gibt, haben wir völlig unterschiedliche Auffassungen. Sie begründen, wenn man die Begründung des Antrages liest, um den geht es ja, den Reformbedarf allein nicht damit, dass die Bundesregierung eine Situation herbeigeführt hätte, die unerträglich ist und die in den finanziellen Ruin führen würde.

(Friedbert Grams, CDU: Das ist so.)

Sie weissagen diesen ja auch voraus. Sie haben aber dabei völlig ausgeblendet, dass sowohl bis 1998 als auch in Ihren jetzigen Parteidokumenten deutlich wird, dass Sie bereit sind, die Belastungen, die es im Gesundheitswesen gibt, auf die Patientinnen und Patienten abzuwälzen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist der Punkt. Das ist der Punkt.)

Wie es Ihre Art war, fingen Sie dabei, wenn ich an die Seehofer'schen Reformen denke, bei den Schwächsten und Jüngsten an.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ein beitragsfinanziertes solidarisches System, was wir hier haben, Herr Koplin! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Glawe, lassen Sie doch mal die Sprechblasen!)

Das Erste, was Sie angefasst haben, war sozusagen die Zuzahlung beim Zahnersatz für Kinder, die nach 1979 geboren wurden.

(Barbara Borchardt, PDS: Sie denken, dass sie was mit Augenmaß gemacht haben, und dabei waren sie blind.)

Junge Menschen, die sich so nicht wehren können gegen solche Maßnahmen, sozial Schwache sind betroffen. Das war Ihnen damals einerlei.

(Zurufe von Dr. Christian Beckmann, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Sie bestrafen die Behandlungsbedürftigen mit massiven Selbstbeteiligungserhöhungen und damit haben Sie die Solidarität im Gesundheitssystem erheblich beschädigt.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Mit all Ihrem Handeln haben Sie bis Herbst 1998 keine Maßnahmen initiiert, die die Entwicklung der SV-Beiträge günstiger gestalten.

(Harry Glawe, CDU: Das ist unerhört! Das ist eine glatte Lüge! – Barbara Borchardt, PDS: So was sagt man nicht. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Präsident!)

Und weil dem so ist, finde ich es wirklich fragwürdig, hier so ein Herz für die Lohnnebenkosten zu offerieren.

(Nils Albrecht, CDU: Jetzt zur Zukunft, Herr Koplin!)

Sie haben seinerzeit bestehende Unwirtschaftlichkeiten nicht beseitigt. Der Gesundheitsbereich war für Sie immer nur der Steinbruch des Bundeshaushaltes,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU – Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, genau so!)

den man abtragen kann. Die Begründung Ihres Antrages offenbart die wahre Absicht. Da geht es nämlich um eine Generalabrechnung mit der Bundesregierung, um etwas anderes geht es nicht.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist die Wahrheit, um mit Herrn Rehberg zu sprechen.)

Ich halte diese Generalabrechnung einfach schlicht und ergreifend für untauglich, denn da wird sehr viel spekuliert, wie zum Beispiel der kurz bevorstehende finanzielle Ruin der GKV. Für gar abenteuerlich und beleidigend zugleich halte ich die Behauptung, die Qualität der medizinischen Versorgung würde abnehmen. Wissen Sie, was sich dahinter verbirgt? Gegenüber den 2.736 Hausärzten zum Beispiel oder Tausenden Arzthelferinnen sprechen Sie unisono hiermit eine Beleidigung aus.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist doch gar nicht wahr. – Nils Albrecht, CDU: Sie wissen doch genau, dass sie nicht anders können, weil der medizinische Dienst da jedes Mal antantzt und sie unter Druck setzt.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Gegenzug zu Ihrer Meinung unterstützt die PDS-Fraktion im Landtag einige Eckpunkte der geplanten Gesundheitsreform der jetzigen Bundesministerin Ulla Schmidt.

(Friedbert Grams, CDU: Die zur Zweiklassenmedizin führt. – Nils Albrecht, CDU: Schmidt-Show. – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Schmidt-Show!)

Sie hat bereits beim Jahresempfang der AOK hier in Schwerin im Juli diesen Jahres die Stärkung der GKV

(Wolfgang Riemann, CDU: Sagen Sie mal, was Sie in der nächsten Legislaturperiode machen werden!)

und die Stärkung der Solidaritäten der gesetzlichen Krankenversicherung als eines ihrer Gesundheitsziele benannt

(Nils Albrecht, CDU: Ja, viele.)

und da hat sie unsere volle Unterstützung.

(Nils Albrecht, CDU: Ja, und bei der Pharmaindustrie hat sie es auch gemacht.)

Dazu kommen wir noch mal.

Folgerichtig will sie mehr Gutverdienende in die GKV einzahlen lassen und das begrüßen wir.

(Nils Albrecht, CDU: Jaja. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Unternehmensberatung und so was. – Barbara Borchardt, PDS: Und wenn man das nicht mehr kann, kommt man hierher.)

Ebenso begrüßen wir ihre Bemühungen, die Lotsenfunktion der Hausärzte zu profilieren, oder die Aktivitäten zur besseren Fortbildung der Ärzte. Jedoch halten wir das Ansinnen der jetzigen Gesundheitsministerin – und, Herr Albrecht, jetzt will ich das natürlich schon ein bisschen differenzieren, ein bisschen auseinander halten –, für große Arzneimittelpackungen mehr zahlen zu lassen, für völlig abwegig, übrigens ein Prinzip, das Sie eingeführt hatten mit der Zuzahlung für Arzneimittel.

(Harry Glawe, CDU: Das war auch völlig richtig.)

Preisbestandteile wie die Zuzahlung zu Arzneimitteln an der Packungsgröße festzumachen ist medizinisch sachfremd und wirtschaftspolitisch widersinnig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und wenn du richtig krank warst, hast du dir Medikamente aus dem Westen schicken lassen.)

Wir gehen doch auch nicht in den Laden und kaufen eine Tüte Zucker oder Tüte Mehl danach, wie groß die Verpackung ist, sondern wir kaufen nach dem Inhalt, nach dem Gewicht.

(Harry Glawe, CDU: Nein. Es geht darum, dass ohne Schranke auch größere Packungen von Medikamenten verschrieben werden können. Darum geht es!)

Bei Arzneimitteln sind doch die Wirkstoffe entscheidend. Sie brauchen mich nicht zu belehren, Herr Glawe, das sehe ich schon so.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben doch das System gar nicht begriffen.)

Die von uns unterstützten und benannten Bemühungen der Bundesgesundheitsministerin werden aus unserer Sicht durch den jüngsten Beweis des Bundeskanzlers, den großen Konzernen zu Diensten zu sein, konterkariert.

(Beifall Nils Albrecht, CDU: Ja.)

Dass der Bundeskanzler den Pharmakonzernen ermöglichte, sich in der Auseinandersetzung um die Arzneimittelkosten mit 400 Millionen DM freizukaufen, ist schlicht und ergreifend ein

(Beifall Nils Albrecht, CDU: Ja, bravo! – Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, genau so. Das ist wohl wahr.)

Skandal.

Das 3 Milliarden schwere Defizit bei den Kassen ist maßgeblich erst durch die Preisbildungspraxis der Pharmaindustrie entstanden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehr richtig.)

Mit einer Einmalzahlung von 400 Millionen DM sind Sie nun aus jeglicher Mitverantwortung entlassen und im Gegenzug erhalten Sie aus dem Bundeshaushalt noch 1,5 Milliarden DM für Forschung, zahlen also de facto gar nichts. Sie können das verrechnen. Im Grunde genommen halte ich das für wirklich schlimm.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Gewährleistung der Beitragssatzstabilität stellt die PDS Folgendes in die notwendige gesellschaftliche Diskussion:

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Uns geht es um eine deutliche Stärkung der Solidargemeinschaft. Wir sprechen uns dafür aus, die gesetzliche Krankenversicherung von versicherungsfremden Leistungen zu entlasten und steuerlich zu finanzieren. Das ist ja eigentlich ein Punkt, der wird auf Bundesebene von mehreren Parteien getragen. Ich hatte gedacht, das hier heute auch zu hören. Wir sprechen uns für die Einbeziehung weiterer Bevölkerungsschichten in eine dann allgemeine Versicherungspflicht aus. Wir sprechen uns für die Senkung der im internationalen Vergleich völlig überhöhten Arzneimittelkosten aus. Wir sind dafür, dass der Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung nicht an der Bruttolohnsumme, sondern an der Bruttowertschöpfung des Unternehmens gemessen wird. Das sage ich Ihnen auch mal als Unternehmer. Gerade im Einzelhandel, im Lebensmittelbereich, werden zum Beispiel wegen der geringen Marge diejenigen Firmen bestraft, die viele Leute beschäftigen. Aber wenn die Wertschöpfung der Maßstab wäre, würden wir ein ganz anderes Gewicht haben

(Nils Albrecht, CDU: Dann würden die Unternehmer entlastet werden und dann würden sie billiger werden.)

und eine ganz andere solidarische Basis auch erreichen können. Große Hoffnungen zur Stärkungen der Krankenversicherung setzt die PDS in die Anwendung von Qualitätsstrategien für die Versorgung chronisch Kranker, so genannte Dosismanagementprogramme. Bei ihnen geht es um die individuelle und systematische Behandlung chronischer Erkrankungen auf neuestem wissenschaftlichen Standard. Dazu schließen die ...

(Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Das wissen Sie sicherlich schon. Danke, dass Sie zuhören.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sehr aufmerksam.)

Dazu schließen die Patientinnen und Patienten mit den Krankenkassen und den behandelnden Ärzten einen Behandlungsvertrag ab. Die Patienten werden bestärkt, weitestgehend aktiv und selbständig am Therapieprozess teilzunehmen. Ärztinnen und Ärzte erhalten spezielle Fortbildungen und die Kassen flankieren diesen Prozess durch spezielle Programme und die finanzielle Absicherung des Ganzen. Wir versprechen uns daraus mehrere Effekte, zum Beispiel:

erstens, dass die Patientinnen und Patienten an Ärzte mit ausreichendem Erfahrungswissen gelangen.

Zweitens kommt es aus unserer Sicht zum Abbau von Über-, Unter- und Fehlversorgung, die Sie ja auch kritisiert haben, Herr Albrecht, in diesem Falle zu Recht.

Drittens. Es besteht die Chance zur Vermeidung beziehungsweise Verringerung von Komplikationen in Krankheitsverläufen.

Viertens. Es kommt zur Kostenoptimierung für die Krankenkassen.

Fünftens. Es kommt zur Unterstützung von Bemühungen um eine rationelle Arzneimitteltherapie, um die es uns ja alle geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er politisch gesehen, so, wie er aufgeschrieben wurde, unseriös ist.

(Harry Glawe, CDU: Wir stellen ihn nächstes Mal wieder.)

Ich wünsche Ihnen eine frohe Weihnacht. Ich wünsche Ihnen besinnliche Stunden.

(Nils Albrecht, CDU: Gottes Segen! – Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Zur Besinnung zu kommen ist aller Anlass in den nächsten Tagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Koplin.

Herr Glawe, Sie haben ein unparlamentarisches Wort gebraucht und ich habe Sie zu ermahnen, dieses künftig zu unterlassen.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Glawe von der Fraktion der CDU.

(Harry Glawe, CDU: Nein.)

Nein, falsche Information, dann liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Wolfgang Riemann, CDU, und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2461. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2461 ist mit Zustimmung der Fraktion der CDU bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Bestimmung des besonderen Ausschusses gemäß Artikel 52 Absatz 3 Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2560.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Bestimmung des besonderen Ausschusses
gemäß Artikel 52 Absatz 3 Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/2560 –**

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/2560. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

(Barbara Borchardt, PDS: Jetzt können die Weihnachtsglocken läuten.)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 30. Januar 2002, 10.00 Uhr ein.

(Harry Glawe, CDU:
Herr Koplin wird das Christkind.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein anstrengendes Sitzungsjahr liegt hinter uns. Ich denke, dass wir alle die in Aussicht stehenden freien Tage wohl verdient haben, denn ein noch anstrengenderes Jahr 2002 wird folgen, und nicht nur wegen der Euroeinführung.

(Beifall und Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes, friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2002. Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Schluss: 18.30 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sylvia Bretschneider und Klaus Schier.

Alphabetisches Namensverzeichnis

**der Abgeordneten, die an der Wahl von Mitgliedern in den
Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale
Mecklenburg-Vorpommern (LRZ) teilgenommen haben**
– Drucksache 3/2451 –

1. Albrecht, Nils	CDU	35. Mahr, Beate	SPD
2. Backhaus, Till	SPD	36. Markhoff, Dieter	CDU
3. Dr. Bartels, Gerhard	PDS	37. Monegel, Hannelore	SPD
4. Baunach, Norbert	SPD	38. Müller, Detlef	SPD
5. Dr. Beckmann, Christian	CDU	39. Müller, Heinz	SPD
6. Beyer, Heidemarie	SPD	40. Müller, Irene	PDS
7. Bluhm, Andreas	PDS	41. Muth, Caterina	PDS
8. Bollinger, Hermann	CDU	42. Nehring-Kleedehn, Bärbel	CDU
9. Böttger, Gerd	PDS	43. Neumann, Karsten	PDS
10. Borchardt, Barbara	PDS	44. Nitz, Thomas	CDU
11. Borchert, Rudolf	SPD	45. Nolte, Georg	CDU
12. Dr. Born, Ulrich	CDU	46. Peters, Angelika	SPD
13. Brauer, Lutz	CDU	47. Polzin, Heike	SPD
14. Brick, Martin	CDU	48. Prachtl, Rainer	CDU
15. Dr. Bunge, Martina	PDS	49. Prehn, Lieselotte	PDS
16. Caffier, Lorenz	CDU	50. Rehberg, Eckhardt	CDU
17. Dankert, Reinhard	SPD	51. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
18. Friese, Siegfried	SPD	52. Dr. Reißmann, Manfred	SPD
19. Gerloff, Claus	SPD	53. Ritter, Peter	PDS
20. Glawe, Harry	CDU	54. Schädel, Monty	PDS
21. Gramkow, Angelika	PDS	55. Schildt, Ute	SPD
22. Grams, Friedbert	CDU	56. Schlotmann, Volker	SPD
23. Helmrich, Herbert	CDU	57. Schmidt, Karin	PDS
24. Holter, Helmut	PDS	58. Schnoor, Steffie	CDU
25. Holznagel, Renate	CDU	59. Schulz, Gabriele	PDS
26. Dr. Jäger, Armin	CDU	60. Schwebs, Birgit	PDS
27. Keler, Sigrid	SPD	61. Dr. Seemann, Margret	SPD
28. Dr. Klostermann, Henning	SPD	62. Dr. Seite, Berndt	CDU
29. Koburger, Annegrit	PDS	63. Skrzepski, Gesine	CDU
30. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	64. Staszak, Karla	SPD
31. Koplin, Torsten	PDS	65. Thomas, Reinhardt	CDU
32. Kreuzer, Götz	PDS	66. Dr. Timm, Gottfried	SPD
33. Krumbholz, Bodo	SPD	67. Vierkant, Jörg	CDU
34. Kuessner, Hinrich	SPD		